

Susanne Schultz

DIE POLITIK DES KINDER- KRIEGENS

Zur Kritik demografischer Regierungsstrategien



[transcript] Edition **P**olitik

Susanne Schultz
Die Politik des Kinderkriegens

Die freie Verfügbarkeit der E-Book-Ausgabe dieser Publikation wurde ermöglicht durch POLLUX – Informationsdienst Politikwissenschaft



und die Open Library Community Politik 2022 – einem Netzwerk wissenschaftlicher Bibliotheken zur Förderung von Open Access in den Sozial- und Geisteswissenschaften:

Vollspensoren: Freie Universität Berlin – Universitätsbibliothek | Staatsbibliothek zu Berlin | Universitätsbibliothek der Humboldt-Universität zu Berlin | Universitätsbibliothek Bielefeld | Universitätsbibliothek der Ruhr-Universität Bochum | Universitäts- und Landesbibliothek Bonn | Staats- und Universitätsbibliothek Bremen | Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt | Sächsische Landesbibliothek Staats- und Universitätsbibliothek Dresden (SLUB) | Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf | Universitätsbibliothek Frankfurt am Main | Justus-Liebig-Universität Gießen | Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen | Universitätsbibliothek der FernUniversität in Hagen | Staats- und Universitätsbibliothek Carl von Ossietzky, Hamburg | Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek - Niedersächsische Landesbibliothek | Technische Informationsbibliothek (TIB Hannover) | Universitätsbibliothek Kassel | Universitätsbibliothek Kiel (CAU) | Universitätsbibliothek Koblenz · Landau | Universitäts- und Stadtbibliothek Köln | Universitätsbibliothek Leipzig | Universitätsbibliothek Marburg | Universitätsbibliothek der

Ludwig-Maximilians-Universität München | Max Planck Digital Library (MPDL) | Universität der Bundeswehr München | Universitäts- und Landesbibliothek Münster | Universitätsbibliothek Erlangen-Nürnberg | Bibliotheks- und Informationssystem der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg | Universitätsbibliothek Osnabrück | Universitätsbibliothek Passau | Universitätsbibliothek Vechta | Universitätsbibliothek Wuppertal | Vorarlberger Landesbibliothek | Universität Wien Bibliotheks- und Archivwesen | Zentral- und Hochschulbibliothek Luzern | Universitätsbibliothek St. Gallen | Zentralbibliothek Zürich

Sponsoring Light: Bundesministerium der Verteidigung | ifa (Institut für Auslandsbeziehungen), Bibliothek | Landesbibliothek Oldenburg | Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg, Hochschulbibliothek | ZHAW Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Hochschulbibliothek

Mikrosponsoring: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) - Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit | Leibniz-Institut für Europäische Geschichte

Susanne Schultz (Dr. habil.), geb. 1964, forscht als Soziologin zu Macht- und Herrschaftsverhältnissen rund um Reproduktion, Humangenetik und Bevölkerungspolitik. Sie ist Privatdozentin an der Goethe-Universität Frankfurt/M., lehrte Politikwissenschaft, Soziologie und Gender Studies in Berlin, Wien und Graz, ist Beirätin des Gen-ethischen Netzwerks e.V., Mitglied des Herausgeber*innenkollektives *Kitchen Politics* sowie in antirassistischen feministischen Netzwerken in Berlin aktiv.

Susanne Schultz

Die Politik des Kinderkriegens

Zur Kritik demografischer Regierungsstrategien

Unter Mitarbeit von Daniel Bendix und Anthea Kyere

[transcript]

Für Lee und Ivan

Mit finanzieller Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution 4.0 Lizenz (BY). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.

(Lizenztext: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>)

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Erschienen 2022 im transcript Verlag, Bielefeld

© Susanne Schultz

Umschlaggestaltung: Maria Arndt, Bielefeld

Umschlagabbildung: Kinder (Susanne Schultz, 1968)

Schlussredaktion: Nadia Al Kureischi und Judith Höppner

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-8376-6161-3

PDF-ISBN 978-3-8394-6161-7

EPUB-ISBN 978-3-7328-6161-3

<https://doi.org/10.14361/9783839461617>

Buchreihen-ISSN: 2702-9050

Buchreihen-eISSN: 2702-9069

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <https://www.transcript-verlag.de>

Unsere aktuelle Vorschau finden Sie unter www.transcript-verlag.de/vorschau-download

Inhalt

Prolog..... 9

I Theorien, Methoden, Konzepte. Eine Einführung

Die malthusianische Matrix
Von Konjunkturen der Demografisierung
und dis/reproduktiven Technologien
Von Susanne Schultz 17

II Deutsche Demografiestrategien.
Über un/erwünschte Geburten und Bevölkerungen

Nation und Kinderwunsch
Demografisches Wissen, Familienpolitik
und stratifizierte Reproduktion
Von Susanne Schultz 63

Humanvermögen und Zeitpolitik
Zur Kritik familienpolitischer Konzepte in Deutschland
Von Anthea Kyere und Susanne Schultz 103

Migrationspolitik als Bevölkerungssteuerung?
Die ›migrantische Geburtenrate‹, ›qualifizierte Zuwanderung‹
und die zukünftige Nation
Von Susanne Schultz 125

III Klimakrise, Bevölkerungspolitik und Big Pharma. Vom Ansetzen an globalen Geburtenraten

Weniger Klimakrise durch weniger Menschen?

Technokratische, rechte und feministische Bezüge
auf neomalthusianische Kurzschlüsse

Von Susanne Schultz 163

Antinatalismus und Big Pharma

Langzeitverhütung und das Rollback
internationaler Entwicklungspolitik

Von Daniel Bendix und Susanne Schultz 191

Epilog 221

Autor*innenverzeichnis 233

Für Lee und Ivan

Prolog

Zu viel Bevölkerung oder zu wenig? Wer soll Kinder bekommen und wer vom Gebären abgehalten werden? Welche Kinder sollen geboren werden und welche lieber nicht? Solche Fragen stehen im Zentrum einer Politik des Kinderkriegens, die mich seit vielen Jahren umtreibt, aufregt und dazu bewegt, zu forschen und mich einzumischen. Weiter treibt das Gespenst der ›Bevölkerung‹ sein Unwesen, wirkt ein malthusianisches Denken, nach dem so gut wie alle Krisen unserer Zeit zu Bevölkerungskrisen umgedeutet werden können. Die Zahl der Menschen und die hierarchische Auf- und Abwertung je nach sozialer Gruppe steht mehr oder weniger explizit immer wieder im Zentrum des Politischen. Und diese Projektion sozialer und ökologischer Krisen auf ›Bevölkerungsprobleme‹ ermöglicht es, den Status quo von sozialer Ungleichheit, Rassismus und globaler Zerstörung unberührt zu lassen. Vielfältige Macht- und Herrschaftsverhältnisse sind mit der Politik des Kinderkriegens verbunden, die gleichermaßen auf Körper wie auf Bevölkerungen abzielen. Sie involvieren statistische Wissensregime, die gesellschaftliche Verhältnisse als demografische Verhältnisse interpretieren. Und sie sind mit vielfältigen Technologien verknüpft, die das Gebären fördern oder verhindern sollen. All dies ist eine Herausforderung für geschlechtertheoretische Perspektiven, denn: Dimensionen der Heteronormativität, des Ableismus, der Klassenhierarchien und bioökonomischen Interessen, des Rassismus und Nationalismus greifen hier ineinander.

In diesem Band habe ich Forschungsarbeiten zusammengetragen, die sich mit etlichen der genannten Aspekte befassen und in verschiedenen Kontexten und Kooperationen entstanden sind. Manche der Texte beruhen auf bereits bestehenden Arbeiten, die für diesen Band überarbeitet und aktualisiert worden sind; andere werden hier zum ersten Mal veröffentlicht. Die Texte stehen auch für sich, können also auch einzeln gelesen werden – ein

Grund dafür, dass manches auch mehrmals im Band erklärt wird und es gegenseitige Verweise auf die Texte gibt.

Das Buch beginnt in Teil I mit einer ausführlichen theoretischen Einführung. Hier erläutere ich meine theoretischen, methodologischen und konzeptuellen Zugänge zur Politik des Kinderkriegens und biete auch einen Überblick über die Perspektiven, die ich in den weiteren Texten des Bandes einnehme. So erkläre ich die Konzepte der malthusianischen Matrix und der Demografisierung, diskutiere Stärken und Schwächen von Michel Foucaults Begriff der Biopolitik und begründe, warum ich über dieses Konzept hinaus auf intersektionale, dekoloniale und nekropolitische Analysen zurückgreife. Weiterhin schlage ich eine ›bifokale‹ staatstheoretische Methodologie vor, um den demografischen Macht-Wissenskomplex sezieren und die Konjunkturen der Demografisierung analysieren zu können. Und ich führe ein, wie ich mich dis/reproduktiven Technologien, also Technologien zur Verwirklichung von Kinderwünschen ebenso wie zur Geburtenkontrolle annähere. Dieser theoretisch einleitende Text ist eine bearbeitete Version des Rahmenpapiers für meine Habilitation in Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt. Dass ich so intensiv über viele Jahre zur Politik des Kinderkriegens forschen konnte, verdanke ich der kontinuierlichen Unterstützung durch Thomas Lemke, Renate Uhrig und auch allen anderen Mitarbeiter*innen am dortigen Schwerpunkt Biotechnologie, Natur und Gesellschaft. Ohne diesen wissenschaftlichen, organisatorischen und freundschaftlichen Support, ohne allen Austausch und die durchweg respektvolle und bestärkende Arbeitsatmosphäre wären diese Forschungsarbeiten nicht möglich gewesen.

Der Teil II des Bandes, »Deutsche Demografiestrategien. Über un/erwünschte Geburten und Bevölkerungen«, versammelt drei Texte, die sich mit Wissens- und Technologiepolitiken rund um Bevölkerung, Familie, Kinderkriegen und Migration in Deutschland seit den 1990er Jahren befassen. Sie basieren überwiegend auf Forschungsarbeiten im Rahmen meines DFG-Forschungsprojekts »Demografisierung des Politischen? Eine intersektionale Analyse deutscher Familien- und Migrationspolitik seit Mitte der 1990er Jahre«. Mein Dank für die Arbeit an diesem umfangreichen Projekt gilt neben der DFG und dem Frankfurter Schwerpunkt Biotechnologie, Natur und Gesellschaft ganz besonders Anthea Kyere, Alexander Lingk und Tiziana Ratcheva, die diese Arbeit als wissenschaftliche Hilfskräfte wunderbar unterstützt und vorangebracht haben.

Der Text »Nation und Kinderwunsch« führt in queer-feministische intersektionale Zugänge zu Reproduktionsverhältnissen ein und befasst sich

mit hierarchischen Dimensionen von Familien- und Kinderwunschnpolitik in Deutschland. Im ersten Hauptkapitel des Textes gehe ich auf die bis heute wirksamen Reformen einer ›nachhaltigen Familienpolitik‹ insbesondere in den 2000er Jahren ein. Die Problematisierung einer niedrigen nationalen Geburtenrate führte dazu, dass eine geburtenfördernde Politik etabliert wurde, die allerdings von klassenselektiven und rassistischen Ausschlüssen geprägt ist. Verschiedene politische Kräfte haben in diesem Kontext gemeinsam ein national orientiertes demografisches Projekt bestärkt. Im zweiten Hauptkapitel befasse ich mich daran anschließend mit den Angebotsdynamiken in der deutschen Reproduktionsmedizin und ihren demografiepolitischen Einbettungen. Ich erläutere die selektiven behindertendiskriminierenden Dimensionen humangenetischer Diagnostik. Und ich stelle im Zusammenhang mit Eizellabgabe und Leihgebären neue politische Dimensionen des Kinderkriegens zur Diskussion: von reproduktiver Ausbeutung über fremdnützige Biomedizin bis zu neuen Dimensionen einer Genetisierung von Verwandtschaft. Insbesondere dieses Kapitel zu Kinderwunschnpolitik wäre nicht möglich gewesen ohne vielfältige Vorarbeiten und Diskussionen in drei Gruppenkontexten: Ganz herzlich möchte ich mich bedanken für den redaktionellen und politischen Austausch im Herausgeber*innenkollektiv Kitchen Politics, für die kontinuierliche Kooperation mit dem Gen-ethischen Netzwerk Berlin und für gemeinsame Diskussion und Aktivismus in der Initiative fem*ini. Feministische Initiative gegen reproduktive Ausbeutung.

Im Text »Humanvermögen und Zeitpolitik« befassen Anthea Kyere und ich uns gemeinsam mit der Frage, welche Rolle »Humanvermögen« und »Zeitpolitik« als spezifische familienpolitische Konzepte in den Demografiestrategien der Bundesregierungen spielen. Mit dem Konzept des Humanvermögens wurde einerseits familiäre Sozialisationsarbeit politisch sichtbar gemacht, andererseits aber auch hierarchisch bewertet. Und mit »Zeitpolitik« wurden Problematiken unbezahlter und bezahlter Arbeit auf eine spezifische Weise politisch so bearbeitet, dass Fragen sozialer Ungleichheit eher ausgeblendet wurden. Wir stellen zur Diskussion, inwiefern diese Konzepte dazu beigetragen haben, klassenhierarchische und rassistische Bewertungen von Elternschaft und Kinderkriegen einzuführen und zu bestärken. Und wir zeigen, wie sich die »bevölkerungsorientierte« Familienpolitik vor allem auf die Bedürfnisse bessersituierter und »qualifizierter« Elternpaare aus den deutschen Mittelschichten ausrichtete. Danke, Anthea, für die inspirierende und kontinuierliche Zusammenarbeit!

Im Text »Migrationspolitik als Bevölkerungssteuerung?« untersuche ich, welche demografischen Berechnungen unterschiedliche politische Kräfte in Deutschland herangezogen haben, um sich mit der Bedeutung von Zuwanderung für eine als national verstandene Zukunft zu befassen. Besonders intensiv wurde dies – in extrem rechten bis utilitaristisch neoliberalen Versionen – im Kontext des »Sommers der Migration« 2015 diskutiert. Der Text befasst sich zum einen damit, wie die demografische Wissensproduktion mit rassistischen Rechenspielen zu einer segregiert erfassten »migrantischen Geburtenrate« jonglierte; unterschiedliche Herangehensweisen liefen hier auf ähnliche anti-immigratorische Schlussfolgerungen hinaus. Weiterhin geht es darum, wie die quantitative demografische Logik (nämlich, dass das »altern-de« und »schrumpfende« Deutschland eine offene, liberale Einwanderungspolitik gebrauchen könnte) in den demografischen Expertisen und strategischen Ausrichtungen zu Zuwanderungspolitik immer wieder durch den »qualitativen« Fokus auf die Mobilisierung und Anwerbung nur von »Fachkräften« zurückgedrängt wurde. Danken möchte ich hier besonders der Redaktion von *movements*, der Zeitschrift für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung, und Kathrin Braun für die Diskussion früherer Texte zu dieser Thematik.

Der Teil III dieses Bandes, »Klimakrise, Bevölkerungspolitik und Big Pharma. Vom Ansetzen an globalen Geburtenraten«, widmet sich in zwei Texten den Narrativen und transnationalen Programmen zur Reduktion von Geburtenraten insbesondere im Globalen Süden. Im Text »Weniger Klimakrise durch weniger Menschen?« befasse ich mich mit dem gefährlichen malthusianischen Reflex in der Klimadebatte, also mit der Idee, durch Geburtenkontrolle könne etwas gegen die Klimakrise getan werden. Der Text zeigt zunächst, dass sich dieser Reflex in sehr unterschiedlichen politischen Milieus beobachten lässt: von einem technokratischen Mainstream über rechte nationalistische Positionen bis zu feministischen und klimaaktivistischen Aufrufen zum Gebärstreik. In einem weiteren Kapitel rekonstruiere ich systematisch drei Dimensionen dieser malthusianischen Argumentation. Ich zeige, inwiefern sich die genannten Positionen dazu unterscheiden, aber auch, dass sich diese Dimensionen letztendlich nicht trennen lassen, sich überkreuzen und zusammenwirken. Besonders möchte ich mich bei Martin Rapp bedanken, der immer einen klaren Kopf dazu behält, welche Bewegungsstrategien gegen die Klimakrise heute wirklich wichtig sind. Ebenso bedanke ich mich bei allen Klimaaktivist*innen, die sich für radikal

andere sozialökologische Verhältnisse und für Klimagerechtigkeit weltweit einsetzen und sich nicht von Ablenkungsmanövern irritieren lassen.

Im zweiten Text, »Antinatalismus und Big Pharma«, analysieren Daniel Bendix und ich die aktuellen Entwicklungen in der internationalen Politik der Familienplanung und der Verhütungsmittelvermarktung. Wir zeigen, dass in den globalen Bevölkerungsprogrammen derzeit ein platter Ökonomismus unter dem Stichwort »demografische Dividende« wiederbelebt wird. Die Entwicklungspolitik kehrt auf dieser Grundlage zu isolierten Familienplanungsprogrammen zurück und verbreitet massiv Langzeitverhütungsmittel wie Hormonimplantate und -injektionen. Wir zeigen, dass hier auch die Interessen von Big Pharma an der Eroberung globaler Märkte im Rahmen von Public Private Partnerships eine wichtige Rolle spielen und diese Entwicklungen vorantreiben. Danke, Daniel, für spannende gemeinsame Recherchen und Zusammenarbeit zu diesen Themen! Ein Dank geht auch an die Zeitschrift Peripherie für kontinuierliche kritische Arbeit zu »Entwicklungspolitik« und die Unterstützung einer älteren Veröffentlichung zum Thema, sowie an die Coordination gegen Bayergefahren für die Kooperation bei kritischen Aktionär*innen-Aktionen. Ganz besonders möchte ich auch allen danken, mit denen wir kontinuierlich antirassistische gegenhegemoniale feministische Positionen zu internationaler Bevölkerungspolitik weiterentwickelt haben, insbesondere Anne Hendrixson, Rajani Bhatia und Kalpana Wilson.

Das Buch endet mit einem Epilog, in dem ich zusammenfassend wichtige Ergebnisse diskutiere. Zudem befasst sich der Epilog mit Fragen des Widerstandes und der weiteren Vernetzung, auch in Zeiten von Pandemie und neuen Kriegen. Für die Politik des Kinderkriegens ist das Konzept der *reproductive justice*, wie es von Schwarzen US-Feminist*innen seit den 1990er Jahren eingefordert und verbreitet wird, eine wichtige Referenz. Denn es schafft einen Rahmen für Analysen und Bündnisse, innerhalb derer rund um Schwangerschaftsabbruch, Kinderkriegen und Elternschaft strukturelle Macht- und Gewaltverhältnisse sichtbar gemacht werden können. Mit dem Bezug auf reproduktive Gerechtigkeit lässt sich auch verstehen, wie es für viele Menschen unmöglich gemacht wird, Kinder unter guten sozialen Bedingungen frei von Gewalt aufziehen zu können. Es gibt viele Formen, wie die Mutter- bzw. Elternschaft bestimmter sozialer Gruppen diskriminiert, abgewertet oder gar unmöglich gemacht wird. Danke an alle Aktivist*innen im kleinen Berliner Netzwerk reproduktive Gerechtigkeit, in dem wir versuchen, dieses Konzept auf deutsche Verhältnisse anzuwenden. Und ein ganz herzliches Danke auch an die Freund*innen aus der Casita und Respect Berlin dafür, dass Ihr Eu-

re Analysen und Erfahrungen im harten Alltag des Lebens ohne Papiere mit mir teilt. Schließlich möchte ich mich auch bei dem großartigen Programm Mecila (Maria Sibylla Merian Centre Conviviality-Inequality in Latin America) bedanken. Mecila hat mir durch eine Fellowship 2021 ermöglicht, mich mit brasilianischen Feminist*innen darüber auszutauschen, wie sie sich auf *justiça reprodutiva* beziehen; auch ihnen Danke für die Gesprächsbereitschaft in diesen schwierigen Zeiten.

All diese umfangreichen Forschungen, Kooperationen und Schreibarbeiten, alle Gruppentreffen und politischen Aktivitäten, die zu diesem Buch geführt haben, wären aber sowieso nicht möglich gewesen ohne die nächsten geliebten Menschen um mich herum. Danke für allen alltäglichen Austausch, für jede Art von Support, Liebe, Spiel und Spaß, und auch für alles Verständnis für das tägliche Auf und Ab: Danke an Lee, Martin und Majd, an meine Wahlverwandtschafts-WG Merle, Philip und Ivan, an Encarnación als meine mobile Offenbach/Berlin-WG, an meine Freundinnen Helle, Kera und Sabine, an meine Schwester Ulrike und an die wunderbare Metrogap-Etage in der Lause!

Susanne Schultz

I Theorien, Methoden, Konzepte.

Eine Einführung

Die malthusianische Matrix

Von Konjunkturen der Demografisierung und dis/reproduktiven Technologien

Von Susanne Schultz

›Wie hoch sollte die deutsche Geburtenrate sein, und inwiefern kann Familienpolitik hier intervenieren?‹ ›Welche Reproduktionstechnologien braucht es, um den staatlichen Auftrag umzusetzen, Kinderwünsche zu verwirklichen?‹ ›Welche sozialen Gruppen sind besonders relevant, um das nationale Humanvermögen zu optimieren?‹ ›Inwiefern beeinflusst Zuwanderung langfristig die nationale Bevölkerungsstruktur?‹ ›Wie können Hormonimplantate im Globalen Süden besser verbreitet werden, um die Klimakrise einzudämmen?‹¹

Diese hier absichtlich im hegemonialen Duktus formulierten Fragen sind in ihren Begrifflichkeiten, Problemstellungen und Ausrichtungen höchst voraussetzungsvoll und aus einer Perspektive sozialer Gerechtigkeit höchst problematisch. Gleichzeitig sind sie hochaktuell und brisant und könnten auch einfacher formuliert werden: Welche Kinder sollten von wem und wo geboren werden und welche besser nicht? Und wie wird mit den zukünftig (nicht) geborenen Menschen heute Politik gemacht? Die Fragen verweisen auf verschiedene Dimensionen in der Gesellschaftlichkeit des Kinderkriegens, die trotz all ihrer Brisanz weiterhin ein wenig gesellschaftskritisch bearbeitetes und durchdrungenes Themenfeld sind. Karl Marx überließ die Frage des Kinderkriegens »getrost dem Selbsterhaltungs- und Fortpflanzungstrieb der Arbeiter« (Marx 1983: 598; vgl. Cooper 2015; Federici 2018); der feministische Materialismus subsumierte sie lange unter die Grundfrage der sozialen

1 Ich verwende einfache Anführungszeichen, um die typischen Diskurselemente bzw. Tropen der Demografiedebatte zu markieren, und doppelte Anführungszeichen, wenn ich mich direkt auf eine anschließend erwähnte Quelle beziehe.

Reproduktion bzw. Reproduktionsarbeit (vgl. Kontos 2018); Queertheorien brachten die Kritik an Institutionen der Heteronormativität lange Zeit vorrangig mit Blick auf Sexualitätspolitik voran (vgl. Engel 2008; Deutscher 2012; Laufenberg 2014). Die Frage, wie Menschen in die Welt kommen und welche Macht- und Herrschaftsverhältnisse hier eine Rolle spielen, blieb eher ein Nischenthema für spezifische Forschungsfelder: etwa für eine feministische Geschichte der Medikalisierung (vgl. Duden 1991; Oudshoorn 1996; Samerski 2002; Franklin/Lock 2003) oder für vereinzelte feministische Arbeiten, die das Konzept der Biopolitik insbesondere in Auseinandersetzung mit dem Werk von Michel Foucault in Richtung dieser Fragen bearbeiteten, zuspitzten und erweiterten (vgl. Ginsburg/Rapp 1995; Schneider 2000; Braun 2000; Lettow 2015a; Deutscher 2017). Die gesellschaftstheoretische Marginalität des Kinderkriegens ermöglichte es auch, dass eine weitgehend quantitativ-statistische Demografie, weitgehend frei von jeglicher Gesellschaftstheorie, das Thema mit Forschungen zu Fertilität, reproduktivem Verhalten und Bevölkerung international und in den letzten Jahrzehnten auch wieder zunehmend in Deutschland ohne viel Gegenwind besetzen konnte (vgl. Greenhalgh 1996; Hummel 2000; Schultz 2006; Heimerl/Hofmann 2016; Heitzmann 2017; McCann 2017; Murphy 2017). Ermöglicht wurde dies auch dadurch, dass die akademische gesellschaftstheoretische Forschung in Deutschland (aber auch lange im angloamerikanischen Raum) kaum die komplexen Auseinandersetzungen zu Bevölkerungspolitik wahrnahm und aufgriff, die insbesondere von antirassistischen, antieugenischen und antiimperialistischen feministischen Bewegungen und deren organischen Intellektuellen bereits an vielen Orten seit Langem vorangetrieben worden waren. In den USA entstand vor dem Hintergrund einer langen Geschichte der Kritik antinatalistischer Politik gegenüber der Schwarzen und Native Bevölkerung der sozial- und rassismuskritische Ansatz der *reproductive justice* (vgl. Davis 1982: 182f; Spillers 1987; Roberts 1997; 2015; Silliman/King 1999; Silliman/Bhattacharjee 2002; Gumbs u.a. 2016; Roberts 2015; Ross 2021). In Deutschland arbeiteten Bewegungen und ihnen nahestehende Intellektuelle rassehygienische und nationalsozialistische Kontinuitäten auf (vgl. Bock 1986; Bradish u.a. 1989; Pinn/Nebelung 1989; Degener/Köbsell 1992; Heim/Schaz 1996; Waldschmidt 2003; Achtelik 2015), und vielfältige Kämpfe im Globalen Süden setzten sich mit repressiven antinatalistischen Entwicklungsprogrammen auseinander (vgl. Mass 1976; Nair 1989; Ávila 1993; Hartmann 1995; Akhter 1996; Rao 2002; Schultz 2006; Wilson 2012, 2017; Bhatia u.a. 2020). Diese Bewegungen erarbeiteten vielfältige Forschungen und Theorieansätze zum Zusammenhang

von Geschlechterverhältnissen, Rassismus, globalem Kapitalismus und Neokolonialismus, lange bevor die Konzepte der Biopolitik und Intersektionalität die Universitäten erreicht hatten.²

Nach und nach entwickelten sich allerdings neue Felder des Forschungsinteresses zum Kinderkriegen: Eine praxeologisch angelegte Forschung beansprucht, die materiellen Dimensionen und sozialen Diskurse des Kinderkriegens zusammenhängend zu beforschen (z.B. Heimerl/Hofmann 2016; Sänger 2020). Sowohl in queer-feministischen als auch kulturen- und anthropologischen Forschungen gibt es ein zunehmendes Interesse an Fragen der reproduktionsmedizinischen Technologieentwicklung sowie an der Veränderung von Verwandtschaftsverhältnissen bzw. an alternativen Formen, Verwandtschaft zu denken (z.B. Butler 2002; Fonseca 2006; Mamo 2007; Freeman 2008; Klotz/Knecht 2010; Mamo/Alston-Stepnitz 2015). Meistens liegt der Ausgangspunkt hier in der Analyse von Heteronormativität, Familienformationen und Geschlechterverhältnissen bzw. in der Analyse, wie sich diese Dimensionen gesellschaftlicher Verhältnisse verändern und neujustieren. Inwiefern aber Politiken des Kinderkriegens als Grundfrage globaler kapitalistischer Vergesellschaftung theoretisiert werden können und insbesondere Klassenverhältnisse, Rassismus und Kolonialität nicht nur als zusätzliche Achsen der Theoretisierung eine Rolle spielen, damit befassen sich immer noch nur wenige sozialwissenschaftliche und gesellschaftstheoretische Arbeiten.³

In meinen Forschungsarbeiten, theoretischen Erkundungen und politischen Diskussionskontexten habe ich mich diesem großen gesellschaftstheoretischen Projekt der Analyse einer Bio- und Nekropolitik des Kinderkriegens von zwei Perspektiven her angenähert: Zum einen sind die Regierungsstrategien und Wissensformationen, kurz die Rationalitäten, ein Ausgangspunkt; zum anderen untersuche ich die Einbettung dis/reproduktiver Technologien

2 Ein neueres Konzept zur Diskussion dieser Fragen ist das des »reproduktiven Rassismus« (Siddiqui 2021).

3 Allerdings sind einige Arbeiten zu nennen, die diese Fragen in ihre Analyse neuer reproduktionsmedizinischer Verhältnisse einbrachten (z.B. Nahman 2013; Pande 2014; Waldby/Cooper 2015; Lewis 2019) oder auch im Rahmen einer Rekonstruktion der globalen Geschichte demografischen Wissens neu bearbeiteten (z.B. McCann 2017; Murphy 2017). Zudem wird *reproductive justice* auch im Kontext posthumanistischer Konzepte bearbeitet, allerdings mit der Gefahr, mit der Gegenüberstellung globaler Bevölkerungszahlen und ökologischer Zerstörung trotz aller Abgrenzungen doch neomalthusianische Rationalitäten wieder neu zu beleben (vgl. Haraway 2018; Text »Weniger Klimakrise durch weniger Menschen?« in diesem Band).

in gesellschaftliche Machtverhältnisse. Mit den Begriffen der dis/reproduktiven Technologien fasse ich Sterilisations-, Verhütungs-, und Abtreibungsmethoden, assistierende Reproduktionsmedizin sowie pränatale und humangenetische Diagnostik zur ›Qualität‹ des Embryos oder Fötus zusammen und integriere damit geburtenverhindernde, geburtenfördernde und selektive technologische Dimensionen. Die übergreifende Fragestellung ist, in welche gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse die aktuelle Politik des Kinderkriegens eingebunden ist und wie sich Rassismus, Nationform, Klassenverhältnisse, Geschlechterhierarchien sowie Gesundheitsnormen hier verschränken. Konkrete empirische Forschungsfelder sind aktuelle Dimensionen von globaler und nationaler Bevölkerungspolitik, demografische Wissensproduktion, Familienpolitik und Migrationspolitik in Deutschland sowie die Analyse gesellschaftlicher Implikationen assistierender Reproduktionsmedizin (insbesondere Eizelltransfer und Leihgebären), Präimplantations- und Pränataldiagnostik sowie Verhütungstechnologien.

Schon die schwierige Frage, welche Begrifflichkeiten adäquat sind, verweist auf die gesellschaftstheoretische Vernachlässigung der Thematik: Ich verwende den umgangssprachlichen Begriff des Kinderkriegens oder auch alternativ den Begriff der Generativitätsverhältnisse, um die üblichen Begriffe ›Fortpflanzung‹ oder ›biologische Reproduktion‹ zu vermeiden.⁴ Denn der Begriff der Fortpflanzung impliziert die Idee einer biologischen generationellen Kontinuität. Und mit der Vorstellung einer biologischen Reproduktion wird eine Abgrenzung zu Fragen der sozialen Reproduktion vorgenommen, wodurch die sozialen Verhältnisse und Praktiken der Sexualität, Verhütung, Abtreibung, Schwangerschaft und Geburt ausgeblendet bzw. biologisiert werden (vgl. Lettow 2015a; Heimerl/Hofmann 2016; Kontos 2018). Den Begriff der Reproduktion verwende ich dennoch erstens nominalistisch, wenn ich damit die Politiken beschreibe, die sich selbst auf eine nationale oder generationelle Reproduktion der Bevölkerung beziehen und auf einer entsprechenden Wissensproduktion basieren, oder zweitens, wenn ich mich auf ihn als kritischen

4 Vgl. zum Begriff der Generativitätsverhältnisse Kontos 2018. Problematisch an dem Begriff der Generativität ist, dass er anschlussfähig ist für vitalistische Konzepte, die von einer natürlichen Produktivität des reproduktiven Körpers ausgehen. Als weiteres Konzept bietet sich das der »Produktion des Lebens« bei Frigga Haug an (Haug 2003). Hier wiederum besteht aber das Problem, dass die spezifische historische Bedeutung, die Produktion und Reproduktion im Rahmen der Dynamiken kapitalistischer Inwertsetzung zukommt, eingegeben wird.

Begriff beziehe u. a. auch im Rahmen theoretischer Ansätze zur ›stratifizierten Reproduktion‹.⁵ Damit knüpfe ich an die Arbeit von Shellee Colen an, die die globale Hierarchisierung von Kinderbetreuung und Kindererziehung in ihrer Forschung zu (post-)kolonialen Arbeits- und Familienverhältnissen karibischer Hausangestellter in den USA herausarbeitete, sowie an die Arbeiten von Rayna Rapp und Fayne Ginsburg, die dieses Konzept auf die Frage des Kinderkriegens erweiterten (Colen 1990; Ginsburg/Rapp 1995). Sie riefen damit zu einer sozialwissenschaftlichen Forschung auf, die nach den globalen und lokalen Verhältnissen fragt, innerhalb derer manche soziale Gruppen gefördert und andere davon abgehalten werden, Kinder zu bekommen, Kinder zu betreuen und/oder Kinder zu erziehen (ebd.: 3).

Mein Forschungsprogramm, das ich in diesem Buch präsentiere, lässt sich als Rekonstruktion einer malthusianischen Matrix in der aktuellen Politik des Kinderkriegens zusammenfassen.⁶ Grundthese ist, dass sich die klassenselektiven und rassistischen Dimensionen von Bevölkerungspolitik mit individualisierenden und vergeschlechtlichenden Dimensionen von Körper- sowie Verhaltenspolitik asymmetrisch verschränken – und dass die Analyse demografischer Rationalitäten und deren weiterhin malthusianische Anordnung dafür erhellend sind, wie dies geschieht. Mit diesem Zugang ist es möglich, die Fragestellung einer stratifizierten Reproduktion als gesellschafts-, staats- und wissenschaftstheoretische Herausforderung und Grundfrage zu bearbeiten. Ausgehend von der Analyse bio- und nekropolitischen Staatlichkeit ist ein Analyserahmen entstanden, mit dem Dynamiken der Demografisierung des Politischen ebenso zu untersuchen sind wie die Herrschafts- und Machtverhältnisse, in die dis/reproduktive Technologien eingebettet sind. Dieser Zugang ermöglicht es, über eine kategorisierende Untersuchung der gesellschaftlichen Platzanweisung von (potenziellen) Eltern qua Geschlecht, Klasse oder rassistischer Zuschreibung

5 Zudem schließe ich mich Silvia Federici an und beharre auf dem Begriff der Reproduktionsarbeit als kritischen Begriff, um die spezifische Organisation von Sorge- und Hausarbeit im Rahmen kapitalistischer Vergesellschaftung zu fassen (vgl. Federici 2012).

6 Das Konzept bezieht sich auf das ›Bevölkerungsgesetz‹ bei Thomas R. Malthus (1998; vgl. Tellmann 2013). Zudem habe ich es angelehnt an die Forschungen zur Genealogie einer reproduktiven Matrix bei Susanne Lettow (vgl. Lettow 2015a). Lettow rekonstruiert historisch, wie die seit Ende des 18. Jahrhunderts sich durchsetzende Idee der ›Reproduktion‹ es möglich machte, die zweigeschlechtliche heterosexuelle ›Fortpflanzung‹ mit Ideen der Abstammung und ›Rasse‹ zu verbinden.

hinauszugehen, wie es einer etablierten akademischen Intersektionalitätsforschung zum Vorwurf gemacht werden kann (vgl. Lorey 2008; Erel u.a. 2011). Zudem erlaubt es dieses Forschungsprogramm, die gesellschaftlichen Verhältnisse des Kinderkriegens nicht nur jenseits einer technologisch-medizinischen, sondern auch jenseits einer mikrosoziologischen Einhegung zu analysieren. Ziel ist es, die Thematik weder familiensoziologisch auf ein individuelles oder paarförmiges ›reproduktives Verhalten‹ zu reduzieren (vgl. Dackweiler 2006; Heitzmann 2017; McCann 2017) noch den Fokus nur auf eine Mikropolitik der Geschlechter zu legen. Vielmehr verstehen meine Arbeiten das Kinderkriegen und die historischen Formationen der Familie selbst als in staatlicher Bio- und Nekropolitik gleichzeitig reproduziert und verändert, und sie beforschen die paradoxen Dynamiken einer gleichzeitigen Politisierung und Privatisierung (vgl. Kontos 1998; Donzelot 1980). Mit einer Perspektive auf staatliche Bevölkerungspolitik können nationale ebenso wie rassifizierende Ein- und Ausschlüsse von Bevölkerungsgruppen als zentrale Dimensionen der Generativitätsverhältnisse deutlich werden. Über die in der Familie organisierten generationellen Kontinuitäten werden Genealogien der Abstammung hergestellt und staatsbürgerliche Zugehörigkeit ebenso wie die Reproduktion von Klassenverhältnissen organisiert (vgl. Bourdieu 1986). Schließlich ist es aus dieser Perspektive möglich, Verhältnisse der stratifizierten Reproduktion im Zusammenhang mit anderen Feldern der Bio- und Nekropolitik (in meinen Forschungen insbesondere Migrationspolitik und Gesundheitspolitik) zu untersuchen. Intersektionale staatstheoretische Ansätze können so weiterentwickelt werden, die eine gesellschafts-, staats- und machtkritische Perspektive einnehmen (vgl. Sauer 2012).

Dieses Forschungsprogramm bedarf folgender theoretischer Zuspitzungen und methodologischer Vorgehensweisen: Es ist sinnvoll, vom Konzept der Biopolitik der Bevölkerung bei Michel Foucault analytisch auszugehen, es aber mit Rekurs auf neomarxistische, geschlechtertheoretische und rassistisch-kritische sowie dekoloniale Theorieperspektiven kritisch zu reflektieren, zu überarbeiten und zu erweitern. Insbesondere Generativitätsverhältnisse sind mit Foucault kaum angemessen zu theoretisieren, ebenso wie die Frage der Nationform sowie die rassistische, koloniale und malthusianische Genealogie des Konzeptes der Bevölkerung eher Leerstellen in seinen Arbeiten sind. Eine darauf aufbauende Strategie ist es, theoretisch-methodologische Zugänge zu Staatlichkeit weiterzuentwickeln, indem ich auf der Grundlage feministisch und rassistisch-kritisch erweiterter neomarxistischer Ansätze ein doppeltes Vorgehen wähle: Dieses zielt darauf ab, einerseits hegemoniale po-

litische Konjunkturen zu rekonstruieren, andererseits die Umkämpftheit und Dynamik von Hegemoniebildungsprozessen zu erfassen. Dabei berücksichtige ich die strategische Selektivität des Staates, mit der die Reproduktion von Grundstrukturen und die Formbestimmtheit von Staatlichkeit im Rahmen kapitalistischer Vergesellschaftung rekonstruiert werden kann. Hegemoniebildungsprozesse verstehe ich auf der Grundlage neogramscianischer Ansätze und wiederum mit Rekurs auf Foucault weitreichender mit Bezug auf politische Rationalitäten, und ich lege einen Schwerpunkt auf die Frage der Wissensproduktion sowie die Herausbildung programmatischer Subjektivitäten.

Im Folgenden gehe ich zunächst auf meinen Zugang zur Biopolitik der Bevölkerung mit Michel Foucault und über Foucault hinaus ein. Ich begründe, in welcher Hinsicht ich Foucaults Konzeptualisierung weiter für analytisch sinnvoll und hilfreich halte, und zeige, welche Leerstellen und offenen Fragen dieses Konzeptes der Biopolitik ich kritisch reflektiere und weiterbearbeite. Auf dieser Grundlage führe ich in das Konzept einer malthusianischen Matrix ein und erläutere, inwiefern ich auch von einer nekropolitischen Dimension der Politik des Kinderkriegens spreche. Schließlich setze ich mich kritisch mit anderen Konzepten von Biopolitik auseinander. Im nächsten Kapitel folgen Forschungsergebnisse und theoretisch-methodologische Zugänge zu bio- bzw. nekropolitischen Staatlichkeit. Ich stelle vor, inwiefern ich mich auf feministisch und antirassistisch erweiterte neomarxistische Zugänge zu Grundstrukturen, Formbestimmtheit, aber auch Umkämpftheit von Staatlichkeit beziehe. Ich erläutere, wie ich diese Zugänge mit der Analyse von Rationalitäten als Frage des Macht-Wissen-Nexus und von Dimensionen der Subjektivierung kombiniere, diskutiere die hegemonietheoretischen Grenzen der Gouvernamentalitätsstudien und erkläre, wie ich mit einem methodologisch »bifokalen« staats-theoretischen Ansatz arbeite. In den darauffolgenden beiden Kapiteln führe ich in die Texte in diesem Band ein – unter zwei Perspektiven: In einem Kapitel führe ich in das Konzept der Demografisierung ein und zeige, wie ich verschiedene Konjunkturen der Demografisierung in Familien-, Migrations-, Klima- und Entwicklungspolitik jeweils in diesem Band bearbeite. In einem weiteren Kapitel gehe ich auf die Analyse dis/reproduktiver Technologien ein – als übergeordnetes Konzept für geburtenverhindernde, geburtenfördernde und selektive Technologien. Ich zeige hier auch, wie ich Fragen der Subjektivierung und der bioökonomischen Einbettung der Politik des Kinderkriegens in den Texten in diesem Band jeweils bearbeite.

Mit Foucaults Biopolitik und über sie hinaus: die malthusianische Matrix und das hierarchische Konzept der Bevölkerung

Das Konzept einer Biopolitik der Bevölkerung, wie es Michel Foucault präsentiert hat, bleibt ein wichtiger Ausgangspunkt, um Fragen globaler stratifizierter Reproduktion und transnationaler ebenso wie nationaler Bevölkerungspolitik zu untersuchen (Foucault 1983, 2001, 2003). Denn es ermöglicht, ›Leben‹ als einen historisch spezifischen Begriff gesellschaftstheoretisch zu reflektieren und zu historisieren. Dies ist eine notwendige Voraussetzung, um die Entstehung/Produktion menschlichen Lebens als Frage historisch spezifischer sozialer und materieller Praktiken und Bedeutungszuschreibungen zu begreifen – und enthistorisierende Perspektiven eines alten oder auch neuen Vitalismus zu vermeiden (vgl. Lettow 2014). Foucaults Zugang ermöglicht eine über die Rekonstruktion sprachlicher Bedeutungen hinausgehende materialistische Perspektive, insofern er Dispositive als Assemblage sozialer, sprachlicher, materieller und technologischer Praktiken fasst, die im Sinne von ›Strategien ohne Strategen‹ trotz aller Komplexität in eine Richtung zusammenwirken (Foucault 1978: 119f; 132).

Foucaults Konzept der Biopolitik ist in mehrfacher Hinsicht als Scharnierbegriff zu verstehen und ermöglicht es, folgende Verhältnisse zusammenzudenken, ohne sie funktionalistisch oder deterministisch aufeinander zu reduzieren: Zentral ist das Verhältnis zwischen den Polen einer Biopolitik, von denen einer sich auf die Disziplinierung des individuellen Verhaltens und der individuellen Körper bezieht und der andere auf die Durchschnittsphänomene bzw. die Masse der Bevölkerung (Foucault 1983: 173; 2001: 297). Dieses Verhältnis zwischen zwei Polen ist der Ansatzpunkt, um die asymmetrische Verschränkung von Klassenverhältnissen, Rassismus und Geschlechterhierarchien in moderner Biopolitik zu verstehen und – wie ich weiter unten ausführen werde – die malthusianische Matrix zu rekonstruieren. Zudem ermöglicht es das Konzept der Biopolitik, das historisch nicht zu trennende Verhältnis zwischen einer entstehenden staatlichen Verwaltung von Bevölkerungen einerseits und ihrer kapitalistischen Verwertung (sei es als Arbeitskräfte oder bezüglich der bioökonomischen Inwertsetzung von Körpern, Körperteilen und Körperstoffen) andererseits zu reflektieren, wiederum ohne die eine auf die andere Dimension funktionalistisch zurückzuführen (vgl. Foucault 1983: 168). Neomarxistisch gesprochen ermöglicht es Foucaults Ansatz insofern, in Be-

zug auf die Politik des Kinderkriegens die relative Autonomie des Staates (oder von Verstaatlichung) zu reflektieren.

Schließlich knüpfe ich an Foucaults Analyse des modernen Rassismus an, halte sie allerdings, wie ich noch ausführen werde, nicht für ausreichend. Die Konzeption des Rassismus als tötender bzw. ausschließender Einschnitt in die Bevölkerung, der mit der Verbesserung »des Lebens im allgemeinen« begründet wird und damit den Ausschluss oder das Töten unter den Bedingungen des Liberalismus ermöglicht und etabliert, ist für das Verständnis demografischer Rationalitäten äußerst hilfreich (Foucault 2001: 302; vgl. Foucault 2003). Die neomalthusianische Argumentation, dass das menschliche Überleben nur unter den Bedingungen gelingen kann, dass bestimmte Menschen durch Sterilisations- und Verhütungsprogramme vom Kinderkriegen ausgeschlossen werden, entspricht dieser Figur und macht es möglich, die Mechanismen rassistischer Ausschlüsse in globaler Bevölkerungspolitik auch dann zu verdeutlichen, wenn vorrangig ökonomische oder ökologische Kriterien ins Spiel gebracht werden (vgl. Murphy 2017).⁷

Trotz der genannten Vorteile von Foucaults Konzeptualisierung von Biopolitik gibt es vier Dimensionen der Politiken des Kinderkriegens, für die es notwendig ist, über Foucaults Zugänge hinauszugehen bzw. sie kritisch zu reflektieren: Erstens ist die Frage des Kinderkriegens und der stratifizierten Reproduktion in Foucaults Konzeption der Biopolitik untertheoretisiert und marginalisiert. Anschließend an die feministische Kritik an dieser Leerstelle argumentiere ich, dass nicht der Sex im Allgemeinen, sondern Schwangerschaft und Geburt, dis/reproduktive Technologien sowie prokreativer Sex als entscheidendes Scharnier zwischen den biopolitischen Polen des individuellen Körpers/Verhaltens einerseits und der Bevölkerung andererseits ins Zentrum der Analyse gehören (vgl. Deutscher 2012). Damit rückt nicht nur das Regieren über das malthusianische Paar, über die »Sozialisierung des Fortpflanzungsverhaltens« weitaus mehr ins Zentrum des Geschehens, als es bei Foucault der Fall ist, sondern auch die von ihm kaum bearbeitete Frage der

7 Ich verwende den Begriff des Neomalthusianismus, wenn ich eine antinatalistische Programmatik, die auf Verhütungs- oder Sterilisationsmethoden setzt, als zentral herausstelle (etwa in aktueller transnationaler Entwicklungspolitik). Das reformerische Projekt einer technisch zu verwirklichenden staatlichen Geburtenkontrolle gilt als entscheidender programmatischer Unterschied der neomalthusianischen Bewegungen Ende des 19. Jahrhunderts zu Malthus' Rekurs auf bürgerliche moralische Sittsamkeit und Enthaltung (vgl. Rainer 2005: 88f).

heteronormativen Geschlechterordnung, in die die Politik des Kinderkriegens eingebettet ist (Foucault 1983: 127; vgl. Quinby/Diamond 1988; Engel 2002: 55f; Deutscher 2017). Auf der Grundlage dieser Konzeptualisierung des biopolitischen Scharniers schlage ich vor, von der Kontinuität einer malthusianischen Matrix in der aktuellen Politik des Kinderkriegens zu sprechen und diese zu rekonstruieren. Die malthusianische Matrix zeichnet sich durch ein asymmetrisches Verhältnis zwischen Klassenhierarchien, Rassismus und Geschlechterverhältnissen aus: Die familialisierte und vergeschlechtlichte Biopolitik, die sich auf die »reproduktiven Körper« bzw. das »reproduktive Verhalten« des biologisch heteronormativ gefassten Paares bzw. der individuellen Frauen richtet, steht in einem systematischen, aber nicht gegenseitig aufeinander reduzierbaren Zusammenhang mit einer Biopolitik der Bevölkerung, innerhalb derer Bevölkerungsgruppen nach Klassenhierarchien, rassifizierenden Zuschreibungen und/oder Gesundheitsnormen auf- und abgewertet werden (vgl. Lettow 2015a).

Hier schließt sich die zweite notwendige kritische Verschiebung weg von Foucaults Konzeption von Bevölkerung an. Sie betrifft die Geschichte des Kolonialismus, der Rassenhygiene und der malthusianischen Hierarchisierungen, die die Genealogie von »Bevölkerung« prägen und weiter in Bevölkerungswissenschaft und -politik eingeschrieben sind. Sowohl die kolonialrassistischen als auch die klassenhierarchischen Vorstellungen von Malthus prägen in ihrer »internen Hierarchisierung der Vorstellung von Bevölkerung« die Geschichte der politischen Ökonomie bis heute (Tellmann 2013: 137); und sie sind auch für eine aktuelle Rekonstruktion demografischer Rationalitäten aufschlussreich (vgl. McCann 2017).⁸ In Malthus' Bevölkerungsgesetz ist angelegt, eine quantitative, scheinbar hierachiefreie Wissensproduktion, die sich auf Bevölkerungszahlen in ihrem abstrakt quantitativen Verhältnis zu Ressourcen richtet, mit solchen »qualitativen«, also ein- und ausschließenden sowie hierarchisierenden Mechanismen systematisch zu kombinieren (vgl. Malthus 1998). Für die Konzeptualisierung einer malthusianischen Matrix ist dieses Verhältnis zwischen quantitativer Abstraktion und qualitativer Zuschreibung – neben der asymmetrischen Artikulation der biopolitischen Pole – ein weiteres wichtiges Moment. Dabei ist es ein zentrales Charakteristikum der malthusianischen Matrix, dass dieses Verhältnis opak bzw. unsichtbar bleiben kann. Die quantitativen Rationalitäten in ökonomischen oder ökologischen Krisennarrativen, die

8 Diese und alle weiteren Übersetzungen englischer Zitate durch die Autorin.

ein abstraktes Zuviel oder Zuwenig an Bevölkerung konstruieren, schlagen in klassenhierarchisierende und rassistische Zuschreibungen um, wenn es darum geht, dieses Zuviel oder Zuwenig bestimmten Bevölkerungsgruppen zuzuschreiben und auf dieser Grundlage bio- bzw. nekropolitische Strategien zu entwerfen und zu implementieren. Das Moment dieses Umschlags selbst kann aber als nicht greifbar im Verborgenen bleiben. Um die Genealogie der malthusianischen Matrix zu verstehen, beziehe ich mich auf Forschungen zur kolonialrassistischen Geschichte von ›Bevölkerung‹ und auf Arbeiten zu Foucault, die sich kritisch mit seiner Konzeption von Biopolitik befassen oder sie weiterdenken. So analysiert Stoler seine »tunnelartige Betrachtung des Westens« in der historischen Rekonstruktion von Biopolitik (Stoler 2002: 324; vgl. Stoler 1995); Weheliye kritisiert Foucaults Konzeption des Rassismus (Weheliye 2014); Mbembe denkt aus einer antikolonialen und rassismuskritischen Perspektive das Konzept der Biopolitik mit dem Fokus auf die Frage der Nekropolitik weiter (Mbembe 2003); und weitere Arbeiten untersuchen die für Bevölkerungsdiskurse zentrale Dimension der Zukünftigkeit nach rassistischen Anordnungen (vgl. Baldwin 2012, 2017; Smith/Vasudevan 2017; Schultz 2019).⁹ Dass ich in Bezug auf die Politik des Kinderkriegens auch von Nekropolitik spreche, bezieht sich auf diese genannten hierarchisierenden Dimensionen von ›Bevölkerung‹. Denn: In bevölkerungspolitischen Strategien zur Verhinderung von Geburten als Verhinderung der ›Reproduktion‹ bestimmter sozialer Gruppen ist als Fluchtpunkt die Idee der Vernichtung angelegt, wenn diese Strategien davon ausgehen, dass sich soziale Gruppen über die Generationen ›reproduzieren‹.¹⁰

Drittens stellt Foucault kein systematisches Verhältnis zwischen der Nationform und ›Bevölkerung‹ her. Der methodologische Nationalismus ist aber zentral für die Konstitution von ›Bevölkerung‹ (vgl. Wimmer/Glick Schiller

9 Wichtig ist selbstverständlich für die deutsche Geschichte auch der Rückblick auf die nationalsozialistische Bevölkerungspolitik, die u.a. Heim/Schaz 1996 sehr gut aufgearbeitet haben, und die Foucault als »auf die Spitze getriebene Entwicklung« des Staatsrassismus berücksichtigt hat (Foucault 2001: 306).

10 Eine solche Perspektive wird auch von denjenigen intersektionalen feministischen Aneignungen des Konzepts der Nekropolitik vertreten, die sich etwa mit Polizeigewalt und den Auswirkungen auf Mutter- bzw. Elternschaft in Schwarzen Communities in den USA und Brasilien befassen (vgl. Smith 2016; Silva Loureiro 2020). Nicht gemeint und klar davon abzugrenzen ist eine lebensschützerische Interpretation, die die individuelle Entscheidung für einen Schwangerschaftsabbruch als Politik des Todes skandalisiert.

2003; Murphy 2017). Die Geschichte der Bevölkerungserfassung verweist auf die Konstitution der europäischen imperialen Nationalstaaten ebenso wie auf die Rassifizierung der Bevölkerungen ihrer Kolonien (vgl. Anderson 1996: 164ff; Supik 2014: 60ff; Gutiérrez Rodríguez 2018). Das demografische Wissen und die bevölkerungspolitischen Strategien basieren in ihrer massiven Abstraktion heute weiterhin auf nationalen Bevölkerungsregistrierungen und -statistiken sowie daraus ermittelten nationalen Durchschnitten (der Geburtenrate, Alterszusammensetzung etc.), auch wenn diese in regionalen (z.B. europäischen) und transnationalen (meist auf den Globalen Süden ausgerichteten) Strategien auch nachträglich aggregiert werden können. Die Frage der Nationform ist zudem entscheidend, um das Verhältnis zwischen nationalem Ein- und Ausschluss, Rassismus und Staatlichkeit zu verstehen. Für das Verständnis von ›Bevölkerung‹ und Nationform und auch für das komplexe Verhältnis von Überschneidungen und Differenzen zwischen Nationalismus und Rassismus greife ich deswegen neben anderen Forschungen zur Genealogie der Nation auf die Arbeiten von Etienne Balibar zurück (Balibar 1992a, 1992b).

Schließlich ist es viertens eine weitere offene Frage, wie die verschiedenen Dimensionen von Biopolitik bei Foucault historisch einzuordnen und welche Phasen, Dynamiken und Konjunkturen bis heute analysierbar sind. Meine Forschungen stehen im Kontrast zu Analysen, die insbesondere in den 2000er Jahren eher von einer biopolitischen Verschiebung in Richtung Individualisierung und Ökonomisierung ausgingen und die staatliche Verwaltung von Bevölkerungen als zurückweichend oder in Auflösung begriffen verstanden (z.B. Rose 2001; Rabinow/Rose 2003; vgl. Schultz 2011a). Demgegenüber richten sich meine Forschungen darauf zu untersuchen, inwiefern Dimensionen transnationaler und nationaler staatlicher Bevölkerungsverwaltung sowohl für Politiken des Kinderkriegens als auch in einem weiteren Sinne etwa in systematischer Artikulation mit Migrationspolitik weiterhin wichtig zum Verständnis heutiger Bio- bzw. Nekropolitik sind.

Keine Alternativen: Konzeptionen der Biopolitik nach Agamben und Hardt/Negri

In den 2000ern wurde der Biopolitik-Begriff von Foucault oftmals konfrontiert mit oder weitergedacht in den Arbeiten derjenigen Autor*innen, die ihre eigenen Interpretationen von Biopolitik vor dem Hintergrund ihrer Auseinandersetzung damit ebenso wie ihrer Abgrenzung publiziert haben, näm-

lich einerseits Giorgio Agamben, andererseits Michael Hardt/Antonio Negri (Agamben 2002; Hardt/Negri 2002).¹¹ Meines Erachtens haben sie jedoch in vieler Hinsicht keine überzeugende Alternative angeboten bzw. fallen auch in bestimmter Hinsicht hinter Foucaults Konzeption zurück: Kurz zusammengefasst erscheint Agambens radikale und generelle ontologische Staatskritik, die sich auf die totalisierende und souveräne Macht zu töten ausrichtet, zwar auf den ersten Blick für eine Kritik einer globalen antinatalistischen Bevölkerungspolitik angemessen; denn der Fluchtpunkt der Vernichtung ist hier als »verborgene Matrix« analyseleitend (Agamben 2002: 175). Mit seiner ahistorischen Perspektive und seinem fast ausschließlichen Fokus auf das Recht und den Ausnahmezustand vernachlässigt er aber die Komplexität ökonomischer, technologischer und subjektiver Dimensionen von Biopolitik, macht eine Analyse von Widerstand unmöglich und verfehlt es auch, die unterschiedlichen Dynamiken von auf Bevölkerung oder auf Körper ausgerichteten Biopolitiken verständlich zu machen.¹² Fast in eine entgegengesetzte Richtung konzipierten Hardt/Negri Biopolitik in »Empire« im Sinne einer ermöglichenden, allumfassenden biopolitischen Produktivität (Hardt/Negri 2002). Diese umfasse im aktuellen globalen Kapitalismus eben das Ganze des sozialen Lebens – und wird sowohl als Ansatzpunkt für Kooperation und Widerstand als auch als zunehmend umfassendere Dimension von Machtverhältnissen und Verwertungsprozessen gefasst. Problematisch erscheinen hier die ahistorische, den Begriff des Lebens nicht reflektierende, vitalistische Konzeption und das Verständnis von Affektivität. Beides wird ohne eine kritische Reflektion geschlechtlicher Arbeitsteilungen und Zuschreibungen vor allem als Ansatzpunkt für ein revolutionäres Umschlagen konzipiert (vgl. Schultz 2002, 2011b). Darüber hinaus problematisiere ich Hardt/Negris Ansatz zu biopolitischer Produktivität als ganzheitliches Konzept von Arbeit, das es unmöglich macht, das hierarchische Verhältnis von Produktions- und Reproduktionsverhältnissen und damit auch dessen Kontinuitäten und Veränderungsdynamiken zu analysieren (vgl. Federici 2021).

11 Ausführlicher dazu meine Ausführungen in Schultz 2002, 2011b, 2011c.

12 Sehr deutlich schlugen sich diese Schwachstellen dann auch in Agambens pauschalen problematischen Reaktionen zur Pandemiepolitik nieder (vgl. Agamben 2020).

Theoretisch-methodologische Zugänge zu Staatlichkeit

Die dargestellte Interpretation, Erweiterung und Verschiebung des Konzepts der Biopolitik bei Foucault steht in engem Zusammenhang damit, bio- bzw. nekropolitische Staatlichkeit zu konzeptualisieren. Die Frage, inwiefern die verschiedenen Dimensionen der malthusianischen Matrix in Grundstrukturen globaler kapitalistischer Vergesellschaftung eingelassen sind, die Frage der Nationform, der rassistischen, (post-)kolonialen Genealogien und Hierarchisierungen im Konzept der Bevölkerung sowie der damit verbundenen heteronormativen Genderregime sind nicht ausreichend im ›staatsskeptischen‹ Zugang Foucaults zu Staatlichkeit bearbeitet (vgl. Foucault 2000b). Deswegen gehe ich in einem ersten theoretischen Schritt von neomarxistischen, feministisch-materialistischen und rassismuskritischen Konzeptionen von Staatlichkeit aus, die ich allerdings in einem zweiten Schritt wiederum um Foucaults Zugänge zu Rationalität, Regierung und Selbsttechnologien erweitere und reflektiere. Als dritter und zu neomarxistischen Fragestellungen wiederum zurückkehrender Schritt stellt sich schließlich die Frage der Hegemonie und Reichweite der untersuchten Rationalitäten und Regierungsverhältnisse. Diese Vorgehensweise wird im Folgenden erläutert und anschließend in Bezug auf methodologische Schlussfolgerungen diskutiert.

Feministisch und rassismuskritisch erweiterte neomarxistische Perspektiven

Aus einer feministisch und rassismuskritisch erweiterten und reflektierten marxistischen Perspektive ist es ein immer wieder neu zu reflektierender Ausgangspunkt, dass das Politische im Rahmen globaler kapitalistischer Vergesellschaftung und sich damit entwickelnder Staatlichkeit mehrfach begrenzt ist, auch wenn diese Grenzen selbst umkämpft sind, sich verschieben, mal deutlicher werden und mal stärker verschwimmen (vgl. Brown 1995; Demirovic/Pühl 1998). Wichtige Dimensionen einer Reproduktion von Herrschaftsverhältnissen gehen verloren oder werden zumindest eingeengt, wenn die kokonstitutiv entstandenen und sich reproduzierenden hierarchischen Grenzziehungen nicht immer wieder in die Analyse von Staatlichkeit eingehen: die für den Marxismus zentrale Trennung des Politischen vom Ökonomischen, in der die Privatheit von Produktionsmitteln gilt und gesellschaftliche Beziehungen nicht über demokratische Teilhabe organisiert sind; die Trennung des Politischen und Ökonomischen vom Privaten, in-

nerhalb dessen Kinderkriegen, Haus- und Sorgearbeit weiterhin zu einem erheblichen Anteil unbezahlte Tätigkeiten sind, die auf einer familiären geschlechtlichen Arbeitsteilung basieren (z.B. Barrett 1983; Chorus 2012; Federici 2012, 2018); und die Ein- und Ausschlussmechanismen der nationalen (oder regionalen) Staatsbürgerschaften in einem postkolonialen rassifizierten globalen Kapitalismus (vgl. Robinson 1983; Quijano 2000, Mezzadra/Neilson 2013; Gutiérrez Rodríguez 2018).

Eine solche Ausblendung oder Einebnung geschieht, wenn beispielsweise in der Untersuchung von NGOisierungsprozessen die Governance- oder Regimeforschung sich nur auf den politischen Output bei der Kooperation diverser politischer Akteur*innen konzentriert (vgl. Schultz 2018). Auch manche Forschungen zu Gouvernamentalität oder zu Assemblagen stellen additiv verschiedene Elemente des Regierens nebeneinander, ohne Grundstrukturen und -formen globaler kapitalistischer Vergesellschaftung wie das Kapitalverhältnis, die Familie, den Nationalstaat, die Kolonialität und den Rassismus als solche zu markieren.¹³ Gleichzeitig beziehe ich mich in meinen Arbeiten auf diejenigen neomarxistischen Perspektiven, welche mit Rekurs auf Poulantzas den Staat als materiell verdichtetes soziales Verhältnis verstehen; sie gehen davon aus, dass Staatlichkeit als Konfliktfeld zu verstehen ist, das allerdings aufgrund dieser kokonstitutiv entstandenen Formen und Grenzziehungen vermachtet und vorstrukturiert ist und insofern ›strategisch selektiv‹ wirkt (vgl. Jessop 1992; Poulantzas 2002; Demirovic 2007). Nur über das Nachvollziehen von Kräfteverhältnissen, Konflikten und Kämpfen um strategische Ausrichtungen, politische Agenden aber auch Alltagspraktiken kann verständlich werden, wie die genannten Grundformen und -strukturen kapitalistischer Vergesellschaftung reproduziert, aber auch im Rahmen ihrer permanenten Reproduktion verändert werden. Dies betrifft sowohl die Reproduktion und Verschiebung von Machtverhältnissen auf dem Terrain des Politischen als auch die Grenzverschiebungen des Politischen selbst. So beschäftigen sich einige der in diesem Band präsentierten Texte damit, wie

13 Hier ist nicht die theoretisch komplexere Anlage des Konzepts der Assemblage bei Deleuze/Guattari gemeint, sondern dessen Reduktion auf eine additive, netzwerkartige Artikulation (vgl. Deleuze/Guattari 2005; Nail 2017). Ebenso ist das Konzept der Gouvernamentalität bei Foucault umfangreicher gefasst, als es in der sozialwissenschaftlichen empirischen Forschung mit Fokus auf neoliberale Selbstverhältnisse oftmals rezipiert wird (vgl. Foucault 2000a; Lemke u.a. 2000).

das Konzept der Nation im Rahmen einer demografisierten Migrationspolitik umkämpft und gleichzeitig reproduziert und gestärkt wird (insbesondere »Migrationspolitik als Bevölkerungssteuerung?«) oder wie die gleichzeitige Dynamisierung und Festschreibung der Form Familie als wichtige Dimension von Demografisierung zu verstehen ist (insbesondere »Nation und Kinderwunsch«; »Humanvermögen und Zeitpolitik«).

Schließlich ist zu berücksichtigen, dass Staatlichkeit als strategisch selektives Konfliktfeld selbstverständlich kein homogenes Terrain ist, sondern hochgradig komplex und heterogen zu fassen ist. In meinen Arbeiten zu globalen Bevölkerungsprogrammen beziehe ich mich auf Forschungen zu subalternen und postkolonialer Staatlichkeit, in die die Geschichte globaler kolonialer Machtverhältnisse eingeschrieben ist, sowie auf Forschungen zu multilateraler, regionaler und internationaler Staatlichkeit (vgl. Quijano 2000; Randeria 2002; Schultz 2006; Brand u.a. 2007). Und ich arbeite so auch den enormen Einfluss privater Akteur*innen wie Lobbygruppen, Think Tanks und Stiftungen als Politik- und Wissensnetzwerke heraus. Die Bedeutung einer solchen erweiterten transnationalen Staatlichkeit lässt sich in Bezug auf globale Bevölkerungspolitik schon spätestens ab der Zeit in und kurz nach dem Zweiten Weltkrieg zurückverfolgen – und damit für eine viel längere Zeit vor den Prozessen, die in Forschungen zu neoliberaler Governance meist untersucht werden – und ist weiterhin im Rahmen einer enormen Dynamik philanthropkapitalistischer Netzwerke eine wichtige Dimension transnationaler Staatlichkeit (vgl. Birn 2014; »Antinatalismus und Big Pharma« in diesem Band).

Rationalität und Regierung: zur Analyse hegemonialer Anordnungen

In einem zweiten staatstheoretischen Schritt greife ich wiederum auf das Werk Foucaults bzw. genauer auf die Konzepte der Rationalität und der Regierung zurück. Foucault hat mit der Perspektive auf politische Rationalitäten und mit dem Fokus auf die Regierung der Selbstverhältnisse im Rahmen seiner Konzeptualisierung von Gouvernamentalität einen Zugang zu Staatlichkeit vorgeschlagen, der auf den ersten Blick quer zu einer Analyse der Formen und Strukturen kapitalistischer Staatlichkeit steht. Es ist aber in mehrfacher Hinsicht sinnvoll, diese Perspektive einzubeziehen, um sich genau diesen Fragen anzunähern. Denn diese Zugänge ermöglichen es, kohärente Dimensionen von Staatlichkeit nicht über *den* Staat (und erst recht nicht allein über Institutionen oder Staatsapparate) herauszuarbeiten, sondern darüber, wie

Wissen, Macht und Subjektivität über strategische Ausrichtungen im Sinne von Dispositiven auf spezifische Weise ineinandergreifen.

Für meine Arbeiten zu Bevölkerungspolitik ist das Konzept politischer Rationalitäten als Ineinandergreifen von Problembeschreibungen und Lösungsstrategien und damit von Wissen und Macht ein besonders wichtiger Zugang. Der Vorteil dieser Analyseperspektive besteht darin, dass es mit den Fragen nach dem Verhältnis von Wissen und Macht möglich wird, die impliziten Wissensvoraussetzungen staatlicher Strategien selbst zu untersuchen und zu hinterfragen und sich insofern auch der Reproduktion von Grenzziehungen, Grundformen und Strukturanordnungen kapitalistischer Staatlichkeit anzunähern, statt diese vorauszusetzen und insofern zu reifizieren (vgl. Lemke 2007). Zudem ermöglicht es der Fokus auf Wissensproduktion, funktionalistischen und positivistischen Verkürzungen entgegenzutreten, wie sie für manche marxistische Analysen typisch sind, beispielsweise wenn Bevölkerungspolitik auf das Management eines nationalen Arbeitskraftangebots reduziert wird, ohne dabei die Bedingungen zu reflektieren, unter denen (statistisches) Wissen über eine nationale Bevölkerung, die nationale Nachfrage von Arbeitskräften oder Humankapital produziert wird.

Als weiteren gegenüber marxistischen Traditionen heterodoxen Zugang Foucaults zu Staatlichkeit beziehe ich mich auf das Konzept der Gouvernamentalität als »Führung von Führungen« (Foucault 1987: 255). Die Gouvernamentalitätsstudien haben das insgesamt weiter gefasste Konzept Foucaults operationalisiert, um die Veränderung von Selbstverhältnissen und Subjektivität im Neoliberalismus zu untersuchen – mit der Figur des selbstverantwortlichen Unternehmer-Individuums im Zentrum (vgl. Lemke u.a. 2000). Für meine Forschung ist diese Perspektive insbesondere wichtig, um solche Dimensionen bio- und nekropolitischen Staatlichkeit zu erfassen, die nicht über Verrechtlichung, über Repression und auch nicht über die Analyse von Hegemonie im Sinne einer Konsensbildung zu politischen Alltagsüberzeugungen oder Programmen verständlich werden. Vielmehr ist die Konstitution von (vergeschlechtlichter, rassifizierter, klassenorientierter, Körpernormen internalisierender) Subjektivität selbst als Effekt von Staatlichkeit zu verstehen und sind damit etwa staatliche Anrufungen von reproduktivem Begehren und Lebensplanungen (zum Beispiel rund um das Thema »Kinderwunsch«) wichtig für das Verständnis der Politik des Kinderkriegens (vgl. Ludwig 2011).

Grenzen der Gouvernamentalitätsstudien und die Frage der Hegemonie

Allerdings – und hier markiere ich die Grenze der Reichweite der Gouvernamentalitätsstudien – können Analysen des Regierens, die sich auf die Inhalte bestimmter Selbsttechnologien und Subjektivitäten konzentrieren, zentrale Problematiken der stratifizierten Reproduktion nicht angemessen bearbeiten. Der Fokus auf die programmatischen Subjektivitäten, wie er für viele Gouvernamentalitätsstudien typisch ist, läuft Gefahr, die großen Unterschiede zwischen präskriptiven und appellativen Anrufungen zu nivellieren.¹⁴ Damit können Anrufungen, die tendenziell mit Repression, Gewalt und Abwertung einhergehen, nicht ausreichend von anregenden und aufwertenden Anrufungen unterschieden werden (vgl. Wilson 2012). Zudem kann mit einer solchen Analyseperspektive aus dem Blick geraten, dass es Formen des Regierens gibt, die gerade nicht auf das Begehren, die Motivation oder das Verhalten der Einzelnen abzielen, sondern soziale Gruppen als Bevölkerungsgruppen adressieren, deren Begehren, Motivationen und Selbstverhältnisse gerade ausgeblendet bzw. als irrelevant markiert werden (vgl. Gutiérrez Rodríguez 2003). Ich betone also, dass es bei der Analyse von programmatischen Subjektivitäten notwendig ist, erstens genauer zu fragen, welche sozialen Gruppen adressiert werden bzw. welche nicht, zweitens die Praktiken der Adressierung in den Blick zu nehmen und drittens auch die Ebene der nicht auf Individuen, sondern direkt auf Bevölkerungen abzielenden Strategien herauszuarbeiten.

Schließlich ist es eine grundsätzliche Grenze der Beforschung von Staatlichkeit auf der Grundlage dieser Foucaultschen Zugänge, dass diese nicht dazu geeignet sind zu verstehen, ob, inwiefern und aufgrund welcher Kräfteverhältnisse und Konfliktkonstellationen sich bestimmte politische Rationalitäten und programmatische Subjektivitäten durchsetzen und wirkmächtig werden. Entgegen Foucaults Betonung der Heterogenität bzw. der Verästelungen von Machtverhältnissen laufen empirische Analysen von Dispositiven, Rationalitäten oder Strategien ohne Strategen doch meist darauf hinaus,

-
- 14 Mit dem Begriff der programmatischen Subjektivität haben Katharina Pühl und ich die Forschungsperspektive derjenigen Gouvernamentalitätsstudien zusammengefasst, die sich vor allem mit den Inhalten staatlicher oder institutioneller Anrufungen beschäftigen, also mit den Fluchtlinien des richtigen Verhaltens und der richtigen Selbstführung, wie sie etwa in Beratungsliteratur oder auch in staatlichen Programmen nahegelegt werden. Diese Perspektive beantwortet nicht, inwiefern diese Selbstverhältnisse hegemonial werden, und auch nicht, ob und wie sie von den konkreten Individuen jeweils angeeignet und umgearbeitet werden (Pühl/Schultz 2001).

bereits hegemoniale Formationen und deren Wissens-/Macht-Logiken sowie Subjektivierungen dennoch als kohärent und als Ganzes in den Blick zu nehmen. Um jedoch zu verstehen, wie es zu diesen hegemonialen Formationen gekommen ist und in welchem Ausmaß sie wirkmächtig sind, braucht es eine Analyse der aktuellen Kräfteverhältnisse, der konfligierenden Akteur*innen und der Reichweite der hegemonialen Durchdringung, also von Prozessen der Hegemoniebildung.

Bifokale Staatstheorie: eine Brille mit zwei Brennpunkten

Die bisher genannten komplexen Anforderungen an eine Analyse bio- und neokropolitischer Staatlichkeit setze ich in zwei methodologischen Grundstrategien um, die ich mit dem Konzept einer doppelten oder ›bifokalen‹ staatstheoretischen Brille verdeutliche. Diese Brille wechselt ihren Fokus, um einerseits das Ganze einer hegemonialen Konjunktur in den Blick zu bekommen und andererseits deren Gewordenheit und Umkämpftheit stärker differenzierend rekonstruieren zu können; ich verschiebe sozusagen den Fokus einmal auf das Allgemeine und einmal stärker auf das Besondere (vgl. Schultz 2006).

Mit der Analyse von politischen Rationalitäten ist es im Sinne einer zusammenfassenden, das große Ganze in den Blick nehmenden Perspektive möglich, bereits hegemoniale Wissens- und Machtkomplexe sowie programmatische Subjektivitäten zu untersuchen. Dabei beziehe ich bei der Analyse solcher Strategien ohne Strategen oder auch kohärenter Fluchtpunkte eines Dispositivs die Frage ein, wie hier Grundformen und Grundstrukturen von biopolitischer Staatlichkeit im Rahmen kapitalistischer Vergesellschaftung reproduziert werden. Methodisch nutze ich bei der Analyse von Dokumenten, Interviews und teilnehmender Beobachtung interpretative (oder auch argumentativ genannte) diskursanalytische Verfahren aus der Policy-Forschung (vgl. Fischer/Forrester 1993; Saretzki 2003; Fischer u.a. 2015); insbesondere beziehe ich mich auf diejenigen Arbeiten, die sich mit wissenschaftlicher Politikberatung und Wissenspolitik beschäftigen (vgl. Loeber 2005; Herrmann 2009; Plehwe 2015). So kann eine nominalistische Perspektive eingenommen werden, indem erhoben wird, welche Phänomene z.B. die demografische Politikberatung überhaupt als Bevölkerungsproblem definiert, auf welche Instrumentarien, Kategorien und Daten demografischer Forschung sie rekurriert, welche Lösungsansätze sie als politisch adäquat anbietet und welche programmatischen Subjektivitäten damit einhergehen. Analysiert

wird insofern Wissenspolitik als zusammenhängendes Phänomen eines ›Staatseffekts‹; d.h., es wird davon ausgegangen, dass aktuelle Dimensionen einer bio- bzw. nekropolitischen Staatlichkeit nicht ihren Ursprung in planerischen Institutionen haben, sondern diese erst in vielfältigen Diskursen und Praktiken der Demografisierung entstehen bzw. reproduziert werden (vgl. Lemke 2007).

Im Unterschied zu dieser Perspektive, die eher dazu geeignet ist, sozusagen ex post auf bereits hegemoniale durchgesetzte Rationalitäten und Sprecher*innenpositionen zu schauen, richtet sich der Blick der zweiten ›Brille‹ historisch rekonstruierend darauf, inwiefern diese vorherrschenden Problemformulierungen und strategischen Ausrichtungen sich in bestimmten Konfliktkonstellationen und im Rahmen bestimmter Kräfteverhältnisse herausgebildet oder verändert haben – und auch inwiefern sie weiter umkämpft sind oder sich als unhinterfragt darstellen. Hier braucht es einerseits die Analyse von konfligierenden politischen Agenden, von mit ihnen verbundenen Akteur*innen und des Verlaufs von Konflikten, andererseits eine kontextualisierende Einschätzung der Kräfteverhältnisse innerhalb eines Konfliktfeldes. Für Ersteres nutze ich auch hier stärker akteur*innenorientierte Methoden aus der interpretativen Policy-Forschung (etwa die Untersuchung von Diskurskoalitionen, vgl. Hajer 2008). Vor allem aber greife ich auf das heuristische Konzept konkurrierender Hegemonieprojekte aus der historisch-materialistischen Politikfeldanalyse zurück (vgl. Brand 2013; Buckel u.a. 2014). Als Hegemonieprojekt fassen Sonja Buckel u.a. die Verdichtung miteinander verknüpfter Strategien und Taktiken innerhalb bestimmter politischer Programmatiken, die an sich noch nicht hegemonial sind, aber um Hegemonie ringen. Die historisch-materialistische Politikfeldanalyse hat den Vorteil, dass sie hegemonie- und staatstheoretische Ansätze auf spezifische Politikfelder herunterbricht. Sie beruht auf der Annahme, dass Konflikte, die innerhalb eines staatlichen Politikfeldes ausgetragen werden, zwar historisch offen und nicht determiniert sind, aber dennoch einem Selektionsprozess – im Sinne des Konzeptes strategischer Selektivität – unterliegen (vgl. Jessop 1992; Poulantzas 2002). Dies erklärt, warum sich bestimmte Strategien innerhalb eines machtförmig strukturierten Terrains und aufgrund der Formbestimmtheit des Staates als eher erfolgreich erweisen als andere. In der Forschung zu Familien- und Migrationspolitik habe ich beispielsweise untersucht, welche Hegemonieprojekte sich auf welche demografischen Problembeschreibungen und Strategien beziehen. Mein Zugang geht allerdings über die Analyse von Hegemonieprojekten hinaus, wie sie Buckel u.a. präsentiert haben: Neben

der Frage, welche politische Programmatik um Konsens wirbt, muss in die Analyse von Hegemoniebildungsprozessen die Frage eingehen, welche politischen Sprecher*innenpositionen in bestimmten Projekten vorausgesetzt werden und wie diese umkämpft sind und sich verändern (vgl. Paul/Haddad 2015; Schultz 2018). Zudem müssen die Hegemonieprojekte stärker dahingehend rekonstruiert werden, wie sie das Verhältnis von Rassismus, Klassenverhältnissen und Geschlechterregimen jeweils anordnen.

Konjunkturen der Demografisierung

Für die Analyse des Bedeutungsgewinns demografischer Problemformulierungen und Lösungsansätze in den Konfliktfeldern Familien-, Migrations-, Klima- und Entwicklungspolitik habe ich eine solche »bifokale« staatstheoretische Brille aufgesetzt und die Veränderungen bio- und nekropolitische Staatlichkeit untersucht. Dem Konzept der Demografisierung kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu: Ich konzipiere es auf der Grundlage der Einführung des Begriffs durch Diana Hummel und Eva Barlösius, um damit die spezifische Formulierung »gesellschaftlicher Problemlagen und Konflikte als demografisch bedingte Problemlagen und Konflikte« zu fassen (Barlösius 2007: 17). Hummel und Barlösius zeigen, welche spezifischen Deutungen sozialer Verhältnisse und welche spezifischen politischen Strategien mit demografischen Problemformulierungen und Lösungsansätzen einhergehen (vgl. Hummel 2000, 2006; Barlösius 2007; Schultz 2015). Der Prozess der Demografisierung ist gleichzeitig ein in seinen Ausmaßen empirisch zu untersuchender Gegenstand, insofern der Bedeutungsgewinn demografischen Wissens und demografischer Politikstrategien keineswegs als automatisch fortschreitender linearer Prozess misszuverstehen ist. Demografisierung bezeichnet so eine historische Phase, innerhalb derer ein empirisch genauer zu belegender, in seinen Dimensionen, seinen Ausprägungen und seiner Umkämpftheit abzusteckender Bedeutungsgewinn demografischer Rationalitäten zu beobachten ist. Im Verhältnis zu den weiter angelegten Begriffen der Bio- und Nekropolitik ist der Begriff der Demografisierung auf einer geringeren Abstraktions-ebene zu verorten und historisch spezifischer gefasst. Während Erstere als Grundkonstante moderner Staatlichkeit gefasst sind, erlaubt die Analyse von Demografisierung, spezifische hegemoniale Verschiebungen zu untersuchen, die sich durch einen expliziten Rekurs des Regierens auf demografische Problemlagen und Ziele ergeben. Ich verstehe also unter Demografisierung eine

bestimmte politische Konjunktur, innerhalb derer Regierungsstrategien explizit die Größe und Zusammensetzung der Bevölkerung als Problem adressieren und entsprechende (demografische) Lösungsansätze vorschlagen – im Unterschied zu Phasen, in denen auf die Bevölkerung gerichtete Strategien indirekter und weniger explizit ausformuliert sind.

In meinen Forschungen zu Demografisierung habe ich mehrere Dimensionen rekonstruiert, die demografische Rationalitäten besonders auszeichnet (vgl. Schultz 2015): Erstens ist eine externalisierende Reduktion sozialer Verhältnisse auf das quantitative Verhältnis zwischen statistischen Größen zu beobachten, nämlich zwischen der Bevölkerungsanzahl einerseits und der Menge bestimmter Ressourcen bzw. ökonomischer/ökologischer Daten andererseits (vgl. Harvey 2001; Cooper 2016; Murphy 2017; Text »Weniger Klimakrise durch weniger Menschen?« in diesem Band). Zweitens sind demografische Problembeschreibungen und Lösungsansätze von dem für den Malthusianismus typischen opaken Umschlag zwischen quantitativ-abstrakten, verteilungsneutralen Durchschnitten und selektiven (rassistischen, klassenhierarchischen) Einschnitten in die Bevölkerung geprägt, wenn es um die Identifikation mangelnder oder überschüssiger Bevölkerungsgruppen geht (vgl. Heim/Schaz 1996; Wilson 2012). Drittens sind demografische Rationalitäten durch eine spezifische Räumlichkeit geprägt (vgl. Harvey 2001; McIntyre/Nast 2011): Sie basieren, wie bereits angesprochen, auf der Nationform, auch wenn nationale Daten unter Umständen nachträglich regional oder global aggregiert werden (vgl. Balibar 1992a; Schultz 2006; Supik 2014). Unter dieser Voraussetzung können globale hierarchische postkoloniale Geographien identifiziert werden, innerhalb derer es soziale und territoriale Zuordnungen gibt, welche Bevölkerungen wo als zu wenig (oder als zukünftig mangelnd) und wo welche als zu viel, als überflüssig oder gar bedrohlich gelten – mit allen Konsequenzen, die dies für pro- oder antinatalistische Programme ebenso wie für Migrationspolitik hat. Fünftens sind demografische Rationalitäten durch eine spezifische Zeitlichkeit geprägt – mit einer besonderen Bedeutung von Zukunftsnarrativen, mit denen in der Gegenwart Politik gemacht wird (vgl. Baldwin 2012, 2017; Smith/Vasudevan 2017; Schultz 2019). Diese Narrative erhalten durch hochgradig voraussetzungsvolle und spekulative Bevölkerungsprojektionen einen Status der Objektivität und Wissenschaftlichkeit und sind ein zentrales Element von Demografiepolitik. Schließlich sind sechstens (als übergreifende These) demografische Rationalitäten durch spezifische Anordnungen der biopolitischen Pole geprägt, wie ich sie bereits als malthusianische Matrix eingeführt habe: Die durch heteronormative Genderregime ge-

prägten Wissensformationen und Strategien, die sich auf reproduktive Körper und Verhalten beziehen, sind artikuliert mit den bereits angesprochenen Wissensformationen und Strategien, die sich auf die Bevölkerung bzw. Bevölkerungsgruppen beziehen und durch rassistische Ein- und Ausschlüsse und hierarchische Klassenanordnungen geprägt sind (vgl. Henninger u.a. 2008; Repo 2016; Heitzmann 2017; McCann 2017).

Demografisierungsprozesse in Familien-, Migrations-, Klima- und Entwicklungspolitik

In der Analyse mehrerer Politikfelder, nämlich von Familien-, Migrations-, Klima- und Entwicklungspolitik, habe ich mich ausführlicher mit Prozessen und Konjunkturen der Demografisierung auseinandergesetzt. Die Texte zu deutscher Familien- und Migrationspolitik basieren auf Forschungen im Rahmen des DFG-Projektes »Demografisierung des Politischen« (Schultz o.D.). Ich habe diese beiden Politikfelder ausgewählt, weil sich Demografiepolitik hier nicht nur auf die Problematisierung, sondern auch die Gestaltung der Bevölkerungsgröße und -zusammensetzung bezieht, sprich weil hier eine (neue) deutsche Bevölkerungspolitik verhandelt wurde und wird (vgl. Kahlert 2007; Barlösius 2007; Henninger u.a. 2008; Messerschmidt 2014, 2016; Mayer 2017). Im Sinne einer ›bifokalen‹ staatstheoretischen Analyse habe ich so anhand von Dokumentenanalysen, Expert*inneninterviews und teilnehmender Beobachtung einerseits vorherrschende Deutungsmuster und Politikstrategien anhand aktueller wissenschaftlicher Politikberatung und Regierungspolitik seit Mitte der 1990er Jahre untersucht. Auf der anderen Seite habe ich diese demografischen Rationalitäten auch als Rahmen und Folie für Konflikte analysiert und untersucht, ob und inwiefern bestimmte Hegemonieprojekte und damit verbundene Akteur*innenkonstellationen sich auf Demografiepolitik in Familien- bzw. Migrationspolitik beziehen und u.U. auch in Konflikt zueinander geraten. Ich habe reflektiert, inwiefern in diesen Hegemoniebildungsprozessen Grundformen und -strukturen von Staatlichkeit reproduziert bzw. in der Reproduktion verschoben wurden, und habe somit eine Analyse des Ineinandergreifens von staatlichem Rassismus, Geschlechter- und Klassenpolitik unternommen.

Die beiden Texte zu deutscher Familienpolitik in diesem Band befassen sich damit, wie seit der ersten Hälfte der 2000er Jahre im Rahmen einer ›bevölkerungsorientierten‹ oder ›nachhaltigen‹ Ausrichtung Familienpolitik demografisiert wurde. Eine zu niedrige deutsche Geburtenrate wurde proble-

matisiert und deren Steigerung mehr oder weniger explizit zum Regierungsziel erklärt. Dabei konzentrierten sich die demografiepolitischen Strategien allerdings klassenselektiv und rassifizierend auf das Ziel einer Geburtensteigerung innerhalb der ›qualifizierten‹ deutschen Mittelschichten, auf sie zugeschnittene Fragen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie auf die Verwirklichung von deren Kinderwünschen. In dem Text »Nation und Kinderwunsch« in diesem Band befasste ich mich dementsprechend umfassend aus einer intersektionalen feministischen Perspektive mit den Implikationen dieser Demografisierung von Familienpolitik. Diese reichen von einer sozialpolitischen Umverteilung nach oben durch die Einführung des Elterngeldes bis hin zu Implikationen für Verhandlungen rund um Reproduktionsmedizin, also die technologischen Dimensionen der ›Kinderwunschpolitik‹. Ich zeige, dass sich das heteronormative Geschlechterregime im familienpolitischen Kontext der Demografiepolitik teilweise als flexibel und umkämpft herausstellte, während sich die nationalistische und klassenselektive Ausrichtung als stabil erwies bzw. sogar zuspitzte (vgl. Hajek 2020). Auf dieser Grundlage rekonstruieren wir (Anthea Kyere und ich) in dem Text »Humanvermögen und Zeitpolitik« in diesem Band familienpolitische Konzepte der letzten beiden Jahrzehnte. Wir zeigen, wie sich die demografisierte Familienpolitik mit ihrer klassenselektiven Ausrichtung und ihren rassistischen Ausschlussmechanismen in diesen einschlägigen Konzepten des ›Humanvermögens‹ und der ›Zeitpolitik‹ niederschlugen.

Im Text »Migrationspolitik als Bevölkerungssteuerung?« befasste ich mich mit den ambivalenten Effekten der Demografisierung des Politischen für die deutsche Zuwanderungspolitik seit den 1990er Jahren – mit einem besonderen Schwerpunkt auf die Zeit nach dem Sommer der Migration 2015. Ich zeige, dass es von völkisch-national bis neoliberal-utilitaristisch verschiedene Hegemonieprojekte gab, die unterschiedlich auf dieselbe Herausforderung reagierten: nämlich dass sich aus der These des ›schrumpfenden‹ und ›alternenden‹ Deutschlands unmittelbar die Lösung einer liberalen offeneren Zuwanderungspolitik aufdrängte. Unterschiedliche politische Projekte werden gezeigt, die aber gemeinsam darauf abzielten, diese von der Demografie selbst heraufbeschworene ›quantitative‹ Rationalität im Sinne einer ›qualitativen‹ Rationalität wiederum einzudämmen. Der Text zeigt dies einerseits mit Bezug auf die selektive arbeitskraftpolitische Ausrichtung auf eine ›qualifizierte‹ Zuwanderungspolitik, die die Frage von Migration und Demografie auf eine (wiederum je nach Projekt unterschiedlich gestaltete) Mobilisierung und Anwerbung von ›Fachkräften‹ reduzierte. Zum anderen befasst sich der Text mit

auf den ersten Blick konträren Narrativen einer ›migrantischen Geburtenrate‹. Diese wurde von dem völkisch-nationalen Projekt als ›zu hoch‹ und als Bedrohung für die vermeintliche ›ethnische Homogenität‹ der Nation skandalisiert und von utilitaristisch-neoliberalen Demografieexpertisen wiederum als ›zu niedrig‹ für eine Veränderung der nationalen ›Altersstruktur‹ interpretiert. Gemeinsam sind beiden jedoch die langfristig segregierende und rassifizierende Wissensproduktion über die Reproduktion der ›Anderen‹, die Fokussierung auf die national(ökonomisch)e Nützlichkeit von Migration sowie die daraus abgeleiteten anti-immigratorischen Schlussfolgerungen.

Die Forschungen zu der jüngeren Geschichte deutscher Familien- und Migrationspolitik zeigen, dass demografische Rationalitäten Familien- und Migrationspolitik in einen systematischen Zusammenhang stellen; sie machen deutlich, wie das Ineinandergreifen von Rassismus, Nationalismus, Klassen- und Geschlechterverhältnissen in aktueller bio- und nekropolitisch Staatlichkeit zu verstehen ist. Der systematische Zusammenhang stellt sich her in den klassenselektiven und rassifizierenden Kriterien eines national erfordernten ›Fachkräftepotenzials‹ oder ›Humanvermögens‹, die beide Politikfelder verbinden. Ebenso stellen demografische Rationalitäten aber auch einen systematischen Zusammenhang in der Art und Weise her, wie Narrative zu ›Geburtenraten‹ und ›reproduktivem Verhalten‹ langfristig nationale Zugehörigkeiten und Ausschlüsse via Abstammung fortschreiben – ebenso wie Zuweisungen, für welche Gruppen es um Subjektivität und Begehrenspolitik geht und für welche um rein bevölkerungspolitisch ausgerichtete Planungsvisionen. Die Konjunktur einer Demografisierung des Politischen in der deutschen Familien- und Migrationspolitik ist zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Bandes eher als abflauend oder postkatastrophistisch zu interpretieren: Schließlich sind wesentliche Reformen einer klassenselektiven nationalen Familienpolitik bereits etabliert worden und brauchen keinen legitimatorischen Aufwand. Und auch die migrationspolitische Abschottungspolitik ist derzeit fest etabliert, wobei es Anfang März 2022 offen ist, wie deutsche Regierungsstrateg*innen mittelfristig die Geflüchteten aus der Ukraine wohl demografiepolitisch ›erfassen‹ und ›bewerten‹ werden.

Aktuell eher im Aufwind begriffen ist demgegenüber eine Konjunktur der Demografisierung in Bezug auf die Klimakrise. Im Text ›Weniger Klimakrise durch weniger Menschen?‹ befasse ich mich damit, wie extrem konträre Hegemonieprojekte sich gemeinsam auf eine solche neomalthusianische These beziehen: von technokratischen Ökologiediskursen, die ›Bevölkerung‹ als gleichberechtigten ›Faktor‹ für die Klimakrise wie Wirtschaftswachstum be-

rechenbar machen, über das gefährliche Potenzial extrem rechter nationalistischer klimapolitischer Bezüge bis hin zu feministischen und klimaaktivistischen Aufforderungen zu einem klimapolitisch motivierten Gebärstreik. Der Text untersucht auf der Grundlage dieser Gegenwartsdiagnosen die Unterschiede in den Argumentationsmustern. Vor allem aber verdeutlicht er, dass verschiedene Dimensionen des neomalthusianischen Narratives nicht voneinander zu trennen sind, und plädiert angesichts des gefährlichen untoten Geistes der ›Bevölkerung‹ für eine klar anti-malthusianische Positionierung im Kampf für globale Klimagerechtigkeit.

Daran anschließend befasst sich der Text »Antinatalismus und Big Pharma« in diesem Band mit den Auswirkungen einer Konjunktur der Demografisierung in der internationalen Entwicklungspolitik. Denn seit Mitte der 2000er ist in globalen Bevölkerungsprogrammen ein Rollback in Richtung nationalökonomisch begründeter antinatalistischer Ziele und eines Fokus auf Langzeitverhütung und isolierte Familienplanung zu beobachten. Daniel Bendix und ich fassen hier unsere Forschungen zu diesen Verschiebungen in den seit dem Zweiten Weltkrieg etablierten Programmen zur Reduktion von Geburtenraten im Globalen Süden zusammen. Wir erläutern den platten Ökonomismus des Konzepts der ›demografischen Dividende‹, das im Rahmen eines global hegemonialen Narratives der ›nationalen Altersstruktur‹ etabliert wurde. Und wir zeigen, wie im Zuge dessen von einer ganzheitlicheren Programmatik der reproduktiven Gesundheit Abstand genommen und stattdessen wieder Familienplanung als Lösung vielfältiger Krisenphänomene präsentiert wurde. Konzentriert wird sich seitdem im Rahmen von öffentlich-privaten Kooperationen zwischen Entwicklungspolitik und Big Pharma auf quantitative Ziele zur Verbreitung von Hormonimplantaten und -injektionen im Globalen Süden.

Dis/reproduktive Technologien: zwischen Kinderwunsch und Geburtenkontrolle

Mit dem Fokus auf Demografisierung habe ich bis hier gezeigt, dass sich demografiepolitische Strategien nicht trennen lassen von einem bestimmten Verhältnis von Wissen und Macht und von einem untoten Geist der ›Bevölkerung‹. Wie sich angesichts der Regierung des ›Kinderwunsches‹ oder der ›Familienplanung‹ bereits andeutete, lässt sich bio- und nekropolitische Staatlichkeit auch nicht von Dynamiken der Subjektivierung und der Öko-

nomisierung trennen. Die Untersuchung, wie neue dis/reproduktive Technologien in eine aktuelle Politik des Kinderkriegens eingebettet sind und diese auch bedingen, ist für beide Fragestellungen ein produktiver Zugang. Denn die Entwicklung und Nutzung neuer Technologien der (selektiven) Förderung oder Verhinderung des Kinderkriegens sind ein Feld, in dem das Kinderkriegen offensichtlich nicht als ›natürlich‹ oder unmittelbar ›privat‹ entpolitisiert werden kann, sondern explizit der politischen Verhandlung zugeführt wird. Gleichzeitig stehen hier im Sinne einer paradoxen Verstaatlichung des Privaten eben doch als privat gefasste reproduktive Selbstverhältnisse im Zentrum.

Die Werkzeuge einer Analyse der gesellschaftlichen Einbettung von Technologieentwicklung haben sich in den Sozialwissenschaften im Rahmen der Science and Technology Studies (STS) vielfältig weiterentwickelt (vgl. Bauer u.a. 2017). Diese Ansätze ermöglichen es zu untersuchen, wie dis/reproduktive Technologien in gesellschaftliche Machtverhältnisse der stratifizierten Reproduktion eingebunden und mit welchen Dynamiken gesellschaftlicher Veränderung sie im Sinne einer Koproduktion von Technologie und Gesellschaft verbunden sind (vgl. Jasanoff 2005). Mit dem Projekt der STS-Forschungen, Technologieentwicklung gesellschaftstheoretisch zu verorten und zu rekonstruieren, wird es insofern möglich, Technologien nach den in ihnen verdinglichten oder unsichtbar gemachten sozialen Machtverhältnissen zu befragen. Mein Zugang, der von der Frage der Staatlichkeit des Kinderkriegens ausgeht, knüpft insofern auch an den Anspruch der STS an, die technologische *black box* zu öffnen (vgl. Callon/Latour 1981). Im Fokus stehen aber nicht die mikropolitischen Entstehungsbedingungen im Labor. Vielmehr befasse ich mich mit den hierarchischen sozialen Beziehungen und Machtverhältnissen, die mit der Forschung und Anwendung dis/reproduktiver Technologien verknüpft sind, aber in der Art und Weise, wie der Einsatz von Technologien politisch verhandelt wird, oftmals ebenfalls unsichtbar werden. Die Rekonstruktion einer malthusianischen Matrix ermöglicht es auch hier, den Blick nicht nur auf individuelle Körper oder – als immer wieder naheliegender erscheinend – auf Familienformen und Geschlechterverhältnisse zu richten. Vielmehr untersuche ich als gleichberechtigte und asymmetrisch verlaufende Dimension, inwiefern eine bio- und nekropolitische Verwaltung von Bevölkerungen rassistische, klassenspezifische oder auch gesundheitsnormierende Ein- und Ausschlüsse produziert.

Ein solcher Zugang bezieht sowohl die in den technologischen Entwicklungen bereits eingeschriebenen bio- und nekropolitischen Rationalitäten ein (mit Rekurs auf Zugänge und Erkenntnisse aus den STS), als auch die gesell-

schaftliche Positionierung und Sprecher*innenposition der in die Technologieentwicklung bzw. -nutzung involvierten Akteur*innen. In den Texten in diesem Band analysiere ich oder analysieren wir (in den Texten mit den Ko-Autor*innen) dementsprechend, wie sich im jeweiligen konkreten Setting die bereits eingeführten demografischen Rationalitäten in Formen der Verrechtlichung der Technologieanwendung niederschlagen, wie die Staatlichkeit im Verhältnis zur Eigendynamik kapitalistischer Verwertungslogik zu fassen ist und welche programmatischen Subjektivitäten eines adäquaten reproduktiven individuellen Verhaltens verhandelt werden. Wie es die Gouvernentalitätsstudien herausstellen, ermöglicht es die Analyse programmatischer Subjektivitäten, Machtverhältnisse jenseits einer einfachen Dichotomie von Gewalt versus individueller Freiheit und Selbstbestimmung zu theoretisieren. Mit der Rekonstruktion der asymmetrischen biopolitischen Pole differenziert sich das Verhältnis von Handlungsspielräumen und Gewalt weiter aus. Denn bei der Analyse von Machtverhältnissen, in die dis/reproduktive Technologien eingebettet sind, reicht es nicht, nur die individuellen Selbstverhältnisse zu befragen, die durch Technologien vermittelt und Prozessen der Normierung, Normalisierung und auch Verrechtlichung unterworfen sind. Vielmehr werden im Rahmen technologiepolitischer Strategien auch unterschiedliche Bevölkerungsgruppen auf- und abgewertet und im Rahmen malthusianisch-ökonomisierender ebenso wie gesundheitsnormierender Rationalitäten Hierarchien etabliert, die wiederum ermächtigende oder repressive Effekte haben (vgl. Wilson 2012).

In den Texten in diesem Band geht es vor allem um folgende dis/reproduktive Technologien: um Präkonzeptions-, Präimplantations- und Pränataldiagnostik, Eizelltransfer und Leihgebären (im Text »Nation und Kinderwunsch«) sowie um langfristig wirksame Verhütungsmethoden (im Text »Antinatalismus und Big Pharma«). Ich erläutere im Folgenden einführend einige Dimensionen der Subjektivierung und anschließend der Ökonomisierung.

Subjektivierung: Sprecher*innenpositionen und programmatische Subjektivitäten

In der Entwicklung dis/reproduktiver Technologien spielen programmatische Subjektivitäten eine wichtige Rolle, innerhalb derer Selbstverhältnisse auf spezifische Weise politisch gefasst und verhandelt werden. Dabei ist allerdings immer auch ein bevölkerungspolitisches Desinteresse an Subjektivierungsprozessen mit zu bedenken, wenn das reproduktive Begehren

bestimmter Bevölkerungsgruppen keine Rolle spielt sowie vor allem eine Politik dessen Unsichtbarmachung bzw. repressive Strategien zum Einsatz kommen. Kathrin Braun und ich haben etwa in unseren Forschungen zu Eizellgewinnung für die Stammzellforschung gezeigt, dass in kontroversen feministischen Verhandlungen die Interpretation der programmatischen Subjektivität bzw. der Sprecher*innenposition der Eizellgeber*in selbst im Zentrum der Kontroversen stand (vgl. Schultz/Braun 2012). Die neuen globalen sozialen Verhältnisse, die im Rahmen einer Inwertsetzung von Körperstoffen entstehen, werden in verschiedenen politischen Zugängen unterschiedlich verhandelt, und unterschiedliche (Un-)Sichtbarkeiten werden hervorgebracht. In unseren Forschungen ließen sich so drei programmatische Subjektivitäten identifizieren: die Eizellgeber*in als vertraglich freie Eigentümer*in des eigenen Körpers, ihre Viktimisierung als verletzte und unfreie Rohstoffressource und ihre Adressierung als Arbeiter*in. Diese Sprecher*innenpositionen implizieren jeweils sehr unterschiedliche politische Agenden und Formen der Verrechtlichung. Gemeinsam, so diskutierten wir mit Rekurs auf die Kritik der Verdinglichung beim späten (im Unterschied zum frühen) Marx, war allerdings allen drei Perspektiven, dass nicht historisch spezifische soziale Machtverhältnisse rund um Reproduktionsmedizin und Stammzellforschung im Zentrum der Auseinandersetzung standen, wie sie im Kauf- aber auch im Lohnvertrag ›verdinglicht‹ werden. Vielmehr wurde in allen drei Perspektiven letztendlich ein abstraktes Verhältnis des Individuums zu seinem Körper verhandelt, statt die sozialen Verhältnisse historisch zu rekonstruieren.

Auch in den Texten in diesem Band spielt die Verhandlung programmatischer Subjektivitäten im Kontext dis/reproduktiver Technologien eine wichtige Rolle: Im Text »Nation und Kinderwunsch« zeige ich, wie sich die Debatten in Deutschland rund um Fragen der ›Kinderwunschbehandlung‹ entwickelt haben. So ist das demografiapolitische Ziel der Steigerung der Geburtenraten in den deutschen Mittelschichten zunehmend reformuliert worden als staatliche Politik zur Verwirklichung individueller Kinderwünsche. Gleichzeitig haben sich reproduktionsmedizinische Interessengruppen für ein Verständnis eines individuellen ›Grundrechts auf Fortpflanzung‹ eingesetzt, das dieses mit einem unbegrenzten Zugang zu reproduktionsmedizinischen Verfahren und Technologien gleichsetzt. Demgegenüber wurde die Subjektivität der Eizellgeber*in oder der Leihgebärenden eher ausgeblendet. In dem Text gehe ich auch auf die komplexen Gemengelage der Verhandlung programmatischer Subjektivitäten ein, die innerhalb

einer feministischen Debatte durchaus kontrovers verlaufen; denn hier verschränken sich Fragen biomedizinischer Grenzüberschreitungen, bioökonomischer Ausbeutung, und veränderter Möglichkeiten der Organisation biogenetischer Verwandtschaft. Programmatische Subjektivitäten werden so verhandelt, wenn es darum geht, inwiefern fremdnützige biomedizinische Interventionen mit dem ›Altruismus‹ der ›Spenderin‹ zu begründen seien, oder darum, ob fremdnützige Reproduktionsmedizin vor allem als Feld von Arbeitsverhältnissen zu verstehen ist und insofern politisch als Feld von Arbeitskämpfen gerahmt werden sollte. Oder es geht darum, wie Positionen aus einer intersektionalen feministischen Perspektive zu analysieren sind, die das Recht für alle auf ein ›eigenes‹, genetisch oder körperlich ›verbundenes‹ Kind reklamieren. Schließlich spielen auch selektive ableistische Implikationen moderner Reproduktionsmedizin eine wichtige Rolle für die Frage, um welche und wessen politische Sprecher*innenpositionen es in den Debatten darum jeweils (nicht) geht.¹⁵

In den Familienplanungsprogrammen im Globalen Süden sind die darin verhandelten programmatischen Subjektivitäten anders gelagert, insofern hier ein selbstbestimmtes reproduktives Verhalten vor allem mit einer Reduktion von Geburten und der Nutzung ›moderner Verhütungsmethoden‹ in Zusammenhang gebracht wird. In dem mit Daniel Bendix verfassten Text ›Antinatalismus und Big Pharma‹ in diesem Band, der sich u.a. mit der Verbreitung langfristig wirksamer Verhütungsmethoden befasst, legen wir aber auch nahe, dass die Subjektivität der Nutzer*innen zunehmend mehr aus dem Blick gerät. Dies hängt damit zusammen, dass quantitative Ziele in den Politiken der ›Bevölkerungsdynamik‹ Vorrang vor umfangreicheren Konzepten der reproduktiven Gesundheit oder gar der Basisgesundheitsversorgung erhalten. Repressive Dynamiken sind insofern nicht zu unterschätzen.

-
- 15 Kathrin Braun und ich haben die Konstitution politischer Sprecher*innenpositionen auch in bioethischen, auf Partizipation abzielenden Verfahren in verschiedenen europäischen Settings untersucht. Wir haben gezeigt, dass hier unterschiedliche Öffentlichkeiten und Sprecher*innenpositionen zugelassen bzw. auch designt werden. Dies betraf z.B. die Frage, ob als Behindertensprecher*innen eher solche Organisationen zugelassen wurden, die sich in Selbsthilfegruppen entlang einer medizinischen Diagnose organisierten, oder solche, die sich auf ein soziales Modell von Behinderung bezogen (vgl. Braun/Schultz 2010).

Ökonomisierung: bioökonomische Inwertsetzung und Private Public Partnerships

Prozesse der Ökonomisierung im Rahmen stratifizierter Reproduktion umfassen sowohl eine direkte Inwertsetzung reproduktiver Körper(stoffe) als auch die Verschränkung staatlicher Strategien, bioökonomischer Interessen und privatförmiger Verhältnisse. Ersteres geschieht im Rahmen globaler Reproduktionsmedizin bei Eizellhandel oder beim Leihgebären; Letzteres, wenn es um den Einfluss von Unternehmen geht, die ein Interesse an der Vermarktung dis/reproduktiver Technologien haben und deren Interessens- und Lobbypolitik sich mit den Dynamiken bio- und nekropolitischer Staatlichkeit artikulieren.

In dem Text »Nation und Kinderwunsch« in diesem Band bearbeite ich die angebotsgesteuerten Dynamiken in der Etablierung von immer mehr Reproduktionstechnologien und betone, dass eine auf die Nachfrage fokussierte Debatte insofern problematisch ist. Neben den demografiepolitischen Hintergründen sind bioökonomische kapitalistische Dynamiken zentral (vgl. Sunder Rajan 2006; Lettow 2015b). So lässt sich das Thema Eizelltransfer und Leihgebären nicht ohne Dimensionen globaler sozialer Ungleichheit und ohne die damit verbundenen Dynamiken der Kommerzialisierung verstehen, die in Europa allerdings meist »verdeckt« verlaufen (vgl. Braun/Schultz 2012). Denn im Rahmen globaler stratifizierter Reproduktion kommen zu denen, deren Reproduktion verhindert werden soll, und denen, deren Reproduktion gefördert werden soll, diejenigen hinzu, auf deren Arbeitskraft und Körper im Rahmen reproduktionsmedizinischer Verfahren zugegriffen wird (vgl. Pande 2014; Cooper 2015; Waldbly/Cooper 2015). Auch was diese kapitalistische Landnahme angeht, bleiben die Verhältnisse komplex: Denn die Politik des Kinderkriegens verschränkt sowohl bio- und nekropolitische Staatlichkeit, die private Verfasstheit und relative Autonomie von Kinderkriegen als auch kapitalistische Dynamiken der Ökonomisierung.

Dies gilt auch für den Text »Antinatalismus und Big Pharma«, in dem Daniel Bendix und ich bioökonomische Dynamiken untersucht haben, in die die Verbreitung geburtenverhindernder Technologien eingebunden ist. Hier geht es darum, inwiefern Pharmaunternehmen sowohl Einfluss auf demografisch begründete entwicklungspolitische Strategien nehmen, wenn sie Verhütungsmittel und derzeit insbesondere Hormonimplantate im Rahmen globaler Public Private Partnerships vermarkten, als auch von diesen Strategien

profitieren. Eine komplexe Analyse zum Verhältnis ökonomischer Interessen, postkolonialer internationaler Staatlichkeit und stratifizierter Reproduktion ist somit für die Forschung zu den aktuellen Dynamiken globaler Verhütungsmittelpolitik ebenso zentral. Hier artikulieren sich neue Konstellationen eines Philanthrokapitalismus, globale Vermarktungsstrategien von Big Pharma und reformulierte neomalthusianische Agenden privater und staatlicher Akteur*innen. Wir zeigen, dass in diesem Kontext Familienplanungsprogramme den Einsatz von über mehrere Jahre wirksamen Hormonimplantaten favorisieren, die von den Nutzer*innen wenig kontrolliert werden können und gesundheitlich belastende Nebenwirkungen mit sich bringen. Ganz besonders kommen Hormonimplantate in ländlichen Regionen afrikanischer Länder der Subsahara im Rahmen antinatalistischer Programme zum Einsatz. Effekt ist eine in die Technologien eingeschriebene Dimension körperlicher Gewalt oder zumindest ein Kontrollverlust für die Nutzer*innen; denn sie können sich das Implantat nicht selbst herausnehmen und sind von darauf spezialisierten Gesundheitsdiensten abhängig.

Trotz der heterogenen Settings, in die programmatische Subjektivitäten und bioökonomische Vermarktungsstrategien bei ›Kinderwunsch-Technologien und bei Langzeitverhütung eingebunden sind: Gerade die Zusammenschau der Politiken des Kinderkriegens ermöglicht es zu analysieren, welche hierarchisierenden Effekte demografiepolitische Strategien hervorbringen, wenn so unterschiedlich darin investiert und so unterschiedlich bewertet wird, welche und wessen Kinder geboren werden sollen und welche und wessen nicht. Mit diesem Band hoffe ich, einen Beitrag für Forschungen in diese Richtung zu leisten und weitere Arbeiten dazu zu inspirieren. Vor allem aber hoffe, ich, dass kritische Menschen und Bewegungen sich (weiter) dafür einsetzen, die malthusianische Matrix des Kinderkriegens zu hinterfragen und zu demontieren und damit auch ein radikales Umdenken und Umlenken in den Politiken des Kinderkriegens ermöglichen.

Literatur

- Achtelik, Kirsten 2015: Selbstbestimmte Norm. Feminismus, Pränataldiagnostik, Abtreibung, Berlin: Verbrecher Verlag.
- Agamben, Giorgio 2002: Homo Sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben, Frankfurt/M: Suhrkamp.

- Agamben, Giorgio 2020: The Invention of an Epidemic, 26.2.2020, Übers. ins Englische, <http://www.journal-psychoanalysis.eu/coronavirus-and-philosophers/> (Zugriff: 12.3.2020).
- Akhter, Farida 1996: Depopulating Bangladesh: Essays on the Politics of Fertility, Dhaka: UBINIG.
- Anderson, Benedict 1996: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt/M: Campus.
- Ávila, Maria Betania 1993: Modernidade e Cidadania Reprodutiva, in: Estudos Feministas 1(2): 382-399.
- Baldwin, Andrew 2012: Whiteness and Futurity. Towards a Research Agenda, in: Progress in Human Geography 36(2): 172-187.
- Baldwin, Andrew 2017: Postcolonial Futures: Climate, Race and the Yet-to-come, in: Interdisciplinary Studies in Literature and Environment 24(2): 292-305.
- Balibar, Etienne 1992a: Die Nation-Form: Geschichte und Ideologie, in: ders./Immanuel Wallerstein (Hg.): Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg: Argument, 107-130.
- Balibar, Etienne 1992b: Rassismus und Nationalismus, in: ders./Immanuel Wallerstein (Hg.): Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg: Argument, 49-84.
- Barlßsius, Eva 2007: Die Demographisierung des Gesellschaftlichen. Zur Bedeutung der Repräsentationspraxis, in: dies./Daniela Schiek (Hg.): Demographisierung des Gesellschaftlichen, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 9-32.
- Barrett, Michèle 1983: Das unterstellte Geschlecht. Umriss eines materialistischen Feminismus, Berlin: Argument.
- Bauer, Susanne/Torsten Heinemann/Thomas Lemke 2017: Einleitung, in: dies. (Hg.): Science and Technology Studies. Klassische Positionen und aktuelle Perspektiven, Frankfurt/M: Suhrkamp, 7-42.
- Bhatia, Rajani/Jade S. Sasser/Diana Ojeda/Anne Hendrixson/Sarojini Nadimpally/Ellen E. Foley 2020: A Feminist Exploration of »Populationism«. Engaging Contemporary Forms of Population Control, in: Gender, Place & Culture 27(3): 333-350.
- Birn, Anne-Emanuelle 2014: Philanthrocapitalism, Past and Present: The Rockefeller Foundation, the Gates Foundation, and the Setting(s) of the International/Global Health Agenda, in: Hypothesis 12(1): 1-27.
- Bock, Gisela 1986: Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik, Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Bourdieu, Pierre 1986: The Forms of Capital, in: John G. Richardson (Hg.): Handbook of Theory and Research for the Sociology of Education, Westport: Greenwood, 241-258.
- Bradish, Paula/Erika Feyerabend/Ute Winkler (Hg.) 1989: Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien, Beiträge zum 2. bundesweiten Kongreß in Frankfurt, 28. bis 30.10.1988, München: Frauenoffensive.
- Brand, Ulrich 2013: State, Context and Correspondence: Contours of a Historical-Materialist Policy Analysis, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 42(4): 425-442.
- Brand, Ulrich/Christoph Görg/Markus Wissen 2007: Verdichtungen zweiter Ordnung. Die Internationalisierung des Staates aus einer neo-poulantzianischen Perspektive, in: Prokla 37(2): 217-234.
- Braun, Kathrin 2000: Menschenwürde und Biomedizin. Zum philosophischen Diskurs der Bioethik, Frankfurt/M: Campus.
- Braun, Kathrin/Susanne Schultz 2010: »... a Certain Amount of Engineering Involved.« Constructing the Public in Participatory Governance Arrangements, in: Public Understanding of Science July 19(4): 403-419.
- Braun, Kathrin/Susanne Schultz 2012: Oöcytes for Research. Inspecting the Commercialization Continuum, in: New Genetics and Society 31(2): 135-157.
- Brown, Wendy 1995: States of Injury. Power and Freedom in Late Modernity, Princeton: Princeton University Press.
- Buckel, Sonja/Fabian Georgi/John Kannankulam 2014: Theorie, Methoden und Analysen kritischer Europaforschung, in: Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Hg.): Kämpfe um Migrationspolitik, Bielefeld: transcript, 15-86.
- Butler, Judith 2002: Is Kinship Always Already Heterosexual?, in: Differences. A Journal of Feminist Cultural Studies 13(1): 14-44.
- Callon, Michel/Bruno Latour 1981: Unscrewing the Big Leviathan: How Actors Macrostructure Reality and How Sociologists Help Them to Do So, in: Karin Knorr/Aaron V. Cicourel (Hg.): Advances in Social Theory and Methodology, Boston: Routledge, 272-303.
- Chorus, Silke 2012: Care-Ökonomie im Postfordismus, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Colen, Shellee 1990: Workers, the State and Stratified Reproduction in New York, in: Roger Sanjek/dies. (Hg.): At Work in Homes: Household Workers in a World Perspective, New York: University of Pittsburgh Press, 89-118.

- Cooper, Melinda 2015: Reproduktion neu denken. Leihmutterschaft zwischen Vertrag und Familie, in: Kitchen Politics (Hg.): Sie nennen es Leben, wir nennen es Arbeit, Münster: assemblage, 49-77.
- Cooper, Melinda 2016: Secular Stagnation: The Fear of a Non-Reproductive Future, in: Postmodern Culture: An Electronic Journal of Interdisciplinary Criticism 27(1): 1-24.
- Dackweiler, Regina-Maria 2006: Reproduktives Handeln im Kontext wohlfahrtsstaatlicher Geschlechterregime, in: Peter Berger/Heike Kahlert (Hg.): Der demographische Wandel, Frankfurt: Campus, 81-107.
- Davis, Angela 1982: Rassismus und Sexismus. Schwarze Frauen und Klassenkampf in den USA, Berlin: Elefanten Press.
- Degener, Theresia/Swantje Köbsell (Hg.) 1992: »Hauptsache, es ist gesund«? Weibliche Selbstbestimmung unter humangenetischer Kontrolle, Hamburg: konkret.
- Deleuze, Gilles/Félix Guattari 2005: A Thousand Plateaus. Capitalism and Schizophrenia, Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Demirovic, Alex 2007: Nicos Poulantzas – Aktualität und Probleme materialistischer Staatstheorie, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Demirovic, Alex/Katharina Pühl 1998: Identitätspolitik und die Transformation von Staatlichkeit. Geschlechterverhältnisse und Staat als komplexe materielle Relation, in: Eva Kreisky/Birgit Sauer (Hg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation, Politische Vierteljahresschrift, Sonderb. 28: 220-240.
- Deutscher, Penelope 2012: Foucault's History of Sexuality. Volume 1: Re-Reading its Reproduction, in: Theory Culture and Society 29(1): 119-137.
- Deutscher, Penelope 2017: Foucault's Futures: A Critique of Reproductive Reason, Oregon: Columbia University Press.
- Donzelot, Jaques 1980: Die Ordnung der Familie, Frankfurt/M: Suhrkamp.
- Duden, Barbara 1991: Der Frauenleib als öffentlicher Ort. Vom Mißbrauch des Begriffs Leben, Hamburg: Mabuse.
- Engel, Antke 2002: Wider die Eindeutigkeit: Sexualität und Geschlecht im Fokus queerer Kritik der Repräsentation, Frankfurt: Campus.
- Engel, Antke 2008: Gefeierte Vielfalt, umstrittene Heterogenität, befriedete Provokation. Sexuelle Lebensformen in spätmodernen Gesellschaften, in: Rainer Bartel u.a. (Hg.): Heteronormativität und Homosexualität, Innsbruck: Studienverlag, 43-63.
- Erel, Umut/Jin Haritaworn/Encarnación Gutiérrez Rodríguez/Christian Klesse 2011: On the Depoliticisation of Intersectionality Talk: Conceptual-

- ising Multiple Oppressions in Critical Sexuality Studies, in: Yvette Tailor (Hg.): *Theorizing Intersectionality and Sexuality*, Houndsmill: Palgrave Macmillan, 56-77.
- Federici, Silvia 2012: *Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution*, Münster: assemblage.
- Federici, Silvia 2018: Über Marx hinaus. Feminismus, Marxismus und die Frage der Reproduktion, in: *Zeitschrift Luxemburg*, <https://zeitschrift-luxemburg.de/> (Zugriff: 12.3.2022).
- Federici, Silvia 2021: Über affektive Arbeit, in: dies.: *Revolution at Point Zero*, Münster: Unrast, 105-126.
- Fischer, Frank/John Forrester (Hg.) 1993: *The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning*, Durham: Duke University Press.
- Fischer, Frank/Douglas Torgerson/Anna Durnová/Michael Orsini 2015: Introduction to Critical Policy Studies, in: Frank Fischer u.a. (Hg.): *Handbook of Critical Policy Studies*, Cheltenham: Edward Elgar, 1-26.
- Fonseca, Claudia 2006: From Child Circulation to International Adoption: Questions of Ownership and Belonging, in: *Cadernos Pagu* 26(2006): 11-43.
- Foucault, Michel 1978: Ein Spiel um die Psychoanalyse. Gespräch mit Angehörigen des Departement de Psychoanalyse der Universität Paris/Vincennes, in: ders.: *Dispositive der Macht*, Berlin: Merve, 118-175.
- Foucault, Michel 1983: *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel 1987: Das Subjekt und die Macht, in: Hubert L. Dreyfus/Paul Rabinow (Hg.): *Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*, Frankfurt/M.: Athenäum, 243-261.
- Foucault, Michel 2000a: Die Gouvernementalität, in: Ulrich Bröckling/Susanne Krasmann/Thomas Lemke (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 41-67.
- Foucault, Michel 2000b: Staatsphobie, in: Ulrich Bröckling/Susanne Krasmann/Thomas Lemke (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 68-71.
- Foucault, Michel 2001: Vorlesung vom 17. März 1976, in: ders.: *In Verteidigung der Gesellschaft*, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 282-311.
- Foucault, Michel 2003: Die Geburt der Biopolitik, in: ders.: *Dits et Ecrits, Schriften, Dritter Band*, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1020-1028.

- Franklin, Sarah/Margaret Lock (Hg.) 2003: *Rethinking Life and Death: Toward an Anthropology of the Biosciences*, Santa Fe: School of American Research.
- Freeman, Elizabeth 2008: *Queer Belongings: Kinship Theory and Queer Theory*, in: George E. Haggerty/Molly McGarry (Hg.): *A Companion to Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, and Queer Studies*, Oxford: Blackwell, 295-314.
- Ginsburg, Fayne D./Rayna Rapp 1995: Introduction, in: dies. (Hg.): *Conceiving the New World Order: the Global Politics of Reproduction*, Berkeley: University of California Press, 1-18.
- Greenhalgh, Susan 1996: *The Social Construction of Population Science*, in: *Comparative Studies of Society and History* 5(1): 26-66.
- Gumbs, Alexis P./China Martens/Mai'a Williams (Hg.) 2016: *Revolutionary Mothering. Love on the Front Lines*, Oakland: PM Press.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación 2003: *Gouvernementalität und die Ethnisierung des Sozialen*, in: Marianne Pieper/dies. (Hg.): *Gouvernementalität. Ein sozialwissenschaftliches Konzept in Anschluss an Foucault*, Frankfurt/M: Campus, 161-178.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación 2018: *The Coloniality of Migration and the Refugee Crisis: On the Asylum-Migration Nexus, the Transatlantic White European Settler Colonialism – Migration and Racial Capitalism*, in: *Refuge* 34(1): 16-28.
- Hajek, Katharina 2020: *Familie und Biopolitik. Regulierung und Reproduktion von Bevölkerung in der »nachhaltigen Familienpolitik«*, Frankfurt/M: Campus.
- Hajer, Marten 2008: *Argumentative Diskursanalyse. Auf der Suche nach Koalitionen, Praktiken und Bedeutung*, in: Reiner Keller u.a. (Hg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*, Wiesbaden: VS Verlag, 271-298.
- Haraway, Donna 2018: *Making Kin in the Chthulucene: Reproducing Multi-species Justice*, in: Adele Clarke/dies. (Hg.): *Making Kin not Population*, Chicago: Prickly Paradigm Press, 67-100.
- Hardt, Michael/Antonio Negri 2002: *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt/M: Campus.
- Hartmann, Betsy 1995: *Reproductive Rights and Wrongs. The Global Politics of Population Control*, Boston: South End Press.

- Harvey, David 2001: Population, Resources and the Ideology of Science, in: ders.: Spaces of Capital. Towards a Critical Geography, Edinburgh: Edinburgh University Press, 38-67.
- Haug, Frigga 2003: Geschlechterverhältnisse als Produktionsverhältnisse, in: Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik 2003(23): 121-146.
- Heim, Susanne/Ulrike Schaz 1996: Berechnung und Beschwörung. Überbevölkerung. Kritik einer Debatte, Berlin: Schwarze Risse.
- Heimerl, Birgit/Peter Hofmann 2016: Wie konzipieren wir das Kinderkriegen?, in: Zeitschrift für Soziologie 45(6): 410-430.
- Heitzmann, Daniela 2017: Fortpflanzung und Geschlecht. Zur Konstruktion und Kategorisierung der generativen Praxis, Bielefeld: transcript.
- Henninger, Annette/Christine Wimbauer/Rosine Dombrowski 2008: Demography as a Push Toward Gender Equality? Current Reforms of German Family Policy, in: Social Politics: International Studies in Gender, State & Society 15(3): 287-314.
- Herrmann, Svea L. 2009: Policy Debates on Reprogenetics, Frankfurt/M: Campus.
- Hummel, Diana 2000: Der Bevölkerungsdiskurs. Demographisches Wissen und politische Macht, Opladen: Leske & Budrich.
- Hummel, Diana 2006: Demographisierung gesellschaftlicher Probleme?, in: Peter Berger/Heike Kahlert (Hg.): Der demographische Wandel, Frankfurt/M: Campus, 27-52.
- Jasanoff, Sheila 2005: Designs on Nature. Science and Democracy in Europe and the United States, Princeton: Princeton University Press.
- Jessop, Bob 1992: Regulation und Politik. Integrale Ökonomie und integraler Staat, in: Alex Demirovic u.a. (Hg.): Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess, Münster: Westfälisches Dampfboot, 232-262.
- Kahlert, Heike 2007: Demographische Frage, »Qualität« der Bevölkerung und pronatalistische Politik – ungleichheitssoziologisch betrachtet, in: Prokla 37(1): 61-76.
- Klotz, Maren/Michi Knecht 2010: Wissenswege lokal – global: Zur Ethnographie von Wissenspraxen und Regulierungsformen im Umgang mit Reproduktionstechnologien, in: Sonja Windmüller (Hg.): Zum Profil einer volkskundlichen Kulturwissenschaft, Hamburg: Lit-Verlag, 211-236.
- Kontos, Silvia 1998: Vater Staat und »seine« Mütter? Über Entwicklungen und Verwicklungen in der Mutterschutzpolitik, in: Eva Kreisky/Birgit Sauer

- (Hg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation, Politische Vierteljahresschrift, Sonderb. 28, 356-377.
- Kontos, Silvia 2018: Generieren. Zum Zusammenhang von Kapitalismus, Geschlecht und Generativitätsverhältnissen, in: Katharina Pühl/Birgit Sauer (Hg.): Kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse. Queer-feministische Positionen, Münster: Westfälisches Dampfboot, 22-46.
- Laufenberg, Mike 2014: Sexualität und Biomacht. Vom Sicherheitsdispositiv zur Politik der Sorge, Frankfurt/M: Campus.
- Lemke, Thomas 2007: An Indigestible Meal? Foucault, Governmentality, and State Theory, in: Distinktion 8(2): 43-64.
- Lemke, Thomas/Susanne Krasmann/Ulrich Bröckling 2000: Gouvernamentalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologie, in: dies. (Hg.): Gouvernamentalität der Gegenwart, Frankfurt/M: Suhrkamp, 72-109.
- Lettow, Susanne 2014: Sehnsucht nach Unmittelbarkeit. Zur Konjunktur des politischen Vitalismus, in: Femina Politica 2014(2): 97-106.
- Lettow, Susanne 2015a: Population, Race and Gender: On the Genealogy of the Modern Politics of Reproduction, in: Distinktion 16(3): 267-282.
- Lettow, Susanne 2015b: Biokapitalismus und Inwertsetzung der Körper. Perspektiven der Kritik, in: Prokla 45(178): 33-51.
- Lewis, Sophie 2019: Full Surrogacy Now. Feminism Against Family, London: Verso.
- Loeber, Anne/Maarten Hajer/Jan van Tatenhove 2005: Investigating New Participatory Practices of the »Politics of Life« in a European Context. Theory and Method, Work Package Report for Paganini, <https://www.univie.ac.at/LSG/paganini/> (Zugriff: 7.4.2022).
- Lorey, Isabell 2008: Kritik und Kategorie. Zur Begrenzung politischer Praxis durch neuere Theoreme der Intersektionalität, Interdependenz und Kritischen Weißseinsforschung, <https://transversal.at> (Zugriff: 13.3.2022).
- Ludwig, Gundula 2011: Geschlecht regieren. Zum Verhältnis von Staat, Subjekt und heteronormativer Hegemonie, Frankfurt/M: Campus.
- Malthus, Thomas R. 1998: An essay on the principle of population [1798], London: Electronic Scholarly Publishing Project.
- Mamo, Laura 2007: Queering Reproduction. Achieving Pregnancy in the Age of Technoscience, Durham: Duke University Press.
- Mamo, Laura/Eli Alston-Stepnitz 2015: Queer Intimacies and Structural Inequalities: New Directions in Stratified Reproduction, in: Journal of Family Issues 36(4): 519-540.

- Marx, Karl 1983: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, erster Band [1864], Berlin: Dietz Verlag.
- Mass, Bonnie 1976: *Population Target. The Political Economy of Population Control in Latin America*, Toronto: Charters.
- Mayer, Tilman (Hg.) 2017: *Die transformative Macht der Demografie*, Wiesbaden: Springer.
- Mbembe, Achille 2003: Necropolitics, in: *Public Culture* 15(1): 11-40.
- McCann, Carole R. 2017: *Figuring the Population Bomb. Gender and Demography in the Mid-Twentieth Century*, Seattle: University of Washington Press.
- McIntyre, Michael/Heidi J. Nast 2011: Bio(necro)polis: Marx, Surplus Populations, and the Spatial Dialectics of Reproduction and »Race«, in: *Antipode* 43(5): 1465-1488.
- Messerschmidt, Reinhard 2014: »Garbled demography« or »Demographization of the social«? A Foucaultian Discourse Analysis of German Demographic Change at the Beginning of 21st Century, in: *Historical Social Research*, 39(1): 299-335.
- Messerschmidt, Reinhard 2016: Demografisierung des Gesellschaftlichen. Eine diskursanalytische Bestandsaufnahme, in: Julian Hamann u.a. (Hg.): *Macht in Wissenschaft und Gesellschaft. Diskurs- und feldanalytische Perspektiven*, Wiesbaden: Springer, 319-357.
- Mezzadra, Sandro/Brett Neilson 2013: *Border as Method, or, the Multiplication of Labour*, Durham: Duke University Press.
- Murphy, Michelle 2017: *The Economization of Life*. Durham: Duke University Press.
- Nahman, Michal 2013: *Extractions: An Ethnography of Reproductive Tourism*. Houndsmill: Palgrave Macmillan.
- Nail, Thomas 2017: What is an Assemblage?, in: *SubStance* 46(1): 21-37.
- Nair, Sumati 1989: *Imperialism and the Control of Women's Fertility. New Hormonal Contraceptives. Population Control and the WHO*, Arnhem: UBINIG.
- Oudshoorn, Nelly 1996: A Natural Order of Things? Reproductive Sciences and the Politics of Othering, in: George Robertsson u.a. (Hg.): *FutureNatural*, London: Routledge, 122-132.
- Pande, Amrita 2014: *Wombs in Labor. Transnational Commercial Surrogacy in India*, New York: Columbia University Press.

- Paul, Katharina T./Christian Haddad 2015: Marx meets Meaning: A Critical Encounter Between Historical Materialism and Interpretive Policy Analysis, in: *Austrian Journal of Political Science* 44(1): 46-52.
- Pinn, Irmgard/Michael Nebelung 1989: Das Menschenbild der Bevölkerungstheorie und Bevölkerungspolitik, in: *Peripherie* 9(37): 21-50.
- Plehwe, Dieter 2015: The Politics of Policy Think Tanks: Organizing Expertise, Legitimacy and Counter-Expertise in Policy Networks, in: Frank Fischer u.a. (Hg.): *Handbook of Critical Policy Studies*, Cheltenham: Edgar Elgar, 358-379.
- Poulantzas, Nicos 2002: *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*, Hamburg: VSA.
- Pühl, Katharina/Susanne Schultz 2001: Gouvernamentalität und Geschlecht. Über das Paradox der Festschreibung und Flexibilisierung der Geschlechterverhältnisse, in: Sabine Hess/Ramona Lenz (Hg.): *Geschlecht und Globalisierung*, Königstein im Taunus: Helmer, 102-127.
- Quijano, Anibal 2000: Coloniality of Power, Eurocentrism and Latin America, in: *Nepantla, Views from the Global South* 1(3): 533-580.
- Quinby, Lee/Irene Diamond 1988: Introduction, in: dies. (Hg.): *Feminism and Foucault. Reflections on Resistance*, Boston: Northeastern University Press, 2-16.
- Rabinow, Paul/Nikolas Rose 2003: Thoughts on a Concept of Biopower Today, <https://is.muni.cz> (Zugriff: 13.2.2022).
- Rainer, Bettina 2005: *Bevölkerungswachstum als globale Katastrophe. Apokalypse und Unsterblichkeit*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Randeria, Shalini 2002: Legal Pluralism, Fractured Sovereignty and Differential Citizenship Rights, in: Boaventura de Sousa Santos (Hg.): *Another Knowledge is possible: Beyond Northern Epistemologies*, London: Verso, 41-74.
- Rao, Mohan 2002: Anti-People State Population Policies, in: *Political Environments*, 2002(9): 38-40.
- Repo, Jemina 2016: Gender Equality as Biopolitical Governmentality in a Neoliberal European Union, in: *Social Politics* 23(2): 307-328.
- Roberts, Dorothy 1997: *Killing the Black Body. Race, Reproduction, and the Meaning of Liberty*, New York: Vintage Books.
- Roberts, Dorothy 2015: Reproductive Justice, not just rights, in: *Dissent* (Herbst), <https://www.dissentmagazine.org/> (Zugriff: 12.3.2022).
- Robinson, Cedric J. 1983: *Black Marxism: The Making of the Black Radical Tradition*, Chapel Hill: University of North Carolina Press.

- Rose, Nikolas 2001: *The Politics of Life Itself*, in: *Theory, Culture and Society*, 18(6): 1-30.
- Ross, Loretta J. 2021: *Reproductive Justice. Ein Rahmen für eine intersektionale und antiessentialistische Politik*, in: *Kitchen Politics* (Hg.): *Mehr als Selbstbestimmung! Kämpfe für Reproduktive Gerechtigkeit*, Münster: assemblage, 17-60.
- Sänger, Eva 2020: *Elternwerden zwischen »Babyfernsehen« und medizinischer Überwachung. Eine Ethnografie pränataler Ultraschalluntersuchungen*, Bielefeld: transcript.
- Samerski, Silja 2002: *Die verrechnete Hoffnung. Von der selbstbestimmten Entscheidung durch genetische Beratung*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Saretzki, Thomas 2003: *Aufklärung, Beteiligung und Kritik. Die argumentative Wende in der Policy-Forschung*, in: Klaus Schubert/Nils Bandelow (Hg.): *Lehrbuch der Politikfeldanalyse*, München: Oldenbourg, 431-456.
- Sauer, Birgit 2012: *Intersektionalität und Staat. Ein staats- und hegemonietheoretischer Zugang zu Intersektionalität*, <http://www.portal-intersektionalitaet.de> (Zugriff: 13.3.2022).
- Schneider, Sonja 2000: *Bevölkerungspolitik: Vom Zwang zum Konsens?*, Bremen: Yetipress.
- Schultz, Susanne 2002: *Biopolitik und affektive Arbeit bei Hardt/Negri*, in: *Das Argument*, 44(5/6): 698-708.
- Schultz, Susanne 2006: *Hegemonie, Gouvernamentalität, Biomacht. Reproduktive Risiken und die Transformation internationaler Bevölkerungspolitik*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Schultz, Susanne 2011a: *New Biopolitics? The Articulation of Demographic Aims and Gender Policies in International Population Programs*, in: Kathrin Braun (Hg.): *Between Self-Determination and Social Technology. Medicine, Biopolitics and the New Techniques of Procedural Management*, Bielefeld: transcript, 239-270.
- Schultz, Susanne 2011b: *Gegen theoretische Strategien der Ganzheitlichkeit. Eine feministische Kritik an »Empire«*, in: Marianne Pieper u.a. (Hg.): *Biopolitik in der Debatte*, Wiesbaden: VS-Verlag, 129-140.
- Schultz, Susanne 2011c: *Paradoxien des (Bio-)Politischen und der Fluchtpunkt der Vernichtung. Demographiekritische Anschlüsse an Agamben?*, in: Daniel Loick (Hg.): *Der Nomos der Moderne. Die politische Philosophie Giorgio Agambens*, Baden-Baden: Nomos, 105-127.

- Schultz, Susanne 2015: Reproducing the Nation. The New German Population Policy and the Concept of Demographization, in: *Distinktion* 16(3): 337-361.
- Schultz, Susanne 2018: NGOs und die Transformation internationaler Staatlichkeit: theoretische und methodische Überlegungen, in: Ilker Ataç u.a. (Hg.): *Politik und Peripherie. Eine politikwissenschaftliche Einführung*, Wien: Mandelbaum, 338-363.
- Schultz, Susanne 2019: Demographic Futurity. How Statistical Assumption Politics Shape Immigration Policy Rationales in Germany, in: *Environment and Planning D: Society and Space* 37(4): 644-662.
- Schultz, Susanne o.D.: Demografisierung des Politischen? Eine intersektionale Analyse deutscher Familien- und Migrationspolitik seit Mitte der 1990er Jahre, Abgeschlossenes Forschungsprojekt, <https://www.fb03.uni-frankfurt.de/85550258/Forschung> (Zugriff: 7.4.2022).
- Schultz, Susanne/Kathrin Braun 2012: Der bioökonomische Zugriff auf Körpermaterialien. Eine politische Positionssuche, in: Susanne Lettow (Hg.): *Bioökonomie*, Bielefeld: transcript, 61-84.
- Siddiqui, Sophia 2021: Racing the Nation: Towards a Theory of Reproductive Racism, in: *Race & Class* 63(2): 3-20.
- Silliman, Jael/Anannya Bhattacharjee (Hg.) 2002: *Policing the National Body. Race, Gender, and Criminalization*, Cambridge: South End Press.
- Silliman, Jael/Ynestra King (Hg.) 1999: *Dangerous Intersections. Feminist Perspectives on Population, Environment and Development*, Cambridge: South End Press.
- Silva Loureiro, Gabriela 2020: To be Black, Queer and Radical: Centring the epistemology of Marielle Franco, in: *Open Cultural Studies* 2020(4): 50-58.
- Smith, Christen A. 2016: Facing the Dragon: Black Mothering, Sequelae, and Gendered Necropolitics in the Americas, in: *Transforming Anthropology* 24(1): 31-48.
- Smith, Sara/Pavithra Vasudevan 2017: Race, Biopolitics, and the Future: Introduction to the Special Section, in: *Environment and Planning D*, 35(2): 210-221.
- Spillers, Hortense 1987: Mama's Baby, Papa's Maybe: An American Grammar Book, in: *Diacritics* 17(2): 64-81.
- Stoler, Ann L. 1995: *Race and the Education of Desire. Foucault's History of Sexuality and the Colonial Order of Things*, Durham: Duke University Press.

- Stoler, Ann L. 2002: Foucaults »Geschichte der Sexualität« und die koloniale Ordnung der Dinge, in: Sebastian Conrad/Shalini Randeria (Hg.): *Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*, Frankfurt/M: Campus, 313-334.
- Sunder Rajan, Kaushik 2006: *Biocapital. The Constitution of Postgenomic Life*, Durham: Duke University Press.
- Supik, Linda 2014: *Statistik und Rassismus. Das Dilemma der Erfassung von Ethnizität*, Frankfurt/M: Campus.
- Tellmann, Ute 2013: Catastrophic Populations and the Fear of the Future: Malthus and the Genealogy of Liberal Economy, in: *Theory Culture Society* 30(3): 135-155.
- Waldby, Catherine/Melinda Cooper 2015: Biopolitik der Reproduktion. Postfordistische Biotechnologien und die klinische Arbeit der Frauen, in: *Kitchen Politics* (Hg.): *Sie nennen es Leben, wir nennen es Arbeit*, Münster: assemblage, 18-48.
- Waldschmidt, Anne 2003: Normierung oder Normalisierung: Behinderte Frauen, der Wille zum »Normkind« und die Debatte um die Pränataldiagnostik, in: Sigrid Graumann/Ingrid Schneider (Hg.): *Verkörperte Technik – Entkörperte Frau. Biopolitik und Geschlecht*, Frankfurt/M: Campus, 95-109.
- Weheliye, Alexander G. 2014: *Habeas Viscus. Racializing Assemblages, Biopolitics, and Black Feminist Theories of the Human*, Durham: Duke University Press.
- Wilson, Kalpana 2012: *Race, Racism and Development: Interrogating History, Discourse and Practice*, London: Zed Books.
- Wilson, Kalpana 2017: Re-centring »Race« in Development: Population Policies and Global Capital Accumulation in the Era of the SDGs, in: *Globalizations* 14(3): 432-449.
- Wimmer Andreas/Nina Glick Schiller 2003: Methodological Nationalism, the Social Sciences, and the Study of Migration, in: *International Migration Review* 37(3): 576-610.

II Deutsche Demografiestrategien. Über un/erwünschte Geburten und Bevölkerungen

Nation und Kinderwunsch

Demografisches Wissen, Familienpolitik und stratifizierte Reproduktion

Von *Susanne Schultz*

In diesem Text befasse ich mich mit zwei unterschiedlichen Konfliktfeldern, die zentral für die Politik des Kinderkriegens in Deutschland seit Mitte der 2000er Jahre sind. Gemeinsam ist beiden, dass hier nationale Politiken zur ›Verwirklichung von Kinderwünschen‹ etabliert wurden und diese Politiken in vielfacher Hinsicht von selektiven Ein- und Ausschlüssen, von Machtverhältnissen und auch Ausbeutungsbeziehungen geprägt sind.¹ In beiden Feldern geht es um eine Gouvernamentalität des Kinderkriegens, also um komplexe Anrufungen programmatischer Subjektivitäten – über die harten Fakten gesetzlicher Regulierungen und ökonomischer Interessenskonstellationen hinaus (vgl. Einführungstext in diesem Band). Und in beiden Feldern müssen auf den ersten Blick emanzipatorisch erscheinende Strategien zur Flexibilisierung und Veränderung von Geschlechterverhältnissen und Familie danach befragt werden, mit welchen nationalistischen, klassenselektiven, rassistischen, ableistischen Strategien diese einhergehen. So wurde die deutsche Familienpolitik mit dem Ziel reformiert, die Kinderwünsche der deutschen Mittelschichten ›zu verwirklichen‹ und deren ›Vereinbarkeit von Familie und Beruf‹ zu verbessern. Dies ging aber mit einer Vertiefung ausschließender Mechanismen für erwerbslose, geringverdienende und aufenthaltsrechtlich benachteiligte Menschen einher. Im Kontext der Reproduktionsmedizin, die oftmals vor allem als Feld erweiterter reproduktiver Handlungsspielräume präsentiert

1 Ich verwende einfache Anführungszeichen, um die typischen Diskurselemente bzw. Tropen der Debatte zu Demografie, Familienpolitik und Reproduktionsmedizin zu markieren, und doppelte Anführungszeichen, wenn ich mich direkt auf eine anschließend erwähnte Quelle beziehe.

wird, werden wiederum einerseits behinderendiskriminierende Technologien verhandelt, die die ›Qualität‹ möglicher zukünftiger Kinder bewerten. Andererseits spielen Ausbeutungsbeziehungen eine Rolle, wenn auf die Körper von Eizellgeber*innen und Leihgebärenden zurückgegriffen wird. Wie schon hier deutlich wird, sind die Konfliktodynamiken und Einflussfaktoren in beiden Feldern in vielfacher Hinsicht unterschiedlich und auch komplex –, und längst nicht alle diese Dimensionen können in diesem Text bearbeitet werden. Im ersten Teil konzentriere ich mich so auf die Frage, wie demografisches Wissen Familienpolitik insbesondere seit den 2000ern geprägt und zu einer selektiv pronatalistischen Programmatik beigetragen hat. Im zweiten Teil knüpfe ich daran an, inwiefern diese Verstaatlichungsprozesse der Kinderwunschpolitik auch Politiken rund um Reproduktionsmedizin beeinflusst haben, öffne den Blick aber auch auf weitere wichtige Faktoren für die Dynamiken der Reproduktionsmedizin in Deutschland.

Zudem sei angemerkt, dass explizit demografiepolitische Begründungen für Familien- und Reproduktionsmedizin in den Verlautbarungen der Bundesregierungen und regierungsnaher Politikberatung inzwischen seltener bzw. leiser geworden sind, als dieser Text verfasst wurde (März 2022). Gleichzeitig hat die extreme Rechte das Projekt der ›deutschen Geburtenrate‹ noch stärker für sich okkupiert. Dennoch sind die demografiepolitischen Regierungsstrategien der 2000er für diese Politikfelder weiterhin höchst virulent: Schließlich sind wichtige Reformen (wie das Elterngeld oder die steuerpolitische Förderung von Reproduktionsmedizin) dauerhaft institutionalisiert worden und werden seitdem kaum noch hinterfragt.

Im Folgenden stelle ich einige Überlegungen voran, welche theoretischen Herausforderungen es für eine feministische intersektionale Analyse der Politik des Kinderkriegens gibt. Anschließend führe ich in die bundesdeutsche Geschichte ›nachhaltiger Familienpolitik‹ seit Anfang der 2000er Jahre ein und zeige, inwiefern sehr unterschiedliche Hegemonieprojekte sich auf demografische Problemstellungen bezogen haben. Es folgen drei Abschnitte, die sich damit befassen, inwiefern diese Projekte dennoch gemeinsame Wissenstropen als Bezugsrahmen gestärkt haben. Im zweiten Teil des Textes untersuche ich dann, inwiefern eine demografisch motivierte Verstaatlichung des Kinderwunsches mit privatwirtschaftlichen und privatisierenden Dynamiken einhergeht. Ich zeige, wie steuerpolitische Fördertöpfe, diskursive Interventionen für ein entkontextualisiertes Individualrecht auf Fortpflanzung und die schrittweise Durchsetzung bestimmter reproduktionstechnologischer Verfahren ineinandergreifen. Selektive und

fremdnützige, ausbeuterische Technologien stehen im Zentrum der weiteren Untersuchung. Es geht um komplexe Gemengelagen an der Schnittstelle zwischen medizinischer Pathologisierung, Arbeit, bioökonomischer Instrumentalisierung und Familie. Im letzten Abschnitt stelle ich einige Schlussfolgerungen aus dieser demografiekritischen und intersektionalen Perspektive zur Diskussion.

Die Politik des Kinderkriegens: Herausforderungen für eine intersektionale feministische Analyse

Für eine feministische, antirassistische, antibleistische und kapitalismuskritische Analyse und Politik ist die Auseinandersetzung mit dem Kinderkriegen in vielfacher Hinsicht eine Herausforderung. Zu lange sind zumindest im deutschsprachigen Kontext geschlechterpolitische Strategien daran gescheitert, eine intersektionale Wende zu diesen Fragen auch tatsächlich umzusetzen, und auch jetzt sind es wenige Kontexte, in denen dies ernsthafter geschieht (z.B. Hajek 2020; Schutzbach 2020; Kitchen Politics 2021; Siddiqui/Schwaerzer-Dutta 2021; Haller/Schlender 2022). So haben genderpolitische Positionen den partiellen Abschied vom wohlfahrtstaatlichen konservativen Alleinernährer-Modell oftmals positiv bewertet (und dabei mehr oder weniger universalisierend den analytischen Fokus auf die deutsche Mittelschichtskleinfamilie gelegt), ohne die gleichzeitige Einbindung in ein nationales Projekt und in die klassenselektiven und rassistischen Anordnungen der neuen Familienpolitik politisch adäquat zu berücksichtigen.² Eine weitere Herausforderung bleibt auch eine kritische Analyse von Wissensformationen als Grundlage familienpolitischer Reformen: So wurden Wissenstropen wie eine »zu niedrige nationale Geburtenrate« oder Statistiken über »unerfüllte Kinderwünsche« kaum hinterfragt. Auch in Bezug auf eine expandierende Reproduktionsmedizin gibt es vielfältige Herausforderungen, wenn über eine unmarkierte, ebenso universalisierende wie individualisierende Perspektive hinausgegangen werden soll. Dies ist aber nötig, um sowohl selektive (insbesondere behindertenfeindliche) ausschließende Dynamiken als auch Dimensionen einer bioökonomischen Landnahme mit neuen Ausbeutungsbeziehungen in

2 Offensichtlich wurde dies auch in der Art und Weise, wie während der Pandemie ein Care-Familialismus und ein Care-Nationalismus ineinandergriffen (vgl. Laufenberg/Schultz 2021).

den Blick zu nehmen (Stichworte Zugriff auf Eizellgeber*innen und Leihgebärende).

Welche theoretischen Angebote gibt es zu diesen Fragen? Für kapitalismuskritische feministische Gesellschaftstheorien blieb im deutschsprachigen Kontext die Politik des Kinderkriegens lange ein blinder Fleck (vgl. Kontos 2018). Und auch queer-feministische Theoriebildung hat diese Seite der Reproduktionsverhältnisse lange Zeit eher als scheinbar ›biologischen‹ Rest vernachlässigt (vgl. Deutscher 2012). Einen Ausgangspunkt für einen theoretischen Zugang zu staatlichen Strategien der Geburtenregulierung stellt weiterhin das Konzept der Biopolitik von Michel Foucault dar. Es ermöglicht, funktionalistisch-reduktionistische Perspektiven auf Geburtenpolitik (einzig als Frage der Reproduktion von Arbeitskräften) zu vermeiden und der Komplexität einer im Rahmen kapitalistischer Vergesellschaftung entstehenden staatlichen Verwaltung der Bevölkerung als Wissens-/Machregime gerecht zu werden (Foucault 1983; 2001). Einleuchtend am Konzept der Biopolitik bleibt, dass Foucault individuelle Körper bzw. individuelles Verhalten auf der einen und die Bevölkerung auf der anderen Seite als das spannungsreiche Verhältnis zwischen zwei Polen versteht – und damit auch einen Zugang zur Intersektionalität von Geburtenpolitik ermöglicht (vgl. Schultz 2006). Dass Kinderkriegen oftmals auf eine mikrosoziologische Frage der Geschlechter, der reproduktiven Körper und des familiären oder auch individuellen reproduktiven Verhaltens reduziert wird, kann so als Effekt eines biopolitischen Arrangements verstanden werden, innerhalb dessen die Implementierung staatlicher Geburtenpolitik auf der biopolitischen Ebene der Körper und des Verhaltens stattfindet und damit auch privatisiert, individualisiert, biologisiert und eben auch vergeschlechtlicht wird. Dass aber Geburtenpolitiken gleichzeitig Politiken sind, die den staatlichen Zugriff auf die Größe und Qualität von Bevölkerung(en) organisieren und insofern von Klassenhierarchien ebenso wie nationalen Zuordnungen und rassistischen Hierarchisierungen durchdrungen sind, kann als zweiter Pol verstanden werden.

Feministische Kritiker*innen haben zu Recht darauf verwiesen, dass Foucaults Konzept der Biopolitik insofern begrenzt ist, als er als Scharnier zwischen beiden Polen vorrangig die Sexualität fasst – und zudem Sexualität im Allgemeinen, nicht aber den spezifischen Zugriff auf heteronormativen, prokreativen Sex – und dass er damit der Fundamentalität und Komplexität der Reproduktionsverhältnisse und Geschlechterregime im Kapitalismus nicht gerecht wird (vgl. Deutscher 2012). Weiterhin erfasste seine Analyse der Biopolitik im Rahmen liberaler politischer Ökonomie nicht ausreichend

die darin eingeschriebene koloniale Hierarchisierung in der Entstehung des Wissens über Bevölkerungen, was etwa in der geringen Bedeutung von Thomas Malthus' Werk in Foucaults Analyse deutlich wird (vgl. Stoler 1995; Tellmann 2013). Susanne Lettow machte mit dem Hinweis auf eine reproduktive Matrix einen Vorschlag, wie ein intersektionaler Zugang auf die Politik des Kinderkriegens anders bzw. weitergedacht werden kann (Lettow 2015a: 267f). Indem sie auf neu entstehende Wissensordnungen im Europa des späten 18. Jahrhunderts zurückgreift, zeigt sie, dass die Ordnung der Reproduktion, wie wir sie bis heute auch mit vielen Veränderungen kennen, von der Idee einer ›Fortpflanzung‹ geprägt ist, die sowohl über die Vorstellung einer komplementären Polarität der Geschlechter organisiert ist (Stichwort Heteronormativität) als auch gleichzeitig und untrennbar die Vorstellung von Genealogien transportiert: Theorien einer intergenerationellen Kontinuität konstituieren und legitimieren biologische Verwandtschaftsverhältnisse auf spezifische Weise. Damit entsteht die Idee der Reproduktion von Bevölkerungen über Genealogien der Vererbung und auch die Vorstellung, dass es sich reproduzierende – und sich auch nach bestimmten Naturgesetzen über ›Vermischung‹ verändernde – ›Rassen‹ gibt (ebd.: 271ff).

Im Folgenden bezeichne ich diese Grundkonstellationen einer globalen kapitalistischen Reproduktionsordnung in Anlehnung an Lettow als malthusianische Matrix (vgl. Einführungstext in diesem Band). Diese Perspektive ermöglicht es, die Politik des Kinderkriegens insofern intersektional zu verstehen, als die heteronormative Familienform als ›Keimzelle des Staates‹ und als Bedingung für ›Fortpflanzung‹ als untrennbar von der Idee klassenhierarchisierender und rassifizierender Genealogien verständlich wird. Dazu gehört auch zu bedenken, dass die Institutionen der Familie und der Verwandtschaft an Eigentums- und Erbschaftsverhältnisse gekoppelt sind und dass über familiäre und verwandtschaftliche Zugehörigkeit auch in dem von Pierre Bourdieu angeregten weiteren Sinn soziales und kulturelles Kapital weitergegeben und Klasse reproduziert wird (vgl. Bourdieu 1986). Diese staatlich-rechtlich über die Familienform institutionalisierten Genealogien sind zwar nicht identisch mit eugenisch-biologistischen Vorstellungen einer unvermeidlichen Weitergabe des sozialen Status, machen aber im Sinne verdinglichter gesellschaftlicher Verhältnisse doch den realen Kern, die unmittelbare Evidenz einer Biologisierung von Ungleichheit aus.

Reproduktive Genealogien sind im Rahmen kapitalistischer Vergesellschaftung jedoch nicht nur über Klassenverhältnisse organisiert, sondern etablieren sich auch nicht trennbar von rassistischen Verhältnissen der

In- und Exklusion. Zum einen lassen sich Klassenzuschreibungen und Rassismus insofern nicht trennen, als die (post-)koloniale Geschichte der Klassenverhältnisse bis heute gleichzeitig die Geschichte globaler, nationaler und lokaler Strategien rassistischer sozialer Abwertung, Unterschichtung und Ausbeutung ist, wie es inzwischen auch mit Rekurs auf das Konzept des *racial capitalism* verstärkt diskutiert wird (vgl. Karakayali/zur Nieden 2013: 62f; Mezzadra/Neilson 2013; Robinson 2019). Zum anderen gehören zur malthusianischen Matrix auch ganz zentral die mit der Entstehung der Nationform verbundene In- bzw. Exklusion der kommenden Generation als neue (Nicht-)Staatsbürger*innen und die staatliche Einflussnahme auf die Menschenreproduktion als Frage der Zukunft der Nation bzw. nationaler Ökonomie (vgl. Balibar 1992). Die Konstitution des Problems der Bevölkerung ist inhärent verbunden mit der Konstitution des Nationalstaates, schon allein weil mit den Nationalstaaten erst die statistische Erfassung von Bevölkerungen institutionalisiert wird und damit die Vorstellung einer homogenen oder zu homogenisierenden nationalen Bevölkerung entsteht, die das zentrale Objekt demografischen Wissens darstellt (vgl. Hummel 2000; Murphy 2017). Damit entsteht auch die Möglichkeit einer Demografisierung sozialer Verhältnisse, wie sie in den 2000ern wieder akut wurde. Mit Demografisierung meine ich die Vorstellung, komplexe gesellschaftliche Verhältnisse und Dynamiken könnten über statistische Korrelationen zwischen nationaler Bevölkerungszahl bzw. -zusammensetzung einerseits und Daten über Ressourcen, Produktion und Konsumption andererseits erfassbar und über eine staatliche Regulierung von als ›Bevölkerungsfragen‹ formulierten Problemlagen regierbar werden (vgl. Barlösius 2007; Schultz 2015; Einführungstext in diesem Band).

Aus den genannten intersektionalen Dimensionen der Politik des Kinderkriegens ergeben sich vielfältige Spannungsmomente und Widerspruchskonstellationen, die auch erklären, inwiefern Familienpolitik als Geburtenpolitik nicht nur von Grundformen der heteronormativen Kleinfamilie, der Nation, des Rassismus und der Klasse kontinuierlich strukturiert wird, sondern auch ein umkämpftes und dynamisches Konfliktfeld ist. Genannt seien hier etwa die Spannung zwischen der Stabilität der Familienform als Institution zur Absicherung genealogischer Kontinuitäten einerseits und ihrer dynamischen Veränderung im Rahmen der Heterogenisierung von Familienmodellen andererseits. Ebenso gibt es einen Widerspruch zwischen einer genealogischen Zuschreibung von Kindern zu ›ihrer‹ sozialen Klasse einerseits und Erfordernissen sozialer Dynamik im Rahmen bildungspolitischer und arbeitsmarkt-

orientierter kapitalistischer Notwendigkeiten andererseits. Zudem ist die heteronormative Kleinfamilie inklusive ihrer hausfrauisierenden Privatsphäre eine historisch relativ junge, weder durch alle sozialen Schichten noch erst recht transnational jemals vollständig durchgesetzte Norm. Vielmehr, so rekonstruiert es die dekoloniale feministische Forschung, ist diese Norm Teil eines (post-)kolonialen Geschlechterregimes, dessen Durchsetzung bis heute umkämpft ist und das als wichtiges Element der Genealogie globaler Machtverhältnisse zu analysieren ist (vgl. Lugones 2007; Rivera Cusicanqui 2018). Auch ist die Nationform keine stabile. So lassen sich (auch innerhalb der demografischen Wissensproduktion selbst virulente) Spannungen ausmachen: zwischen Kräften, die einen Nationenbegriff stärken, der sich auf eine vermeintliche ethnische Homogenität in der Vergangenheit bezieht, und Kräften, die ein nationales Zukunftsprojekt formulieren, das auf eine flexibilisierte Humankapitalverwaltung ausgerichtet ist (vgl. Schreiner 2013; Text »Migrationspolitik als Bevölkerungssteuerung?« in diesem Band).

Nation und Kinderwunsch I: demografisches Wissen und Familienpolitik als selektiv pronatalistisches Projekt

Eine »schrumpfende« und »alternde« Nation treibt seit über zwei Jahrzehnten sehr unterschiedliche politische Kräfte in Deutschland um. Demografische Prognosen und »Sachzwänge« boten sich verstärkt als scheinbar neutrale Grundlage für Politikberatung und Expertise an, sei es in der Familien-, Migrations-, Pflege- oder Rentenpolitik. Seit Ende der 1990er Jahre hat sich die Disziplin der Demografie, ehemals in Deutschland »Bevölkerungswissenschaft« genannt, damit aus einem Nischendasein herausbewegt, das sie zumindest in der alten Bundesrepublik vor dem Hintergrund ihrer inhaltlichen und personellen Kontinuitäten zum Nationalsozialismus geprägt hatte. Vieles wurde im Rahmen dieser Entwicklungen zu einer »demografischen« Frage: Zum einen wurde seit Ende der 1990er Jahre ein neoliberaler Diskurs der Anpassung an ein unvermeidlich »schrumpfendes« und »altern-des« Deutschland als Legitimationsgrundlage für Sozialabbau relevant (vgl. Butterwegge u.a. 2012). Gleichzeitig entstanden im Bereich der Familien- und Migrationspolitik strategische Ansätze zu einer aktiven Gestaltung der Bevölkerungsentwicklung, also zu einer neuen Bevölkerungspolitik, die allerdings meist »Demografepolitik« genannt wurde, um sich von der Vergangenheit

abzugrenzen. Sehr deutlich geschah dies im Kontext der migrationspolitischen Debatte, insofern utilitaristische Kriterien einer Steuerung der zukünftigen nationalen Bevölkerungsgröße und auch einer Verbesserung der ›qualitativen‹ Bevölkerungszusammensetzung via Hochqualifizierten-Anwerbung Terrain gewannen (vgl. Text »Migrationspolitik als Bevölkerungssteuerung?« in diesem Band). Eine weitere zentrale Dimension dieser neuen deutschen Bevölkerungspolitik ist die Frage der Geburtenpolitik. Schon seit der ersten Hälfte der 2000er etablierte sich in Deutschland eine ›bevölkerungsorientierte‹ oder ›nachhaltige‹ Familienpolitik, die – ebenfalls klassenselektiv – auf die Steigerung der Geburtenraten der qualifizierten Mittelschichten abzielte und diese Programmatik als Antwort auf eine nationale demografische Problemlage fasste (vgl. Kahlert 2007). Wichtige Elemente dieser Programmatik sind die Einführung des einkommensabhängigen Elterngeldes, aber auch diffusere Aspekte einer Gouvernamentalität des ›Kinderwunsches‹, innerhalb derer der Staat insbesondere die deutschen Mittelschichten darin unterstützen soll, ihre Kinderwünsche zu verwirklichen – und auch reproduktionsmedizinische Angebote darauf ausgerichtet hat.

Die Entwicklung dieser ›bevölkerungsorientierten‹ oder ›nachhaltigen‹ Familienpolitik geht zurück auf die programmatische Initiative der Familienministerin Renate Schmidt (SPD) unter der rot-grünen Bundesregierung 2002 bis 2005. Sie führte das Ziel einer höheren deutschen Geburtenrate als ein zentrales Kriterium offensiv in die Debatte ein (Schmidt 2001). Dass die bisherige Zurückhaltung (west-)deutscher Familienpolitik in Bezug auf bevölkerungspolitische Zielsetzungen aufgegeben wurde, stand zum einen im Zusammenhang mit einer neoliberalen Offensive des Sozialabbaus zu Beginn der 2000er Jahre. Zum anderen trug sicherlich auch die Vorstellung einer ›Normalisierung‹ deutscher Politik nach der Wiedervereinigung dazu bei. In diesem Kontext entwickelte sich seit Mitte der 1990er Jahre die Landschaft demografisch forschender Think Tanks und Wissenschaftsprogramme dynamisch, und demografisches Wissen gewann in Politikberatung und medialer Öffentlichkeit enorm an Bedeutung (vgl. Barlösius 2007; Messerschmidt 2014). Unter der nächsten Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) wurden wesentliche Eckpfeiler einer ›nachhaltigen Familienpolitik‹ implementiert. Die Kitabetreuung wurde ausgebaut, Steuerfreibeträge für Kinderbetreuung wurden eingeführt, und seit 2007 ersetzt das Elterngeld das bisherige, für alle gleichermaßen gültige Erziehungsgeld von 300 Euro bis zwei Jahre nach der Geburt. Mit dem nur 12 Monate (bzw. mit ›Partnermonaten‹ 14 Monate) gültigen, einkommensabhängigen Elterngeld wurden

de facto staatliche Transferleistungen für Eltern mit neugeborenen Kindern von unten nach oben umverteilt. Während Besserverdienende seitdem bis zu 1.800 Euro monatlich erhalten, reduzierte sich für Geringverdienende und Erwerbslose der Auszahlungszeitraum des Mindestbetrages von 300 Euro von 24 auf 12 (bzw. 14) Monate und damit um (fast) die Hälfte. Die neue Familienpolitik etablierte insofern über quantitative demografische Ziele hinaus klassenselektive und aufenthaltsrechtliche Kriterien und richtete die neuen geburtenfördernden Maßnahmen vorrangig auf akademische und beruflich qualifizierte Mittelschichten aus.³

Renate Schmidt hatte diese Dimension einer qualitativen Bevölkerungspolitik bereits 2001 sehr deutlich angekündigt: »Kinderreichtum bei den Benachteiligten, Kinderarmut bei der restlichen Bevölkerung hat gravierende Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Bevölkerung.« (Schmidt 2001: 126) Die auch mit dem Konzept eines familienpolitisch zu steigernden »Humanvermögens« verbundenen klassenselektiven Ansagen über eine zu erwartende unterschiedliche Nützlichkeit von Kindern verschiedener sozialer Klassen wurden allerdings übertönt von weiteren, »zielkomplementären« Argumenten für das Elterngeld (vgl. Bujard 2013; Text »Humanvermögen und Zeitpolitik« in diesem Band). Denn eine höhere Geburtenrate sollte mit der Inwertsetzung insbesondere qualifizierter weiblicher Arbeitskraft einhergehen. Mit einem höheren Elterngeld, einer gleichzeitig kürzeren Bezugsdauer und einer Politik der »Vereinbarkeit von Familie und Beruf« sollten vor allem beruflich qualifizierte Frauen zum Gebären angeregt und gleichzeitig schneller wieder in Arbeit gebracht werden. Die »nachhaltige Familienpolitik«, deren Reformen die Familienpolitik bis heute prägen, bewertete insofern nicht nur die Nachkommen nationalökonomisch unterschiedlich, sondern auch die verschiedenen Gruppen der durch Vereinbarkeitspolitik zu mobilisierenden »stillen Reserve« weiblicher Arbeitskräfte selbst. In der realen Umsetzung ging der familienpolitische »Paradigmenwechsel« mit einer Offensive in Richtung einer äußerst prekären Inwertsetzung der meisten weiblichen Arbeitskräfte im Rahmen von Hartz-IV-Reformen und Minijobs einher, und mit dem Abschied vom Alleinernährer-Modell wurde ein nicht individuell existenzsicherndes »Zuverdienerinnen-Modell« zur offiziellen Norm (Nowak 2009: 261). Die wesentlichen Eckpfeiler der neuen Familienpolitik blieben

3 Die Auszahlung wurde an die Bedingung, sich »voraussichtlich dauerhaft in Deutschland« aufzuhalten, und an die Berechtigung zur Erwerbstätigkeit geknüpft (vgl. BMFS-FJ 2020: 15).

mit den nächsten Bundesregierungen unverändert. Unter Kristina Schröder (2009-2013) wurde der klassenselektive Charakter des Elterngeldes verschärft, als dieses ab 2011 auf das Arbeitslosengeld II angerechnet und somit de facto für prekarierte Bevölkerungsschichten ganz abgeschafft wurde. Auch die ab 2021 regierende Ampelregierung stellte in ihrem Koalitionsvertrag diese Ausschlüsse und die Einkommensabhängigkeit des Elterngeldes nicht infrage.

Die selektive pronatalistische Bevölkerungsprogrammatik wurde und wird von sehr unterschiedlichen, wenn auch nicht immer klar voneinander abzugrenzenden politischen Kräften unterstützt, die sich auf verschiedene, um Hegemonie ringende politische Projekte beziehen.⁴ Dieser breite Rückhalt war eine entscheidende Bedingung dafür, dass der familienpolitische Paradigmenwechsel weitgehend nicht umkämpft wurde – und in diesem Sinne tatsächlich hegemonial werden konnte. Wohl am hervorstechendsten haben sich Vertreter*innen eines liberalen, emanzipatorischen Hegemonieprojektes für den Wechsel stark gemacht und diesen als frauenfreundlichen Befreiungsschlag interpretiert (vgl. Nowak 2009: 239). Typisch für diese Position war es, die pronatalistische Begründung der neuen Politik eher herunterzuspielen oder als »strategische Demografisierung« zu fassen, nicht aber prinzipiell infrage zu stellen.⁵ Als weiteres, wenn auch in vielerlei Hinsicht mit dieser Position verzahntes Projekt kann das von der Arbeitgeberlobby geförderte neoliberale Programm einer Mobilisierung weiblicher Fachkräfte bei gleichzeitig langfristiger Sicherung zukünftiger Arbeitskräfte interpretiert werden. Weiterhin ließ sich in den familienpolitischen Debatten auch ein politisch sehr breites und eher diffuses Spektrum familialistischer sozial-konservativer Positionen erkennen, die sich auf den Paradigmenwechsel insofern positiv bezogen, als sie eine stärkere Förderung von Familien und die Aufwertung (weiblicher) häuslicher Sorgearbeit im Rahmen der Politik der Vereinbarkeit befürworteten.⁶ Schließlich ist als weitere Kraft das zunehmend erstarkende, klar antifeministische und antigenderistische

4 Vgl. zum Konzept des Hegemonieprojektes Buckel u.a. 2014: 44.

5 Dies ergaben auch Interviews mit wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen am Max Planck Institut für Demographische Forschung und am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2015 und 2016.

6 Siehe dazu etwa die Ambivalenz des Konzeptes »Humanvermögen«, unbezahlte familiäre Sorgearbeit sichtbar zu machen, dies aber unter der Bedingung, sie klassenhierarchisch und rassistisch selektiv auf- oder abzuwerten (vgl. Text »Humanvermögen und Zeitpolitik« in diesem Band).

national-völkische Projekt zu erkennen, das u.a. von der AfD (Alternative für Deutschland) vorangetrieben wurde und wird, aber viele weitere Vorläufer*innen und Unterstützer*innen hat (vgl. Botsch/Kopke 2018). In diesem explizit als ›aktive Bevölkerungspolitik‹ gefassten Projekt wird eine höhere nationale Geburtenrate zur nationalen Überlebensfrage und Geburtenpolitik gegen ›Masseneinwanderung‹ in Stellung gebracht (vgl. Kemper 2016).

Warum ließ sich ein so breites Spektrum politischer Kräfte, trotz geschlechterpolitisch kontroverser Positionen, auf die wesentlichen Eckpfeiler einer ›bevölkerungsorientierten‹ Familienpolitik ein und ließ den demografiepolitischen Rahmen selbst unhinterfragt? Um dies zu beantworten, ist es meines Erachtens nötig, die Wissensproduktion selbst zu analysieren und die *black box* demografischer ›Tatbestände‹ zu öffnen (vgl. Brand 2013). Gezeigt werden kann so, dass das Wissen, welches demografische Think Tanks direkt regierungsberatend oder auch über die Medien in die Debatte eingebracht haben, höchst unsicher und voraussetzungsvoll ist und Familienpolitik im Sinne einer intersektionalen Geburtenpolitik strukturiert.

Die nationale Geburtenrate und Altersstruktur als Problem

Zentral für das demografiepolitische Projekt ist die Erzählung, dass Deutschland von einer ›Schrumpfung‹ und/oder ›Alterung‹ der Bevölkerung besonders stark betroffen sei und dass dies in der Zukunft eine Krisensituation hervorrufen werde. Eine kritische Analyse dieser Erzählung muss sich auf verschiedenen Ebenen bewegen: Ganz grundsätzlich sollte die Nationform selbst als zentrale Bedingung der demografischen Problemformulierung in den Blick geraten. Schließlich transportiert der Bevölkerungsdiskurs mit aller Macht die Idee einer nationalen Schicksalsgemeinschaft und damit auch die Idee, dass ›uns‹ die nationalökonomische Entwicklung Deutschlands mehr interessieren solle als globale Ungleichheit und weltwirtschaftliche Zusammenhänge. Zu diesem nationalen Apriori des Bevölkerungsdiskurses gehört auch, dass in der Debatte die nationale Geburtenförderung selbst nicht hinterfragt wurde und wird – und völlig abgekoppelt bleibt von antinatalistischen Strategien, wie sie etwa im Rahmen internationaler Bevölkerungsprogramme weiterhin virulent sind (vgl. Text »Antinatalismus und Big Pharma« in diesem Band).

Aber auch innerhalb des vorausgesetzten nationalen Rahmens sollte die demografische Datenproduktion kritisch reflektiert und zudem hinterfragt werden, unter welchen Annahmen die ›Altersstruktur‹ zum Problem gemacht

wird. Die Demografisierung des Politischen beruht inhärent darauf, dass mit spekulativen Datenprojektionen in die weit entfernte Zukunft heute Politik gemacht wird. In Deutschland beruhen solche Prognosen meist auf den Bevölkerungsprojektionen des Statistischen Bundesamtes, dessen ›mittlere Varianten‹ medial als wahrscheinlich, wenn nicht gar als Fakten präsentiert werden (vgl. Destatis 2009, 2015, 2021a, 2021b). Angesichts immer wieder zu niedrig vorausgesagter Nettozuwanderungszahlen fand allerdings die ›Schrumpfung Deutschlands‹ bis heute nicht statt und wird regelmäßig – mit zukünftig wiederum niedriger angenommenen Zuwanderungsraten – weiter in die Zukunft verlagert.⁷ Aber auch die Wissensproduktion über die Entwicklung von Geburtenraten, die von Demograf*innen als ›träger‹ und besser einschätzbar eingestuft werden, ist in vielfacher Hinsicht gar nicht so sicher, wie sie präsentiert wird. So wiesen einige Wissenschaftler*innen 2012 darauf hin, dass die üblicherweise angegebene ›zusammengefasste Geburtenziffer‹ problematisch sei, da mit ihr nicht unterschieden werden konnte, ob Frauen weniger oder nur später Kinder bekamen, und eine Veränderung im ›generativen Verhalten‹ bei den jüngeren Generationen damit gar nicht erfasst werden konnte (vgl. Goldstein u.a. 2012).⁸

Hauptsächlich bezog sich der demografische Krisendiskurs allerdings zunehmend weniger auf eine ›Schrumpfung‹ als auf die Diagnose einer ›(Über-)Alterung‹ der Bevölkerung, eine bei steigender Lebenserwartung bereits seit dem 19. Jahrhundert gegebene demografische Entwicklung. Über die Datenproduktion hinaus stellt sich hier die Frage, auf welcher

7 Destatis sagte in der 12. Bevölkerungsvorausberechnung, gültig von 2009 bis 2015, eine Nettozuwanderung von 100 000 oder 200 000 Personen voraus (vgl. Destatis 2009: 7). Tatsächlich betrug diese aber 369 000 Personen im Jahr 2012, 429 000 im Jahr 2013, 550 000 im Jahr 2014 und 1.139 000 im Jahr 2015. Dennoch nahm Destatis auch in der 13. Vorausberechnung, gültig ab Frühjahr 2015, an, dass sich die Zuwanderungsrate ab 2021 wieder auf 100 000 bis 200 000 Personen einpendeln würde (vgl. Destatis 2015: 40). In der 14. Vorausberechnung von 2021 variiert Destatis die projizierten Nettomigrationsraten zwar stärker und präsentiert auch Modelle mit leichtem Bevölkerungswachstum. Als zentrale mittlere Variante wird aber auch hier wieder eine zukünftige ›Schrumpfung‹ bis 2060 projiziert, indem zukünftige Zuwanderungsraten von jährlich 221 000 Personen angenommen werden (vgl. Destatis 2021a).

8 Inzwischen schlagen sich dynamischere Entwicklungen als in älteren Projektionen angenommen auch in der ›zusammengefassten Geburtenrate‹ nieder, bzw. bestimmte Projektionen, die den Katastrophismus der 2000er Jahre begleiteten, erwiesen sich als falsch. So ermittelte Destatis für das Jahr 2005 eine Ziffer von 1,34 und für das Jahr 2021 eine Ziffer von 1,53 Kinder pro Frau (vgl. Destatis 2021b).

Grundlage diese Entwicklung denn als krisenhaft behauptet werden kann. Gegen die Vorstellung, dass eine Veränderung des abstrakten Verhältnisses zwischen nationalen Altersgruppen (Kinder/Jugendliche; Menschen im »erwerbsfähigen Alter«; Alte) per se ökonomisch problematisch sei, haben in den letzten Jahren nur einige wenige Autor*innen aus dem linksgewerkschaftlichen Spektrum protestiert (z.B. ver.di 2003; Butterwegge u.a. 2012). Sie argumentierten, dass eine solche Krisenerzählung die wachsende soziale Ungleichheit *innerhalb* von Generationen ausblendet, ebenso wie sie etwa für die Rentenentwicklung wesentlich wichtigere Dynamiken wie Lohn- und Produktivitätsentwicklung oder die Rate sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und Erwerbslosenquoten unterschlägt.

Kalkulationen zum »unerfüllten Kinderwunsch« als Grundlage pronatalistischer Strategien

Ein weiterer Aspekt des hegemonialen demografischen Wissens betrifft die Frage, wie das unhinterfragte Ziel einer höheren deutschen Geburtenrate denn erreicht werden soll. Konsens wurde in der Debatte schnell, dass der Staat nicht dirigistisch eingreifen dürfe, wohl aber an bestehenden Kinderwünschen ansetzen und deren Verwirklichung ermöglichen solle, und dass es familienpolitische Maßnahmen gebe, mit denen dieses Ziel langfristig erreicht werden könne (vgl. BMFSFJ 2012: 15; Prognos 2014). Bei genauerem Hinsehen tat sich die demografische Expertise aber auch hier schwer, *hard facts* zu liefern: So ist die Messung des Kinderwunsches abhängig davon, wie, wann und mit welchem Zeithorizont gefragt wird. Damit ist auch die darauf aufbauende Legitimationsgrundlage für eine pronatalistische Politik, der so genannte *fertility gap* (die Differenz zwischen gewünschter und tatsächlicher Kinderzahl) eine kaum ernsthaft festzuzurende Größe (vgl. Fürnkranz-Prskawetz u.a. 2012: 150ff). Auch mit dem Beleg der Hypothese, dass familienpolitische Maßnahmen überhaupt einen Einfluss auf die Geburtenrate haben können, tun sich Demograf*innen schwer. Der Behauptung direkter und eindeutiger kausaler Zusammenhänge enthalten sich die meisten seriösen Studien (vgl. Spieß 2012). Dennoch dreht sich das demografische Forschungsuniversum um Wenn-dann-Zusammenhänge zwischen (mikrosoziologischen) Geschlechterverhältnissen, Familienmodellen, Vereinbarkeitsangeboten einerseits und der Geburtenrate andererseits. Auch die unter Bundesfamilienministerin von der Leyen vorangebrachte evidenzbasierte Untermauerung ihrer Politik führte dazu, dass eine stark

ökonomistisch angelegte »Gesamtevaluation ehe- und familienpolitischer Maßnahmen« diesen Zugang bestätigte. Mit viel Interpretationsaufwand wurden (gewisse, sehr geringe und langfristige) Korrelationen zwischen der neuen Familienpolitik und der Geburtenrate festgestellt (vgl. Prognos 2014: 229f).

Mit Michel Foucault kann die staatliche Strategie, am *fertility gap* und damit am Begehren nach dem Kind anzusetzen, als eine Gouvernamentalität des Gebärens gefasst werden; denn staatliche Strategien setzen hier explizit an den Wünschen, Begehren und Selbsttechnologien der Subjekte an (vgl. Lemke u.a. 2000). In Bezug auf die Geschlechterverhältnisse entwickelten sich dabei widersprüchliche Tendenzen, wie diese Wunschökonomie in der Wissensproduktion verhandelt wird. Auf der einen Seite bestärkt die Art und Weise, wie der Kinderwunsch beforscht und besprochen wird, heteronormative naturalisierende Zuschreibungen an die Frau als potenzielle Mutter: Kinderwunsch und *fertility gap* werden weiterhin meist selbstverständlich an Frauen untersucht, und das »generative Verhalten« gilt fast immer als das der Frauen – oder allenfalls abstrakt »der Paare« (vgl. Heitzmann 2017). Andererseits gab es auch in Teilen des konservativen Mainstreams eine Öffnung in Richtung der Diversifizierung von Familienbildern im Sinne von »Familie ist da, wo Kinder sind« (vgl. Hajek 2013). Gleichzeitig artikulierte sich der staatlich-demografiepolitische Topos des Kinderwunsches mit dem umkämpften Feld der an Bedeutung gewinnenden Reproduktionsmedizin. Auch hier fanden im Kampf gegen »ungewollte Kinderlosigkeit« und für ein »eigenes Kind« Konflikte und Grenzverschiebungen dazu statt, was staatlich als Familie gilt (siehe Unterkapitel II dieses Textes).

Frauen und Familien im Allgemeinen? Eine unmarkierte Mittelschichtsprogramm

Ein weiterer Aspekt des demografischen Wissens ist es, dass die diskutierten Aspekte – die These einer zu niedrigen deutschen Geburtenrate und der pronatalistische Ansatzpunkt eines unerfüllten Kinderwunsches – Ausschlüsse produzierten, die aber weitgehend dethematisiert blieben. Auf den ersten Blick wird das reproduktive Begehren im deutschen Demografiediskurs vor allem als Frage der Frauen, der Paare oder der Familien verhandelt. Kurzum: Das Wissen und auch die damit verhandelten und (re-)produzierten Subjektpositionen bewegen sich entweder in den Dimensionen eines konservativen Familialismus oder aber im Rahmen erweiterter, diverserer Vorstellungen von

Familie – eine durchaus wichtige, aber für sich allein genommen verkürzende Dimension des Konfliktfeldes. Fragen der eugenischen ›Qualität‹, der rassistischen Differenzierung, des nationalen Ein- und Ausschlusses und der Klassenhierarchien bleiben damit unmarkiert – oder erscheinen allenfalls als sekundäre, additive und spezifizierende Dimension.

Beim zweiten Hinschauen zeigt sich jedoch, dass die familienpolitisch scheinbar unmarkierte Subjektivität der zu adressierenden Frau oder des Paares mit Kinderwunsch tatsächlich die der qualifizierten deutschen Mittelschichten ist, die im Zentrum von Forschung und Regierungsstrategien stehen: Bereits das Motto Vereinbarkeit von ›Familie und Beruf‹, das nicht nur die Familienform, sondern auch eine berufliche Qualifizierung und Identität voraussetzt, oder auch der Fokus in den Demografiestrategien der Bundesregierungen auf Karriere und Berufsbiographien machen dies deutlich. Der klassenselektive Skandal einer ›bevölkerungsorientierten Familienpolitik‹, wie sie von Renate Schmidt noch explizit formuliert wurde, kann aber auf der Ebene einer programmatischen Subjektivität und Implementierung, die sich immer wieder allgemein auf Familien oder Frauen bezieht, so nicht thematisiert werden.

Wenn es direkt um die Ebene der Bevölkerung geht, wurden diese ›Qualitäts‹-Ansprüche der Demografiepolitik allerdings klar formuliert, wie es etwa im Konzept des Humanvermögens als wichtiges Referenzkonzept der neuen Familienpolitik seit Mitte der 2000er verdeutlicht wurde (vgl. Text »Humanvermögen und Zeitpolitik« in diesem Band). Damit wurde nahegelegt, dass das nationale ›Humanvermögen‹ am meisten gesteigert werde, wenn möglichst viele Kinder in den qualifizierten deutschen Mittelschichten geboren werden. Das Kinderwunschbegehren und dessen Förderung in einkommensschwächeren Gruppen oder auch unter generell als ›bildungsfern‹ stigmatisierten Migrant*innen wurde demgegenüber von der politikberatenden Forschung schlichtweg ausgeblendet. Wenn diese sozialen Gruppen überhaupt ins Visier der Demografiepolitik gerieten, dann standen hier nicht gouvernementale Strategien und Wunschökonomien zur Debatte. Vielmehr sollten Forschungen über das durchschnittliche ›generative Verhalten‹ von Migrantinnen vor allem Schlussfolgerungen direkt auf der Ebene der Bevölkerungsentwicklung ermöglichen (vgl. BAMF 2011; kritnet 2016; Text »Migrationspolitik als Bevölkerungssteuerung?« in diesem Band). Anders gesagt: Im Rahmen der demografiepolitischen deutschen Geburtenpolitik spielt eine subjektorientierte gouvernementale Körper- und Verhaltenspolitik für die »subjektlosen Anderen« keine Rolle (Gutiérrez Rodríguez 2003: 168). Vielmehr wird in

diesem Kontext ihr durchschnittliches reproduktives Verhalten nur direkt im Effekt auf die zukünftige nationale Bevölkerungsgröße und -zusammensetzung verhandelt.

Nation und Kinderwunsch II: Reproduktionsmedizin zwischen Verstaatlichung, Ökonomisierung und Individualisierung

Der gouvernementale Rekurs auf einen *fertility gap* und unerfüllte Kinderwünsche (bestimmter sozialer Gruppen) ist allerdings höchst relevant für die Frage, welche Auswirkungen die demografiepolitischen Strategien der 2000er Jahre auf reproduktionsmedizinische Angebote in Deutschland hatten. Zwar schlug sich das selektiv pronatalistische Projekt nicht direkt und allumfassend auf diesen vielfach privatwirtschaftlich organisierten medizinisch-bioökonomischen Komplex nieder. Wohl aber gab es einige Entwicklungen, die im Verhältnis von Verstaatlichung und Ökonomisierung des Kinderwunsches wichtig sind und näher beleuchtet werden sollen.

Vorweg möchte ich zwei Anmerkungen machen: Selbstverständlich lassen sich komplexe gesellschaftliche Begehrensökonomien nicht auf staatliche Strategien und kapitalistische Marktdynamiken reduzieren. Die öffentliche Debatte in Deutschland konzentriert sich jedoch umgekehrt meist mit der Trope des ›Kinderwunsches‹ auf eine als nicht hinterfragbar dargestellte Nachfrage. Eine Analyse, die von den Angebotsstrukturen ausgeht, ist demgegenüber wichtig, auch um die Genealogien dieser Trope aus einer macht- und herrschaftskritischen Perspektive zu verstehen. Die zweite Anmerkung: Ich präsentiere hier eine Kritik an bestimmten selektiven und ausbeuterischen Reproduktionstechnologien, die quer zu (zum Glück nicht völlig verfestigten) feministischen Lagerbildungen steht: Auf der einen Seite stehen prohibitionistische (und nicht selten transfeindliche) Positionen, die Leihgebären mit Sexarbeit gleichsetzen und dazu tendieren, ihren Protest mit konservativen Vorstellungen von Mutterschaft, Familie und Sexualität zu verknüpfen. Auf der anderen Seite stehen anti-prohibitionistische Positionen, die oftmals eine vereinfachende Vorstellung von Staatlichkeit als Konfliktfeld transportieren. Sie tendieren dazu, die komplexen Gemengelagen der Reproduktionsmedizin auf Arbeitsverhältnisse zu reduzieren und somit politisch vorrangig als Arbeitskämpfe zu fassen, oder sie idealisieren vor allem anti-heteronorma-

tive Möglichkeitsräume technologischer Aneignung.⁹ Demgegenüber plädiere ich für eine Politik, die sich aus einer queer-feministischen, anti-familialistischen und sowieso anti-lebensschützerischen Haltung heraus klar gegen die problematischen kapitalistischen, rassistischen, biologistischen und anti-ableistischen Dynamiken in der Reproduktionsmedizin positioniert (vgl. fem*ini 2020).

Im Folgenden gehe ich zunächst auf einen direkten Zusammenhang zwischen den familienpolitischen Strategien zur Steigerung der deutschen Geburtenrate in den 2000er Jahren und der Einführung einer steuerfinanzierten In-vitro-Fertilisations-Behandlung (IVF) ein. Anschließend erläutere ich Bestrebungen einer reproduktionsmedizinischen Lobby, das Konzept der reproduktiven Rechte als allumfassendes Konsument*innen-Recht auf Reproduktionsmedizin umzudeuten. Daraufhin analysiere ich die schrittweise Legalisierung und Institutionalisierung bestimmter reproduktionsmedizinischer Verfahren: In einem Abschnitt behandle ich selektive behinderndiskriminierende Verfahren in der Reproduktionsmedizin und in einem weiteren Abschnitt aktuelle Bestrebungen, »Eizellspende« und »Leihmutterchaft« in Deutschland zu legalisieren. Hier arbeite ich einmal mehr die Komplexität der Politik des Kinderkriegens einer intersektionalen Perspektive heraus und plädiere dafür, mehrere Dimensionen zusammenzudenken: neue Arbeits- und Ausbeutungsverhältnisse, Grenzüberschreitungen einer instrumentalisierenden fremdnützigen Biomedizin sowie neue Dimensionen biologisch und/oder genetisch begründeter Verwandtschaft.

Kinderlosigkeit als staatliches Zuständigkeitsfeld: die Einführung einer steuerfinanzierten In-vitro-Fertilisations-Behandlung

In den 2000er Jahren entwickelte sich angesichts der intensiven Debatte in Deutschland um eine Steigerung der deutschen Geburtenrate auch die Frage, inwiefern reproduktionsmedizinische Angebote in demografiepolitische Strategien einbezogen werden sollten. Schließlich wurde das explizit pronatalistische Projekt ja nach und nach umformuliert in die zentrale Aufgabe der Demografiestrategie der Bundesregierung, zur »Erfüllung von Kinderwünschen« beizutragen (Bundesregierung 2017: 3). Zwischen Reproduktionsme-

9 Sehr deutlich stellt Sophie Lewis diese beiden Lager polarisierend gegenüber (vgl. Lewis 2019).

dizin und Demografie entstand insofern mit der Politisierung des unerfüllten Kinderwunsches ein gemeinsamer Bezugsrahmen. Darauf deuten zahlreiche Kooperationen zwischen demografischen Think Tanks und reproduktionsmedizinischer Lobby hin. Ganz offen stellte das medial in diesem Kontext sehr präsente private Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung etwa 2007 umfangreiche Berechnungen über den demografischen »IVF-Effekt« an und erklärte: »Die Reproduktionsmedizin [...] kann dazu beitragen, die Geburtenstatistik zu verbessern und die Kinderzahl zu erhöhen.« (BIBE 2007: 53) Jedenfalls führte die Bundesregierung in Kooperation mit einigen Landesregierungen 2009 tatsächlich steuerfinanzierte Fonds für die Subventionierung von IVF ein, nachdem die gesetzlichen Krankenkassen 2004 die Finanzierung auf 50 Prozent der Kosten bei drei Behandlungszyklen (ausschließlich für verheiratete heterosexuelle Paare) reduziert hatten.¹⁰ 2012 erklärte die Bundesregierung dieses Unterstützungsprogramm zum Element ihrer »Demografie-strategie« – und nach und nach kamen bis 2021 insgesamt 11 Landesregierungen zusammen, die sich an daran beteiligen (vgl. Wagenmann 2013).

Unbemerkt und bis heute kaum diskutiert ist mit diesen Fonds ein Paradigmenwechsel vollzogen worden. Diese (ebenfalls selektive, weil viele Menschen mit Kinderwunsch ausschließende) Geburtenförderung wurde so von einer medizinischen in eine bevölkerungspolitische Aufgabe überführt. Statt »ungewollte Kinderlosigkeit« als (ebenfalls fragwürdig) medizinisches Problem zu interpretieren, erklärten die Bundes- und Landesregierungen die Förderung der Geburten nun explizit zur staatlichen Aufgabe und integrierten sie in das selektiv pronatalistische Demografieprogramm der Familienpolitik. In diesem Kontext entstanden auch Kooperationen zwischen reproduktionsmedizinischen Interessensvertretungen und demografiepolitischen Think Tanks, und beide Gruppen begannen auch unabhängig voneinander, an ähnlichen Themen zu arbeiten. Die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften und die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina entwickelten so ein gemeinsames Projekt mit demografischen Expert*innen (vgl. BBAW/Leopoldina 2012). Themen waren der bereits erwähnte *fertility*

10 Grundlage war das GKV-Modernisierungsgesetz. Die Bedingungen für die Zuschüsse sind unterschiedlich je nach Bundesland und wurden in manchen Bundesländern für unverheiratete heterosexuelle und für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet, vgl. <https://www.informationsportal-kinderwunsch.de>. Bei der Krankenkassenfinanzierung blieb es mit einem heteronormativen Urteil des Bundessozialgerichts von 2014 bei der Bedingung der heterosexuellen Ehe.

gap und die Bemessung der ›ungewollten Kinderlosigkeit‹. Ebenso wurde die Frage ausgiebig behandelt, wie ein individuelles langfristiges reproduktives Zeitmanagement über den Lebenslauf hinweg optimiert und in öffentliche Bildung eingebracht werden könnte.

Das Grundrecht auf Fortpflanzung als Blanko-Konsument*innenrecht

Diese demografiepolitische Einbettung trug somit neben vielen weiteren Faktoren dazu bei, dass sich die Kräfteverhältnisse in Deutschland in den letzten beiden Jahrzehnten zugunsten einer an De- und Reregulierung interessierten Lobby der Reproduktionsmedizin verschoben haben. Betreiber*innen von Reproduktionskliniken präsentieren sich in der Politikberatung dabei oftmals als unabhängige Expert*innen und setzen sich gleichzeitig dafür ein, möglichst viele neue reproduktionsmedizinische Verfahren auf den Markt zu bringen.¹¹ Ein wichtiger Baustein in der diskurspolitischen Offensive wurde neben der staatlichen Demografiepolitik auch ein ökonomisierender Rekurs auf eine individuelle technologische Wahlfreiheit der Einzelnen. 2013 präsentierten so Jurist*innen aus dem Umfeld der Betreiber*innen von Reproduktionskliniken ein Fortpflanzungsmedizingesetz (Augsburg-Münchner-Entwurf für ein Fortpflanzungsmedizingesetz), mit dem sie die Diskussion anheizten.¹² Der Gesetzentwurf enthielt die komplette Wunschliste der Legalisierungen – von Eizelltransfer, über Leihgebären bis zur Embryonenforschung. Die Argumentationsstrategie besteht in einer Redefinition des feministischen Konzepts der reproduktiven Rechte als ein ›Grundrecht auf Fortpflanzung‹. Im Unterschied zu einer Lesart der reproduktiven Rechte als Abwehrrechte – dass also niemand dazu gezwungen oder daran gehindert werden darf, Kinder zu bekommen, sei es durch staatliche Repression, institutionellen Druck, persönliche Abhängigkeit oder Gewalt – beansprucht diese Lesart ein Grundrecht auf Zugang zu jedem derzeit verfügbaren reproduktionsmedizinischen Verfahren. Im Zentrum steht hier eine entkontextualisierende und machtblinde Vorstellung von individueller Selbstbestimmung als Freiheit der Konsument*innen, die mit dem rechtlichen Höchstschutz eines Grundrechtes untermauert werden soll. Argumentiert wird: »(D)ie eigene Fortpflanzung gehört zum Kern personaler

11 Siehe z.B. die Mitglieder der Arbeitsgruppe zu Fortpflanzungsmedizin der Leopoldina (Leopoldina 2019: 122).

12 So bot ihnen etwa der Deutsche Ethikrat auf seiner Jahrestagung 2014 dafür ein Forum.

Identität und Identitätsbildung.« (zit.n. Wagenmann 2014) Die Norm individueller Konsument*innenrechte auf Verwirklichung des Kinderwunsches als grundrechtliches Nonplusultra deckt dabei alle derzeitigen und zukünftigen Technologien gleichermaßen sozusagen als Blanko-Argumentation ab. Aus dem Gesetzentwurf: »(J)ede nach dem medizinischen Stand künftig mögliche oder sinnvolle Maßnahme ist im Ausgangspunkt grundrechtsgeschützt.« (Ebd.)

Mit Rückblick auf die Geschichte des Konzeptes der reproduktiven Rechte ist dies der Versuch eines weiteren Schrittes in einer Geschichte der Redefinitionen und Aneignungen. Entstanden als breit angelegter kollektiver strategischer Kampfbegriff der transnational vernetzten Frauengesundheitsbewegungen der 1970er und 1980er Jahre wurde der Begriff bereits im Rahmen des Aktionsprogramms der UN-Weltbevölkerungskonferenz von Kairo 1994 eingehegt und verwässert – auch infolge einer NGOisierung der Bewegungen (vgl. Schultz 2006: 120ff). Das Aktionsprogramm hatte mit der Formulierung eines Rechtes der Individuen, frei und verantwortlich über die Zahl, den Zeitpunkt und den Abstand zwischen Geburten zu entscheiden, reproduktive Rechte vor allem normativ im Sinne einer individuell geplanten und verantworteten Geburtenkontrolle aufgeladen und in das bevölkerungspolitische Ziel einer Reduktion von Geburtenraten im Globalen Süden eingebunden. Mit dem »Grundrecht auf Fortpflanzung« deutet die aktuelle Lesart im reproduktionsmedizinischen Kontext die reproduktiven Rechte wiederum neu im Sinne eines positiven Rechtes auf alle verfügbaren Technologien um. Im Zentrum steht hier diese Blanko-Argumentation des Rechtes zahlender Konsument*innen auf ein »eigenes« und »gesundes« Kind; gesellschaftliche Gemengelagen und diskriminierende, ausbeuterische, die Körper Dritter instrumentalisierende oder biologisierende Effekte interessieren nicht.

Selektive Dimensionen aktueller Reproduktionsmedizin

Wichtige Schritte in Richtung einer entkontextualisierenden reproduktiven Wahlfreiheit wurden bereits im letzten Jahrzehnt gegangen, nämlich im Zusammenhang mit humangenetischen Verfahren, die darauf ausgerichtet sind, nach bestimmten chromosomalen oder genetischen Eigenschaften zu suchen, die mit »Behinderung« in Verbindung gebracht werden. Schrittweise wurden zunehmend mehr selektive gendiagnostische Verfahren legalisiert bzw. in die gesetzliche Krankenversicherung aufgenommen. So wurde 2011 das Verfahren der Präimplantationsdiagnostik (PID) in Deutschland legali-

siert. Bei der PID werden nach IVF entstandene Embryonen nach bestimmten chromosomalen oder genetischen Eigenschaften untersucht – und dann nur diejenigen Embryonen in die Gebärmutter eingesetzt, die die unerwünschten Eigenschaften nicht vorweisen. Eine neue Dimension ist hier, dass gesetzlich explizit (wieder) die Möglichkeit etabliert wurde, zwischen lebenswert und nicht lebenswert unterscheiden zu können.¹³ Eine vielstimmige Kritik an den behinderend-diskriminierenden oder eugenischen Dimensionen der PID hatte etwa noch Anfang der 2000er Jahre dazu geführt, dass ein Vorstoß der Bundesärztekammer und weiterer Akteur*innen für die Zulassung der PID scheiterte.

Schon länger und zunehmend breit angewandt haben sich in Deutschland Praktiken der Pränataldiagnostik (PND) in der Schwangerenvorsorge durchgesetzt (wie Risikobewertungen, Blutuntersuchungen, Ultraschalls, Analysen von Chorionzotengewebe oder Fruchtwasser), um Embryonen und Föten jenseits der medizinischen Norm zu entdecken – und die Entscheidung für oder gegen eine selektive Abtreibung heraufzubeschwören. Und weitere, immer früher in der Schwangerschaft oder sogar davor ansetzende technologische Verfahren werden derzeit etabliert, die auf die Verhinderung der Geburt von Kindern mit bestimmten Eigenschaften ausgerichtet sind. Der hohe normative Status des Wunsches nach einem »eigenen« und auch »gesunden« Kind bringt es mit sich, dass kritische Stimmen zu diesen Verfahren sich als kaum politisch erfolgreich erwiesen haben. So konnte etwa eine breite Kampagne nicht verhindern, dass ab 2022 nicht-invasive Pränataltests in den Katalog der gesetzlichen Krankenversicherung aufgenommen werden. Diese Tests sind bereits seit 2012 privatwirtschaftlich vermarktet worden und erlauben es, schon früh in der Schwangerschaft DNA-Fragmente des Embryos aus dem Blut der Schwangeren zu isolieren und nach chromosomalen Besonderheiten zu untersuchen.¹⁴

Als nächste Phase der Entwicklung steht die präkonzeptionelle humangenetische Testung in den Startlöchern ihrer breiteren Anwendung. Vorausge-

13 In den 1990er Jahren war die »embryopathische Indikation« für einen Schwangerschaftsabbruch aufgrund einer breiten Kritik an den eugenischen Dimensionen dieser Indikation abgeschafft worden. In der Praxis wurde diese Indikation allerdings durch die nun nach Pränataldiagnostik routinemäßig angewandte medizinische Indikation (Gefahr für die körperliche oder seelische Gesundheit der Schwangeren) ersetzt (vgl. Achtelik 2015).

14 Umfangreiche Informationen hier: nonipt.de; <https://www.netzwerk-praenataldiagnostik.de/informationen-zum-bluttest-nipt> und <http://gen-ethisches-netzwerk.de>.

setzt wird hier ein monogames, familienplanendes, heterosexuelles Paar, bei dem sich beide Partner*innen auf spezifische Genvariationen checken lassen. Wenn sich ergibt, dass beide in einer bestimmten Variante übereinstimmen, wird mit einer 25-prozentigen Wahrscheinlichkeit die Ausprägung einer rezessiv vererbten Krankheit, Behinderung oder besonderen Eigenschaft bei einem geplanten Kind vorausgesagt. Die Testindustrie legt auch im Rahmen des *whole genome sequencing* derzeit enorm an Geschwindigkeit zu – und es deuten sich neue Möglichkeiten eines solchen, nur als »Erbgesundheitscheck« zu interpretierenden Rundum-Screenings an (vgl. Wehling u.a. 2018). Schon 2013 diskutierte der Deutsche Ethikrat die Testung solcher sogenannter Anlageträgerschaften. In einer Stellungnahme zur »Zukunft der genetischen Diagnostik« sinnierte der Rat allgemein darüber, inwiefern humangenetisches Testen ein Akt der Solidarität sei, »um bei einem negativen Befund Kosten für die Solidargemeinschaft zu vermeiden« (Deutscher Ethikrat 2013: 131).

Gegen die Zunahme behindertendiskriminierender Diagnostik sind aus antibleistischen und feministischen Perspektiven in den letzten Jahren einige Analysen und Kampagnen entstanden und Netzwerke aktiv geworden, die sich kritisch mit diesen Angebotsstrukturen, also der technologischen Entwicklung, der Vermarktung und Verstaatlichung selektiver reproduktionsmedizinischer Verfahren befassen.¹⁵ Die Dynamiken der Selektion sind schon alleine deswegen angebotsgeleitet, weil die technologischen Anbieter*innen festlegen, welche Eigenschaften als relevant für eine pathologisierende Diagnostik gelten. Der kritische Fokus auf die Angebotsstrukturen vermeidet zudem eine individuelle moralische Verurteilung der Nutzer*innen und ermöglicht es zudem, sich von lebensschützerischen Angriffen auf das Recht auf Schwangerschaftsabbruch abzugrenzen, welche sich oftmals auch einer anti-eugenischen Kritik bedienen (vgl. Achtelik 2015). Auch wenn Vermarktungsinteressen für diese technologischen Dynamiken eine wichtige Rolle spielen, sind die damit verwickelten Prozesse der Verstaatlichung und Verrecht-

15 Vgl. Achtelik 2015; Braun/Könninger 2018; <https://nonipt.de>; <https://gen-ethisches-netzwerk.de>; <https://www.netzwerk-praenataldiagnostik.de>. In Berlin werden diese Positionen von einem queer-feministischen und behindertenpolitischen Bündnis unterstützt: mit alljährlich stattfindenden Aktionen und Pride Parades unter dem Motto »Verrückt und Behindert Feiern«, <https://www.pride-parade.de>. Der Inklusionsbeirat des Bundesbehindertenbeauftragten machte zudem den Vorschlag, das Angebot der Pränataldiagnostik auf Krankheiten zu beschränken, »die vorgeburtlich behandelt werden können oder deren Entdeckung eine Behandlung direkt nach der Geburt ermöglicht« (Inklusionsbeirat 2013).

lichung nicht zu vernachlässigen. So wurde 2009 im deutschen Gendiagnostikgesetz verankert, welche selektiven Kriterien in der Pränataldiagnostik als legitim gelten und welche nicht. Die vorgeburtliche Diagnostik wurde hier für »medizinische Zwecke« für legal erklärt, während somit »nicht-medizinische« Zwecke der Diagnostik, zum Beispiel Untersuchungen von Haar- oder Augenfarbe, untersagt wurden und die Geschlechtsbestimmung erst nach der zwölften Schwangerschaftswoche erlaubt wurde (§15 GenDG).

Selektive Dimensionen spielen auch in neueren reproduktionsmedizinischen Verfahren eine Rolle, die über die Einführung von IVF ermöglicht wurden: In globalen Leihmutterschaftsverträgen sind oftmals selektive Schwangerschaftsabbrüche bei pränataldiagnostischem »Befund« vorgesehen. Eizell- und Samengeber*innen werden nach ihren (vermeintlichen) genetischen Eigenschaften auf diverse Weisen beforscht und gescreent (vgl. Perler 2022). In die Suche nach einem »perfect match« gehen Kriterien »genetischer Gesundheit«, des Aussehens und auch diverser sozialer Eigenschaften ein, die damit als vererbbar imaginiert werden. Dies betrifft auch rassifizierende Vorstellungen in der Suche nach »ähnlichen« Eizell- oder Samengeber*innen, wenn etwa von der Vererbbarkeit von Ethnizität ausgegangen wird oder wenn der Hautfarbe eine besondere Bedeutung zugewiesen wird (vgl. Stüwe 2021).

Leihgebären und Eizellabgabe zwischen Arbeit, fremdnütziger Instrumentalisierung und biologisch-genetischer Verwandtschaft

Über solche selektiven Dimensionen hinaus, welche Kinder reproduktionsmedizinisch erwünscht oder unerwünscht sind, eröffnen die neuen Möglichkeiten, via Eizelltransfer oder Leihgebären auf die reproduktiven Kapazitäten anderer Menschen zugreifen zu können, weitere komplexe Fragen für eine machtkritische Diskussion der Politik des Kinderkriegens in Deutschland. Seit einigen Jahren – und seit 2021 im Koalitionsvertrag der Ampel-Bundesregierung verankert – gibt es Bestrebungen, »Eizellspende« und »Leihmutterschaft« in Deutschland zu legalisieren.¹⁶ Diese Verfahren

16 Ich setze die Begriffe der »Eizellspende« und »Leihmutterschaft« in Anführungszeichen oder vermeide sie. Ich grenze mich vom Begriff der Spende ab, um deutlich zu machen, dass der Zugriff auf Eizellen kein individueller selbstloser Akt zwischen zwei Personen ist, sondern in ein System finanzieller Transaktionen, klinischer Settings und ökonomischer Interessen eingebunden ist. Vom Begriff der »Leihmutterschaft« distanzieren sich mich, um offenzulassen, ob die Schwangeren/Gebärenden, die diese Arbeit machen, sich als Mütter verstehen oder nicht.

stehen schon länger auf Platz eins und zwei der Wunschliste der reproduktionsmedizinischen Lobby. Aus einer intersektionalen feministischen Perspektive gilt es hier, auf weitere Aspekte einer gleichzeitigen Verstaatlichung und Ökonomisierung des Kinderwunsches einzugehen. Drei Dimensionen sollen im Folgenden diskutiert werden: Diese Verfahren involvieren erstens neue verkörperlichte Arbeitsverhältnisse und Ausbeutungsbeziehungen, implizieren aber auch zweitens eine Grenzverschiebung in Richtung fremdnütziger biomedizinischer Eingriffe und bioökonomischer Inwertsetzungspraktiken. Und drittens involvieren sie sorge- und familienrechtliche Fragen in den Zugriffsrechten auf ein geplantes biologisch und/oder genetisch ›eigenes‹ Kind.

Globale Arbeitsverhältnisse und soziale Ungleichheit: In der jüngeren feministischen Debatte ist zu Recht deutlich gemacht worden, dass es sich bei Eizellabgabe und Leihgebären um global expandierende kapitalistische Arbeitsverhältnisse handelt (vgl. Pande 2014; Waldby/Cooper 2015; Lewis 2019). Denn mit dem Blick auf Arbeit wird mehreres deutlich: Erstens handelt es sich bei diesen Verfahren nicht um einen einmaligen Akt der Übergabe von Eizellen oder eines Kindes, sondern dahinter stehen viele Wochen (Eizelltransfer) oder Monate (Leihgebären) aktiver Tätigkeiten der reproduktiven Arbeiter*innen. Zweitens sind diese Tätigkeiten geprägt von zeitlich aufwendigen, körperlich belastenden, schmerzhaften und unter Umständen auch gefährlichen medizinischen Praktiken. Drittens kann mit der Betonung dieser Verfahren als Arbeitsverhältnisse deutlich gemacht werden, dass sich die beteiligten Arbeiter*innen darauf grundsätzlich nur gegen Bezahlung einlassen. Der im europäischen Kontext auch rechtlich vorgegebene Rahmen, die Verfahren als ›altruistisch‹ zu fassen, sie also als ›Spende‹ zu definieren, wird dem Phänomen in seinen quantitativen und globalen Ausmaßen nicht gerecht.¹⁷ Die Verfahren involvieren üblicherweise Formen der Aufwandsentschädigungen, die unvermeidlich zu verdeckten Formen der Kommerzialisierung führen und darauf aufbauen, wirtschaftliche Notlagen der ›Spendenden‹ und Beziehungen sozialer Ungleichheit auszunutzen

17 Art. 3 der EU-Grundrechtecharta und Art. 21 der Biomedizinkonvention des Europarates enthalten explizit das Kommerzialisierungsverbot des menschlichen Körpers oder menschlicher Körperteile.

(vgl. Braun/Schultz 2012).¹⁸ In Spanien beispielsweise erhalten die von den reproduktionsmedizinischen Kliniken rekrutierten Eizellgeber*innen um die 1 000 Euro für einen Zyklus und damit um einiges mehr als den monatlichen Mindestlohn; und es sind zumeist mittellose Studierende, Migrant*innen und Arbeiter*innen, die sich dafür auf den Eingriff einlassen (vgl. Lafuente Funes 2020). Allerdings ist auch eine rigorose ›altruistische‹ Regelung, die jeden Finanztransfer unterbindet, aus einer feministischen Kritik unbezahlter Arbeit problematisch. Dies kann schnell in einer moralischen Bringschuld münden, den eigenen Körper für andere zur Verfügung stellen zu sollen. Schließlich sind auch familiäre oder freundschaftliche Nahverhältnisse, innerhalb derer solche Transaktionen stattfinden könnten, nicht immer frei von Abhängigkeit, sozialem Druck und Machtverhältnissen. Schließlich werden viertens mit dem Blick auf neue Arbeitsverhältnisse die ›Dritten‹ der Reproduktionsmedizin überhaupt sichtbar, die im Diskurs zugunsten einer Konsumt*innenfreiheit im Verhältnis Kundschaft und Reproduktionskliniken meist völlig aus dem Blick verschwinden. Für eine komplexe intersektionale feministische Analyse dieser Verfahren in Deutschland ist es allerdings nötig, die Spezifik dieser Arbeitsverhältnisse (auch etwa im Unterschied zu Sexarbeit) zu beachten. Schon aus Kriterien des gesundheitlichen Arbeitsschutzes ist es fragwürdig, ob die körperlichen Belastungen und Risiken der hormonellen Eizellgewinnung oder einer Schwangerschaft und Geburt diese invasiven medizinischen Verfahren als Lohnarbeit legitimieren. In Bezug auf das Leihgebären als Arbeit stellt sich zudem die Frage unfreier Arbeit (auch über die Unfreiheit ökonomischer Zwänge hinaus, wie sie für kapitalistische Lohnarbeit allgemein gelten). Denn die derzeit global üblichen Verfahren, das zukünftige Sorgerecht der Besteller*innen für das meist genetisch mit ihnen verbundene zukünftige Kind bereits vor der Schwangerschaft festzuschreiben, kommt für die Leihgebärende einer neun Monate langen unfreien, weil unkündbaren Arbeit gleich.¹⁹ Auch das oftmals

18 Erfahrungsgemäß droht ohne ausreichende Finanztransfers eine Knappheit der begehrten Körpermaterialien: In Großbritannien wurde die Höhe der Aufwandsentschädigung im Jahr 2012 von 250 Pfund auf 750 Pfund erhöht, um einem ›Mangel‹ an Eizellen entgegenzuwirken. In Österreich, wo nur die Erstattung von Barauslagen erlaubt ist, bleibt die Zahl der registrierten ›Eizellspenden‹ gering: 2019 gab es laut österreichischem IVF-Register nur 41 registrierte Versuche (Kern 2020: 11).

19 Sehr deutlich führte dies die Situation der ukrainischen Leihgebärenden zu Beginn des Krieges vor Augen: Medienberichten zufolge wollten Agenturen und Besteller*innen den Aufenthaltsort der Schwangeren festlegen, indem sie sie entweder aufforderten,

für eine Legalisierung vorgebrachte Argument, ein Verbot in Deutschland verhindere nicht transnationale, auf neokolonialen Beziehungen aufgebaute Ausbeutung, ist richtig – aber kein Argument dafür, unterschiedliche gesetzliche Standards weltweit zugunsten schlechterer Bedingungen abzusenken und anzugleichen. Vielmehr zeigt sich hier (ähnlich wie es für eine transnationale Analyse ungleicher Dimensionen pro- und antinatalistischer Regierungsstrategien gilt), dass letztendlich nur global vernetzte Kämpfe und transnationale gesellschaftliche Auseinandersetzungen einen Unterschied machen können, in welche Richtung sich die globalen Arbeitsverhältnisse entwickeln.

Fremdnützige biomedizinische Interventionen und die Instrumentalisierung der Körper ›anderer‹: Der Zugriff auf die Körper Dritter für die Verwirklichung von Kinderwünschen involviert zudem nicht nur die Frage von Arbeitsverhältnissen, sondern vor allem auch Grundprinzipien biomedizinischer Regulierung. Schließlich handelt es sich bei Eizellentnahme und den medizinischen Prozeduren rund um das Leihgebären um fremdnützige, medizinisch invasive, gesundheitsbelastende und risikobehaftete Verfahren, die der Person, an der sie vorgenommen werden, selbst gesundheitlich nicht nutzen, sondern allenfalls nur schaden können. Im Fall des Leihgebärens sind die Belastungen, Schmerzen und Gefährdungen bei Schwangerschaft und Geburt – inklusive der für das Leihgebären spezifischen medizinischen Verfahren – zu umfangreich, um sie hier auflisten zu können.²⁰ Im Fall der Eizellgewinnung werden sowohl kürzer- als auch längerfristige Risiken der Hormonbehandlung und operativen Entnahme diskutiert.²¹ Weiterhin gibt es das Risiko der hormonellen Überstimulation, das bei schweren Verläufen bis zu Thrombosen

zum Schutz der zukünftigen Kinder in die Westukraine zu flüchten oder das Land zu verlassen. Oder sie forderten sie dazu auf, zumindest für die Geburt in die Ukraine zurückzukehren, um zu verhindern, dass die Geburt in einem Land stattfinden würde, wo die nationale Rechtsprechung die Leihmutterschaft verbietet (vgl. Siegl 2022).

20 Dazu gehören eine Hormonbehandlung, das Einsetzen des oder der Embryos sowie möglicherweise im Vertrag stehende Eingriffe (wie etwa: Schwangerschaftsabbruch bei pränataldiagnostischem ›Befund‹, selektiver Fetoizid bei Mehrlingen, routinemäßiger Kaiserschnitt für die Geburt).

21 Zu Langzeitfolgen mangelt es bisher an Studien (vgl. Graumann 2016: 66f).

sowie Lungen- oder Nierenversagen führen kann.²² Die biomedizinische Instrumentalisierung der Körper anderer für fremdnützige Zwecke widerspricht somit dem medizin-ethischen Grundprinzip *primum non nocere*: zu allererst nicht schaden. Das Aussetzen dieses Prinzips kann nicht mit der Behandlung eines lebensbedrohlichen Zustands begründet werden, etwa im Unterschied zur Organspende. Dass Befürworter*innen der Legalisierung diese Frage meist übergehen, zeigt allerdings, wie stark die Trope des zu verwirklichenden Kinderwunsches als staatliches Aufgabenfeld sowie als individuelles Blanko-Grundrecht auf Fortpflanzung schon gesellschaftlich verankert zu sein scheint. Die Instrumentalisierung der Körper Dritter in der Reproduktionsmedizin involviert zudem die Grenzverschiebung bio-ökonomischer Landnahme und Inwertsetzung des Körperinneren, für die es viele weitere Diskussionen und Analysen braucht. Komplexe Fragen des Körperverhältnisses, der Kommodifizierung, der Inwertsetzung sowie der Propertisierung von Körperteilen, -substanzen und -prozessen stehen hier zur Disposition (vgl. Schultz/Braun 2012; Lettow 2015b).

Das biologisch und/oder genetisch »eigene« Kind und die Transformation heteronormativer Familienmodelle: Eine weitere wichtige Dimension für eine intersektionale feministische Analyse aktueller »Kinderwunsch«-Technologien betrifft die Frage, welche Vorstellungen von Elternschaft und Familie diese involvieren. Einerseits werden mit diesen Verfahren biologische und genetische Verwandtschaftsvorstellungen reifiziert und bestärkt; andererseits werden Elternschaft und Familienformen jenseits der heteronormativen Kleinfamilie und jenseits der Verbindung von Heterosexualität und Fortpflanzung verhandelt. Zunächst einmal ist es aus einer intersektionalen Perspektive auf Geburtenpolitik zentral, das Begehren nach dem »eigenen«, genetisch verwandten und/oder leiblich durch Schwangerschaft und Geburt verbundenen Kind als zentrale legitimierende Grundlage der reproduktionstechnologischen Expansion zu hinterfragen. Schließlich werden mit der Genetisierung von Verwandtschaft tief verankerte Vorstellungen von »Reproduktion« als Replikation und Vererbung eigener »Eigenschaften« mittransportiert. Dies ist eng verwoben mit der demografischen Wissensproduktion, innerhalb derer davon ausgegangen wird, dass sich soziale

22 Die Leopoldina geht von einem Risiko der Überstimulation von zwischen 0,5 Prozent (schwere Komplikationen 0,4 Prozent) und 5 Prozent aller Eizellentnahmen aus (vgl. Leopoldina 2019: 67).

Bevölkerungsgruppen generativ reproduzieren. Auch die Vorstellung, das Kind werde mehr zum »eigenen« oder »körperlich verbundenen«, wenn eine Person es selbst austrägt, unterstreicht biologistische Normen von Eltern- bzw. Mutterschaft, statt Perspektiven für Wahlverwandtschaften und soziale Elternschaft zu eröffnen und zu stärken.²³ Prinzipiell bringen neue reproduktionsmedizinische Praktiken tatsächlich Konzepte familiärer Genealogien und Sorgerechtsbeziehungen durcheinander. Wie Melinda Cooper deutlich macht, reagieren sorge- und familienrechtliche Arrangements immer wieder auf grenzverschiebende Dynamiken dieser Technologien, indem sie neue Grenzziehungen im Sorge- und Familienrecht einführen (vgl. Cooper 2015). Dies geschieht weiterhin auf der einen Seite in einer (allerdings zunehmend umkämpften) Kontinuität heteronormativer Einhegungen der Reproduktionsmedizin. Zudem sind aber auch Dynamiken der Verrechtlichung zentral, die Sorgerechte von Bestelletern auf ein zukünftiges Kind schon vor einer Schwangerschaft und Geburt absichern. In den aktuellen begrüßenswerten Kämpfen, heteronormative Schranken in den Konzepten von Familie und Elternschaft aufzuweichen, werden somit, wenn es um diese Technologien geht, oftmals gleichzeitig auch problematische Zugriffsrechte der »Bestelletern« mit verhandelt. So sieht etwa ein Positionspapier des Lesben- und Schwulenverbandes Deutschland (LSVD) vor, dass »Zwei-Väter-Ursprungsfamilien« Elternschaftsvereinbarungen »vor der Zeugung« rechtssicher abschließen können sollten (LSVD o. D.). Ebenso fordert der LSVD die Legalisierung von Mehrelternvereinbarungen schon vor einer Schwangerschaft, bei denen »die leibliche Mutter« »nicht notwendigerweise Elternteil bleiben« sollte (ebd.). Leihgebären als unfreies Arbeitsverhältnis, wie oben problematisiert, wird damit festgeschrieben. Angesichts dieser Vermischung verschiedener Rechtsebenen ist es wichtig herauszustellen, dass es vielfältige Formen des Zusammenlebens mit bereits geborenen Kindern und auch vielfältige Möglichkeiten der sozialen Elternschaft gibt, die auch verrechtlicht werden können, ohne dass es solche problematischen Formen der Instrumentalisierung Dritter benötigt. Queere und LGBTQI*-Positionen zu diesen Fragen sind zudem heterogen und bleiben umkämpft (vgl. Kalender 2012; Mamo/Alston-Stepnitz 2015). Darüber hinaus ist zu beobachten, dass die insgesamt vielfach heteronormativ verankerte Reproduktionsmedizin in

23 So argumentiert beispielsweise Nina Dethloff in einer Studie über die Rechte gleichgeschlechtlicher Paare mit deren Wünschen nach »körperlich« oder »genetisch« mit ihnen »verbundenen« Kindern (Dethloff 2016: 61).

Deutschland sich des Themas Regenbogenfamilien oftmals eher strategisch bedient. Wichtig für eine intersektionale Perspektive auf Geburtenpolitik in Deutschland ist es auch, das Subjekt des Kindes nicht außen vor zu lassen. Vielmehr stellt sich die Frage, welche Auswirkungen es hat, dass Kinder im Rahmen der beschriebenen Dynamiken des ›Kinderwunsches‹ zu einem enorm emotional aufgeladenen, langfristig geplanten zentralen Lebensprojekt der Eltern gemacht werden – mit oder ohne Reproduktionsmedizin. Um die individualisierte Fixierung der reproduktiven Biographieplanung der Erwachsenen auf das ›eigene‹ Kind, dessen (zukünftige) Eigenschaften möglichst gut optimiert werden müssen, zu hinterfragen, stellen sich politisch vielfältige Fragen zum Zusammenleben: Wie kann eine individualisierte, ungleich verteilte und für viele überbordende Organisation der Sorgearbeit überwunden werden? Inwiefern spielen Wünsche, soziale Isolation und Einsamkeit zu überwinden, eine Rolle und werden auf ein ›eigenes Kind‹ projiziert? Aber auch: Welche sozialen Gruppen sind aus der nicht zuletzt auch demografisch angetriebenen Kinderwunschmaschine ausgeschlossen? Die offenen Fragen aus einer Kritik des Familialismus schließen sich an, nämlich danach, welche Möglichkeiten es gibt, gegen alle Fixierung auf das abgeschottete ›eigene‹ Kind Beziehungen über die Generationen und sozialen Schranken hinweg durchlässiger, vielfältiger und kollektiver zu organisieren und zu gestalten (vgl. Fonseca 2004; O'Brien 2019).

Demografiekritik im Kontext von Familien- und Kinderwunschartik

Die Politik des Kinderkriegens in Deutschland ist von vielfältigen verschränkten gesellschaftlichen Dynamiken und Machtverhältnissen geprägt. In diesem Text habe ich zu Beginn besonders auf die Bedeutung demografischer Regierungsstrategien hingewiesen, wie sie im erweiterten Jahrzehnt der 2000er besonders dynamisch zu Neuausrichtungen in Familien- und Kinderwunschartik führten. Eine nationale Wissensproduktion, die eine zu geringe Geburtenrate bei den deutschen professionalisierten Mittelschichten problematisierte und deren Anhebung zur Regierungsaufgabe erklärt wurde, beeinflusst diese Politiken bis heute. Die selektiv pronatalistische Familienpolitik trug auch dazu bei, dass die ›Verwirklichung von Kinderwünschen‹ zu einer staatlichen Aufgabe erklärt wurde und mit der Trope des Kinderwunsches ein Blanko-Konsument*innen-Recht auf alle verfügbaren reproduktionsmedizinischen Verfahren an Zustimmung gewann.

Demografische Krisenerklärungen sind weltweit eine Dimension herrschaftsförmig organisierter Wissensproduktion. Denn sie zielen nicht auf die Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse ab, sondern erklären die Größe und Zusammensetzung von Bevölkerungen zur Krisenursache – und zur staatlich zu beeinflussenden Variablen der Krisenbewältigung. Die Demografisierung des Politischen, wie sie sich in den 2000ern besonders dynamisch auf bundesdeutsche Regierungspolitik auswirkte und in fast allen politischen Lagern hegemonial wurde, bereitete auch den Boden für eine ultra-rechte Programmatik, wie sie heute (nicht nur) von der AfD mit ihrer Agenda einer ›aktiven Bevölkerungspolitik‹ vertreten wird. Eine geschlechtertheoretisch und intersektional angelegte Gesellschaftskritik kann den gegenwartsdiagnostischen Blick auf diese Demografiepolitik nutzen, um wie in einem Brennglas bio- und nekropolitische Dimensionen zu analysieren, wie sie freilich in der einen oder anderen Form – manchmal vermittelter, auf indirektere Art und Weise – die staatliche Verwaltung von Bevölkerungen seit Entstehung kapitalistischer Formen der Vergesellschaftung und kolonialer Herrschaftsstrategien prägen. Ein intersektionaler, macht- und herrschaftskritischer Bezug auf ›Reproduktion‹ ermöglicht es dabei, über eine Analyse von Geburtenpolitik vorrangig oder gar allein als Politik der Geschlechterverhältnisse hinauszugehen. Diese Perspektive schließt an die Geschichte transnationaler Kämpfe für reproduktive Rechte an, welche schon lange eine global stratifizierte Reproduktion hinterfragt, d.h., immer wieder problematisiert haben, welche sozialen Gruppen in globalen bevölkerungspolitischen Strategien dazu angeregt und welche davon abgehalten werden sollen, Kinder zu bekommen (vgl. Nair 1989; Ginsburg/Rapp 1995: 3; Schultz 2006). Heute wird diese Frage zunehmend mit Rekurs auf das 1994 von Schwarzen Feminist*innen in den USA eingebrachte Konzept der reproduktiven Gerechtigkeit feministisch diskutiert (vgl. Kitchen Politics 2021; Epilog in diesem Band). Für eine so motivierte Analyse der Politik des Kinderkriegens ist es erhellend, die Annahmen des demografischen Wissens, die in Deutschland eine gemeinsame Folie für sehr unterschiedliche und auch umkämpfte politische Hegemonieprojekte darstellen, selbst in die Kritik einzubeziehen. Denn nur so lassen sich die der Verhandlung weitgehend entzogenen ›Sachzwänge‹ einer zukünftig stabil zu haltenden oder zu ›gestaltenden‹ nationalen Menschenproduktion selbst kritisieren.

Eine solche Perspektive fordert eine queer-feministische, antirassistische, antiableistische und linke Politik dazu heraus, die Frage der genealogischen Zuschreibungen, nationalen Zugehörigkeiten und selektiven Anordnungen

zu einem Ausgangspunkt von Kritik zu machen und in einen engen Zusammenhang zur Kritik der heteronormativen Anordnung ›biologischer Reproduktion‹ zu stellen. Neben der Frage, wie die Familienform in Richtung heterogenerer Modelle des Zusammenlebens erweitert werden kann, stellt sich somit auch die Frage, wie an der sozialen Platzzuweisung der nächsten ›Generation‹ kritisch angesetzt werden kann. Hinterfragt wird dann nicht nur die Zuschreibung der Kinder an die Frauen, sondern auch die Zuschreibung der Kinder an ihre ›Klasse‹ und Nation. Die aktuellen und akuten Kämpfe um geschlechterpolitische Fragen erscheinen so in einem anderen Licht. Über den Konflikt hinaus zwischen einer Heterogenisierung der Familie einerseits und dem ›Antigenderismus‹ andererseits, wie ihn die neue Rechte zugespitzt hat, stellt sich die Frage, warum die wie auch immer verstandene ›Familie‹ heute überhaupt so stark auf einen individuellen heilsversprechenden Kinderwunsch ausgerichtet ist. Und es wird möglich, den pronatalistischen Bias in der Ausblendung klassenselektiver, eugenischer und rassistischer Strategien zu hinterfragen, wenn unmarkiert von Frauen oder Paaren die Rede ist, eigentlich aber nur deutsche Mittelschichten mit ›humanvermögenden‹ Kindern gemeint sind, Hartz-IV-Empfänger*innen, Migrant*innen oder Menschen mit Behinderung dagegen nicht.

Eine solche Kritik macht es unabdingbar, über eine individualisierende Perspektive auf reproduktive Wahlfreiheit hinauszugehen. Sie erschüttert insofern die Grundfesten dessen, was im hegemonialen Rekurs auf die Familie, aber auch in manchen Positionen für diversere Familien anvisiert ist, wenn diese das individuelle Recht auf ein ›eigenes‹, am besten ›körperlich‹ oder ›genetisch‹ verbundenes Kind ins Zentrum stellen. Insbesondere ableistische Ein- und Ausschlüsse im Kontext von Strukturen der Behindertenfeindlichkeit, die Etablierung neuer (unfreier) Arbeits- und Ausbeutungsverhältnisse, biomedizinische Grenzverschiebungen zugunsten fremdnütziger instrumentalisierender Eingriffe sowie Imaginationen und Institutionen biologischer oder genetischer Verwandtschaft gehören hier auf den Prüfstand. Statt alle Energien und Investitionen in die Kontinuität der eigenen Klassenposition und staatsbürgerlichen Privilegien ins ›eigene‹ Kind zu stecken, ergibt sich aus einer solchen Kritik, die Modelle des Zusammenlebens zu überdenken und auch die Grenzziehungen zwischen dem ›eigenen‹ Kind und den ›anderen‹ Kindern in Frage zu stellen, also soziale Bezüge, Nahbeziehungen und Zugehörigkeiten breiter zu denken und damit auch rassistische und Klassenschränken zu überschreiten. Anknüpfungspunkte sind vielfältig: sie reichen von Bewegungen für kollektive ebenso wie bessere öffentliche Kinderbetreu-

ung über eine vehemente Opposition gegen familienpolitische Ausschlüsse und Hierarchien (wie z.B. beim Elterngeld) bis zu umfangreichen Perspektiven wie Care-Revolution und einer Aufhebung der Institution der Familie. Eine demografiekritische Perspektive konfrontiert und überschreitet zudem einen Nationalismus, der konstitutiv für den Prozess der Demografisierung ist und nicht nur die Familienpolitik betrifft, sondern auch Migrationspolitik als zweite Koordinate einer »gestaltenden« Demografiepolitik einbezieht (vgl. Text »Migrationspolitik als Bevölkerungssteuerung?« in diesem Band). Für eine linke queer-feministische und antirassistische Politik ist eine explizite Distanzierung von nationalen demografischen Krisendiskursen und Rationalitäten auf jeden Fall dringend nötig. Wie viele Deutsche es in der Zukunft geben könnte und welche Gruppen sich hier besonders »reproduzieren« sollten, sind Fragen, die bereits in der Problemformulierung zurückgewiesen werden müssen – eine Zurückweisung, die es zudem ermöglicht, an einer antirassistischen und auf globale soziale Rechte ausgerichteten Kritik der Familienform und der Politiken des Kinderkriegens weiterzudenken.

Literatur

- Achtelik, Kirsten 2015: Selbstbestimmte Norm. Feminismus, Pränataldiagnostik, Abtreibung, Berlin: Verbrecher Verlag.
- Balibar, Etienne 1992: Die Nation-Form: Geschichte und Ideologie, in: ders./Immanuel Wallerstein (Hg.): Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg: Argument, 107-130.
- BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) 2011: Generatives Verhalten und Migration. Eine Bestandsaufnahme des generativen Verhaltens von Migrantinnen in Deutschland, Berlin: BAMF.
- Barlösius, Eva 2007: Die Demographisierung des Gesellschaftlichen. Zur Bedeutung der Repräsentationspraxis, in: dies./Daniela Schiek (Hg.): Demographisierung des Gesellschaftlichen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 9-32.
- BBAW (Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften)/Leopoldina 2012: Zukunft mit Kindern. Mythen, Kernaussagen und Empfehlungen zu Fertilität und gesellschaftlicher Entwicklung, Berlin: BBAW.
- BIBE (Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung) (Hg.) 2007: Unge wollt kinderlos: Was kann die moderne Reproduktionsmedizin gegen den

- Kindermangel in Deutschland tun?, <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/32376> (Zugriff: 2.2.2022).
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) 2012: Familienpolitik und Fertilität. Demografische Entwicklungen und politische Gestaltungsmöglichkeiten. Monitor Familienforschung 27, Berlin: BMFSFJ.
- BMFSFJ 2020: Elterngeld, ElterngeldPlus und Elternzeit: Das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz, Berlin: BMFSFJ.
- Botsch, Gideon/Christoph Kopke 2018: Der »Volkstod«. Zur Kontinuität einer extrem Rechten Paranoia, in: Juliane Lang/Ulrich Peters (Hg.): Antifeminismus in Bewegung, Hamburg: Marta Press, 63-90.
- Bourdieu, Pierre 1986: The Forms of Capital, in: John G. Richardson (Hg.): Handbook of Theory and Research for the Sociology of Education, Westport: Greenwood, 241-258.
- Brand, Ulrich 2013: State, Context and Correspondence: Contours of a Historical Materialist Policy Analysis, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 42(4): 425-442.
- Braun, Kathrin/Sabine Könniger 2018: Realizing Responsibility. Institutional Routines, Critical Intervention, and the »Big« Questions in the Controversy over Non-Invasive Prenatal Testing in Germany, in: New Genetics and Society 37(3): 248-267.
- Braun, Kathrin/Susanne Schultz 2012: Oocytes for Research: Inspecting the Commercialisation Continuum, in: New Genetics and Society 31(2): 135-157.
- Buckel, Sonja/Fabian Georgi/John Kannankulam 2014: Theorie, Methoden und Analysen kritischer Europaforschung, in: Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Hg.): Kämpfe um Migrationspolitik, Bielefeld: transcript, 15-86.
- Bujard, Martin 2013: Die fünf Ziele des Elterngelds im Spannungsfeld von Politik, Medien und Wissenschaft, in: Zeitschrift für Familienforschung, 25(2): 132-153.
- Bundesregierung 2017: Jedes Alter zählt. Eine demografiepolitische Bilanz der Bundesregierung zum Ende der 18. Legislaturperiode, <https://www.bund.esregierung.de/> (Zugriff: 2.2.2022).
- Butterwegge, Christoph/Gerd Bosbach/Matthias Birkwald (Hg.) 2012: Armut im Alter. Probleme und Perspektiven der sozialen Sicherung, Frankfurt/M: Campus.

- Cooper, Melinda 2015: Reproduktion neu denken. Leihmutterschaft zwischen Vertrag und Familie, in: Kitchen Politics (Hg.): Sie nennen es Leben, wir nennen es Arbeit, Münster: assemblage, 49-77.
- Destatis (Statistisches Bundesamt) 2009: Bevölkerung Deutschlands bis 2060, 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden: Destatis.
- Destatis 2015: Bevölkerung Deutschlands bis 2060, 13. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden: Destatis.
- Destatis 2021a: Ergebnisse der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Variante 1, Variante 2 und Variante 3 im Vergleich, <https://www.destatis.de/> (Zugriff: 2.2.2022).
- Destatis 2021b: Zusammengefasste Geburtenziffer nach Kalenderjahren, <https://www.destatis.de/> (Zugriff: 2.2.2022).
- Dethloff, Nina 2016: Gleichgeschlechtliche Paare und Familiengründung durch Reproduktionsmedizin, Gutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin: FES.
- Deutscher, Penelope 2012: Foucault's History of Sexuality. Volume 1: Re-Reading its Reproduction, in: Theory, Culture, and Society 29(1): 119-137.
- Deutscher Ethikrat 2013: Stellungnahme zur Zukunft der genetischen Diagnostik, Berlin.
- fem*ini. Feministische Initiative gegen reproduktive Ausbeutung 2020: Stellungnahme zu »Eizellspende« und »Leihmutterschaft«, Januar 2020, <http://gen-ethisches-netzwerk.de/femini> (Zugriff: 8.4.2022).
- Fonseca, Claudia 2004: Circulation of Children in a Brazilian Working-Class Neighborhood: a Local Practice in a Globalized World, in: Fiona Bowie (Hg.): Cross-cultural Approaches to Adoption, London: Routledge, 165-181.
- Foucault, Michel 1983: Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1, Frankfurt/M: Suhrkamp.
- Foucault, Michel 2001: Vorlesung vom 17. März 1976, in: ders.: In Verteidigung der Gesellschaft, Frankfurt/M: Suhrkamp, 282-311.
- Fürnkranz-Prskawetz, Alexia u.a. 2012: Demographische Analyse der Fertilitätsentwicklung, in: Günter Stock u.a. (Hg.): Zukunft mit Kindern, Frankfurt/M: Campus, 116-197.
- Ginsburg, Fayne D./Rayna Rapp 1995: Introduction, in: dies. (Hg.): Conceiving the New World Order: the Global Politics of Reproduction, Berkeley: University of California Press, 1-18.
- Goldstein, Joshua R. u.a. 2012: Gibt es eine Trendumkehr in der Kinderzahl nach Geburtsjahrgängen in Deutschland?, Working Paper des Berliner DemografieForum, 4, Berlin.

- Graumann, Sigrid 2016: Eizellspende. Beitrag zur Selbstbestimmung oder Ausbeutung von Frauen?, in: Christiane Woopen (Hg.): Fortpflanzungsmedizin in Deutschland. Entwicklungen, Fragen, Kontroversen, Bonn: bpb, 62-73.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación 2003: Gouvernamentalität und die Ethnisierung des Sozialen, in: Marianne Pieper/dies. (Hg.): Gouvernamentalität. Ein sozialwissenschaftliches Konzept in Anschluss an Foucault, Frankfurt/M: Campus, 161-178.
- Hajek, Katharina 2013: Familienduell. Von der politischen Regulierung und den Kämpfen um Familie, in: Prokla 43(4): 519-537.
- Hajek, Katharina 2020: Familie und Biopolitik. Regulierung und Reproduktion von Bevölkerung in der »nachhaltigen Familienpolitik«, Frankfurt/M: Campus.
- Haller, Lisa Yashodhara/Alicia Schlender (Hg.) 2022: Handbuch feministische Perspektiven auf Elternschaft, Opladen: Barbara Budrich.
- Heitzmann, Daniela 2017: Fortpflanzung und Geschlecht. Zur Konstruktion und Kategorisierung der generativen Praxis, Bielefeld: transcript.
- Hummel, Diana 2000: Der Bevölkerungsdiskurs. Demographisches Wissen und politische Macht, Opladen: Leske & Budrich.
- Inklusionsbeirat 2013: Pressemitteilung vom 25.2.2013, dokumentiert in: <https://gen-ethisches-netzwerk.de/behinderung/prae-natal-diagnostik/inklusionsbeirat-prae-natal-untersuchungen-einschraenken> (Zugriff: 19.3.2022).
- Kahlert, Heike 2007: Demographische Frage, »Qualität« der Bevölkerung und pronatalistische Politik – ungleichheitssoziologisch betrachtet, in: Prokla 37(1): 61-76.
- Kalender, Ute 2012: Körper von Wert. Eine queerfeministische und politisch-ökonomische Perspektive auf Reproduktions- und Biotechnologien, Vortrag, http://www.zedis-ev-hochschule-hh.de/files/kalender_11042012.pdf (Zugriff: 2.2.2022).
- Karakayali, Juliane/Birgit zur Nieden 2013: Rassismus und Klassen-Raum. Segregation nach Herkunft an Berliner Grundschulen, in: sub/urban 2013(2): 61-78.
- Kemper, Andreas 2016: Geschlechter- und familienpolitische Positionen der AfD, in: Wolfgang Kastrop/Helmut Kellerhohn (Hg.): Rechte Wut- und Hassbürger im Kulturkampf, Münster: unrast, 147-161.

- Kern, Reinhard 2020: IVF-Register Jahresbericht 2019, im Auftrag des beim Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz eingerichteten IVF-Fonds, Wien.
- Kitchen Politics (Hg.) 2021: Mehr als Selbstbestimmung! Kämpfe für reproduktive Gerechtigkeit, Münster: assemblage.
- Kontos, Silvia 2018: Generieren. Zum Zusammenhang von Kapitalismus, Geschlecht und Generativitätsverhältnissen, in: Katharina Pühl/Birgit Sauer (Hg.): Kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse. Queer-feministische Positionen, Münster: Westfälisches Dampfboot, 22-46.
- kritnet (Netzwerk kritische Migrations- und Grenzregimeforschung) 2016: Offener Brief in Reaktion auf CfP »The Fertility of Migrants and Minorities«, <http://kritnet.org/2016/demografie-und-rassismus/> (Zugriff: 13.3.2022).
- Lafuente-Funes, Sara 2020: Shall we Stop Talking about Egg Donation? Transference of Reproductive Capacity in the Spanish Bioeconomy, in: *BioSocieties* 15(2): 207-225.
- Laufenberg, Mike/Susanne Schultz 2021: The Pandemic State of Care: Care Familialism and Care Nationalism in the COVID-19-Crisis. The Case of Germany, in: *Historical Social Research* 46(4): 72-99.
- Lemke, Thomas/Susanne Krasmann/Ulrich Bröckling 2000: Gouvernamentalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologie, in: dies. (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart*, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 72-109.
- Leopoldina 2019: Stellungnahme Fortpflanzungsmedizin in Deutschland: für eine zeitgemäße Gesetzgebung, Berlin: Leopoldina.
- Lettow, Susanne 2015a: Population, Race and Gender: On the Genealogy of the Modern Politics of Reproduction, in: *Distinktion* 16(3): 267-282.
- Lettow, Susanne 2015b: Biokapitalismus und Inwertsetzung der Körper. Perspektiven der Kritik, in: *Prokla* 45(178): 33-51.
- Lewis, Sophie 2019: *Full Surrogacy Now. Feminism Against Family*, London: Verso.
- LSVD (Lesben- und Schwulenverband Deutschland) o. D.: LSVD-Positionspapier »Regenbogenfamilien im Recht«, <https://www.lsvd.de/> (Zugriff 19.3.2022).
- Lugones, Maria 2007: Heterosexualism and the Colonial/Modern Gender System, in: *Hypatia* 22(1): 186-219.
- Mamo, Laura/Eli Alston-Stepnitz 2015: Queer Intimacies and Structural Inequalities: New Directions in Stratified Reproduction, in: *Journal of Family Issues* 36(4): 519-540.

- Messerschmidt, Reinhard 2014: »Garbled demography« or »Demographization of the social«? A Foucaultian Discourse Analysis of German Demographic Change at the Beginning of 21st Century, in: *Historical Social Research* 39(1) 299-335.
- Mezzadra, Sandro/Brett Neilson 2013: *Border as Method, or the Multiplication of Labour*, Durham: Duke University Press.
- Murphy, Michelle 2017: *The Economization of Life*, Durham: Duke University Press.
- Nair, Sumati 1989: *Imperialism and the Control of Women's Fertility. New Hormonal Contraceptives. Population Control and the WHO*, Arnhem: UBINIG.
- Nowak, Jörg 2009: *Geschlechterpolitik und Klassenherrschaft. Eine Integration marxistischer und feministischer Staatstheorien*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- O'Brien ME 2019: *Communizing Care*, in: Pinko 1, <https://pinko.online/pinko-1/communizing-care> (Zugriff: 2.2.2022).
- Pande, Amrita 2014: *Wombs in Labor: Transnational Commercial Surrogacy in India*, New York: Columbia University Press.
- Perler, Laura 2022: *Selektioniertes Leben. Eine feministische Perspektive auf die Eizellenspende*, Münster: assemblage.
- Prognos 2014: *Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Maßnahmen und Leistungen in Deutschland*, Berlin: Prognos.
- Rivera Cusicanqui, Silvia 2018: *Der Begriff der »Rechte« und die Widersprüche der postkolonialen Moderne. Pueblos Indígenas und Frauen in Bolivien*, in: dies.: *Ch'ixinakax utxiwa. Eine Reflexion über Praktiken und Diskurse der Dekolonialisierung*, Münster: Unrast, 100-143.
- Robinson, Cedric J. 2019: *On Racial Capitalism, Black Internationalism, and Cultures of Resistance*, London: Pluto Press.
- Siegl, Veronika 2022: *Die »Leihmütter« der Ukraine. Wer bestimmt über den schwangeren Körper?*, in: *Gen-ethischer Informationsdienst*, 22.2.2022, <https://gen-ethisches-netzwerk.de/veronika-siegl> (Zugriff: 29.3.2022).
- Schmidt, Renate 2001: *Familienpolitik für das 21. Jahrhundert*, in: Christian Leipert (Hg.): *Familie als Beruf: Arbeitsfeld der Zukunft*, Opladen: Leske & Budrich, 119-127.
- Schreiner, Patrick 2013: *Die »Nation« als neoliberale Existenzgemeinschaft: gescheiterte Heilslehren, gebrochene Versprechen und ökonomisch-soziale Krisen*, in: Sebastian Friedrich/ders. (Hg.): *Nation – Ausgrenzung – Krise: kritische Perspektiven auf Europa*, Münster: assemblage, 43-52.

- Schultz, Susanne 2006: Hegemonie, Gouvernementalität, Biomacht. Reproduktive Risiken und die Transformation internationaler Bevölkerungspolitik, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Schultz, Susanne 2015: Reproducing the Nation. The New German Population Policy and the Concept of Demographization, in: *Distinktion* 16(3): 337-361.
- Schultz, Susanne/Kathrin Braun 2012: Der bioökonomische Zugriff auf Körpermaterialien. Eine politische Positionssuche, in: Susanne Lettow (Hg.): *Bioökonomie*, Bielefeld: transcript, 61-84.
- Schutzbach, Franziska 2020: Politiken der Generativität. Reproduktive Gesundheit, Bevölkerung und Geschlecht. Das Beispiel der Weltgesundheitsorganisation, Bielefeld: transcript.
- Siddiqui, Sophia/Conni Schwaerzer-Dutta 2021: Was ist reproduktiver Rassismus? Gespräch mit Sophia Siddiqui, November 2021, Rosa Luxemburg Stiftung, <https://www.rosalux.de/> (Zugriff: 2.2.2022).
- Spieß, Katharina 2012: Zeit, Geld, Infrastruktur und Fertilität: Befunde empirischer Mikrostudien und was wir daraus lernen können, in: Hans Bertram/Martin Bujard (Hg.): *Zeit, Geld, Infrastruktur – zur Zukunft der Familienpolitik*, Baden-Baden: Nomos, 321-336.
- Stoler, Ann L. 1995: *Race and the Education of Desire: Foucault's History of Sexuality and the Colonial Order of Things*, Durham: Duke University Press.
- Stüwe, Taleo 2021: »Perfect Match«? Rassismus im Kontext von »Eizellspende«, in: *Gen-ethischer Informationsdienst* 2021(258): 17-18.
- Tellmann, Ute 2013: Catastrophic Populations and the Fear of the Future: Malthus and the Genealogy of Liberal Economy, in: *Theory, Culture, Society* 30(2): 135-155.
- ver.di 2003: *Mythos Demografie*, Berlin: ver.di.
- Wagenmann, Uta 2013: Demografiestrategie und In-vitro-Fertilisation, in: *Gen-ethischer Informationsdienst* 2013(217): 13.
- Wagenmann, Uta 2014: Reproduktionsmedizinische Feldbestellung, in: *Gen-ethischer Informationsdienst* 2014(224): 19-21.
- Waldby, Catherine/Melinda Cooper 2015: Biopolitik der Reproduktion. Postfordistische Biotechnologien und die klinische Arbeit der Frauen, in: *Kitchen Politics* (Hg.): *Sie nennen es Leben, wir nennen es Arbeit*, Münster: assemblage, 18-48.

Wehling, Peter/Shirin Moghaddari/Susanne Schultz 2018: Genetisches Screening vor der Schwangerschaft – die Herausbildung eines neuartigen reproduktiven Präventionsregimes?, in: *Leviathan* 46(2): 255-279.

Humanvermögen und Zeitpolitik

Zur Kritik familienpolitischer Konzepte in Deutschland

Von Anthea Kyere und Susanne Schultz

In den letzten Jahrzehnten gab es in Deutschland verschiedene familienpolitische Reformen zuungunsten der einkommensschwächeren oder von langfristigen Aufenthaltsrechten ausgeschlossenen Bevölkerungsgruppen; gleichzeitig fand ein Ausbau familienpolitischer Leistungen statt, und Familienpolitik wurde insgesamt politisch aufgewertet. Das 2007 eingeführte Elterngeld, als neben dem Ausbau von Kindertagesbetreuung zweite große Reform, führte am offensichtlichsten eine Umverteilung nach oben ein. Gegenüber dem Erziehungsgeld wurde die Auszahlung des Mindestsatzes (300 Euro) von zwei Jahren auf 12 bzw. 14 Monate gekürzt. Zudem wurden besonders sozial benachteiligte Gruppen ganz aus dieser Transferleistung ausgeschlossen: Seit 2011 wird Elterngeld auf Sozialleistungen angerechnet und damit de facto nicht mehr an Bezieher*innen von Arbeitslosengeld II ausgezahlt.¹ Kaum wahrgenommen wird in der sozialwissenschaftlichen Forschung, dass auch weitaus weniger Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft das Elterngeld im Vergleich zum Erziehungsgeld erhalten; die Auszahlung wurde an die Bedingung, sich »voraussichtlich dauerhaft in Deutschland« aufzuhalten,

-
- 1 Wir teilen die Kritik an geschlechtlich zuschreibender und ausschließender Sprache und verwenden die genderneutrale Schreibweise mit Sternchen. Da wo explizit Frauen* angesprochen und Männer* nur sehr selektiv in den Diskurs integriert werden, nutzen wir aber das Sternchen am Ende des Wortes (z.B. statt Akademiker*innen Akademikerinnen*). Damit weisen wir sowohl auf die geschlechtlichen Zuordnungen und Hierarchisierungen innerhalb des Diskurses hin als auch darauf, dass der familienpolitische Diskurs zwar primär an Frauen* bzw. Mütter gerichtet ist, aber dennoch auch Personen, die sich nicht in diesen Kategorien verorten (bspw. Trans- und Interpersonen), betroffen sein können.

und an die Berechtigung zur Erwerbstätigkeit geknüpft (BMFSFJ 2020: 15).² Demgegenüber erhalten Besserverdienende mit 67 Prozent ihres vorherigen Erwerbseinkommens einkommensabhängig mehr Geld; für sie (und nur für sie) verbesserte das Elterngeld die Lebensbedingungen im ersten Jahr nach einer Geburt. Im Sinne einer »exklusiven Emanzipation« ermöglichte diese Reform somit nur für in den Arbeitsmarkt integrierte und besserverdienende Frauen* finanzielle Unabhängigkeit (vgl. Farahat u.a. 2006; Schutter/Zerle-Elsässer 2012).³ Auch weitere Aspekte der Familienpolitik weisen bisher in eine klassenselektive Richtung: die kontinuierliche Aufstockung der steuerlichen Kinderfreibeträge, von denen gutgestellte Doppelverdiener*innen am meisten profitieren, die bisherige Aufrechterhaltung des Ehegattensplittings oder die bisher bestehende Blockade gegen Vorschläge für eine substantielle Kindergrundsicherung.⁴ All dies zeigt, dass sich die deutsche Familienpolitik vom Kriterium eines sozialen Ausgleichs oder von einem »wohlfahrtsstaatlichen Verteilungsdiskurs« mehr und mehr entfernt und systematisch soziale Ungleichheit verschärft sowie Armut produziert hat (BMFSFJ 2006: 22; vgl. Menke/Klammer 2017). Schließlich gehe es heute nicht mehr darum, so etwa eine einflussreiche familienpolitische Regierungsberaterin im Interview, »Arme zu betütteln« (Interview A).⁵

-
- 2 Wir verwenden einfache Anführungszeichen, um die typischen Diskurselemente bzw. Tropen der Debatte zu Bevölkerung, Geburten- und Familienpolitik zu markieren, und doppelte Anführungszeichen, wenn wir direkt aus der genannten Textquelle zitieren.
 - 3 Frauen* sind weiter mit Abstand die hauptsächlichen Bezieherinnen* des Elterngeldes. Laut Statistischem Bundesamt nahmen 2020 nur 25 Prozent aller Väter Elterngeld in Anspruch und von diesen wiederum 72 Prozent nur für die Mindestzeit von zwei Monaten (Statistisches Bundesamt 2021).
 - 4 Zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Bandes ist nicht klar, welche Veränderungen hier bevorstehen: Im Koalitionsvertrag der Ampelregierung ist eine Veränderung der Familienbesteuerung und eine Kindergrundsicherung vorgesehen; letztere ist allerdings im militarisierten Haushaltsentwurf für 2022 (Stand Mitte März 2022) nicht vorgesehen. Die Einkommensabhängigkeit des Elterngeldes steht zudem nicht infrage, sondern: »Wir werden den Basis- und Höchstbetrag beim Elterngeld dynamisieren.« (SPD u.a. 2021: 100f, 115)
 - 5 Der Text präsentiert u.a. Ergebnisse des DFG-Forschungsprojektes »Demografisierung des Politischen? Eine intersektionale Analyse deutscher Familien- und Migrationspolitik seit Mitte der 1990er Jahre«. In diesem Rahmen wurden auch Interviews mit Expert*innen aus der demografischen und familienpolitischen Regierungsberatung geführt, die hier einfließen. Der Text ist eine aktualisierte Version der Erstveröffentlichung Schultz/Kyere 2020.

Anliegen dieses Textes ist es, die Frage der sozialen Ungleichheit und rassistischer Ausschlüsse in der deutschen Familienpolitik als Frage stratifizierter Reproduktionsverhältnisse zu stellen (vgl. Ginsburg/Rapp 1995). Dafür untersuchen wir zwei zentrale Konzepte der neueren Familienpolitik, nämlich ›Humanvermögen‹ und ›Zeitpolitik‹, wie sie in den Familienberichten der Bundesregierungen, in darin einfließender demografischer und familienpolitischer Expertise sowie in weiteren Regierungsdokumenten ausgeführt werden. Anschließend diskutieren wir die Ergebnisse vor dem Hintergrund der kritischen Perspektive der reproduktiven Gerechtigkeit (vgl. Ross 2021).

Vorweg sei einiges zum Status der Untersuchung angemerkt: Familienberichte sind zwar nicht bindend, gelten aber als Seismograf für konzeptuelle Veränderungen von Familienpolitik im erweiterten Sinne – als Konglomerat sozial-, bildungs-, steuer-, arbeitsmarkt-, migrations- und genuin familienpolitischer Maßnahmen – (vgl. Gerlach 2014). Wir befragen diese Konzepte zum einen danach, wie das selektiv-pronatalistische nationale Projekt begründet wird, und zum anderen, inwiefern verschiedene soziale Gruppen ungleich adressiert und das Kinderkriegen entlang klassenselektiver und rassistischer Linien auf- oder abgewertet wird. Die Ausrichtung von Familienpolitik, wie sie in diesen Konzepten im Sinne von Regierungsrationalitäten zum Ausdruck kommt, sollte jedoch nicht als kohärente, funktionale, ›von oben‹ initiierte Strategie missverstanden werden. Diese Konzepte sind ein (weiterhin auch unterschiedlich interpretiertes) Ergebnis gesellschaftlicher Dynamiken der Veränderung und regierungspolitischer Reaktionen auf diese Veränderungen – dies betrifft etwa Kämpfe um Zugang von Frauen* zu Erwerbsarbeit, andere Formen des Zusammenlebens jenseits der heteronormativen Kleinfamilie oder auch Veränderungen in Vorstellungen zu geschlechtlicher Arbeitsteilung. Allerdings ist es wichtig, zwischen der aktuellen Flexibilisierung von Familienleitbildern einerseits und der derzeit gesellschaftlich kaum hinterfragten Festschreibung der Funktionen von Familie andererseits zu unterscheiden und beides im Zusammenhang zu sehen. Zwar wurde Familie in den Regierungskonzepten zunehmend flexibler als »Ort, wo Kinder sind«, oder da, »wo Alltagssolidaritäten gelebt werden«, gefasst (vgl. BMFSFJ 2006: XXIV). Die Funktionen der Familie wurden aber gleichzeitig im Sinne ihrer Ökonomisierung und Demografisierung festgezurr und bestimmen, wann und für wen diese flexibilisierten Leitbilder gelten.⁶ So werden Familienleit-

6 Mit dem Begriff der Demografisierung wird eine Macht-Wissens-Anordnung analysiert, innerhalb derer soziale Problemlagen und Konflikte als ›demografische‹ gedeu-

bilder vor allem dann erweitert und flexibilisiert, wenn es um Pflichten der gegenseitigen Sorge innerhalb der Familie geht, etwa wenn in der Sozialpolitik die ›Bedarfsgemeinschaft‹ verantwortlich gemacht wird (vgl. Raab 2005; Cooper 2017). Demgegenüber wird entlang rassistischer Linien der Ausgrenzung das Familienkonzept sehr viel rigider auf die biologisch verstandene Kleinfamilie reduziert oder das familiäre Zusammenleben gleich ganz unmöglich gemacht: etwa wenn zur Familienzusammenführung via DNA-Tests die biologische Abstammung bewiesen werden muss, der Kreis der Berechtigten sehr restriktiv ausgelegt wird oder das Recht auf Familienleben mit der Aussetzung von Familienzusammenführung für Geflüchtete oder aufgrund vielfältiger bürokratischer Hürden gleich ganz verwehrt wird (vgl. Schultz 2009; Heinemann/Lemke 2013; Pro Asyl 2021).

Um uns der Frage anzunähern, wie wir durch Familienpolitik geförderte stratifizierte Reproduktion als Dimension von Frauen*armut verstehen, sei zudem etwas zum Verhältnis zwischen geschlechtlicher Arbeitsteilung, Klassenhierarchien sowie rassistischen Ein- und Ausschlüssen gesagt. Armut von Frauen* ist Ergebnis der Strukturen sozialer Reproduktion und geschlechtlicher Arbeitsteilung und den einhergehenden Ausschlüssen aus existenzsichernder Erwerbsarbeit. Die aktuelle Familienpolitik hat – trotz einer gewissen Öffnung zur Frage familiärer Arbeitsteilung – im Ergebnis nicht zu einer Aufhebung dieser Ungleichheit geführt, sondern eher zu einem Übergang vom Alleinernährer*- zum Zuverdienerinnen*modell (vgl. Nowak 2009). Frauen* leisten heute in Deutschland weiterhin den Großteil unbezahlter Sorgearbeit, was ein wichtiger Grund dafür ist, warum weitaus mehr Frauen* in Teilzeit und auch prekären Minijobs arbeiten als Männer* (vgl. Statistisches Bundesamt 2015; WSI 2017). Über weite Strecken verdeckt auch heute noch eine geschlechtsneutrale Rede von ›der Familie‹ oder ›den Eltern‹ in den familienpolitischen Konzepten diese Ungleichheit. Allerdings ändert sich dies allmählich, und wir können eine zunehmende familienpolitische Aufmerksamkeit für geschlechtliche Arbeitsteilung beobachten, die jedoch meist nur innerfamiliär gedacht wird und ein kleinfamiliär lebendes Paar voraussetzt, also beispielsweise die große Zahl der Alleinerziehenden ignoriert. Vor allem aber entnennt ein rein geschlechterpolitischer Fokus auf Familienpolitik

tet werden. Daran anknüpfend zielen politische Strategien darauf ab, Anpassungen an die demografische Entwicklung vorzunehmen oder die Größe und Zusammensetzung der (nationalen) Bevölkerung zu verändern (vgl. Barlösius 2007; Einführungstext in diesem Band).

rassistische und klassenhierarchische Ausschlüsse. Damit wird nicht nur unsichtbar, dass je nach sozialer Lage und rassistischen Ein- und Ausschlüssen Frauen* sehr unterschiedlich im Sinne einer exklusiven Emanzipation unterstützt oder ausgegrenzt werden. Unseres Erachtens kann ein Blick auf Frauen*armut, wenn er die Frage der Vergeschlechtlichung zum entscheidenden Ausgangspunkt erklärt, nicht erfassen, mit welcher Selbstverständlichkeit deutsche Familienpolitik seit zwei Jahrzehnten zunehmend als sozial differenzierendes national(ökonomisch)es und bevölkerungspolitisches Projekt formuliert wird. Unser besonderes Augenmerk gilt deswegen der Frage, wie für Frauen* (und Familien) unterschiedlicher sozialer Gruppen und für ihre Kinder in diesen Konzepten ein systematisch unterschiedlicher familienpolitischer Rahmen vorgesehen ist, eine Differenz, die sowohl in der allgemeinen Rede von der Familie als auch von unmarkierten Geschlechterverhältnissen dementiert und unsichtbar gemacht wird.

Humanvermögen: ein familienpolitischer Paradigmenwechsel

»Wir wissen, dem demografischen Wandel kann ich begegnen, indem ich nicht nur das N, also die Quantität verbessere, sondern auch die Qualität.«

Interview A

Kritiker*innen und Befürworter*innen sind sich einig: Seit Anfang der 2000er Jahre wurde ein Paradigmenwechsel in der deutschen Familienpolitik vollzogen, der seitdem als Bezugsrahmen auch für die nachfolgenden Bundesregierungen galt und gilt. Dieser Paradigmenwechsel besteht zum einen in einer Ökonomisierung der Familienpolitik oder – wie es im familienpolitischen Fachjargon heißt – im Vorrang der ›Leistungsgerechtigkeit‹ gegenüber der ›Bedarfsgerechtigkeit‹ (vgl. Ritzi/Kaufmann 2014; Menke/Klammer 2017). Familienpolitik wird nun im Sinne einer investiven Sozialpolitik als Instrument verstanden, mittels dessen gesellschaftliche Ressourcen möglichst effizient mobilisiert werden können, um ein höchstmögliches national-ökonomisches Output zu generieren (vgl. Lessenich 2008). Eine wichtige Zielsetzung ist dementsprechend die Inwertsetzung von Arbeitskräften, insbesondere durch die Förderung der Erwerbstätigkeit qualifizierter Frauen*, also ein Fokus auf Eltern als »Wirtschaftssubjekte« (Menke 2017). Zum

anderen, und dies wird in der kritischen Literatur weniger intensiv diskutiert, wurde Familienpolitik auch demografisiert: Ein zentrales Element des Paradigmenwechsels war eine nationale pronatalistische Offensive Anfang der 2000er Jahre. Sie wurde vorangebracht, nachdem seit Ende der 1990er Jahre die Rede von einer angeblich drohenden ›Überalterung‹ und ›Schrumpfung‹ der deutschen Bevölkerung zunehmend zur Begründung neoliberaler Sozialpolitik- und Rentenreformen herangezogen worden war (vgl. Butterwege/Kluntz 2003). In der ersten Hälfte der 2000er Jahre wurde der Paradigmenwechsel als ›nachhaltige‹ oder auch ›bevölkerungsorientierte‹ Familienpolitik formuliert – mit dem Ziel, die nationalen Geburtenraten zu steigern (vgl. Kahlert 2007). Die strategische Aufmerksamkeit galt dabei eindeutig den deutschen Akademikerinnen* und qualifizierten Frauen*.⁷ Für sie wurde ein Synergieeffekt – mit Verweis auf europäische Nachbarländer wie Frankreich und Schweden – konstatiert: Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördere gleichzeitig mehr Erwerbstätigkeit und eine höhere Geburtenrate (vgl. Bertram u.a. 2005; BMFSFJ 2006). Der Paradigmenwechsel bezog sich insofern nicht nur auf die Ökonomisierung von Eltern als Wirtschaftssubjekte, sondern auch auf den nationalökonomischen Wert der neu geborenen und in unterschiedlichen Familien unterschiedlich sozialisierten Menschen selbst, auch wenn dies oft eher ein Fluchtpunkt ist, der nicht immer direkt ausgesprochen wird.

Das Konzept des Humanvermögens als zentrales Konzept des Paradigmenwechsels wurde im Fünften Familienbericht 1994 eingeführt, im Siebten Familienbericht 2006 weiter ausgearbeitet und blieb auch danach Bezugsrahmen (vgl. Deutscher Bundestag 1994; BMFSFJ 2006, 2012: 5, 2021: 16). Es erweitert den stark auf Arbeitsvermögen ausgerichteten Begriff des Humankapitals um weitere Kompetenzen und erklärt die Familie zum zentralen Ort, an dem ›Humanvermögen‹ hervorgebracht wird. Damit zielt es darauf ab, unbezahlte Sorge- und Erziehungsarbeit in der Familie als ökonomisch wertvolle Ressource sichtbar zu machen – und die »strukturelle Rücksichtslosigkeit« der Gesellschaft gegenüber der Familie zu problematisieren (Deutscher Bundestag 1994: 21f). Mit dem Konzept wird aber nicht nur diese Arbeit als wert-

7 Dass sich die pronatalistische Politik auf Frauen* bezieht, ist unhinterfragt: Im Zentrum demografischer Agenden stehen Geburtenraten und fast nie die Zahl der Kinder pro Vater; die Perspektive auf ein statistisch erfasstes ›reproduktives Verhalten‹ (von Frauen*) entpolitisiert dabei Fragen sozialer Verhältnisse der Reproduktion (vgl. Dackweiler 2006).

voll adressiert, sondern angelegt ist darin auch, dass die in unterschiedlichen Familien geborenen und sozialisierten Menschen selbst aufgrund einer als verschieden bewerteten Ausstattung mit ›Humanvermögen‹ als unterschiedlich wertvolle Bevölkerungsgruppen gefasst werden.

Die inhaltlichen Ausformulierungen weisen deutlich darauf hin, dass das Konzept Humanvermögen als eine Klammer zwischen Ökonomisierung und Demografisierung zu interpretieren ist. Als ökonomisch relevant erklärten die Familienberichte das in den Familien hervorgebrachte ›Humanvermögen‹ als »Wohlstand der Nation« nicht nur in Bezug auf Fachkompetenzen und (Erwerbs-)Arbeitsvermögen. Vielmehr gehe es auch um »Daseinskompetenz« oder »Vitalvermögen« (Deutscher Bundestag 1994: 28; BMFSFJ 2006: 5). Dabei spielen insbesondere »die Fähigkeit zum Eingehen verlässlicher Bindungen und damit die Möglichkeit, Familie leben zu können, eine zentrale Rolle. Schließlich verknüpfen sich in der Familie die Lebenspotentiale aller Gesellschaftsmitglieder.« (Deutscher Bundestag 1994: 28; vgl. BMFSFJ 2006: 5) Familie soll also zudem gestärkt werden, um zukünftige Familiengründungen zu ermöglichen. Das Konzept strebt somit auch die langfristige Sicherung der nationalen Reproduktion an, indem die Fähigkeit, eine Familie zu gründen, als Aspekt des ›Humanvermögens‹ besonders betont wird, ebenso wie die Mobilisierung von Kompetenzen der unbezahlten Sorge und Solidarität. All dies wird untermauert von dem Anliegen, Staatsbürger*innen hervorzubringen, die »befähigt sind, sich in unserer komplexen Welt zu bewegen und sie zu akzeptieren« (Deutscher Bundestag 1994: 28). Sich sowohl qualifiziert arbeitend als auch familiengründend und sorgend ins Gemeinwesen einzubringen, scheint in der Beschreibung, welche Sozialisationsziele das ›Humanvermögen‹ umfasst, eindeutig Vorrang zu haben vor der Fähigkeit zu demokratischer Partizipation oder gar kritischer Reflexion und widerständiger Praxis. Das ›Humanvermögen‹ stellt also den normativen Rahmen einer gelungenen Sozialisation dar – und liefert auch indirekt die Kriterien, nach denen bestimmten, insbesondere einkommensschwachen und/oder zugewanderten Frauen* die erfolgreiche Produktion von ›Humanvermögen‹ als Sorgende und Erziehende abgesprochen werden kann.

Der renommierte Sozialstaatsexperte und Soziologe Franz-Xaver Kaufmann brachte das Konzept als stellvertretender Vorsitzender der Kommission des Fünften Familienberichts maßgeblich ein und diskutierte die bevölkerungspolitische Dimension des Konzepts Humanvermögen in seinen Werken zur »schrumpfenden Gesellschaft« und »demografischen Zeitbombe«, in denen er immer wieder einen langfristigen Rückgang und eine ›Unterjüngung‹

der Bevölkerung in Deutschland als Gefahr beschwor (Kaufmann 2005, 2015). Wenn er Humanvermögen als nationalökonomisches und bevölkerungspolitisches Konzept diskutierte, brachte er es einerseits unter der Prämisse ein, dass damit angesichts einer »schrumpfenden Bevölkerung« das damit sinkende »Humanvermögen« der Nation als knappes Gut ökonomisch sichtbar und auch berechenbar gemacht werden könne. Andererseits wollte er damit deutlich machen, dass eine sinkende Quantität der Bevölkerung durch eine Steigerung der »Qualität«, also eine Steigerung des »Humanvermögens«, teilweise kompensierbar sei (vgl. Kaufmann 2009: 108f).

Die sozial hierarchisierende Dimension des Konzepts kam bei Kaufmann besonders explizit zum Vorschein, wenn es um Einwanderung ging (vgl. Dackweiler 2006). Hier griff er auf rassistische Archive der Abwertung zurück, bewertete Zuwandernde danach, inwiefern ihre »kulturellen und sozialen Orientierungen hierzulande kompatibel« seien, und sagte »soziale Widerstände der einheimischen Bevölkerung« für Menschen aus »kulturell und ökonomisch sehr andersartigen Regionen« voraus (Kaufmann 2005: 84).⁸ Zudem erklärte er, die »Sozialisationsbedingungen [...] bei den Kindern der einheimischen Bevölkerung« seien »im Durchschnitt deutlich günstiger als zum mindesten bei der ersten Einwanderergeneration und ihren Kindern« (ebd.: 85). Zuwandernde verfügten nämlich »über einen auf die Bedürfnisse des Aufnahmelandes weniger abgestimmten Sozialisationshintergrund« (ebd.: 178). Ebenso unterstellte er, dass Zuwandernde »weniger als die einheimische Bevölkerung auf [...] Prozesse des lebenslangen Lernens« vorbereitet sein dürften (ebd.). Seine Schlussfolgerungen in Bezug auf Einwanderung als möglicher kompensierender demografischer Faktor waren meist eindeutig und schlossen an konservative bis völkisch-nationale Thesen aus der deutschen Bevölkerungswissenschaft an (vgl. ebd.: 84; Text »Migrationspolitik als Bevölkerungssteuerung?« in diesem Band). Zuwanderung sei keine Lösung für die zukünftige demografische Krise, nicht nur weil die Quantität nicht ausreiche, um die »Bevölkerungsschrumpfung« langfristig zu kompensieren, sondern auch weil das eingebrachte »Humanvermögen« qualitativ mangelhaft sei. In Kaufmanns Worten: »Man muss deshalb den Beitrag, den die Zuwanderung zur Minderung der skizzierten Investitionslücke in Humankapital

8 2015 sagte Kaufmann eine »Niedergangszeit« ähnlich des Römischen Reiches voraus, »derzufolge fremdkulturelle Bevölkerungen langsam einsickern oder auch – wie seinerzeit in der Völkerwanderung – gewaltsam eindringen« (Kaufmann 2015: 97).

bisher geleistet hat, als deutlich unterproportional zur Zahl der Zuwanderer einschätzen.« (Kaufmann 2005: 87; vgl. Kaufmann 2009: 110).

Was die klassenselektive Anlage des Konzeptes in Bezug auf die in Deutschland lebende Bevölkerung anging, schlug Kaufmann dagegen eher eine als kompensatorisch gedachte Politik vor – und so liest es sich auch in den Familienberichten. Eine Politik, die die »schrumpfende« Bevölkerung durch eine steigende Qualität des »Humanvermögens« kompensieren wolle, müsse in alle Kinder oder sogar in diejenigen Kinder am meisten investieren, deren Familien nicht ausreichend »Humanvermögen« hervorbrächten (z.B. Kaufmann 2009: 112). Es sei notwendig, in alle Kinder der nationalen Gemeinschaft zu investieren, um das nationale »Humanvermögen« auch in Zeiten niedriger Geburtenraten voranzubringen. Denn dass die »Gewährleistung von Inklusion im Sinne der möglichen Förderung der Lebens- und Entwicklungschancen aller Angehörigen eines Gemeinwesens nicht nur normativ erwünscht, sondern auch praktisch kollektiv vorteilhaft ist, wird durch die Kategorie des »Humanvermögens« thematisiert« (Kaufmann 2009: 112). Das Konzept des Humanvermögens bleibt also generell auch mobilisierbar für eine Politik der Ausweitung von Bildungschancen innerhalb der nationalen Gemeinschaft – und im nationalen Rahmen anschlussfähig sowohl für ein- als auch ausschließende bildungspolitische Ansätze. Auf jeden Fall aber ist der Ausgangspunkt, dass das in der Familie produzierte »Humanvermögen« je nach »Sozialisationshintergrund« als unterschiedlich wertvoll bewertet wird.⁹ Die Engführung auf die Familie, die als unhinterfragter und privilegierter Ort für die Produktion von »Humanvermögen« gilt, impliziert mehreres: Zum einen wird damit institutionalisierte Kinderbetreuung bei denjenigen, denen die Produktion von viel »Humanvermögen« zugeschrieben wird, eher als flexible und optionale Ergänzung dargestellt, um Vereinbarkeit und Frauen*erwerbsarbeit zu ermöglichen. Für diejenigen Familien, denen entlang

9 Expliziert wurde die differenzierende Bewertung des »Humanvermögens« in Regierungsdokumenten nicht, wahrscheinlich um die offensichtliche Nähe zu sozialdarwinistischen Konzepten zu vermeiden. Meist blieb es bei Gesamtberechnungen (vgl. Deutscher Bundestag 1994: 26). Die differenzierende Bewertung von Kindern je nach der Familie, in der sie geboren und sozialisiert wurden, tauchte jedoch in einigen Aussagen zu Beginn der »nachhaltigen Familienpolitik« ganz explizit auf. Die spätere SPD-Familienministerin Renate Schmidt, die als Wegbereiterin des familienpolitischen Paradigmenwechsels gilt, erklärte bereits 2001, dass »Kinderreichtum bei den Benachteiligten und Kinderarmut bei der restlichen Bevölkerung [...] gravierende Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Bevölkerung« habe (Schmidt 2001: 126).

rassistischer und klassenhierarchischer Zuschreibungen diagnostiziert wird, ungenügend ›Humanvermögen‹ hervorzubringen, wird (insbesondere frühkindliche) Kinderbetreuung demgegenüber zum Pflichtprogramm erklärt. Selbstverständlich schließt hier eine wichtige Diskussion um Bildungsgerechtigkeit und öffentliche Kinderbetreuung als Sozialisationsinstanz an, die wir in diesem Rahmen nicht ausführen können. Festgestellt sei lediglich, dass mit dem Konzept des Humanvermögens implizit eine spezifische familiäre Sozialisation ökonomisch aufgewertet wird – und damit im Rahmen der bevölkerungspolitischen und nationalökonomischen Anlage des Konzeptes auch die Geburt von Kindern abgewertet wird, deren Eltern bzw. Müttern als Hauptertragerinnen unterstellt wird, diesen Sozialisationsanforderungen nicht gerecht zu werden. Für einkommensschwache und/oder zugewanderte Frauen* und Familien sind diese Implikationen bedrohlich: Schließlich wird letztendlich ihre Existenz inklusive die ihrer Kinder selbst infrage gestellt und gilt für sie, dass nicht die Armut, sondern die Armen zum Problem und zum politischen Ansatzpunkt erklärt werden.

Die klassenselektive Dimension von Zeitpolitik

»Die Verfügung von Zeit erhöht [...] die Chancen, dass sich nicht nur die Zahl der Kinder erhöht, sondern auch die ›Qualität‹ der Kinder mit Blick auf deren kognitive und motivationale Ausstattung«

BMFSFJ 2012: 10f

Während das ›Humanvermögen‹ ein zentrales Konzept für den Fünften und Siebten Familienbericht war und den Paradigmenwechsel begründete, lässt sich mit und seit dem Siebten Bericht auch ein Übergang zu anderen Agendaschwerpunkten beobachten, die sich zunehmend auf das *Wie* einer ›nachhaltigen Familienpolitik‹ bezogen. Das Konzept des Humanvermögens blieb aber als begründende Basis für das *Warum* des Paradigmenwechsels erhalten. Für eine Analyse des Konzeptes Zeitpolitik ziehen wir den Siebten und Achten Familienbericht sowie Expertisen von Hans Bertram heran, der Vorsitzender der Kommission des Siebten Familienberichts war und das für den Paradigmenwechsel zentrale Gutachten für das BMFSFJ, »Nachhaltige Fami-

lienpolitik«, mitverfasste (Bertram u.a. 2005; vgl. BMFSFJ 2006, 2012). Insbesondere in der demografischen familienpolitischen Regierungsberatung blieb ›Zeitpolitik‹ seitdem ein maßgebliches Konzept (vgl. BMFSFJ 2013, 2017: 8f).

Zunächst basierte die nachhaltige Familienpolitik noch auf der Idee eines »Dreiklangs« aus Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik (vgl. Bertram u.a. 2005: 6f; BMFSFJ 2006: 3). Diese Trias sollte in ihrer Gesamtheit zu einer Erhöhung der nationalen Geburtenrate bzw. vor allem der Geburtenrate von hochqualifizierten Frauen* führen – primär durch eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei gleichzeitig höherer Erwerbstätigkeit von Müttern und einem früheren Wiedereinstieg in die Erwerbsarbeit nach der Geburt eines Kindes. Diese sich als ganzheitlich präsentierende Ausrichtung, welche keine der drei Elemente der Trias explizit bevorzugte, wurde spätestens seit dem Achten Familienbericht von 2012 aufgegeben. Die politische Aufmerksamkeit konzentrierte sich nun auf ›Zeitpolitik‹ – wohl auch vor dem Hintergrund, dass die Einführung des Elterngeldes und der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze mit hohen Kosten verbunden waren und nun eine eher »kostenneutrale« Familienzeitpolitik anvisiert wurde (vgl. Günter 2012).

Im Achten Familienbericht blieb das Ziel der nationalen Fertilitätsförderung weiterhin sehr deutlich erhalten:

»Die Basishypothese ist, dass es sowohl in der für die Familienbildung zentralen Phase des Lebens wie auch beim Eintritt von Pflegebedürftigkeit [...] zu einer Zeitbudgetkonkurrenz zwischen Arbeitszeit und Familienzeit kommen kann und dass diese Zeitbudgetkonkurrenz zu einer Unterinvestition in Familienzeit führen kann. Dies kann dann zu einer geringeren als der erwünschten Geburtenrate, einer geringeren Qualität elterlicher Fürsorge, unzureichenden Bildungsinvestitionen oder einer volkswirtschaftlichen Verteuerung der Pflege führen.« (BMFSFJ 2012: 7)

Das Ziel einer Erhöhung der Geburtenrate wurde allerdings, so zeigt sich hier und seitdem auch in anderen Regierungsdokumenten, umformuliert zu einer familienpolitischen Unterstützung für die »Realisierung von Kinderwünschen« (ebd.: 49). Im Unterschied zur offensiven bevölkerungspolitischen Ausrichtung der ersten Jahre tendierten in den Folgejahren wichtige familienpolitische Berater*innen eher dazu, die pronatalistische Programmatik herunterzuspielen; sie werde nur aufgerufen, um öffentliche und mediale Unterstützung für den Paradigmenwechsel zu erhalten (Interviews B und C). Auch blieb die Förderung der Erwerbstätigkeit von Müttern ein zentrales Ziel. Un-

ter der Annahme, dass zeitbezogene Komponenten die Entscheidung für oder gegen ein Kind beeinflussen, sollte durch überwiegend kostenneutrale Maßnahmen versucht werden, Paaren und Familien mehr »Flexibilität und Wahlfreiheit« in ihrer Lebensgestaltung zu bieten und durch eine Effizienzsteigerung in der Alltagsorganisation »Zeit für Familie« zu schaffen (BMFSFJ 2012).

Die zeitpolitische Fokussierung der Familienpolitik ist als Governance-Konzept zu verstehen, das vielfältige Akteur*innen zur Verantwortung zieht. Der Achte Familienbericht benennt vier Handlungsfelder, die zu mehr »Zeit für Verantwortung für Familie« führen sollen (ebd.: 10f). Die (1) Erhöhung der »Zeitsouveränität«, also die Wahlfreiheit in der Zeitgestaltung, und die (2) bessere »Synchronisation« der zur Verfügung stehenden Zeit stellen Strategien dar, welche in erster Linie auf eine Flexibilisierung des Arbeitsalltags abzielen. Durch eine verstärkte Arbeitszeitflexibilisierung (hier werden Betriebe dazu angehalten, Angebote zu schaffen) und durch den Ausbau flexibler Betreuungsmöglichkeiten auch zu Randzeiten soll der Alltag effizienter gestaltet werden – mit dem Effekt, dass weniger eine Entlastung als eine Verdichtung und Intensivierung des von Feminist*innen als Doppelbelastung problematisierten Arbeitsalltages angestrebt wird. Entlang der »Lebenslaufperspektive« wurden zudem weitere Flexibilisierungen von Arbeitszeit, etwa in Form von Arbeitszeitkonten, vorgeschlagen, die letztendlich aber nur innerhalb sozial abgesicherter und langfristiger Arbeitsverhältnisse in größeren Unternehmen umsetzbar sind und somit nur privilegierten Arbeitnehmer*innen zugutekommen.¹⁰ Auch eine Verkürzung der Arbeitszeit, wie sie z.B. durch das ElterngeldPlus als familienpolitische Zeitleistung seit 2015 etabliert wurde, ist nicht in allen Arbeitsverhältnissen realisierbar.¹¹ So besteht ein gesetzlicher Anspruch auf eine Reduzierung der Arbeitszeit erst in Betrieben mit mehr als 15 Beschäftigten und bei einer bisherigen Beschäftigungsdauer von mindestens sechs Monaten (vgl. BMFSFJ 2016: 167). Frauen*, die vor der Geburt ihres Kindes bereits in schlecht bezahlter Teilzeit gearbeitet haben, müssten diese Arbeitszeit nochmals kürzen, um Anspruch auf ElterngeldPlus zu haben;

10 Damit wird betont, dass die Frage der Vereinbarkeit über den gesamten Lebensverlauf von Menschen betrachtet werden müsse. Familienzeitpolitik zielt also auf unterschiedliche Zeitressourcen in verschiedenen Lebensphasen ab – mit einem besonderen Fokus auf die Phase der »Rushhour« des Lebens (vgl. Bertram/Deuflhard 2014).

11 Das ElterngeldPlus soll dem betreuenden Elternteil ermöglichen, neben dem Bezug von Elterngeld in Teilzeit (bis zu 30 Stunden) zu arbeiten. Dabei wird monatlich nur der halbe Elterngeldsatz ausgezahlt, für 24 statt 12 Monate, wie es beim Elterngeld üblich ist.

ein existenzsicherndes Einkommen stellt die Kombination aus ElterngeldPlus und gleichzeitiger geringfügiger Arbeit deshalb für viele nicht dar (vgl. Menke/Klammer 2017: 222).

Die Kommunen wurden im Rahmen der ›Zeitpolitik‹ dazu aufgerufen, durch längere Öffnungszeiten von Geschäften und Behörden und die Verkürzung von Wegen durch eine Verbesserung des öffentlichen Verkehrsnetzes ein breiteres Angebot zu schaffen und Zeit zu sparen. Bei all der Flexibilisierung und Zeiteinsparung wurden jedoch die Perspektiven derjenigen Arbeitnehmer*innen (Erzieher*innen, Verkäufer*innen usw.) ausgeblendet, für die mit solchen Maßnahmen eine Entgrenzung der Arbeitszeit und möglicherweise ein Verlust von ›Zeitsouveränität‹ einhergeht.

Das Ziel der Nutzung zeitlicher Effizienzreserven wurde im Rahmen der ›Zeitpolitik‹ auch an die Individuen selbst adressiert. (3) »Zeitkompetenz« wird hier als individuelle Kompetenz gewertet, die Kinder bereits früh sowohl durch elterliche Erziehung als auch im Rahmen der Bildung erlangen sollen (BMFSFJ 2012: 13). Mit der Dimension der (4) Umverteilung von Zeit wurde außerdem angestrebt, die Zeitressourcen verschiedener sozialer Gruppen kompensierend zum Einsatz zu bringen. Basierend auf der Annahme, dass verschiedene soziale Gruppen entlang von Alter oder Geschlecht in bestimmten Lebensphasen über mehr bzw. weniger ›Zeitressourcen‹ verfügen, wurden Großfamilien, aber auch soziale Netzwerke dazu aufgerufen, disponible Zeit untereinander umzuverteilen. Großeltern oder ehrenamtlich Tätige (z.B. ›Leih-Omas‹ und ›Leih-Opas‹) sollten etwa für die Kinderbetreuung in Anspruch genommen werden, um die Flexibilität der Eltern zu stützen. Die Lebensrealitäten derer, die über kein großes soziales Umfeld verfügen – sei es, weil sie neu in Deutschland angekommen sind oder ihnen der Familiennachzug verwehrt wird, sei es im Kontext von Armut oder Alleinerziehen –, wurden an dieser Stelle ausgeblendet (vgl. Bouali/Wieners 1997; Böhnke 2008).

Als Maßnahme zur ›Zeit(um)verteilung‹ betonten der Achte Familienbericht und bis heute eine Reihe familienpolitischer Dokumente besonders die sogenannten »familienunterstützenden Dienstleistungen«, also den Rückgriff auf privat bezahlte Haushaltshilfen (BMFSFJ 2012: 82; vgl. BMFSFJ 2013).¹² Wie in der sozialwissenschaftlichen Literatur inzwischen umfangreich erforscht, geschieht hier eine Umverteilung von Sorgearbeit auf

12 Diese Entwicklung setzt sich im Koalitionsvertrag der Ampelregierung fort, mit dem Plan »haushaltsnahe Dienstleistungen« u.a. durch »steuerfreie Arbeitgeberzuschüsse« zu etablieren (SPD u.a. 2021: 70).

weniger privilegierte und rassifizierte Frauen*, meist unter prekären Arbeitsbedingungen, um die flexibilisierte Vereinbarkeit von Familie und Beruf von privilegierten Besserverdienenden sicherzustellen (vgl. Gutiérrez-Rodríguez 2010). Die familiäre ›Zeitpolitik‹ von Hausangestellten, die unter Umständen genauso um Vereinbarkeit mit der Sorge für eigene Freund*innen, Kinder oder ihnen nahestehende alte Menschen kämpfen müssen, wurde in der Familienpolitik ausgeblendet bzw. wurden Sorgeketten – also das Zurücklassen von Kindern oder älteren Angehörigen im Migrationsprozess – als selbstverständlich vorausgesetzt. Stattdessen werden klassenhierarchische und rassistische Arbeitsteilungen im Rahmen der Kommodifizierung von Hausarbeit reproduziert.

Familienpolitik als geburtenfördernde ›Zeitpolitik‹, wie sie im Rahmen der letzten Bundesregierungen nach und nach etabliert wurde, muss also in mehreren Hinsichten kritisiert werden: Ihre Maßnahmen richten sich primär an die Problemlagen von Paaren und Familien mit gesichertem Einkommen und unbefristeten Arbeits- und Aufenthaltsverhältnissen, deren familiäre Flexibilität nicht auf finanzielle Transfers und Unterstützung angewiesen ist, um zeitliche Spielräume zu gewinnen. Alleinerziehende, Eltern mit keinem oder nur prekärem Aufenthaltsstatus und ohne Arbeitserlaubnis, in befristeten Arbeitsverhältnissen oder im Niedriglohnsektor Beschäftigte sowie Eltern, die auf kein ausgeprägtes soziales oder großfamiliäres Netzwerk zurückgreifen können, werden massiv benachteiligt. Zudem geht die bessere Koordination von Zeit mit einer Entgrenzung der Arbeitszeit derer einher, die für die Vereinbarkeit in Familien sorgen (Hausangestellte, Erzieher*innen, Angestellte in Geschäften oder Behörden). Die Probleme ihrer ›Vereinbarkeit‹ werden von dieser Familienzeitpolitik ausgeblendet.

Diskussion aus einer Perspektive der reproduktiven Gerechtigkeit

Die Analyse zentraler Konzepte in der deutschen Familienpolitik macht deutlich, dass wir es bei dem sukzessiven Paradigmenwechsel seit den 1990er Jahren nicht nur mit einer Ökonomisierung von Familienpolitik zu tun haben, die Eltern als ›Wirtschaftssubjekte‹ je nach eingebrachten ›Ressourcen‹ unterschiedlich behandelt. Vielmehr wurde mit dem bevölkerungspolitisch begründeten Konzept des Humanvermögens und der ›fertilitätsbezogenen‹ Zeitpolitik auch ein selektiv pronatalistisches nationales Projekt vorangebracht, welches soziale Ungleichheits- und Armutsverhältnisse verschärft und

vor allem rassifizierte und prekarisierte Frauen* benachteiligt. Wir können insofern eine mit der Ökonomisierung eng verzahnte Demografisierung beobachten. Dies impliziert, dass nicht alle Geburten oder die Verwirklichung aller Kinderwünsche gleichbehandelt werden und Kinder von rassistisch ausgegrenzten, eingewanderten und einkommensschwachen Frauen* bzw. Familien aus diesem Projekt systematisch ausgeschlossen und abgewertet werden. Insofern ist Familienpolitik aus einer Perspektive sozialer Ungleichheit auch eine Frage der reproduktiven Gerechtigkeit. Im transnationalen Kontext protestieren insbesondere Schwarze, indigene, antirassistische und linke Frauen*bewegungen seit vielen Jahrzehnten gegen diejenigen Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die dazu führen, dass die Handlungsspielräume, sich für oder gegen Kinder entscheiden zu können, entlang rassistischer, klassenbezogener und heteronormativer Hierarchisierungen unterschiedlich erweitert oder begrenzt und zudem im Rahmen nationaler und globaler bevölkerungspolitischer Programme entlang dieser Linien entweder eher in eine pro- oder antinatalistische Richtung ausgestaltet werden (vgl. Wilson 2017; Ross 2021). In einem erweiterten Sinn kann mit dem Konzept der reproduktiven Gerechtigkeit auch problematisiert werden, dass Kinder aus diskriminierten Familien in ihren Kompetenzen von vornherein abgewertet werden und dass die Verantwortung für Armut und Ausgrenzung diesen Frauen* und Familien im Rahmen eines Generalverdachts selbst aufgebürdet wird – aufgrund einer ihnen zugeschriebenen ›ungünstigen Sozialisation‹ oder, wie wir hier gezeigt haben, eines als weniger wertvoll erachteten ›Humanvermögens‹ (vgl. Gumbs u.a. 2016).

Obwohl die familienpolitische Agenda seit dem Paradigmenwechsel weitgehend stabil blieb, ist die Diskussion um deren selektiv pronatalistische Ausrichtung in den letzten Jahren auch in queerfeministischen und linken Diskussionen in Deutschland weitgehend verstummt, nachdem es anfangs einige kritische Analysen in diese Richtung gab (vgl. Kahlert 2007; Henninger u.a. 2008).¹³ Dafür gibt es sicherlich viele Gründe: Einer davon ist, dass die hier analysierten klassenselektiven und rassistischen Fluchtpunkte der Konzepte meist nicht explizit ausformuliert wurden, sondern eher durch eine scheinbar allgemeine Perspektive auf Familien oder auch Mütter und Väter entnannt

13 Inzwischen entwickeln sich im Rahmen feministischer intersektionaler Debatten um reproduktive Gerechtigkeit erste politische Ansätze, dieser Kritik wieder Gehör zu verschaffen, so zum Beispiel im Netzwerk reproduktive Gerechtigkeit Berlin (siehe reprogerechtigkeit.de; vgl. Kitchen Politics 2021).

wurden. Zudem dementierte die regierungsnahe Expertise diese selektiv pronatalistische Ausrichtung umso mehr, je mehr sie etabliert war – bzw. die neue deutsche Bevölkerungspolitik bekam als Politik einer ›Verwirklichung von Kinderwünschen‹ (einiger bestimmter Gruppen) ein freundlicheres Gesicht.

Eine unmarkierte Rede von Familienpolitik als vorrangig geschlechterpolitische Frage hat insofern zu diesem Schweigen beigetragen. Damit korrespondiert eine Interessengemengelage, innerhalb derer Besserverdienende direkt von der neuen Familienpolitik mit dem Elterngeld profitieren. Zudem hat die neue Familienpolitik auch durchaus zu begrüßende stärker inklusive Dimensionen – insbesondere was den (weiter nicht ausreichenden) Ausbau frühkindlicher und Ganztagsbetreuung angeht. Die hier auf ihre selektiven bevölkerungspolitischen Dimensionen untersuchten Konzepte sind möglicherweise auch deswegen nicht ins Zentrum der Kritik geraten, weil sie zumindest auf den ersten Blick als anschlussfähig für eine feministische Perspektive auf Reproduktionsverhältnisse und die Debatte um eine Krise der sozialen Reproduktion erscheinen und insofern als ambivalent wahrgenommen werden können. Schließlich gehen mit dem Konzept des Humanvermögens die Kritik der ›strukturellen Rücksichtslosigkeit‹ und die Aufwertung unbezahlter Erziehungs- und Sorgearbeit einher. Zum anderen erscheint das Konzept auch für diejenigen Strategien feministischer Ökonomiekritik anschlussfähig, die unbezahlte Sorgearbeit sichtbar machen, indem sie makroökonomisch berechnet und insofern ›internalisiert‹ wird (z.B. Folbre 2006). Um sich kritisch von den genannten problematischen Implikationen abzugrenzen, müssen solche Strategien deutlich machen, inwiefern sie sich von in dieser Logik möglicherweise angelegten Fluchtlinien der Ökonomisierung und Demografisierung abgrenzen. Zudem erweist es sich für eine feministische Abgrenzung vom Konzept Humanvermögen als wichtig, die Frage kritisch zu diskutieren, welche Sozialisationsfunktionen der Familie hier zugeschrieben werden und welche Perspektiven aus einer emanzipatorischen Perspektive auf Sozialisation – auch und gerade jenseits familialistischer Einheiten – stattdessen sinnvoll sein könnten (vgl. Dück/Hajek 2018).

Auch die Frage der ›Zeitpolitik‹ ist auf den ersten Blick ein genuin feministischer Topos, und es bedarf im Hinblick auf die regierungspolitische Interpretation einer differenzierten Diskussion. Aus einer feministischen Perspektive heraus hat der Fokus auf ›Zeitpolitik‹ als eine Utopie einer allgemein anderen Zeitverteilung zur Auflösung hierarchischer Verhältnisse emanzipatorisches Potenzial. So schlug Frigga Haug in ihrer »Vier-in-einem-Perspektive«

eine Gesellschaftsorganisation vor, in der die Erwerbsarbeit, die Reproduktionsarbeit, Zeit für Kultur und Zeit für politische Teilhabe für alle Menschen gleiche Tätigkeitsbereiche darstellen, wodurch klassen- und geschlechterspezifische Ungleichheiten aufgehoben werden könnten (vgl. Haug 2011). In der Art und Weise aber, wie Zeitpolitik in der aktuellen Familienpolitik als zentral auf die Familie zugeschnittenes Projekt ohne Umverteilung verhandelt wird, ist das Gegenteil der Fall.

Das bevölkerungspolitische Projekt einer Steigerung der deutschen Geburtenrate wird derzeit von erstarkenden rechten Bewegungen und auch der Partei Alternative für Deutschland (AfD) aufgegriffen, eine ›aktive Bevölkerungspolitik‹ explizit eingefordert und in die völkische Agenda gegen ›Masseneinwanderung‹ integriert (vgl. AfD 2016). Umso mehr gilt es, sich mit der – wenn auch manchmal verhalten formulierten – demografischen Agenda in der deutschen Familienpolitik, auch als Vorgeschichte dieses bevölkerungspolitischen Revivals, kritisch auseinanderzusetzen.

Interviews

Interview A: Interview Am 3.9.2015 mit einem Mitglied der Sachverständigenkommission des Siebten Familienberichts in Berlin.

Interview B: Interview Am 27.1.2017 mit einem Mitglied der Sachverständigenkommission des Siebten Familienberichts in Berlin.

Interview C: Interview Am 9.7.2015 mit einflussreicher Expert*in in der demografischen Politikberatung in Rostock.

Literatur

AfD (Alternative für Deutschland) 2016: Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland 30.4./1.05.2016, Stuttgart: AfD.

Barlösius, Eva 2007: Die Demographisierung des Gesellschaftlichen. Zur Bedeutung der Repräsentationspraxis, in: dies./Daniela Schiek (Hg.): Demographisierung des Gesellschaftlichen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 9–32.

- Bertram, Hans/Wiebke Rösler/Nancy Ehlert 2005: Nachhaltige Familienpolitik. Zukunftssicherung durch einen Dreiklang von Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik, Berlin: BMFSFJ.
- Bertram, Hans/Carolin Deuffhard 2014: Familienzeitpolitik: Zeit für Fürsorge, <https://www.bpb.de/> (Zugriff: 10.3.2022).
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (Hg.) 2006: Siebter Familienbericht: Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, Berlin: BMFSFJ.
- BMFSFJ (Hg.) 2012: Achter Familienbericht: Zeit für Familie – Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik, Berlin: BMFSFJ.
- BMFSFJ 2013: Zweiter Demografiegipfel der Bundesregierung – Ergebnisse der Arbeitsgruppe »Familie als Gemeinschaft stärken«, Berlin: BMFSFJ.
- BMFSFJ 2016: Elterngeld, ElterngeldPlus und Elternzeit: Das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz, Berlin: BMFSFJ.
- BMFSFJ 2017: Jedes Alter zählt. Die Demografiestrategie der Bundesregierung. Arbeitsgruppenergebnisse zum Demografiegipfel am 16. März 2017, Berlin: BMFSFJ.
- BMFSFJ 2020: Elterngeld, ElterngeldPlus und Elternzeit: Das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz, Berlin: BMFSFJ.
- BMFSFJ 2021: Sicherheit und Chancen für Familien. Wie weiter mit der Familienpolitik in und nach der Pandemie?, Berlin: BMFSFJ.
- Böhnke, Petra 2008: Are the Poor Socially Integrated? The Link Between Poverty and Social Support in Different Welfare Regimes, in: *Journal of European Social Policy* 18 (2): 133-150.
- Bouali, Kerima/Karin Wieners 1997: »Krankheit kann ich mir nicht leisten.« Zur gesundheitlichen Situation alleinerziehender Frauen in Einkommensarmut, Magisterarbeit Public Health, Institut für Gesundheitswissenschaften Berlin.
- Butterwegge, Christoph/Michael Klundt 2003: Die Demografie als Ideologie und Mittel sozialpolitischer Demagogie?, in: dies. (Hg.): *Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel*, 2. Auflage, Opladen: Leske & Budrich, 59-80.
- Cooper, Melinda 2017: *Family Values: Between Neoliberalism and the New Social Conservatism*. Near Futures, New York: Zone Books.
- Dackweiler, Regina-Maria 2006: Reproduktives Handeln im Kontext wohlfahrtsstaatlicher Geschlechterregime, in: Peter Berger/Heike Kahlert (Hg.): *Der demographische Wandel*, Frankfurt/M.: Campus, 81-107.

- Deutscher Bundestag (Hg.) 1994: Fünfter Familienbericht: Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens, BT-Drucksache 12/7560, Bonn.
- Dück, Julia/Katharina Hajek 2018: »Intime Verhältnisse«. Eine gesellschaftstheoretische Erweiterung der Debatte um soziale Reproduktion, in: Alexandra Scheele/Stefanie Wöhl (Hg.): Feminismus und Marxismus, Weinheim: Beltz Juventa, 218-231.
- Farahat, Anuscheh, Stefanie Janczyk/Annett Mängel/Barbara Schöning 2006: Exklusive Emanzipation. Zur Frauen- und Familienpolitik der großen Koalition, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 51 (8): 985-994.
- Folbre, Nancy 2006: Measuring Care: Gender, Empowerment, and the Care Economy, in: Journal of Human Development 7 (2): 183-199.
- Gerlach, Irene 2014: Familienberichte. Agendasetting in der Familienpolitik, <https://www.bpb.de/> (Zugriff 10.3.2022).
- Ginsburg, Fayne D./Rayna Rapp 1995: Introduction, in: dies. (Hg.): *Conceiving the New World Order: the Global Politics of Reproduction*, Berkeley: University of California Press, 1-18.
- Gumbs, Alexis P./China Martens/Mai'a Williams (Hg.) 2016: *Revolutionary Mothering. Love on the Front Lines*, Oakland: PM Press.
- Günter, Markus 2012: Zeit für Familie, <https://www.caritas.de/neue-caritas/heftarchiv/jahrgang2012/artikel/zeit-fuer-familie> (Zugriff 10.3.2022).
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación 2010: *Migration, Domestic Work and Affect. A Decolonial Approach on Value and the Feminization of Labor*, New York: Routledge.
- Haug, Frigga 2011: Die Vier-in-einem-Perspektive als Leitfaden für Politik, in: *Das Argument* 2011 (291): 241-250.
- Heinemann, Torsten/Thomas Lemke 2013: Suspect families: DNA Kinship Testing in German Immigration Policy, in: *Sociology* 47(4): 810-827.
- Henninger, Annette/Christine Wimbauer/Rosine Dombrowski 2008: Demography as a Push toward Gender Equality? Current Reforms of German Family Policy, in: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society* 15(3): 287-314.
- Kahlert, Heike 2007: Demographische Frage, »Qualität« der Bevölkerung und pronatalistische Politik – ungleichheitssoziologisch betrachtet, in: *Prokla* 37(1): 61-76.
- Kaufmann, Franz-Xaver 2005: *Die schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

- Kaufmann, Franz-Xaver 2009: Humanvermögen: Eine neue Kategorie der Sozialstaatstheorie, in: Herbert Obinger/Elmar Rieger (Hg.): Wohlfahrtsstaatlichkeit in entwickelten Demokratien: Herausforderungen, Reformen und Perspektiven, Frankfurt/M: Campus 95-118.
- Kaufmann, Franz-Xaver 2015: Gesellschaftliche Folgen des Bevölkerungsrückgangs, in: ders./Walter Krämer (Hg.): Die demografische Zeitbombe, Paderborn: Ferdinand Schöningh, 81-99.
- Kitchen Politics (Hg.) 2021: Mehr als Selbstbestimmung! Kämpfe für reproduktive Gerechtigkeit, Münster: assemblage.
- Lessenich, Stephan 2008: Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus, Bielefeld: transcript.
- Menke, Katrin 2017: Eltern als »Wirtschaftssubjekte«? Die selektiven Folgen einer ökonomisierten Familienpolitik auf die Wahlfreiheit von Müttern und Vätern, in: Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft, Sonderheft 4, 42-57.
- Menke, Katrin/Ute Klammer 2017: Mehr Geschlechtergerechtigkeit – weniger soziale Gerechtigkeit. Familienpolitische Reformprozesse in Deutschland aus intersektionaler Perspektive, in: Sozialer Fortschritt 66(3-4): 213-228.
- Nowak, Jörg 2009: Geschlechterpolitik und Klassenherrschaft. Eine Integration marxistischer und feministischer Staatstheorien, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Pro Asyl 2021: Daten, Fakten und Hintergründe zum Familiennachzug, 13.8.2021, <https://www.proasyl.de/> (Zugriff 11.3.2022).
- Raab, Heike 2005: Aspekte queerer Staatskritik. Heteronormativität, institutionalisierte Identitätspolitik und Staat, in: femina politica 14(1): 59-69.
- Ritzi, Claudia/Vanessa Kaufmann 2014: Vom »menschlichen Grundbedürfnis« zum »Humanvermögen«. Ökonomisierungsprozesse in der deutschen Familienpolitik, in: Gary S. Schaal/Matthias Lemke/Claudia Ritzi (Hg.): Die Ökonomisierung der Politik in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS, 97-129.
- Ross, Loretta J. 2021: Reproductive Justice. Ein Rahmen für eine intersektionale und antiessentialistische Politik, in: Kitchen Politics (Hg.): Mehr als Selbstbestimmung! Kämpfe für Reproduktive Gerechtigkeit, Münster: edition assemblage, 17-60.
- Schmidt, Renate 2001: Familienpolitik für das 21. Jahrhundert, in: Christian Leipert (Hg.): Familie als Beruf: Arbeitsfeld der Zukunft, Opladen: Leske & Budrich, 119-127.

- Schultz, Susanne 2009: DNA-Tests in der Migrationskontrolle. Massive Diskriminierung und zweierlei Maß im Gendiagnostik Gesetzentwurf, *Zeitschrift für Rechtspolitik* 42(4): 115-118.
- Schultz, Susanne/Anthea Kyere 2020: Humanvermögen und Zeitpolitik als familienpolitische Konzepte in Deutschland. Eine Kritik aus der Perspektive der *reproductive justice*, in: Regina-Maria Dackweiler/Alexandra Rau/Reinhild Schäfer (Hg.): *Frauen und Armut. Feministische Perspektiven*, Opladen: Barbara Budrich, 201-215.
- Schutter, Sabina/Claudia Zerle-Elsässer 2012: Das Elterngeld: Wahlfreiheit und Existenzsicherung für (alle) Eltern?, in: *WSI Mitteilungen* 3/2012: 216-225.
- SPD/Grüne/FDP 2021: *Mehr Fortschritt wagen, Koalitionsvertrag*, Berlin.
- Statistisches Bundesamt 2015: *Wie die Zeit vergeht: Ergebnisse zur Zeitverwendung in Deutschland 2012/2013*, Wiesbaden: destatis.
- Statistisches Bundesamt 2021: *Zwei Monate Elterngeld: Drei von vier Vätern planten 2020 mit der Mindestdauer*, Pressemitteilung vom 11.5.2021, Wiesbaden: destatis.
- Wilson, Kalpana 2017: Re-Centring »Race« in Development: Population Policies and Global Capital Accumulation in the Era of the SDGs, in: *Globalizations* 14(3): 432-449.
- WSI (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut) 2017: *Gründe für Teilzeittätigkeit nach Elternschaft 2015*, <https://www.boeckler.de/51973.htm> (Zugriff: 10.3.2022).

Migrationspolitik als Bevölkerungssteuerung?

Die ›migrantische Geburtenrate‹, ›qualifizierte Zuwanderung‹ und die zukünftige Nation

Von Susanne Schultz

Als die Debatte um die sogenannte ›Flüchtlingskrise‹ in Deutschland bereits in vollem Gange war, diskutierten Regierungsvertreter*innen im September 2015 in Berlin auf dem Strategiekongress Demografie die Auswirkungen der Zuwanderung auf die deutsche Bevölkerungsentwicklung.¹ Sie ordneten Migrationspolitik der seit 2012 offiziell deklarierten staatlichen Demografiestrategie unter und sprachen diverse Dimensionen als demografische an – von positiven Effekten der Zuwanderung gegen einen drohenden ›Fachkräftemangel‹ über eine erhöhte Zahl der zukünftigen ›Erwerbsfähigen‹ und eine veränderte ›generative Zusammenstellung‹ bis hin zum Einfluss der ›schieren Zahl‹ auf die zukünftige deutsche Bevölkerungsgröße. Und: Es gehe um »Menschen die zu uns kommen und bei uns bleiben [...] bis hin zur Staatsbürgerschaft« (De Maizièrè 2015; Nahles 2015).

In diesem Text wird es darum gehen, wie in einer Hochphase der Debatte um eine explizite nationale Demografiestrategie die Ereignisse des ›langen Sommers der Migration‹ 2015 in Deutschland diskutiert wurden (vgl. Schwiertz/Ratfisch 2016). Inwiefern und von wem wurde die Einwanderung vieler Menschen als Frage eines längerfristigen nationalen bevölkerungspolitischen Projektes interpretiert und in unterschiedliche politische Hegemonieprojekte eingearbeitet? Welche Rolle spielte darin die Frage einer segregiert erfassten ›migrantischen Geburtenrate‹ – und die Frage des ›Fachkräftemangels‹? Und inwiefern strukturierte das demografische Wissen die Dis-

1 Ich verwende einfache Anführungszeichen, um die typischen Diskurselemente bzw. Tropen der Debatte zu Demografie, Migration, Geburtenraten und Arbeitskraftpolitik zu markieren und doppelte Anführungszeichen, wenn ich mich direkt auf eine anschließend erwähnte Quelle beziehe.

kussionen um Migrationspolitik auf eine spezifische Weise? Hintergrund der Demografisierung von Migrationspolitik war es, dass Deutschland schon seit einiger Zeit als ›schrumpfende‹ und ›alternde Nation‹ zum Problem erklärt worden war.² Im Rahmen der bevölkerungspolitischen Debatten der Bundesregierungen seit Ende der 1990er Jahre waren einerseits Strategien der ›Anpassung‹ an den ›demografischen Wandel‹ entwickelt worden (Stichwort Rentenreform). Andererseits gab es bald auch strategische Erwägungen zur ›Gestaltung‹ der Bevölkerungsentwicklung, die seit Mitte der 2000er auch mit einer selektiv pronatalistischen Familienpolitik zur Hebung der ›deutschen‹ Geburtenrate umgesetzt wurden (vgl. Text »Nation und Kinderwunsch« in diesem Band). Inwiefern und wie auch Migration als demografiepolitische Frage verhandelt wurde, das werde ich in diesem Text nachvollziehen, und zwar von den 1990er Jahren bis insbesondere zu den Jahren kurz nach dem ›Sommer der Migration‹. Mit Bezug auf Demografie wurde die Debatte um eine mögliche nationale Nützlichkeit von Migration über einen unmittelbaren kurzfristigen Arbeitskräftebedarf hinaus in einen längerfristigen biopolitischen Zusammenhang eingebettet. Demografische Projektionen über die Implikationen einer ›migrantischen Fertilität‹ gewannen ebenso an Bedeutung wie längerfristige Berechnungen über die zukünftige Zahl der Erwerbsfähigen und Fachkräfte. Alles drehte sich um die Frage, wie sich der nationale Bevölkerungskörper längerfristig zusammensetzen würde und welche zukünftigen Staatsbürger*innen ›wir‹ denn brauchen. Bevor ich mich mit diesen Entwicklungen befasse, möchte ich zunächst kurz in den methodologischen Zugang zu diesen Fragen einführen und eine Orientierungshilfe bieten über die teilweise zumindest auf den ersten Blick paradox erscheinenden und komplexen Gemengelagen dieser demografisierten Migrationsdebatte.

Um das Ineinandergreifen von demografischem Wissen und politischen Strategien zu erfassen, habe ich eine zweifache theoretisch-methodologische Bearbeitung gewählt: Zum einen beziehe ich mich auf einen nominalistischen, an die Arbeiten Michel Foucaults angelehnten Zugang, um den zu beobachtenden Bedeutungsgewinn demografischen Wissens im Sinne eines Dispositivs zu verstehen (vgl. Foucault 1980). Damit lässt sich zeigen, dass das Wissen über demografische Probleme das Objekt des Zugriffs, das ›Bevölkerungsproblem‹, im selben Akt hervorbringt wie es den staatlichen Zugriff darauf organisiert. Dies heißt auch zu problematisieren, welches spezifische Wissen über die Bevölkerung bzw. über bestimmte Bevölkerungsgrup-

2 Siehe zum Konzept der Demografisierung Einführungstext in diesem Band.

pen wie ›Ausländer*innen‹, ›Flüchtlinge‹, ›Menschen mit Migrationshintergrund‹ in den staatlichen Akten des Verwaltens und Regierens gleichzeitig vorausgesetzt und hervorgebracht wird (vgl. Mecheril/Messerschmidt 2013). Diese auch als demografische Rationalitäten zu bezeichnenden ›Staatseffekte‹ sind aber nicht als monolithisches Programm zu verstehen, sondern stellen eine Folie dar, auf der sich auch Konflikte artikulieren (vgl. Lemke 2007). So beziehen sich in den untersuchten migrationspolitischen Auseinandersetzungen unterschiedliche politische Kräfte auf demografische Argumente: von völkisch-nationaler Abschottung bis zu denjenigen, die eine langfristige biopolitische Nützlichkeit von Zuwanderung betonen. Diese Kräfte operieren mit heterogenen Ausdifferenzierungen zu Fragen differenzieller Inklusion und Exklusion. Um diese Kräfteverhältnisse zu verstehen, beziehe ich mich als zweite Perspektive auf einen hegemonietheoretischen Zugang: Die verschiedenen ›demografischen‹ Argumente können unterschiedlichen Projekten zugeordnet werden, die um Hegemonie ringen (vgl. Buckel u.a. 2014). Wichtig ist aber, dass diese Auseinandersetzungen eben nicht auf neutralem Terrain stattfinden, sondern auf der darin weitgehend unhinterfragten Folie eines demografischen Dispositivs, das die Auseinandersetzung vorstrukturiert – und das die beiden untersuchten Hegemonieprojekte auch auf viele Arten miteinander verschränkt. Denn das demografische Wissen strukturierte die Debatte auf eine spezifische und höchst problematische Weise – im Sinne einer Reartikulation der Nationform und mit erheblichen Implikationen für eine Analyse der Konjunkturen des Rassismus (vgl. Demirovic/Bojadzic 2002).

Um sich der Gemengelage der untersuchten Diskussionen um Migration als demografiepolitische Frage annähern zu können, sei auf dreierlei Dimensionen hingewiesen: Erstens stellten die langfristig angelegten demografischen Rationalitäten, die sich mit den quantitativen Effekten der Migration für die zukünftige nationale Bevölkerungszahl (oder auch die zukünftige Alterszusammensetzung) befassen, paradoxerweise eine Herausforderung für dieselben – rechten, konservativen, neoliberalen – Kräfte dar, die eine Demografisierung des Politischen hauptsächlich vorantrieben. Diese Herausforderung ergab sich dann, wenn die abstrakt quantitativen Koordinaten eines langfristig ›schrumpfenden‹ und ›alternden‹ Deutschlands für bare Münze genommen werden und im Zentrum stehen. Denn schließlich ließ sich daraus eigentlich nur eine einfache rechnerische Schlussfolgerung ziehen, nämlich diejenige, dass sich eine liberale Migrationspolitik oder gar eine Politik der offenen Grenzen als rationale Antwort aufdränge und nahelag. Zweitens war

somit die Demografisierung der Migrationspolitik immer auch in verschiedene Strategien eingebettet, die darauf abzielten, diese simple quantitative Schlussfolgerung zurückzuweisen und einzudämmen: Idealtypisch lassen sich zwei Hegemonieprojekte unterscheiden, die in diesem Impetus der Eindämmung aber ineinandergriffen und die ich ausführlich bearbeiten werde: Ein utilitaristisch-neoliberales Projekt, das Migrationspolitik als ökonomisch nutzenorientierte ›qualifizierte Immigrationspolitik‹ betreiben wollte – und somit einschränkende selektive Kriterien einführte. Unterstützt wurde diese Strategie der Eindämmung auch durch Argumente der ›Ineffizienz‹ von Migration, wenn es etwa um den Einfluss von Einwanderung auf die zukünftige Alterszusammensetzung ging und argumentiert wurde, die ›migrantische Geburtenrate‹ sei zu niedrig, um das zukünftige ›Altern‹ der deutschen Bevölkerung zu verhindern. Davon lässt sich ein rechtes ethnozentrisches Projekt unterscheiden, das Zuwanderung nach rassistischen Kriterien als Gefahr für die zukünftige ›Bevölkerungszusammensetzung‹ bewertete. Auch hier spielte die ›migrantische Geburtenrate‹ eine wichtige Rolle, die aber hier als zu hoch und als Gefahr für eine vermeintliche ethnische Homogenität der Deutschen erachtet wurde. Drittens sei angemerkt, dass die Einordnung der demografisierten Migrationspolitik als paradox, wie ich es im ersten Punkt angedeutet habe, nur auf den ersten Blick gilt. Denn die genannten Eindämmungsstrategien sind dem Dispositiv der Demografie nicht äußerlich: Die ›qualitativen‹ selektiven und hierarchisierenden Elemente, die von beiden Hegemonieprojekten auf unterschiedliche Weise eingeführt wurden, um Migration nicht als einfache Antwort auf das ›Schrumpfen‹ und ›Altern‹ gelten zu lassen, sind in die Genealogien des Bevölkerungsdenkens von Anfang an eingeschrieben. Ebenso ist der diese Projekte durchziehende Nationalismus im Demografiedispositiv methodologisch angelegt und führte dazu, dass die heterogene Gemengelage der untersuchten demografiepolitischen Migrationsdiskurse prinzipiell auf Nationalismus hinausliefen, wenn auch – wie zu zeigen sein wird – in unterschiedlichen Ausprägungen: Schließlich projizieren sie beide eine mehr oder weniger langfristige nationale Zukunft, in der es gilt, das nationale ›Wir‹ zu schützen und zu retten.³

3 Ohne dies hier vertiefen zu können: Auch Bezüge aus der kritischen Migrationsforschung auf demografische Daten, wie sie im selben Untersuchungszeitraum anfangen zu kursieren, müssen auf problematische Effekte einer Demografisierung des Politischen hin reflektiert werden, sowohl wenn eine postmigrantische Gesellschaft einfach aus dem quantitativen Anteil von Menschen ›mit Migrationshintergrund‹ abgeleitet

Aus einer Perspektive auf Migrationspolitik in Deutschland von Anfang 2022 möchte ich vorweg anmerken, dass die regierungspolitischen utilitaristischen (nicht die explizit rechten rassistischen) demografiepolitischen Debatten um Migrationspolitik in den letzten Jahren eher weniger Aufmerksamkeit erhalten haben.⁴ Das ist auch kein Wunder: Die deutsche und europäische Abschottungspolitik ist nach 2015 wieder fest verankert und vertieft worden. Die Toten im Mittelmeer blieben kontinuierlicher Bestandteil des Migrationsregimes und ein nekropolitische Konsens wurde etabliert, dass sich der ›Sommer der Migration‹ nicht wiederholen dürfe, mit allen menschenverachtenden Konsequenzen.⁵ Schließlich hat auch eine auf die Gesundheit einer nationalen Bevölkerung fokussierte Pandemiepolitik diese Entwicklungen weiter befeuert – und auf das Business as Usual der deutschen Migrationspolitik eingeschworen. In Zeiten der Pandemie stehen Abschottung kombiniert mit einer kurzfristig angegangenen Hire-and-Fire-Anwerbung ›systemrelevanter‹ Arbeitskräfte im Zentrum der Migrationspolitik – und nicht längerfristige Effekte der Einwanderung zukünftiger Staatsbürger*innen (vgl. Laufenberg/Schultz 2021). Deswegen und nur deswegen sind die Forschungsergebnisse sprachlich in der Vergangenheit formuliert: Dies heißt aber nicht, dass nicht bis heute viele dieser Entwicklungen weiterwirken.

In den folgenden Abschnitten werde ich zunächst kurz historisch in die Entwicklung der strategischen Debatten rund um Migration und Demografie einführen. Anschließend gehe ich auf den Bedeutungsgewinn einer segregiert erfassten ›migrantischen Geburtenrate‹ ein und wie zwei sehr unterschiedliche Hegemonieprojekte doch zu ähnlichen Schlüssen kamen und ähnliche Narrative bedienten. Anschließend gehe ich auf die strategische Debatte um Migrationspolitik als Arbeitskraftpolitik ein – zwischen längerfristigen quantitativen Erwägungen über das ›Erwerbspersonenpotenzial‹ und der Eindäm-

wird oder wenn eine segregierte Erfassung rassistisch diskriminierter Menschen zum Beleg sozialer Ungleichheit gefordert wird, ohne die problematischen Effekte einer Reifizierung bestimmter Kategorisierungen genug zu berücksichtigen.

- 4 Allerdings ist Demografiepolitik seit Anfang der 2010er regierungspolitisch institutionalisiert und die Bundesregierung zieht regelmäßig ›demografiepolitische Bilanzen‹ in jeder Legislaturperiode, so zuletzt die Bilanz von 2021 (BMIBH 2021).
- 5 Wie der Krieg in der Ukraine und die Aufnahme von Geflüchteten die ›demografische‹ Debatte wieder anheizen könnte, ist zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Textes nicht absehbar. Zu befürchten ist aber ähnlich wie 2015/2016 ein Übergang von der Willkommenskultur zu demografiepolitischen utilitaristischen Debatten.

mung auf Fachkräfteanwerbung und -mobilisierung.⁶ Schließlich diskutiere ich abschließend, inwiefern sich in der untersuchten demografiepolitischen Konjunktur des Rassismus verschiedene Projekte der Nation niederschlagen. Und ich schlage Perspektiven für eine antirassistische und feministische Kritik an demografischen Rationalitäten vor.⁷

Die demografische Frage in der deutschen Migrationspolitik seit der Süßmuth-Kommission

Im Zuge einer ›Normalisierung‹ deutscher Politik nach der Wiedervereinigung und im Rahmen einer neoliberalen sozialpolitischen Programmatik kam es seit Mitte der 1990er Jahre zu einer enormen Ausweitung und Institutionalisierung demografischer Wissenschaft und Politikberatung in Deutschland (vgl. Barlösius 2007; Messerschmidt 2014). Zuvor war die institutionalisierte Zunft der deutschen Bevölkerungswissenschaft in der alten Bundesrepublik relativ überschaubar und nicht hegemoniefähig gewesen – eine kleine Szene, deren eugenische und rassistische disziplinäre Kontinuitäten eine kritische Forschung in den 1980er und 1990er Jahren aufdeckte (vgl. Heim/Schaz 1996). Spätestens seit der Jahrtausendwende wurde der ›demografische Wandel‹ jedoch zentral für die Legitimierung des sozialpolitischen Ab- und Umbaus: Stichworte sind Agenda 2010, Teilprivatisierung des Rentensystems, Heraufsetzung des Rentenalters etc. (vgl. Butterwegge u.a. 2012). Diese ›Reformen‹ wurden als Anpassung an eine als unvermeidlich dargestellte ›Schrumpfung‹ und ›Alterung‹ der deutschen Bevölkerung präsentiert. Dazu kam aber in der zweiten rot-grünen Legislaturperiode (2002-2005) auch das Ziel der ›Gestal-

6 Mit Arbeitskraftpolitik bezeichnet Fabian Georgi verschiedene politische Strategien zur Sicherung des Arbeitskräfteangebots – sei es die Anwerbung migrantischer Arbeiter*innen, sei es die Qualifizierung inländischer Arbeitskräfte oder auch die Mobilisierung einer ›stillen Reserve‹ (vgl. Georgi 2016; Georgi u.a. 2014).

7 Dieser Text basiert teilweise auf einer Veröffentlichung in der Zeitschrift *movements* (Schultz 2016). Er greift auf Gespräche mit Vertreter*innen privater Think Tanks und öffentlicher Ressortforschung zu Demografie und Zuwanderung zurück, die ich im Rahmen des DFG-Forschungsprojektes »Demografisierung des Politischen« geführt habe. Ausführlicher zur Frage der ›migrantischen Geburtenrate‹ vgl. Schultz 2019.

tung« im Sinne aktiver Bevölkerungspolitik hinzu.⁸ Das Ziel, die Geburtenrate in Deutschland insgesamt zu erhöhen, verfolgten die Familienministerien in den darauffolgenden Jahren mit einem klaren Fokus auf das Gebärverhalten von besserverdienenden und qualifizierten deutschen Frauen (vgl. Texte »Nation und Kinderwunsch« sowie »Humanvermögen und Zeitpolitik« in diesem Band). Bis 2012 erarbeitete die Bundesregierung schließlich unter Federführung des Bundesinnenministeriums eine Demografiestrategie, die ab nun ressortübergreifend alle Politikbereiche durchdringen sollte (vgl. BMI 2012). Sie wurde durch regelmäßige Demografiepfel, ständige Arbeitsgruppen, einen Expertenrat Demografie und ein vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BIB) betriebenes Demografieportal vorangetrieben.

Zwar wurde auch Migration nun als bevölkerungspolitische Frage in die Debatte integriert, blieb allerdings grundsätzlich ein untergeordnetes Thema.⁹ Dies ergibt sich schon historisch aus dem Verständnis von Nation in der Geschichte der deutschen Bevölkerungswissenschaft, das von der Reproduktion einer als ethnisch homogen gedachten und nach außen abgeschlossenen nationalen Bevölkerung ausgeht (vgl. Heim/Schaz 1996). Dieses Verständnis begründet sich nicht nur aus einer völkischen Interpretation der Demografie, sondern wird auch durch den methodologischen Nationalismus der demografischen Wissensproduktion selbst verstärkt. Prinzipiell ist das demografische Kerngeschäft die Beforschung einer »natürlichen Bevölkerungsbe-
wegung«, womit Prozesse der Mortalität und Fertilität im nationalen Rahmen gemeint sind. Migration wird dagegen als zusätzlicher Faktor verstanden und in der internationalen Diskussion als Frage des *replacement* (im Unterschied zu *reproduction*) verhandelt (vgl. Lanzieri 2013). So ist es nicht erstaunlich, dass sich die deutsche Demografieforschung darauf konzentriert, die »Reproduktion« einer nationalen Bevölkerung prioritär als Frage des Gebärens und Sterbens zu untersuchen – innerhalb eines als abgeschlossen gedachten nationalen Containers (vgl. Haug 2017).

8 Im Gegensatz zur Entwicklungspolitik wird in der innenpolitischen Debatte der Begriff der »Bevölkerungspolitik« weitgehend vermieden und stattdessen von »Demografiepolitik« gesprochen (vgl. Mayer 2012).

9 Die Frage der Zuwanderung wurde zunächst nur in einer Untergruppe zum Thema Fachkräfte bearbeitet, später dann in einer von zehn Arbeitsgruppen unter dem Titel: »Ausländisches Arbeitskräftepotenzial erschließen und Willkommenskultur schaffen«.

Dennoch gab es seit den 1990er Jahren erste Ansätze, Migrationspolitik (neben Familien- bzw. Geburtenpolitik) in der Bundesrepublik als Aspekt demografischer Problemlösungen zu thematisieren. So brachte das Manifest der 60, ein Aufruf u.a. von Bevölkerungswissenschaftler*innen vor, dass Einwanderung für das gerade wiedervereinigte Deutschland auch deswegen notwendig sei, um die »sozialen Leistungssysteme bei einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung« zu sichern (Bade 1994). Ein wichtiger Schritt in diese Richtung war dann 2001 der Bericht der von der Bundesregierung einberufenen Unabhängigen Kommission Zuwanderung unter der Leitung von Rita Süssmuth. Er stellte demografische Rationalitäten ins Zentrum migrationspolitischer Überlegungen: »Deutschland braucht Zuwanderinnen und Zuwanderer [...] [D]ie Problematik einer alternden und abnehmenden Bevölkerung wurde nicht ausreichend thematisiert. Viele Menschen sind beunruhigt, dass unser Land im internationalen Leistungsvergleich zurückfällt.« (UKZ 2001: 11) Und weiter: »Die demografische Entwicklung wird die Bevölkerungszahl und das Arbeitskräfteangebot dezimieren. Es ist daher nötig, geordnete Wege dauerhafter Zuwanderung zu öffnen.« (ebd.: 87) Hintergrund waren Debatten über ein neues Zuwanderungsgesetz. National-konservative Kräfte machten jedoch Front gegen eine demografisch begründete Öffnung in der Zuwanderungspolitik und wurden dabei von rechten Demograf*innen unterstützt. Dies war insofern erfolgreich, als im Endeffekt keine expliziten demografischen Ziele in das 2005 erlassene Gesetz aufgenommen wurden. Ein Gutachten des Bevölkerungswissenschaftlers Herwig Birg für das bayrische Staatsministerium von 2001 galt diesbezüglich als einflussreich (vgl. Oberndörfer 2005). Birg warnte hier vor den Grenzen der »Integrationsfähigkeit« der deutschen Bevölkerung und ließ die nationalsozialistischen Kontinuitäten der deutschen Demografie mehr als deutlich werden. Er empörte sich über eine »kompensatorische Einwanderungspolitik« und erklärte:

»Es wäre ein singulärer Vorgang in der tausendjährigen Geschichte Deutschlands, wenn [...] eine für vier Jahre gewählte Regierung gegen den Willen der Wähler ein noch in Generationen nachwirkendes Zuwanderungsgesetz beschließen würde, das die deutsche Mehrheitsbevölkerung in vielen Städten und Regionen zu einer Minderheit im eigenen Land werden lässt.« (Birg 2001: 15)

Nachdem demografische Rationalitäten von rechten nationalkonservativen Kräften also zunächst zurückgedrängt wurden, begannen in den 2010er Jahren auch unternehmensfreundliche neoliberale Think Tanks die Frage lang-

fristiger demografischer Entwicklungen der Erwerbspersonenbevölkerung zu thematisieren und das Thema Demografie mit einer Debatte um Strategien einer globalen Arbeitskräftenwerbung zu verbinden. Und als 2015 im ›Sommer der Migration‹ viele Menschen neu in Deutschland ankamen, entwickelte sich zeitweilig eine demografische Debatte darüber, inwiefern und unter welchen Bedingungen diese Einwanderung auch als günstiger Faktor für die demografische Entwicklung Deutschlands bewertet werden könne. Gefragt wurde nicht nur, wie viel Bevölkerung jährlich zuwandern müsse, um den demografischen Wandel abzumildern, sondern auch, inwiefern die bereits zugewanderten Flüchtlinge als demografisch positives Potenzial zu bewerten seien (vgl. Messerschmidt 2016). Allerdings blieb diese Rahmung von Migrationspolitik als demografische Frage im Sinne eines utilitaristischen nationalen Migrationsmanagements von Widersprüchen und Ambivalenzen geprägt, die für Prozesse der Demografisierung typisch sind: Zunächst einmal machte die Idee, Migrationspolitik explizit als Bevölkerungspolitik zu fassen, offensichtlich, dass hier eine Illusion staatlicher Erfassung und Steuerung wirksam wurde, die der Realität nicht gerecht wurde. Demograf*innen mögen das Thema Migration schon allein deswegen nicht besonders gern, weil es »der Bereich ist, der am schlechtesten zu prognostizieren ist« und wo »die Datelage am schlechtesten ist« (vgl. Interview D; Herm/Poulain 2012). Die zukünftige Nettomigration, das heißt die quantitative Differenz zwischen nationaler Zu- und Abwanderung, ist derjenige Faktor in Bevölkerungsprojektionen, der als extrem ›volatil‹ gilt und das langfristige Zukunftswissen, auf das die Demografisierung des Politischen prinzipiell angewiesen ist, sehr deutlich zu einem spekulativen Wissen macht (vgl. Messerschmidt 2016; Schultz 2018). Eine demografisch begründete Migrationspolitik und ein darauf beruhender nationalstaatlicher Steuerungswahn liefen zudem – einmal abgesehen vom allgemeinen Eigensinn und der Autonomie der Migration – schon deswegen ins Leere, weil ein Großteil der nach Deutschland Zuwandernden aus der Europäischen Union kam und prinzipiell Freizügigkeit genoss.¹⁰ Zum anderen stieß die Logik eines bevölkerungspolitisch begründeten Migrationsmanagements, wie sie dann auch unter dem Schlagwort ›Obergrenze‹ die politische Debatte anheizte, auf die Grenze humanitärer und asylpolitischer bzw. -rechtlicher Rationalitäten. Die Verschiebung von der Migrationspolitik in

10 Zu zunehmenden Einschränkungen der EU-Migration vgl. Carstensen u.a. 2018: 261; zum Konzept der Autonomie der Migration vgl. Mezzadra 2010.

Richtung nationalistisch-utilitaristischer demografischer ebenso wie arbeitskraftpolitischer Rationalitäten war somit auf indirektere, kleinteiligere und implizitere Strategien des Einsickerns dieser Rationalitäten in sozialrechtliche, aufenthaltsrechtliche und asylrechtliche Regulierungen angewiesen – sei es, dass die sozialen Rechte von EU-Bürger*innen eingeschränkt wurden, sei es, dass Quoten für die Familienzusammenführung eingeführt wurden, sei es, dass Asylpolitik zunehmend klassenselektiv ausgestaltet wurde (vgl. Riedner 2015; Scherschel 2016; Carstensen u.a. 2018). Schließlich blieben demografische Rationalitäten auch insofern einer Ambivalenz und Widersprüchlichkeit unterworfen, als demografische Expertise auf eine langfristige Entwicklung der Bevölkerungsgröße und -zusammensetzung ausgerichtet ist, die Hauptantriebskräfte einer Demografisierung von Migrationspolitik aber arbeitskraftpolitische Strategien blieben. Deren Ziel besteht ja letztendlich darin, die Flexibilität und damit auch Prekarität von Aufenthaltstiteln zu erhalten (vgl. Georgi 2016). Das gilt ganz besonders für die Arbeitskraftpolitik einer rassistischen Unterschichtung, die mit einer Politik der Illegalisierung, Entrechtung und Prekarisierung von Aufenthaltstiteln einhergeht (vgl. Mezzadra/Neilson 2013; Carstensen u.a. 2018). Diese Dimension wurde von einer demografischen Expertise, die sich mit einer explizit formulierten staatlichen Politik der langfristigen Steuerung von Migration befasste, jedoch eher ausgeblendet und dethematisiert. Angesichts dieser Gemengelage konzentrierte sich der untersuchte migrationspolitische Demografiediskurs in Deutschland vor allem auf zwei Dimensionen, die ich im Folgenden ausführlicher untersuchen werde: Erstens auf Spekulationen über die zukünftige Auswirkung von Zuwanderung auf die nationale Bevölkerungsgröße und -zusammensetzung. In diesem Kontext spielte auch die Frage, inwiefern ein differenzielles ›reproduktives Verhalten‹ von Migrantinnen demografisch relevant sei, eine wichtige Rolle. Zweitens wurde die Frage verhandelt, wie sich Zuwanderung auf das ›Erwerbspersonenpotenzial‹ oder genauer auf die Verfügbarkeit von hochqualifizierten Arbeitskräften auswirken könne – mit einem Fokus auf die Anwerbung aus Nicht-EU-Staaten bzw. die Nutzung des Potenzials bereits zugewanderter bzw. geflüchteter Menschen.

Zu hoch oder zu niedrig: Die ›migrantische Geburtenrate‹ als anti-immigratorisches Argument

Im Folgenden gehe ich darauf ein, wie zwei unterschiedliche Hegemonieprojekte statistische Informationen über eine durchschnittliche ›migrantische Fertilität‹ mit einer demografischen Zukunft der Nation in Verbindung brachten.¹¹ Die Datengrundlage war dabei heterogen, je nachdem welche Kategorien von ›Migrant*innen‹ zugrunde gelegt wurden, ob Frauen einbezogen wurden, die als Erwachsene oder schon als Kinder eingewandert waren, ob Frauen der sogenannten zweiten oder weiterer Generationen, Frauen mit ausländischer Staatsbürgerschaft oder auch Frauen mit deutscher Staatsbürgerschaft und ›Migrationshintergrund‹ in Bezug auf Geburtenraten erfasst wurden (vgl. Schmid/Kohls 2009). Zudem stellten sich diese Statistiken auch in vieler Hinsicht als spekulativ dar, weil viele Daten bevölkerungstatistisch nicht erfasst werden.¹² Als allgemeine Tatsache galt jedoch in der demografiepolitischen Debatte, dass erstens Geburtenraten von ›Migrantinnen‹ sich durchschnittlich als höher darstellten als die von ›einheimischen‹ Frauen oder Frauen ›ohne Migrationshintergrund‹ und dass zweitens die ›migrantische Fertilität‹ dahin tendiere, zurückzugehen, je mehr Zeit seit der Einwanderung nach Deutschland vergangen sei. Ob diese Geburtenraten jedoch als (immer

-
- 11 Um dies zu beantworten, habe ich Expertisen, wissenschaftliche Artikel und Buchpublikationen seit 2000 untersucht und 2015 eine Reihe von Interviews mit Wissenschaftler*innen aus Forschungsinstituten, Stiftungen und politikberatenden Gremien geführt (vgl. Interviews A-D).
 - 12 Bis heute gibt es in Deutschland keine allgemeine staatliche Erfassung der Zahl der Kinder, die von Frauen mit oder ohne deutsche Staatsbürgerschaft oder mit oder ohne ›Migrationshintergrund‹ geboren wurden. Erst seit einigen Jahren sind Hochrechnungen aus dem Mikrozensus (eine Befragung von einem Prozent der Haushalte in Deutschland) eine entscheidende Referenz. Dieser erfasst seit 2008, auf einer lediglich freiwilligen Basis, Daten über die Anzahl der Kinder, die eine Frau zur Welt gebracht hat (vgl. Spieß 2012). Auch die Kategorie ›Migrationshintergrund‹, die es ermöglicht, auch unter den deutschen Staatsbürger*innen segregierend Daten zu erheben, wurde erst 2005 offiziell in die deutsche Bevölkerungsstatistik eingeführt (vgl. Supik 2014). Seit 2011 ist die Kategorie vom Statistischen Bundesamt so definiert, dass damit alle Personen erfasst werden, die selbst nicht mit einer deutschen Staatsbürgerschaft geboren wurden, von denen wenigstens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde oder von denen mindestens ein Elternteil nach 1955 nach Deutschland einwanderte.

noch) ›zu hoch‹ oder (bald) ›zu niedrig‹ interpretiert wurden, dies hing von der Bezugnahme des jeweiligen Hegemonieprojektes ab, und insbesondere davon, ob sich dieses auf eine zukünftige ›ethnische‹ oder ›kulturelle‹ Zusammensetzung oder auf eine zukünftige Alterszusammensetzung der deutschen Bevölkerung bezog.

Die bedrohliche Fruchtbarkeit der ›Anderen‹

Völkisch-nationale und konservative Diskurse haben immer wieder den Unterschied zwischen der Geburtenrate von ›nicht-migrantischen‹ oder ›autochthonen‹ deutschen Frauen und derjenigen von ›ausländischen‹ oder ›zugewanderten‹ Frauen herausgestellt, um auf dieser Basis die zukünftige ›ethnische‹ oder ›kulturelle‹ Zusammensetzung der Bevölkerung zu berechnen und damit an die alte rassistische Trope der bedrohlich höheren Fruchtbarkeit der ›Anderen‹ anzuknüpfen (vgl. Karakayali 2011). Herwig Birg, der bis weit in die 2000er Jahre hinein die deutsche Mediendebatte zu Demografie entscheidend prägte, berechnete in seinem Gutachten einen zukünftig steigenden Anteil ›der Zugewanderten und ihrer Nachkommen‹ (Birg 2001: 12).¹³ In seinem Buch ›Die ausgefallene Generation‹ projizierte er zwei segregierte Geburtenraten kontinuierlich in die Zukunft, erhob also separat über Generationen hinweg die vermutliche Anzahl von Nachkommen der ›Zugewanderten‹ und zwar ›unabhängig von der formalen Staatsangehörigkeit‹ (Birg 2005: 71). Seine Annahme war, dass zwischen 1998 und 2030 die Geburtenrate der ›Zugewanderten‹ von durchschnittlich 1,9 auf 1,64 Geburten pro Frau abnehmen würde und dann konstant bliebe, während er für die ›Deutschen‹ eine konstante Geburtenrate von durchschnittlich 1,3 Kindern pro Frau annahm. Auf dieser Basis und der Annahme einer bestimmter zukünftigen Nettomigrationsrate berechnete er die Daten bis extrem weit in die Zukunft, nämlich bis zum Jahr 2100 und kam so auf eine nationale Bevölkerungsgröße von insgesamt 46,1 Mio. für dieses Jahr (gegenüber 82,1 im Jahr 1998), zusammengesetzt aus 21,5 Mio. ›Deutschen‹ und 24,6 Mio. ›Zugewanderten‹ (ebd.: 74). Die alarmistische Geste solcher sehr langfristigen, höchst spekulativen Berechnungen auf der Grundlage der Idee einer sich unendlich vererbenden Nichtzugehörigkeit über die Generationen hinweg ist offensichtlich. Sie dramatisiert zum einen die erwartete Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung

13 Siehe zu seinen medialen Auftritten seine Homepage: <https://www.herwig-birg.de/publikationen/zeitungen/> (Zugriff: 11.4.2022).

zung und zum anderen die ›Bevölkerungsschrumpfung‹. Birg entwarf dazu als Bedrohungsszenarium eine »Multiminoritätengesellschaft«, bei der der »Wechsel des Status einer Bevölkerungsgruppe von der absoluten Mehrheit zur Minderheit einen demografischen Übergang von großer Tragweite« darstelle (ebd.: 109). Die extrem langfristige segregierte Berechnung von »Teilpopulationen« war seiner Meinung nach legitim, da sich im Fall von Deutschland diese Gruppen »nicht mischen, sondern sogar entmischen«, was einen Gesellschaftstyp zur Folge habe, »in dem jede Teilpopulation eine Minderheit ist« (ebd.). Weiterhin behauptete er, dass es sich in Deutschland um »Zuwanderung meist wenig qualifizierter Menschen aus Ländern der Dritten Welt« handele, ohne dazu irgendwelche statistische Daten zu präsentieren (ebd.: 108).¹⁴ Birgs rassistische demografische Dystopie blieb weitgehend unwidersprochen. Es kam erst dann zu einer kontroversen Debatte, als der Sozialdemokrat Thilo Sarrazin 2010 in seinem Buch »Deutschland schafft sich ab« im Rahmen seines antimuslimischen Rassismus ganz ähnliche Argumente veröffentlichte, mit vielen Referenzen auf Birgs Arbeit (vgl. Sarrazin 2010).¹⁵ Allerdings richtete sich der Protest hauptsächlich gegen Sarrazins biologistische, genetisierende und offen sozialdarwinistische Auslassungen, in denen er sich von Birg unterschied (vgl. ebd.: 349f). Die Argumente über eine zukünftige Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung, mit denen Sarrazin im Gefolge Birgs vor »qualitativen Verschiebungen in der Geburtenentwicklung Deutschlands« und vor einer »Zunahme des Anteils bildungsferner Migranten« warnte, wurden demgegenüber kaum beachtet (ebd.: 353). Ähnlich wie Birg setzte sich Sarrazin dafür ein, dass die Demografie mehr über die »Wirkungen der Migration auf die Zusammensetzung der Bevölkerung« und über die »Auswirkungen der unterschiedlichen Fruchtbarkeit nach Herkunft und sozialer Schichtung« erforschen solle (ebd.: 354). Und er betonte besonders eine überdurchschnittliche »Nettoreproduktionsrate der muslimischen Migranten«, die ihm zufolge überwiegend der »Unterschicht« angehörten (ebd.: 355). Ebenso wie Birg arbeitete er mit langfristigen Projektionen und berechnete eine aggregierte Geburtenrate für Frauen aus »Nah- und

14 Den Statistiken des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zufolge bestand die Zuwanderung 2005 insgesamt zu mehr als zwei Dritteln aus europäischen Zuwandernden (vgl. Thum u.a. 2015: 16).

15 Zum Beispiel erklärte Sarrazin: »Die Besorgnis von Herwig Birg, es könne ein ›Kulturbruch‹ eintreten, wenn sich muslimische Bevölkerungsanteile über ein bestimmtes Maß hinaus erhöhen, erscheint durchaus realistisch« (Sarrazin 2010: 369).

Mittelost sowie Afrika« (eine Tochter pro Frau) und stellte dieser eine »Netto-reproduktionsrate« der Frauen mit »keinem oder anderem Migrationshintergrund« gegenüber (0,65 Töchter pro Frau) (ebd.: 358f). Und wie Birg berechnete er die »Reproduktion« dieser Gruppen segregiert durch vier Generationen, so dass er eine drastische proportionale Verschiebung errechnete: von einem Bevölkerungsanteil der Menschen »aus Nah- und Mittelost sowie Afrika« von 6,5 Prozent zu einem Anteil von 71,5 Prozent (ebd.: 359). Dieser alte rassistische Topos einer bedrohlichen Fruchtbarkeit der »Anderen« und auch der Rekurs auf langfristige spekulative Bevölkerungsprojektionen wurden dann auch von der sich konsolidierenden extremen Rechten in Deutschland aufgegriffen. So erklärte die AfD 2016 in ihrem Parteiprogramm:

»Dabei hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt, dass insbesondere muslimische Migranten in Deutschland nur ein unterdurchschnittliches Bildungs- und Beschäftigungsniveau erreichen. Dass die Geburtenrate unter Migranten mit mehr als 1,8 Kindern deutlich höher liegt als unter deutschstämmigen Frauen, verstärkt den ethnisch-kulturellen Wandel der Bevölkerungsstruktur.« (AfD 2016: 42)

Die Ineffektivität der ›migrantischen Geburtenrate‹ gegen das ›Altern‹

Im Unterschied zu diesen offen rassistischen Perspektiven auf eine langfristige ›kulturelle‹ oder ›ethnische‹ Bevölkerungszusammensetzung, brachte das Projekt eines utilitaristischen Migrationsmanagement die Daten zu einer differenziellen migrantischen Fertilität eher in Verbindung mit der langfristigen nationalen Altersstruktur. Berechnet wurde hier, inwiefern die zukünftigen Geburtenraten der Zugewanderten den demografischen Wandel, sprich die sogenannte ›Alterung‹ der Bevölkerung, entschleunigen könnten. Die Frage der nationalen Altersstruktur gewann seit den 1990er Jahren transnational in demografiepolitischen Debatten an Bedeutung und kann als intermediäre Kategorie verstanden werden zwischen einer rein quantitativen Problematisierung der Bevölkerungszahl und einem qualitativen Rekurs auf nützliches Humankapital. Krisenszenarien werden hier aus ungünstigen Proportionen zwischen der abstrakten Gruppe der ›Erwerbsfähigen‹ (der 20- bis 64-jährigen) einerseits und der Zahl der ›Alten‹ (oder auch der ›Alten‹ und ›Jungen‹) andererseits abgeleitet. Dieser Zugang abstrahiert von sozialer Ungleichheit innerhalb der Generationen und auch von komplexen sozialen Verhältnissen etwa in Bezug auf die Entwicklung von Arbeitsmärkten, deren Konjunkturen

ja wiederum von Arbeitslosigkeit, Dynamiken der Prekarisierung, Lohn- und Produktivitätsentwicklung geprägt sind, und reduziert ökonomische Fragen auf einfache proportionale Verhältnisse zwischen verschiedenen Altersgruppen (vgl. Butterwegge u.a. 2012).

Im Rahmen des neoliberal-utilitaristischen Demografiediskurses gewann das Argument an Bedeutung, dass sich die Geburtenraten bei zugewanderten Frauen schnell an die ›deutsche‹ Fertilität angleichen und dass sie deswegen zu niedrig seien, um den langfristigen Trend der ›Alterung‹ aufzuhalten.¹⁶ Schon 2001 hatte die Süßmuth-Kommission erklärt, dass

»die Alterung von Gesellschaften [...] durch Zuwanderung langfristig nicht abgewendet werden [kann], da auch Einwanderer älter werden. Zudem gleicht sich die Fertilität von zuwandernden Frauen an, die gegenwärtig bei einigen Migrantengruppen durchschnittlich noch über der von deutschen Frauen liegt.« (UKZ 2001: 69)

Diese Verbindung zwischen einer sich ›anpassenden‹ Fertilität von Zugewanderten und dem Effekt der ›Alterung‹ der Bevölkerung fand sich seitdem in vielen politikberatenden Expertisen und regierungsnahen Forschungen zu Demografie und Migration (vgl. Schimany 2007; BAMF 2011; Thum u.a. 2015). So begründete etwa das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ein hauseigenes Forschungsprojekt zum »generativen Verhalten von Migrantinnen« folgendermaßen: »Die Relevanz der Migration angesichts stagnierender und alternder Bevölkerungen wurde schon häufig diskutiert, doch das generative Verhalten der Migrantinnen in Deutschland spielte bisher eher eine untergeordnete Rolle.« (BAMF 2011: 15) Als zentrales Ergebnis präsentierte das BAMF, dass »das generative Verhalten von Migrantinnen in Deutschland stark von Anpassungsprozessen an die Normen und Werte des ›Niedrig-Fertilitäts-Landes‹ Deutschland geprägt ist« (ebd.: 5). Ein*e Wissenschaftler*in des BAMF erklärt die Ziele einer solchen Untersuchung im Interview folgendermaßen:

16 Das Statistische Bundesamt erklärte so etwa im Anschluss an den ›Sommer der Migration‹, Zuwanderung habe keinen wesentlichen Effekt auf die ›Alterung‹ der Bevölkerung (vgl. Statistisches Bundesamt 2016). Auch Birg und Sarrazin, die eigentlich vor allem gegen eine ›zu hohe‹ migrantische Geburtenrate hetzten, bedienten sich, im Übrigen reichlich pragmatisch, gelegentlich dieses Arguments eines geringen Effektes von Migration auf die ›Alterung‹ (vgl. Birg 2005: 146; Sarrazin 2010: 344).

»Unser Ausgangs- und Zielpunkt war: Was müssen wir letzten Endes für die Hypothesenentwicklung für Bevölkerungsprojektionen zugrunde legen, was müssen wir eigentlich wissen über das generative Verhalten von Migranten? [...] Unterscheiden sich die Zuwanderer grundlegend von der Bevölkerung sonst in Deutschland, und wie können wir ihr die Effekte ihres Verhaltens auf die Gesamtbevölkerungsentwicklung beziehen?« (Interview C)

Unterstützt wurde dieses demografiepolitische Interesse an einer »migrantischen Geburtenrate« von etlichen Projekten staatlicher, semistaatlicher, privater und universitärer demografischer Forschung.¹⁷ Auch wenn nicht alle Studien sich zur politischen Relevanz ihrer Forschung äußerten, brachten doch einige mit der nationalen Bevölkerungsentwicklung in Verbindung, so etwa mit der Bemerkung, dass »die absolute Zahl sowie der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung seit 1961 nahezu kontinuierlich gestiegen« sei (Kohls u.a. 2013: 23). Oder sie erklärten, dass ihre Forschung zur Evaluation »möglicher Pfade der Bevölkerungsentwicklung« beitrüge (Bühler/Brüning 2017).¹⁸ Kritisch zu hinterfragen ist hier auf jeden Fall, dass sich eine neutral gebende Forschung in einer spezifischen politischen Konjunktur Daten produzierte, für die sich ein breites Spektrum anti-immigratorischer Kräfte interessierte – und dass sie überhaupt damit einen bestimmten diskursiven Bezugsrahmen bestärkte (vgl. kritnet 2016).

Ein gemeinsamer Bezugsrahmen: die »migrantische Geburtenrate« als diskursives Bindeglied

Verglichen mit dem alten rassistischen Topos einer bedrohlichen Fruchtbarkeit der »Anderen« erscheinen die Narrative der reproduktiven »Anpassung« auf den ersten Blick ein Gegenpol oder gar eine Gegenerzählung zu sein. »Zu

17 Vgl. zu Veröffentlichungen der Demografieabteilung des BAMF (Schmid/Kohls 2009; BAMF 2011) des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BIB) (Naderi 2015; Kohls u.a. 2013; Swiaczny 2014), des Max-Planck-Instituts für Demografische Forschung (MPIDR 2017; Krapf/Wolf 2015), des ifo-Instituts (Thum u.a. 2015), des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) (Stichnoth/Yeter 2013) und universitäre Forschung (Milewski 2009; Bühler/Brüning 2017; Haug 2017).

18 Im Original: »In order to evaluate possible pathways of population development in Europe, determinants of migrant fertility have to be understood.« (Bühler/Brüning 2017)

hoch« oder »zu niedrig«: Beide Narrative über eine differenzielle Fertilität teilen jedoch in vieler Hinsicht Grundvoraussetzungen demografischer Rationalitäten, indem sie auf spezifische Weise Generativität, Migration und nationale Bevölkerung in einen Zusammenhang stellen, diskursive Praktiken der Wissensproduktion über die nationalen »Anderen« reproduzieren und zu anti-immigratorischen Positionen beitragen.

Drei damit verwickelte Wissensanordnungen seien hier angesprochen: Erstens konnten die Aussagen über einen zu geringen Effekt auf die Altersentwicklung nur vor dem Hintergrund bestimmter spekulativer statistischer Annahmen über eine zukünftige Nettoneuzuwanderung in der Zukunft entwickelt werden. Hierfür waren die »koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen« des Statistischen Bundesamtes zentral. Dieses hatte in der von 2009 bis 2015 gültigen 12. Fassung für alle zwölf durchgerechneten Varianten eine zukünftige Nettozuwanderung von 100 000 oder 200 000 Menschen pro Jahr angenommen. Tatsächlich verzeichnete das Amt 2012 bereits eine Nettozuwanderung von 369 000, 2014 von 550 000 Menschen und 2015 von 1 140 000 Menschen. Die Behörde hielt dennoch auch in der seit April 2015 gültigen 13. Vorausberechnung an den alten Projektionen fest. Sie erklärte die höhere Zuwanderung für vorübergehend und projizierte ab dem Jahr 2021 wieder eine Zuwanderung von zwischen 100 000 und 200 000 Menschen pro Jahr (vgl. Statistisches Bundesamt 2015: 40, 43). Die Argumentation, dass Zuwanderung am Prozess der »Alterung« der Bevölkerung in Deutschland nichts wesentlich ändere, beruhte insofern nicht nur auf Thesen zu einem migrantisches »generativen Verhalten«, sondern auch auf der Annahme, dass die Zukunft von einer erfolgreicheren Abschottungspolitik geprägt sein würde. In gewisser Weise gab es also einen Zirkelschluss: Zuwanderung wird keine großen demografischen Effekte haben, weil sie bald wieder zurückgehen wird. Oder, wie es eine Forscher*in des BIB erklärt:

»In gewisser Weise wird [bei den Bevölkerungsvorausberechnungen; Anm. d. A.] auch einkalkuliert, wie vermutlich die Migrationspolitik aussehen wird. Wir könnten uns natürlich überlegen, wie viel Zuwanderung stattfinden würde, wenn wir die Grenzen aufmachen. Ohne eine Idee, wie wir unsere Zuwanderung in Zukunft steuern, macht eine Modellrechnung wenig Sinn.« (Interview B)

Zweitens teilten beide Narrative den unmittelbar bevölkerungspolitischen entsubjektivierenden Blick auf die reproduktiven Körper von Migrant*innen. Denn dieser Blick im Kontext der Zuwanderungsdebatte war ein grundle-

gend anderer als derjenige, der in den entsprechenden familienpolitischen Demografie-Expertisen zur ›deutschen Geburtenrate‹ vorherrschte. Im Familienpolitik-Diskurs ging es um das reproduktive Begehren derjenigen Frauen aus den qualifizierten deutschen Mittelschichten, die im Rahmen einer selektiv pronatalistischen Familienpolitik zum Gebären angeregt werden sollte. Soziologisch-demografische Politikberatung zirkulierte hier um individuelle Kinderwunschökonomien und die ermöglichenden sozialen Settings der ›Vereinbarkeit‹ (vgl. Text »Nation und Kinderwunsch« in diesem Band). Demgegenüber wurde die Fertilität der Zugewanderten oder der Menschen mit Migrationsstatus in den untersuchten Agenden direkt auf der Ebene des Bevölkerungskörpers verhandelt. Mit Rückgriff auf die Unterscheidung in Foucaults Konzept der Biopolitik zwischen dem Pol der Bevölkerung und dem der individuellen Körper setzten die demografischen Forschungen damit nicht auf der Ebene der Subjektivierung der Einzelnen an, sondern am biopolitischen Effekt der Masse (vgl. Foucault 2001); oder wie Encarnación Gutiérrez Rodríguez es zusammenfasst: Es ging hier um die Adressierung von subjektlosen Objekten und nicht um die Regierung des Begehrens (vgl. Gutiérrez Rodríguez 2003).

Drittens bestärkte die Erfassung der Fertilität der ›Anderen‹ in beiden Narrativen die Vorstellung reproduktiver Genealogien der Abstammung, wie sie Etienne Balibar als zentral für die Nationform herausgearbeitet hat (vgl. Balibar 1992: 123ff). Dabei richteten sich diese genealogischen Verbindungslinien – im Unterschied zur neueren Kategorie des Migrationshintergrundes – aber in die Zukunft. Während letztere es ermöglichte, in Bezug auf die Vergangenheit entlang von Genealogien der Verwandtschaft rassistische Differenzierungen innerhalb des nationalen Bevölkerungskörpers auch jenseits der Grenze der Staatsbürgerschaft einzuziehen, verlängerte die Forschung über eine differenzielle ›migrantische Fertilität‹ den rassistischen Einschnitt in die Zukunft, indem hier die zukünftigen Kinder von Migrant*innen als ›andere, additive Bevölkerung‹ markiert wurden (vgl. Supik 2014: 108ff).

Demografiepolitik als Arbeitskraftpolitik? Eindämmungsstrategien in Richtung einer ›qualifizierten‹ Zuwanderung

Im Unterschied zu kontinuierlich anti-immigratorischer Schlussfolgerungen über die ›Gefährlichkeit‹ oder auch die ›Ineffektivität‹ von Zuwanderung in

Bezug auf eine langfristig gedachte, sich ›reproduzierende‹ migrantische Bevölkerung, wurden von ökonomischen Think Tanks und regierungsnaher Politikberatung demografische Projektionen teilweise anders gewichtet, wenn es um die Frage der Arbeitskraftpolitik ging: So sprach etwa ein*e BAMF-Expert*in von Zuwanderung als »zusätzliche Stellschraube« und eine weitere politikberatende Expertise (des ifo-Instituts für die Friedrich-Ebert-Stiftung) davon, dass es darum gehe, den Anteil oder die absolute Zahl zukünftiger Erwerbspersonen zu erhöhen und damit den demografischen Wandel zwar nicht zu stoppen, aber zu »dämpfen« (Thum u.a. 2015: 6; vgl. Interview C). Interessanterweise wurde in diesem Kontext dann meist auf eher mittelfristige demografische Projektionen zurückgegriffen, nicht auf die langfristigen Altersproportionen etwa bis 2050 oder 2100 wie in der Fertilitätsdebatte. Zudem ging es hier oftmals vorrangig um die sich als besonders dramatisch darstellende absolute Anzahl zukünftiger Erwerbsfähiger, nicht ihren Anteil – meist bis zum Jahr 2025 oder 2030.¹⁹

Die Frage des allgemeinen zukünftigen ›Erwerbspersonenpotenzials‹ stand allerdings kaum im Zentrum dieser demografiestrategischen Migrationsdebatten rund um die Frage des nationalen Arbeitskraftbedarfs. Im Vordergrund standen vor allem ›qualitative‹, d.h. selektive und hierarchisierende Einschnitte wie sie typisch für eine Demografisierung des Politischen sind. Denn der Diskurs verlief immer wieder so, dass die Prognose zukünftig fehlender Erwerbsfähiger an die These gekoppelt wurde, es gehe vor allem um ›qualifizierte‹ Zuwanderung und damit um die gezielte Anwerbung von ›Fachkräften‹, ohne die Differenz zwischen der reinen Zahl der ›Erwerbsfähigen‹ und der klassenselektiven Kategorie der ›Fachkräfte‹ zu markieren. Deutlich wurde dies etwa im Demografiebericht der Bundesregierung von 2011: Darin erklärte die Bundesregierung, sie halte eine »jährliche Nettozuwanderung von rund 400 000 Personen für erforderlich, um das Erwerbspersonenpotenzial in Deutschland im Vergleich zum Jahr 2008 annähernd konstant halten zu können« (BMI 2011: 76). Abgesehen davon, dass damals eine solche Zahl migrationspolitisch als nicht machbar impliziert wurde, folgte als nächster Satz auch gleich ohne einen weiteren Kommentar: »Qualifizierte Zuwanderung ist in dieser Dimension allerdings wohl kaum erreichbar.« (Ebd.) Das argumentative Spannungsverhältnis

19 Die Jahreszahlen wurden gewählt, da dies die Zeitspanne ist, in der die sogenannte Generation der Babyboomer ins Rentenalter kommen würde und die prognostizierte absolute Zahl der Erwerbsfähigen dann besonders stark abnimmt.

zwischen einem quantitativen ›Erwerbsfähigenbedarf‹ und dem Fokus der regulatorischen Vorschläge und Bemühungen auf die Hochqualifizierten- oder Fachkräfteanwerbung blieb ebenso allgegenwärtig wie dethematisiert. Dies geschah etwa, wenn sich die demografische Debatte auf eine Studie der OECD bezog, in der diese Deutschland angesichts einer Reihe aufenthaltsrechtlicher Reformen von 2012 und 2013 zu einem der liberalsten OECD-Länder in Bezug auf die Anwerbung von Hochqualifizierten erklärte (vgl. OECD 2013). In der Öffentlichkeit galten solche Hinweise auf eine ›unbemerkte Erweiterung‹ des Aufenthaltsrechtes oftmals als Synonym für eine bereits bestehende offene Migrationspolitik.²⁰ Deutlich wurde dies etwa in den Einwanderungsgesetz-Papieren der SPD und der CDU-Abgeordneten-Gruppe CDU2017 vom Frühjahr 2015, wo der zukünftige Erwerbspersonen- und Fachkräftebedarf weitgehend synonym verwendet wurde (vgl. CDU2017 2015; SPD 2015). Systematisch eingeschrieben wurde die Logik einer ›qualifizierten Zuwanderung‹ als demografischer Hebel auch in den – wenn auch unterschiedlich ausgestalteten – Plädoyers von Grünen über SPD und FPD bis hin zur AfD für ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild (vgl. Mediendienst Integration 2015). Nur die Linke sprach sich in diesem Zusammenhang in ihrem Parteiprogramm gegen eine Migrationspolitik aus, die »Menschen für das Kapital als ›nützlich‹ oder ›unnützlich‹ einteilt« (Die Linke 2011).

Eine solche Demografisierung von Migrationspolitik prägte auch die Art und Weise, wie die sogenannte ›Flüchtlingskrise‹ nach dem langen ›Sommer der Migration‹ hegemonial verhandelt wurde (vgl. Schwiertz/Ratfisch 2016: 17ff). Zwar wurde anfangs ab und an über die »schiere Zahl« im Sinne eines deutschen Zuwanderungsbedarfs spekuliert, oder sprach der Spiegel Ende 2015 von 500 000 Zuwanderer*innen pro Jahr als günstige Voraussetzung für ein »zweites deutsches Wirtschaftswunder« (Nahles 2015; Müller 2015). Und auch die Alterszusammensetzung der Geflüchteten wurde in der ersten Zeit vielfach als nützlich kommentiert: »Deutschland wird wieder jung«, titelte die Zeit und bezog sich – in der Debatte eher ungewöhnlich – auf eine EU-Statistik über die Senkung des Durchschnittsalters der EU-Gesamtbevölkerung durch die Asylsuchenden (Oberhuber 2015). Diese Erwägungen über langfristige quantitative und Alters-Effekte wurden aber von

20 Vgl. Brand 2015; Interview D. Gemeint waren mit den Reformen die Blue Card, die Regelungen für ›Mangelberufe‹ sowie neue Regelungen für Visa zur Arbeitsplatzsuche für Akademiker*innen.

Anfang an in Expertisen ebenso wie Medienreferenzen so gut wie vollständig von der Frage überlagert, wie die Geflüchteten als Fachkräftereservoir der Zukunft zu bewerten seien: Diverse Institutionen, von der Ressortforschung im BAMF und im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bis zu Think Tanks wie dem Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) oder dem ifo-Institut begannen emsig mit einer humankapitalistischen Einordnung der Neuankömmlinge und verbreiteten schnell starke Thesen über deren Nützlichkeit – trotz offensichtlichen Fehlens aktueller Daten. Dabei ließen sich zwei Positionen unterscheiden: Die eine erklärte die Neuankömmlinge wegen schlechter Qualifizierung generell als unbrauchbar für die Lösung des Fachkräfteproblems und beharrte auf einer strikten Trennung von Anwerberegime und Asylpolitik – so Innenminister De Maizièrre oder das ifo-Institut (vgl. De Maizièrre 2015; Vetter 2015). Die andere Position hob das längerfristige Fachkräftepotenzial bestimmter Gruppen Geflüchteter stärker hervor. Die erste war damit eher einem konservativ-national neoliberalen, letztere einem eher international-orientiert neoliberalen Hegemonieprojekt zuzuordnen.²¹

Verhandelt wurden in der Debatte nicht nur bestehende schulische und berufliche Qualifikationen. Es wurde auch vielfach spekuliert, mit welchem zukünftigen Ausbildungsniveau oder mit welcher zukünftigen Arbeitsmarktintegration bei bestimmten Gruppen zu rechnen sei – auf der Grundlage vergangener Erhebungen. So behauptete das ifo-Institut auf der Grundlage von PISA-Daten aus 2011, »dass zwei Drittel der Flüchtlinge aus Syrien von ihrem Bildungssystem für eine Beteiligung an einer modernen Gesellschaft nicht ausreichend ausgebildet wurden« oder verbreitete mit Rekurs auf Erhebungen der bayrischen Handwerkskammer eine zu erwartende Abbruchquote von 70 Prozent bei afghanischen, irakischen und syrischen Auszubildenden (ifo 2015a). Think Tanks wie etwa das IAB betonten demgegenüber stärker die von ihnen identifizierten Teilmengen »nützlicher« Geflüchteter und empfahlen insbesondere Investitionen in die Ausbildung der unter 25-jährigen (vgl. IAB 2015). Das Augenmerk lag hier von Anfang an in der Erfassung der

21 Eine andere Dimension der Expertise war es, die Unterschichtung des Arbeitsmarktes und die Orientierung der Flüchtlinge in Richtung »Helferberufe« vorzubereiten (vgl. IAB 2016). Das IW diskutierte eine flexible Aushöhlung des Mindestlohns (vgl. Hütner 2015); das ifo-Institut forderte gleich dessen völlige Abschaffung (vgl. ifo 2015b). Angesichts der Verknüpfung des demografischen Projektes mit »qualifizierter Zuwanderung« wurde dies aber nicht als zentrale demografisch-politische Frage verhandelt.

Gruppen, von deren asylrechtlicher Anerkennung ausgegangen wurde, indem etwa die statistische »Bleibewahrscheinlichkeit« in Form nationaler Anerkennungsquoten in Aussagen zur Qualifizierung der Geflüchteten einberechnet wurden (IAB 2016: 5). Dazu kamen einige Vorstöße in Richtung selektiver rechtlicher oder administrativer Verbesserungen für bestimmte Gruppen von Asylbewerber*innen und Geduldeten, wie etwa frühere Arbeits- und Ausbildungszugänge oder auch das Plädoyer für einen bisher vom Aufenthaltsgesetz ausgeschlossenen »Spurwechsel« in Richtung anderer Aufenthaltstitel (vgl. IW 2015b). All dies geschah unisono auf der Grundlage, dass die Think Tanks Abschreckungsmaßnahmen in den Herkunftsländern, schnellere Entscheidungen und schnellere Abschiebungen für diejenigen forderten, die keine »Bleibeperspektiven« hatten und als unqualifiziert galten.

Die auf den ersten Blick vor allem klassenselektiven Kriterien einer »qualifizierten Einwanderung« ließen sich dabei nicht von rassistischen Kriterien der Ein- und Ausschlüsse trennen, sondern gingen damit einher, dass auf die Archive rassistischer Zuschreibungen zurückgegriffen wurde. Die utilitaristischen ökonomischen Rationalitäten der Demografiedebatte verliefen zudem nicht separat zu den anderen wichtigen Aspekten des deutschen Migrationsregimes: den Dispositiven der Sicherheit, des antimuslimischen Rassismus, aber auch der An- und Aberkennung von Schutzbedürftigkeit, um nur einige zu nennen. Rassistische Projektionen und Praktiken entwickelten sich quer zu diesen Formationen und auch wechselseitig überdeterminierend. Wie gezeigt, war es ein Aspekt der Erfassungsszenarien nach dem »Sommer der Migration«, bestimmte Gruppen von Geflüchteten nach nationaler Herkunft zu kategorisieren und dementsprechend medial nationale Zuschreibungen zu transportieren (2015 insbesondere zu Afghanistan, Syrien, Irak und Eritrea). Dabei wurden nicht nur Angaben über den jeweiligen national durchschnittlichen Ausbildungsstatus verbreitet, sondern auch Spekulationen über langfristige Qualifizierungs- und Arbeitsmarktperspektiven – mit Verweis auf Ausbildungsabbruchquoten oder Erwerbslosenzahlen früher angekommener Gruppen. Im Sinne demografischer Kategorisierungen funktionierte ein solches Wissen nicht als Verweis auf die sozialen (inklusive rassistischen) Verhältnisse, die hinter diesen Zahlen stehen mochten, sondern als Zuschreibung von Gruppeneigenschaften, die bestehende Archive rassistischer Projektionen zu stabilisieren, aber auch zu verändern und zu erweitern vermochten. Die Debatte über die (Nicht-)Nützlichkeit der Geflüchteten, wie sie sowohl beim Ausspielen eines Anwerberegimes gegen humanitäre Kriterien als auch beim selektiven Zugriff auf qualifizierte Neu-

ankömmlinge florierte, entwickelte somit eine enorme Dynamik rassistischer Projektionen und Differenzierungspraktiken.

Typisch für die rassistischen Effekte im Rahmen des Demografiedispositivs war es zudem, dass die vermeintlich längerfristige staatlich-migrationspolitische Perspektive und die Rede von nun erwünschten neuen Staatsbürger*innen dennoch damit einherging, dass die sogenannten Bleibeperspektiven nicht nur im Asylrecht, sondern auch in den bevorzugten Anwerberegimen grundsätzlich mit dem Etikett der Vorläufigkeit versehen wurden. Die Illusion demografiepolitischer Gestaltung mündete hier darin, den Bevölkerungskörper via Finetuning permanent an neue demografisch analysierte Konstellationen und Zukünfte anpassen zu wollen. Die Ausdifferenzierung von Kriterien der Nützlichkeit ermöglichte es, dass Bleiberechte im Aufenthaltsrecht je nach Qualifikation zunehmend hierarchisiert wurden – und weiterhin in einem Stückwerk von widerrufbaren Kannbestimmungen bei der Einräumung und Verlängerung von Aufenthaltstiteln untergeordnet wurden, die für die allermeisten Gruppen (auch die meisten ›Qualifizierten‹) mit einem jahrelangen bis permanent prekären Aufenthalt einhergingen (vgl. Gutiérrez Rodríguez 2016). Die behördliche Willkür stand nicht zur Disposition, sondern wurde letztendlich über die neuen Bestimmungen – nach klassenselektiv und damit verschränkten rassistischen Kriterien – ausgeweitet.

Im Sinne einer intersektionalen Analyse der damaligen demografisierten Familien- und Migrationspolitik lässt sich zudem zeigen, dass sich im utilitaristisch-neoliberalen Hegemonieprojekt angesichts des übergeordneten Diskurses zum ›Fachkräftemangel‹ auch die rassistische Konfrontationslinie unter dem Motto ›Kinder statt Inder‹ klassenselektiv ausdifferenzierte. Dieses Motto war 2000 dem CDU-Politiker Jürgen Rüttgers zugeschrieben worden und blieb im völkisch-nationalen Projekt der AfD präsent (vgl. Spiegel 2000, AfD 2014). Das Ausspielen fand nun vorrangig unter den Vorbedingungen der klassenselektiven Exklusion zwischen in- und ausländischen Fachkräften statt: Auf der einen Seite ging es um die Mobilisierung der ›stillen Reserve‹ der qualifizierten Frauen, denen mit der familienpolitisch zentralen ›Vereinbarkeit von Familie und Beruf‹ gleichzeitig auch die Verwirklichung von Kinderwünschen ermöglicht werden sollte, um auch langfristig für Humankapital zu sorgen. Dazu kam das Projekt der Mobilisierung der (insbesondere jüngeren und älteren) qualifizierten Erwerbslosen. Auf der anderen Seite sollte die zukünftige nationale Fachkräftebasis eben auch durch die anzuwerbenden ausländischen Fachkräfte und die zu qualifizierenden anerkannten Geflüchteten erweitert werden. Der Diskurs des Fachkräftemangels, der auf der Grundlage

eines spekulativen statistischen Wissens Arbeitsverhältnisse ebenfalls ›demografisierte‹, indem die Menge der Qualifizierten und nicht die Bedingungen von Arbeitskraftpolitiken zum Ansatzpunkt wurden, entwickelte sich so also zu einer verbindenden Klammer einer qualitativen klassenselektiven Bevölkerungsprogrammatik (vgl. Georgi u.a. 2014).²² In Bezug auf die Programmatik einer selektiven Fachkräftenanwerbung stimmten zudem Hegemonieprojekte von völkisch-national über national-konservativ-neoliberal und international-orientiert-neoliberal bis linksliberal überein, während sie in der Frage humanitärer Asylpolitik, aber auch in Bezug auf nationale Leitbilder oder Leitkulturen stark auseinanderdrifteten. Gleichzeitig ermöglichte das Dispositiv einer qualitativen Bevölkerungspolitik jederzeit ein rassistisches Ausspielen inländischer gegen ausländische Fachkräfte, das sowohl für völkisch-nationale Argumente als auch für ein in manchen sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Kreisen vertretenes ›national-soziales‹ Hegemonieprojekt anschlussfähig wurde, etwa wenn Qualifizierungsoffensiven im Inland als Priorität gegenüber der Anwerbung ausländischer Fachkräfte betont wurden (vgl. ebd.: 219). Aus einer demografiekritischen Perspektive ist es wichtig, jeweils die entnannte Seite der Exklusion sowohl in einer demografisierten Familien- als auch in einer demografisierten Migrationspolitik herauszustellen. Dazu zählte zum einen die implizierte Abwertung von Kindern oder Kinderwünschen der als ›bildungsfern‹ stigmatisierten, prekär Arbeitenden, Erwerbslosen und Migrant*innen. Zum anderen blieben als Kehrseite der allseits als liberal gefeierten ›qualifizierten Zuwanderung‹ vielfältige Strategien der Abschottung, Entrechtung, Illegalisierung und Abschiebung eine übergreifende Klammer der Demografiepolitik, die allerdings systematisch entnannt wurde (vgl. Schreiner 2013). Dass die im Nachklang des ›Sommers der Migration‹ an Bedeutung gewinnenden demografischen Rationalitäten mit einer Verschärfung abschottungspolitischer Maßnahmen absolut kompatibel waren, machten vielfältige Verschärfungen des Asylregimes ab Mitte 2015 mehr als deutlich.²³

22 Zur Problematik der Erfassung des ›Fachkräftemangels‹ vgl. Kramer 2015; BAMF 2015.

23 Siehe dazu regelmäßige Updates zu Asylrechtsverschärfungen bei Pro Asyl (<https://www.proasyl.de/thema/asylrechtsverschaeerfung/>)

Konjunkturen des Rassismus: Die zukünftige Nation und eine demografisierte Migrationspolitik

Deutlich wurde bis hier, dass das demografische Wissen das Konfliktfeld der Migrationspolitik im Kontext des ›Sommers der Migration‹ auf eine spezifische Weise strukturierte. Das demografische Dispositiv ist dabei nicht losgelöst von anderen rassistischen Dispositiven zu betrachten – wie etwa das ab 2016 wieder mehr als deutlich werdende Sicherheitsdispositiv im Kontext eines kriminalisierenden, vor allem antimuslimisch ausgerichteten Rassismus. Demografie stellte sich als Konfliktfeld dar, auf dem verschiedene Hegemonieprojekte und verschiedene Konzepte der Nation, und insofern auch verschiedene rassistische Konjunkturen, aufeinandertrafen. Verhandelt wurden Fragen einer längerfristigen biopolitischen Bedeutung von Migration für die Nation. Auf den ersten Blick positionierten sich dabei diejenigen, die demografische Nützlichkeitskriterien in der Debatte um Zu- oder Einwanderungspolitik betonten, gegen die Vertreter*innen einer Demografie als völkisch-nationales Projekt. Letztere warnten mit neuem Rückenwind durch AfD und Co vor einer ›Überfremdung‹ oder ›Überlastung‹ und wollten die vermeintlich homogene Ethnizität der Deutschen durch nationale Abschottung weiter verteidigen (vgl. Botsch/Kopke 2018). Gleichzeitig bestärkten sich diese beiden hier in den Vordergrund gestellten Hegemonieprojekte aber auch in vieler Hinsicht, insoweit sie sich beide (auf unterschiedliche Weise) auf eindämmende klassenselektive und/oder rassistische Kriterien gegen rein quantitative demografische Rationalitäten bezogen, also darauf ausgerichtet waren, einer rein quantitativen Logik von Migration als einfache Gegenstrategie gegen das nationale ›Schrumpfen‹ und ›Altern‹ entgegenzuwirken. Die Demografiedebatte stellte so auch eine Reaktion auf erkämpfte Migrationsbewegungen und eine Normalisierung von Deutschland als Einwanderungsland dar, in der so etwas wie längerfristige Effekte von Zuwanderung überhaupt verhandelt werden konnten und mussten. Die prinzipiell in ihren Grundaussrichtungen unhinterfragte demografische Problematisierung eines ›schrumpfenden‹ und ›alternden‹ Deutschlands stellte dabei auch eine gemeinsame Folie dar, die systematisch eine gewisse Nähe verschiedener Hegemonieprojekte (von völkisch-national über konservativ-national-neoliberal und international-orientiert-neoliberal bis national-sozial) in ihren gemeinsamen Positionen für eine ›qualitative‹ Bevölkerungspolitik herstellte. So lief die angefeuerte Wissensproduktion über eine segregierte ›migrantische Geburtenrate‹, wenn auch auf sehr unterschiedliche Weise, in utilitaristisch-neolibera-

len und völkisch-nationalen Projekten auf anti-immigratorische Schlussfolgerungen hinaus – sei es, dass die Geburtenrate der ›Anderen‹ als ›zu hoch‹ für das Projekt einer ›ethnisch homogenen‹ Nation oder als ›zu niedrig‹ für die nationale ›Alterung‹ projiziert wurde. Gemeinsam wurden hier reproduktive Genealogien der ›Anderen‹ bis weit in die Zukunft konstruiert und die rassistische Idee einer sich separat reproduzierenden Bevölkerungsgruppe bestärkt. Ebenso war es den Hegemonieprojekten gemeinsam, im Verhandeln über Strategien einer mittel- oder längerfristigen Arbeitskraftpolitik, wenn auch auf sehr unterschiedliche Weise, mehr oder weniger selektive Rationalitäten einzuführen und zu überlegen, wie diese Strategien auf Fachkräftenwerbung und -mobilisierung eingedämmt und flexibilisiert werden konnten. Sowohl die Narrative über ein segregiertes ›reproduktives Verhalten‹ von Migrant*innen als auch die Narrative der Zu- oder Abschreibung von ›Qualifiziertheit‹ oder auch ›Qualifizierbarkeit‹ sind somit als Elemente einer epistemischen Gewalt zu verstehen, die typisch für die Konjunktur des Rassismus im Rahmen einer demografisierten Migrationspolitik waren und sind.

Abschließend möchte ich einige Anmerkungen hinzufügen, inwiefern die Demografisierung von Migrationspolitik dabei zu einer Reartikulation des deutschen Nationenbegriffs beitrug und dann einige Schlussfolgerungen für eine intersektionale feministische und rassismuskritische Kritik der Demografisierung von Migrationspolitik ziehen, um dieser epistemischen Gewalt etwas entgegenzusetzen. Im Zentrum einer demografisierten Migrationspolitik steht sicher das Projekt der Nation. Die aufgezeigten Anordnungen des demografischen Wissens reproduzieren einen ›nationalen Container‹ als unhintergehbare Bezugsgröße, mit dem die rassistische Anordnung des Otherring, also die Frage, wen von den ›Anderen‹ ›wir‹ brauchen, perpetuiert wird (vgl. Hess 2011; Attia 2014). Trotz aller Debatten über Öffnungen und Flexibilisierungen des Migrationsregimes in der untersuchten Phase wurde mit dem Rekurs auf demografisches Wissen die Nationform gefestigt, indem ›Bevölkerung‹ als prinzipiell abgegrenzte Einheit ins Verhältnis zu nationalökonomischen oder ethnisierenden Daten und Kriterien gesetzt wurde, zu deren Optimierung sie reguliert und angepasst werden sollte. Diese Rationalität zeichnet sich zudem grundlegend durch eine planwirtschaftliche Phantasmatik aus und setzt sowieso voraus, globale kapitalistische Zusammenhänge, weltwirtschaftliche Dynamiken und damit auch rassistische, postkoloniale Kontinuitäten globaler Ausbeutungsverhältnisse systematisch auszublenden.

Die fiktive Ethnizität, die Balibar als zentrale Referenz für die Nationform kapitalistischer Vergesellschaftung analysiert hat, war im Rahmen der analy-

sierten Demografisierungsprozesse allerdings in Veränderung begriffen (vgl. Balibar 1992). Während das rechte Hegemonieprojekt eine homogene Ethnizität mit Rekurs auf eine biologisch-kulturelle Vergangenheit weiter verteidigte, verortete das utilitaristisch-neoliberale Projekt, wie ich es anhand der politikberatenden Think Tanks und Regierungsexpertisen untersucht habe, die fiktive Ethnizität vor allem in einer vermeintlichen nationalen Zukunft. Projektionsfläche wurde ein zukünftiger nationaler Bevölkerungskörper, der durch Migration erweitert und dabei im Sinne eines ›Leitbildes‹ statt einer Leitkultur alten Zuschnitts durch vielfältige staatliche Einschnitte modernisiert werden sollte.²⁴ Diese Zukunft ist jedoch keine offene, sondern eine, die sich über das Ideal einer Stabilität des gesellschaftlichen Status quo legitimiert – und darüber, dass langfristig die nationalökonomische Entwicklung (oder auch die Stabilität des Staatshaushaltes) garantiert werden sollte. Mit Rekurs auf Michel Foucaults Konzept des Staatsrassismus, innerhalb dessen rassistische Einschnitte mit einer allgemeinen Selbststärkung des Lebens legitimiert werden, könnte auch dieses Projekt einer nationalen Zukunft als nationalökonomisch-staatsrassistisch verstanden werden (vgl. Foucault 2001): Biopolitische Einschnitte seien eben nötig, um das zukünftige ökonomische Fortkommen aller in der Nation langfristig zu sichern. Im Unterschied zu kurzfristiger angelegten Anwerbepolitiken im Sinne einer Hire- and Fire-Migration entwickelten sich in dieser Vision einer zukünftigen Nation komplexere vielfältigere Ein- und Ausschlusskriterien, wie sie etwa auch von Tsianos und Pieper als typisch für neue Konjunkturen des Rassismus identifiziert wurden (vgl. Tsianos/Pieper 2011). Für einen »postliberalen Rassismus« erklären sie: »War das corpus delicti des Neorassismus die kulturalistische Trope der Unvereinbarkeit von Kulturen, so ist es für den postliberalen Rassismus die proaktive Vervielfältigung der Grenzen innerhalb der liberalen Politiken der Bürgerschaft.« (ebd.: 121) Die Autor*innen referierten insbesondere auf die Arbeiten von Sandro Mezzadra und Brett Neilson, die darauf hinwiesen, dass Rassismuskritik sich heute eher mit einer differenziellen Inklusion in stratifizierte Ausbeutungsverhältnisse als mit der reinen Exklusion zu beschäftigen habe (Mezzadra/Neilson 2013: 73f, 157f).

24 Den Begriff des Leitbildes bringt etwa das IW im Kontext seiner Vorschläge zur Einwanderungspolitik ein (vgl. IW 2015a). Aber auch der Vorschlag von Naika Foroutan, die für ein zukünftiges politisches Leitbild und gegen eine Leitkultur plädierte, ist mit einem solchen flexibilisierten Nationenbegriff kompatibel (vgl. Foroutan 2015).

Für eine demografiekritische Perspektive ist es jedoch zentral, weniger die differenzielle Inklusion zu betonen als die wechselseitige Konstitution differenzieller Inklusion und Exklusion herauszuarbeiten und die oftmals entnannten exkludierenden Strategien und Effekte hervorzuheben. Dafür ist es nötig, die Kritik der staatsrassistischen Grundanordnung mit der Analyse diverser und spezifischer institutioneller Rassismen zu kombinieren. Denn über den foucaultschen Rassismusbegriff hinaus gilt es, die biopolitischen rassistischen Einschnitte in die Bevölkerung nicht nur zu konstatieren, sondern auch zu erklären, auf welche Gruppen Rassismus wirkt und welche Körper nach welchen Projektionen zu den un/erwünschten Anderen werden. Eine rassismustheoretische Analyse braucht dabei auch – über diesen Ausgangspunkt einer Kritik der grundsätzlichen staatsrassistischen Anordnung hinaus – eine differenzierte Analyse institutioneller Rassismen, sei es in den Willkürentscheidungen von Behörden, sei es in den Erfassungskriterien der Wissenschaft. Schließlich geschieht hier das Finetuning des differenziellen Aus- und Einschlusses – und sind dies die Laboratorien, in denen alltäglich vielfältige Rassismen reaktiviert oder auch neu formiert werden können.

Eine intersektionale Kritik der untersuchten Phase einer Demografisierung von Migrationspolitik kann zudem dafür sensibilisieren, dass in bestimmten Konjunkturen des Rassismus die rassistischen Ein- und Ausschlusskriterien über eine unmittelbare kurzfristige Nützlichkeit produktiver Körper für global stratifizierte Arbeitsmärkte hinausgehen. Zum einen werden im Rahmen der demografiepolitischen Perspektive die erstellten Behauptungen über eine zukünftige Nützlichkeit von Zugewanderten im Sinne einer ›Qualifizierbarkeit‹ oder ›Integrierbarkeit‹ in den Arbeitsmarkt langfristiger. Zum anderen spielte in dem beschriebenen Demografie-Revival auch die Differenzierung nach Altersgruppen, Familienstatus, Reproduktivität und biologisches Geschlecht der ›Anderen‹ eine wichtige Rolle, womit der Blick auf eine günstige ›generative Zusammenstellung‹ und auf die reproduktiven Körper der ›Anderen‹ an Bedeutung gewann. Eine rassismuskritische Strategie gegen Projekte der Demografisierung muss insofern immer im ersten Schritt an der Nationform und der Idee einer nationalen Nützlichkeit selbst ansetzen, sei sie kurzfristiger arbeitskraftökonomisch oder – wie es das genuin Demografiepolitische ausmacht – langfristig biopolitisch angelegt. Es gilt, aus einer Perspektive weltwirtschaftlicher Ungleichheit und Ausbeutung ein ›Wir‹ zurückzuweisen, für dessen nationalökonomisches Wohl Migrationspolitik instrumentalisiert werden soll – so inklusiv und hybrid es auch formuliert sein mag. Meines Erachtens ist es für die Kritik einer

solchen rassistischen Konjunktur zentral, erstens die Verschränkung von rassistischen und klassenselektiven Kriterien aus der Perspektive derjenigen zu hinterfragen, die als kurz-, mittel- oder sogar langfristig ›unnützlich‹ und ›überflüssig‹ markiert werden. Weiterhin zeigt sich aber auch, dass eine auf die Verschränkung von Klasse und Rassismus orientierte Analyse zu kurz greift, wenn sie Fragen biopolitischer Genealogien außen vor lässt. Zur Kritik einer demografiepolitischen rassistischen Konjunktur gehört deswegen auch die Kritik einer Reaktivierung genealogischer Ideen der Nation, innerhalb derer aktuelle Bevölkerungen den nationalen Status quo über die Genealogien der Verwandtschaft in die Zukunft verlängern. Das merkwürdig ambivalente Interesse an der Reproduktivität, am Familienstatus und an der Jugendlichkeit der ›Anderen‹ in der untersuchten Phase einer demografisierten Migrationspolitik in Deutschland sollte insofern zentraler Gegenstand einer solchen Rassismuskritik sein.

Der ›lange Sommer der Migration‹ nach und durch Europa hindurch – samt fehlender ›Obergrenzen‹ und einem fehlenden staatlichen Überblick – war ein Gräuel für die Apologet*innen der Demografie und viele Entwicklungen zielten seitdem darauf ab, ihr Ordnungsdenken wieder zu etablieren. Eine antirassistische Praxis muss dazu beitragen, aus einer Kritik differenzieller Exklusion heraus diese Perspektive der Demografisierung zu verweigern und die im demografischen Wissen stillgestellten Verhältnisse statt die problematisierten Bevölkerungsgruppen in den Mittelpunkt zu rücken. Für eine solche Politik der Durchkreuzung des Nationalen gibt es viele Anknüpfungspunkte. Der Rekurs auf ein Recht auf Rechte und der Protest gegen heutige und kommende Ausschlüsse und Entrechtungen aus den Federn von Statistik und Demografie gehören auf jeden Fall dazu.

Interviews

Interview A mit Wissenschaftler*in des Max-Planck-Instituts für Demografische Forschung am 9.7.2015 in Rostock.

Interview B mit Wissenschaftler*in des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung am 22.7.2015 in Wiesbaden.

Interview C mit Wissenschaftler*in des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge am 8.9.2015 in Nürnberg.

Interview D (Telefoninterview) mit Wissenschaftler*in ehemals Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, inzwischen in der universitären Forschung am 17.9.2015.

Literatur

- AfD (Alternative für Deutschland) 2014: Demografie und Familienpolitik. Stärkung von Familien und Willkommenskultur für Kinder müssen Vorrang vor Zuwanderung haben, Pressemitteilung der AfD Brandenburg vom 2.9.2014, <https://afd-brandenburg.de/> (Zugriff: 11.4.2022).
- AfD 2016: Programm für Deutschland. Grundsatzprogramm der Partei Alternative für Deutschland, 30.4./1.5.2016, Stuttgart: AfD.
- Attia, Iman 2014: Rassismus (nicht) beim Namen nennen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 13/14: 8-14.
- Bade, Klaus J. (Hg.) 1994: *Das Manifest der 60. Deutschland und die Einwanderung*, München: Beck.
- Balibar, Etenne 1992: Die Nation-Form. Geschichte und Ideologie, in: ders./Immanuel Wallerstein (Hg.): *Rasse Klasse Nation: Ambivalente Identitäten*, Hamburg: Argument, 107-130.
- BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) 2011: *Generatives Verhalten und Migration. Eine Bestandsaufnahme des generativen Verhaltens von Migrantinnen in Deutschland*, Nürnberg: BAMF.
- BAMF 2015: *Bestimmung von Fachkräfteengpässen und Fachkräftebedarfen in Deutschland*, Working Paper 64, Nürnberg.
- Barlösius, Eva 2007: Die Demographisierung des Gesellschaftlichen. Zur Bedeutung der Repräsentationspraxis, in: dies./Daniela Schiek (Hg.): *Demographisierung des Gesellschaftlichen*, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 9-32.
- Birg, Herwig 2001: *Auswirkungen und Kosten der Zuwanderung nach Deutschland. Gutachten im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums*, Bielefeld.
- Birg, Herwig 2005: *Die ausgefallene Generation. Was die Demographie über unsere Zukunft sagt*, München: Beck.
- BMI (Bundesministerium des Innern) 2011: *Demografiebericht. Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes*, Berlin.

- BMI 2012: Jedes Alter zählt. Demografiestrategie der Bundesregierung, Berlin.
- BMIBH (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat) 2021: Demografiepolitik im Querschnitt. Résumé des Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat zum Ende der 19. Legislaturperiode, Berlin: BMIBH.
- Botsch, Gideon/Christoph Kopke 2018: Der »Volkstod«. Zur Kontinuität einer extrem rechten Paranoia, in: Juliana Lang/Ulrich Peters (Hg.): Antifeminismus in Bewegung, Hamburg: Marta-Press, 63-90.
- Brand, Katrin 2015: Kursänderung mit Anlauf. CDU für Einwanderungsgesetz nach 2017, in: Tagesschau vom 14.9.2015, <https://www.tagesschau.de> / (Zugriff: 18.6.2016).
- Buckel, Sonja/Fabian Georgi/John Kannakulam 2014: Theorie, Methoden und Analysen kritischer Europaforschung, in: Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Hg.): Kämpfe um Migrationspolitik, Bielefeld: transcript, 15-86.
- Bühler, Christoph/Bianca Brüning 2017: The Fertility of Migrants and Minorities in Europe, Präsentation des Forschungsprojekts, Leibniz Universität Hannover, <https://www.ish.uni-hannover.de/> (Zugriff: 11.4.2022).
- Butterwegge, Christoph/Gerd Bosbach/Matthias Birkwald (Hg.) 2012: Armut im Alter. Probleme und Perspektiven der sozialen Sicherung. Frankfurt/M: Campus.
- Carstensen, Lisa/Lisa-Marie Heimeshoff/Lisa Riedner 2018: Der Zwang zur Arbeit. Verwertungslogiken in den umkämpften Regimen der Anwerbe-, Flucht- und EU-Migration, in: Sozial.Geschichte Online 23: 235-269.
- CDU2017 2015: 10 Thesen zur aktuellen Debatte, 1./2.3.2015, <http://www.cdu2017.de> (Zugriff: 18.6.2016).
- De Maizièrè, Thomas 2015: Eröffnungsrede auf dem Strategiekongress Demografie am 22.9.2015, <https://www.youtube.com> (Zugriff: 11.4.2022).
- Demirovic, Alex/Manuela Bojadzijeve 2002: Konjunkturen des Rassismus, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Die Linke 2011: Programm der Partei die Linke, <https://www.die-linke.de> (Zugriff: 18.6.2016).
- Foroutan, Naika 2015: Wir brauchen ein Leitbild statt einer Leitkultur, in: Mediendienst Integration, 16.10.2015, <https://mediendienst-integration.de> (Zugriff: 11.4.2022).

- Foucault, Michel 1980: *The Confession of the Flesh*, in: ders. (Hg.): *Power/Knowledge: Selected Interviews and Other Writings 1972-1977*, New York: Pantheon, 194-228.
- Foucault, Michel 2001: Vorlesung vom 17. März 1976, in: ders.: *In Verteidigung der Gesellschaft*, Frankfurt/M: Suhrkamp, 282-311.
- Georgi, Fabian 2016: Ökonomie der Flucht und der Migration, in: *Prokla* 46(2): 183-203.
- Georgi, Fabian/Nikolai Huke/Jens Wissel 2014: Fachkräftemangel, Lohndumping und Puzzle-Politik, in: *Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa* (Hg.): *Kämpfe um Migrationspolitik*. Bielefeld: transcript, 209-226.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación 2003: Gouvernamentalität und die Ethnisierung des Sozialen, in: Marianne Pieper/dies. (Hg.): *Gouvernamentalität. Ein sozialwissenschaftliches Konzept in Anschluss an Foucault*, Frankfurt/M: Campus, 161-178.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación 2016: Sensing Dispossession. Women and Gender Studies between Institutional Racism and Migration Control Policies in the Neoliberal University, in: *Women's Studies International Forum* 54, 167-177.
- Haug, Sonja 2017: Migration und migrationsbedingte Veränderungen der Bevölkerungsstruktur. Befunde, Prognosen, Herausforderungen, in: Tilman Mayer (Hg.): *Die transformative Macht der Demografie*, Wiesbaden: Springer VS, 257-278.
- Heim, Susanne/Ulrike Schaz 1996: *Berechnung und Beschwörung. Überbevölkerung – Kritik einer Debatte*, Berlin: Schwarze Risse.
- Herm, Anne/Michel Poulain 2012: Economic Crisis and International Migration. What the EU Data Reveal? In : *Revue Européenne de Migrations Internationales* 28(4): 145-169.
- Hess, Sabine 2011: Welcome to the Container. Zur wissenschaftlichen Konstruktion der Einwanderung als Problem, in: Sebastian Friedrich (Hg.): *Rassismus in der Leistungsgesellschaft*, Münster: assemblage, 40-58.
- Hüther, Michael 2015: Der Mindestlohn ist ein Hemmnis, in: *Handelsblatt*, 26.10.2015, <https://www.handelsblatt.com/> (Zugriff: 11.4.2022).
- IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) 2015: Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt. Der Stand im September 2015, in: *Aktuelle Berichte* 14/2015, Nürnberg.
- IAB 2016: Typisierung von Flüchtlingsgruppen nach Alter und Bildung, in: *Aktuelle Berichte* 6/16, Nürnberg.

- Ifo-Institut 2015a: Ifo-Ökonom Wößmann fordert Erfassung des Bildungsniveaus der Flüchtlinge, Pressemitteilung vom 4.12.2015, <https://www.pressebox.de/inaktiv/> (Zugriff: 11.4.2022).
- Ifo-Institut 2015b: Mindestlohn behindert Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt, Pressemitteilung vom 27.10.2015, <http://www.cesifo-group.de/> (Zugriff: 18.6.2016).
- IW (Institut der deutschen Wirtschaft Köln) 2015a: Zuwanderung, Integration und Wachstum. Eckpunkte für ein weiterentwickeltes Zuwanderungsrecht, <https://www.iwkoeln.de/> (Zugriff: 11.4.2022).
- IW 2015b: Flüchtlinge. Herausforderung und Chance für Deutschland, IW Policy Paper 26/2015, Köln.
- Karakayali, Juliane 2011: Bevölkerungspolitik im Postfeminismus, in: Sebastian Friedrich (Hg.): Rassismus in der Leistungsgesellschaft, Münster: assemblage, 134-146.
- Kohls, Martin/Robert Naderi/Susanne Schmid 2013: Die Auswirkung wanderungsbezogener und sozioökonomischer Aspekte auf das generative Verhalten türkischer Migrantinnen in Deutschland, in: *Bevölkerungsforschung aktuell*. Mitteilungen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2: 23-28.
- Kramer, Bernd 2015: Was wurde aus dem Fachkräftemangel? in: Spiegel, 13.4.2015, <https://www.spiegel.de> (Zugriff: 11.4.2022).
- Krapf, Sandra/Katharina Wolf 2015: Persisting Differences or Adaptation to German fertility Patterns? First and Second Birth Behaviour of the 1.5 and Second Generation Turkish Migrants in Germany, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 67: 137-164.
- kritnet (Netzwerk kritische Migrations- und Grenzregimeforschung) 2016: Offener Brief in Reaktion auf den CfP »The Fertility of Migrants and Minorities«, <http://kritnet.org/2016/demografie-und-rassismus/> (Zugriff: 5.3.2022).
- Lanzieri, Giampaolo 2013: Old and New Measures of Population Replacement. A Comparative Review with Application to European Countries, Conference paper, August 2013. ResearchGate, <https://www.researchgate.net/publication/258208913> (Zugriff: 11.4.2022).
- Laufenberg, Mike/Susanne Schultz 2021: The Pandemic State of Care: Care Familialism and Care Nationalism in the COVID-19-Crisis. The Case of Germany, in: *Historical Social Research* 46(4): 72-99.
- Lemke, Thomas 2007: An Indigestible Meal? Foucault, Governmentality, and State Theory, in: *Distinktion* 8(2): 43-64.

- Mayer, Tilman 2012: Demografiepolitik. Working Paper des Berliner Demografie Forum, 2.1.2012, Berlin.
- Mecheril, Paul/Astrid Messerschmidt 2013: Abseits der Assimilation: Konturen non-affirmativer subjektorientierter Migrationsforschung, in: *Psychologie und Gesellschaftskritik* 27(3/4): 137-154.
- Mediendienst Integration 2015: Braucht Deutschland ein Einwanderungsgesetz? Positionen von Parteien und Experten, <https://mediendienst-integration.de> (Zugriff: 11.4.2022).
- Messerschmidt, Reinhard 2014: »Garbled Demography« or »Demographization of the Social«? A Foucaultian Discourse Analysis of German Demographic Change at the Beginning of 21st Century, in: *Historical Social Research* 39(1): 299-335.
- Messerschmidt, Reinhard 2016: Demografisierung des Gesellschaftlichen. Eine diskursanalytische Bestandsaufnahme, in: Julian Hamann/Jens Maeße/Vincent Gengnagel/Alexander Hirschfeld (Hg.): *In Macht in Wissenschaft und Gesellschaft. Diskurs- und feldanalytische Perspektiven*, Wiesbaden: Springer VS, 319-357.
- Mezzadra, Sandro 2010: Autonomie der Migration – Kritik und Ausblick. Eine Zwischenbilanz, http://www.grundrisse.net/grundrisse34/Autonomie_der_Migration.htm (Zugriff: 11.4.2022).
- Mezzadra, Sandro/Brett Neilson 2013: *Border as Method, or the Multiplication of Labor*. Durham: Duke University Press.
- Milewski, Nadja 2009: *Fertility of Immigrants and Their Descendants in West Germany. An Event-History Approach*, Dissertation Universität Rostock.
- MPIDR (Max Planck Institute for Demographic Research) 2017: *Fertility of Migrants in Germany. Project of the MPIDR Department Life Course, Social Policy, and the Family*, Rostock.
- Müller, Henrik 2015: Zuwanderung. Das zweite deutsche Wirtschaftswunder, in: *Spiegel* 27.12.2015, <https://www.spiegel.de> (Zugriff: 11.4.2022).
- Naderi, Robert 2015: Kinderzahl und Migrationshintergrund. Ein Vergleich zwischen Frauen türkischer Herkunft mit oder ohne eigene Wanderungserfahrung sowie Frauen ohne Migrationshintergrund in Westdeutschland, in: *Zeitschrift für Familienforschung* 3: 322-342.
- Nahles, Andres 2015: Rede auf dem Strategiekongress Demografie am 22.9.2015, <https://www.youtube.com> (Zugriff: 11.4.2022).
- Oberhuber, Nadine 2015: Demografie. Deutschland wird wieder jung, in: *Zeit*, 15.9.2015, <https://www.zeit.de> (Zugriff: 11.4.2022).

- Oberndörfer, Dieter 2005: Demographie und Demagogie. Wissenschaft und Interesse bei Herwig Birg und Charlotte Höhn, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12: 1481-1490.
- OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) 2013: *Germany Labour Migration. Germany is Open to Graduates but Immigration is Difficult for Medium-Skilled Workers*, <http://www.oecd.org> (Zugriff: 18.6.2016).
- Riedner, Lisa 2015: Justice for Janitors? Marktbürgerschaft, Freizügigkeit und EU-Migrantinnen im Arbeitskampf. Einblicke in ein aktivistisches Forschungsprojekt, in: *movements* 1(2): 1-25.
- Sarrazin, Thilo 2010: *Deutschland schafft sich ab*, München: DVA.
- Scherschel, Karin 2016: Citizenship by work? Arbeitsmarktpolitik im Flüchtlingsschutz zwischen Öffnung und Selektion, in: *Prokla* 46(2): 245-266.
- Schimany, Peter 2007: *Migration und demographischer Wandel*. BAMF Forschungsbericht 5, Nürnberg.
- Schmid, Susanne/Martin Kohls 2009: Reproductive Behaviour of Migrant Women in Germany: Data, Patterns and Determinants, in: *Vienna Yearbook of Population Research* 7(1): 39-61.
- Schreiner, Patrick 2013: Die »Nation« als neoliberale Existenzgemeinschaft: gescheiterte Heilslehren, gebrochene Versprechen und ökonomisch-soziale Krisen, in: Sebastian Friedrich/ders. (Hg.): *Nation – Ausgrenzung – Krise: kritische Perspektiven auf Europa*, Münster: assemblage, 43-52.
- Schultz, Susanne 2016: Die zukünftige Nation. Demografisierung von Migrationspolitik und neue Konjunkturen des Rassismus, in: *movements* 2(1): 117-140.
- Schultz, Susanne 2018: Demographic Futurity. How Statistical Assumption Politics Shape Immigration Policy Rationales in Germany, in: *Environment and Planning D: Society and Space* 37(4): 644-662.
- Schultz, Susanne 2019: Rassistische Zukunftskalkulationen: Zur Biopolitik einer migrantischen Geburtenrate, in: Kathrin Braun, Helene Gerhards (Hg.): *Biopolitiken. Regierungen des Lebens heute*, Wiesbaden: Springer VS, 157-182.
- Schwartz, Helge/Philipp Ratfisch 2016: Antimigrantische Politik und der »Sommer der Migration«, *Analysen 25 der Rosa Luxemburg Stiftung*, Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung.
- SPD 2015: *Deutschland als Einwanderungsland gestalten. Warum wir ein Einwanderungsgesetz brauchen*. Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion, <https://www.spdfraktion.de/> (Zugriff: 11.4.2022).

- Spiegel 2000: »Kinder statt Inder«. Rüttgers verteidigt verbalen Ausrutscher, in: Spiegel, 9.3.2000, <https://www.spiegel.de> (Zugriff: 5.3.2022).
- Spieß, Katharina 2012: Zeit, Geld, Infrastruktur und Fertilität: Befunde empirischer Mikrostudien und was wir daraus lernen können, in: Hans Bertram/Martin Bujard (Hg.): Zeit, Geld, Infrastruktur – zur Zukunft der Familienpolitik, Baden-Baden: Nomos, 321-336.
- Statistisches Bundesamt 2015: Bevölkerung Deutschlands bis 2060, <https://www.destatis.de/> (Zugriff: 18.6.2016).
- Statistisches Bundesamt 2016: Alterung der Bevölkerung durch aktuell hohe Zuwanderung nicht umkehrbar, Pressemitteilung vom 20.1.2016, <https://www.destatis.de/> (Zugriff: 11.4.2022).
- Stichnoth, Holger/Mustafa Yeter 2013: Cultural Influences on the Fertility Behaviour of First- and Second-Generation Immigrants in Germany, ZEW Discussion Paper, <https://www.zew.de/> (Zugriff: 11.4.2022).
- Supik, Linda 2014: Statistik und Rassismus. Das Dilemma der Erfassung von Ethnizität, Frankfurt/M: Campus.
- Swiaczny, Frank 2014: Integration und Reproduktionsverhalten, Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/> (Zugriff: 11.4.2022).
- Thum, Marcel u. a. 2015: Auswirkungen des demografischen Wandels im Einwanderungsland Deutschland, Studie im Auftrag der Friedrich Ebert Stiftung, Berlin.
- Tsianos, Vassilis/Marianne Pieper 2011: Postliberale Assemblagen. Rassismus in Zeiten der Gleichheit, in: Sebastian Friedrich (Hg.): Rassismus in der Leistungsgesellschaft, Münster: assemblage, 114-132.
- UKZ (Unabhängige Kommission Zuwanderung) 2001: Zuwanderung gestalten, Integration fördern, Bericht vom 4.7.2001, Berlin.
- Vetter, Philipp 2015: Sieben von zehn Flüchtlingen brechen Ausbildung ab, in: Die Welt, 14.10.2015, <https://www.welt.de/> (Zugriff: 5.3.2022).

III Klimakrise, Bevölkerungspolitik und Big Pharma. Vom Ansetzen an globalen Geburtenraten

Weniger Klimakrise durch weniger Menschen?

Technokratische, rechte und feministische Bezüge auf neomalthusianische Kurzschlüsse

Von Susanne Schultz

»Das Engagement für den Zusammenhang Bevölkerung-Umwelt beruht weiterhin auf hartnäckigen malthusianischen Ideologien. Allerdings sind in einem neuen politischen Klima auch neue Diskurse, Rahmenkonzepte und ideologische Ansätze entstanden [...] Dies zu erforschen, kann als Korrektiv dienen, um Ideen entgegenzutreten, die die Beziehungen zwischen Bevölkerungswachstum und Umweltproblemen als fixe, lineare und unpolitische Widerspiegelungen der materiellen Welt naturalisieren.« (Sasser 2018: 29f)¹

Ist es in Zeiten der Klimakrise wichtig, Geburtenraten zu senken und für eine zukünftig nicht mehr wachsende oder sogar abnehmende Zahl der auf dem Globus lebenden Menschen zu sorgen? In den letzten Jahren ist häufig ein solcher neomalthusianischer Reflex in der Debatte über die Klimakrise zu beobachten.² Immer wieder neue statistische Berechnungen zirkulieren, die darauf hindeuten, dass die Klimakrise durch das Wachstum der Weltbevölkerung verursacht oder verstärkt wird. Auf der Grundlage dieses Narratives werden dann antinatalistische Strategien zur Geburtenkontrolle als Lösung

1 Übersetzung dieser und aller weiterer englischer Zitate durch d. A. Sassers Buch ist eine wichtige Lektüre zum Weiterlesen zur Thematik Umweltpolitik als Bevölkerungspolitik.

2 In diesem Text verwende ich den Begriff des Neomalthusianismus, um erstens an das »Bevölkerungsgesetz« zu erinnern, das Thomas R. Malthus Ende des 18. Jh. behauptete (Malthus 1998). Die Vorsilbe Neo macht aber deutlich, dass ich mich zweitens genauer auf diejenigen neomalthusianischen Bewegungen des 19. Jh. beziehe, die im Unterschied zu Malthus sozialtechnologische »Lösungen«, sprich Verhütung und Geburtenkontrolle, vorschlugen (vgl. Rainer 2005).

präsentiert. Sehr unterschiedliche politische Akteur*innen lassen sich derzeit auf diese Rationalität und Agenda ein. Untote Geister der ›Bevölkerung‹ und der ›zu hohen Geburtenraten‹ werden wiederbelebt, die untrennbar mit ihrer kolonial-rassistischen und sozialdarwinistischen Geschichte verbunden sind.³ Und technokratische Regierungsphantasien werden mobilisiert, um diese Geister zu beschwören.

Im Folgenden möchte ich mich dieser Wiederbelebung des Neomalthusianismus in drei Schritten annähern: Im ersten Abschnitt zeige ich diverse politische Kontexte auf, innerhalb transnationale als auch deutsche Kontexte. Ich beginne mit den gängigen Argumentationsmustern des *population establishment*, die Familienplanung im Globalen Süden als ›klimaeffiziente‹ Maßnahme identifizieren und eine technokratische ökologische Perspektive vertreten.⁴ Grundlage der Argumentation sind reduktionistische statistische Rationalitäten.⁵ Auf diese Rationalitäten beziehen sich aber auch biopolitische, rechts ausgerichtete Kräfte und ebenso – auf sehr unterschiedliche Weise – einige klimaaktivistische und postfeministische Befürworter*innen eines Gebärstreiks. Im nächsten Abschnitt werde ich drei Dimensionen des neomalthusianischen Operierens mit der Kategorie ›Bevölkerung‹ unterscheiden und auch untersuchen, ob und inwiefern sich die drei vorher dargestellten politischen Kräfte jeweils darauf beziehen. Desweiteren werde ich herausstellen, auf welche Weise diese drei Dimensionen untrennbar miteinander verwickelt sind und aufeinander verweisen. Die erste Dimension fasst die abstrakte statistische Konstruktion eines Zuviels an menschlicher Bevölkerung; die zweite Dimension die historisch tief verwurzelten rassistischen

-
- 3 Mit sozialdarwinistisch meine ich die klassenarrogante Perspektive, die diejenigen, die vom Zugang zu Ressourcen ausgeschlossen sind, als ›überflüssig‹ oder als weniger ›überlebensfähig‹ und damit auch als weniger reproduktionswürdig stigmatisiert (auch ohne Rückgriff auf die Dimension einer evolutionären biologischen ›Qualitätsverbesserung‹). Ich verwende einfache Anführungszeichen, wenn ich typische Begriffe aus den Diskursen zu Bevölkerung und Klima markiere und doppelte Anführungszeichen, wenn ich direkt aus der genannten Textquelle zitiere.
 - 4 Der Begriff *population establishment* bezieht sich auf das Netz nationaler Entwicklungsagenturen, multilateraler Organisationen, Think Tanks, Stiftungen und anderer Akteur*innen, das sich seit dem Zweiten Weltkrieg etabliert hat und internationale Bevölkerungsprogramme auf der Grundlage einer gemeinsamen Wissensproduktion über das ›Weltbevölkerungsproblem‹ entwickelte.
 - 5 In Anlehnung an Foucault verstehe ich unter Rationalitäten spezifische epistemologische Zugänge zur Wirklichkeit, die bestimmte politische Strategien als plausibel und rational erscheinen lassen (vgl. Foucault 1991).

und sozialdarwinistischen Zuschreibungen dieses Überschusses an ›Andere‹, deren ›Reproduktion‹ zum Problem erklärt wird. Als dritte Dimension fasse ich sozialtechnologische Planungsvisionen, innerhalb derer ›Fertilität‹ als auf globaler Ebene unmittelbar beherrschbar erscheint. Im Schlussteil verweise ich auf marginalisierte kritische Stimmen und Bewegungen, die sich schon lange gegen diesen neomalthusianischen Reflex eingesetzt haben. Und ich diskutiere eine anti-malthusianische Position zur Klimakrise aus der Perspektive der reproduktiven Gerechtigkeit.

Bevor ich fortfahre, möchte ich kurz darlegen, auf welchen Forschungen und Forschungsperspektiven diese Analyse aufbaut. Hintergrund sind zum einen Arbeiten zur transnationalen Geschichte (post-)kolonialer antinatalistischer Bevölkerungsprogramme (vgl. Schultz 2006; Text »Antinatalismus und Big Pharma« in diesem Band), zum anderen Untersuchungen zu Prozessen der Demografisierung des Politischen in der deutschen Familien- und Migrationspolitik (vgl. »Nation und Kinderwunsch«; »Humanvermögen und Zeitpolitik« in diesem Band). Kurz zusammengefasst bezeichnet das Konzept der Demografisierung die Umdeutung gesellschaftlicher in demografische Krisen, wodurch die Variable ›Bevölkerung‹ ins Zentrum politischer Lösungsansätze gestellt wird (vgl. Einführungstext in diesem Band). Das Konzept biete ich in staats-theoretische Zugänge ein, die Wissensproduktion und Machtverhältnisse in einen engen Zusammenhang stellen (vgl. Schultz 2006; Lemke 2007). Solche Zugänge ermöglichen es zu analysieren, wie demografische Problematisierungen und bevölkerungspolitische Strategien ineinandergreifen (vgl. Hummel 2000; Murphy 2017; McCann 2017). Für eine radikale Kritik bio- und nekropolitischen Machtverhältnisse beziehe ich mich zudem auf die Geschichte antirassistischer und antieugenischer feministischer Analysen und Proteste, wie sie heute zunehmend mit dem Rahmenkonzept der reproduktiven Gerechtigkeit zusammengefasst werden (vgl. Ross 2017). Im Zentrum dieser Analysen stand und steht die Frage, wessen ›Reproduktion‹ vor dem Hintergrund ökonomischer, sicherheitspolitischer oder ökologischer Rationalitäten als wertvoll erachtet und wessen ›Reproduktion‹ als zu vernachlässigen oder gar als schädlich stigmatisiert wurde und wird. Diese Geschichte marginalisierten Wissens erinnert immer auch schmerzlich an gewaltsame und diskriminierende Praktiken, die diese bio- oder nekropolitischen Agenden begleitet haben und begleiten (vgl. Schultz 2006; Wilson 2017; Murphy 2017).

Disparate neomalthusianische Referenzen in Zeiten der Klimakrise

Die politischen Kontexte, innerhalb derer neomalthusianische Narrative zur Klimakrise zirkulieren, sind vielfältig und betreffen antagonistische Kräfte. Dies ist auf den zweiten Blick weniger erstaunlich als auf den ersten. Größe und Zusammensetzung der ›Bevölkerung‹ zur Variable für politische Intervention zu erklären, ermöglicht es schließlich, sie mit so vielen Krisendiagnosen zu verknüpfen, wie es gesellschaftliche Problemlagen gibt. ›Bevölkerung‹ ist insofern ein Passepartout für eine bestimmte Art der Bewältigung nationaler oder globaler Problemlagen, die statistisch willkürlich mit der Anzahl der (zukünftigen) Menschen verknüpft werden können und den Zugriff auf Gebären oder ›Reproduktion‹ als Lösung erscheinen lassen (vgl. Heim/Schaz 1996; Bhatia u.a. 2020). Die Geschichte eines transnational agierenden *population establishment*, wie es sich seit dem Zweiten Weltkrieg konstituiert hat, macht dies sehr deutlich: Das Problem ›Weltbevölkerung‹ untermauerte mal Strategien zum Kampf gegen kommunistische und antikoloniale Aufstände, mal wurde es zur entscheidenden Frage für Armutsbekämpfung und nationale Entwicklung stilisiert, mal galt es als zentral für militärische und sicherheitspolitische Krisennarrative; oder es wurde in den Zusammenhang mit einem höheren sozialen Status oder Empowerment von Frauen gestellt. Das ›Weltbevölkerungsproblem‹ galt zudem schon seit den 1960er Jahren als Hebel, um Strategien zur Eindämmung der globalen Umweltzerstörung zu entwerfen (vgl. Ehrlich 1968; Meadows u.a. 1972; Hartmann 1995; Schultz 2006).

Alte ökotechnokratische Reduktionismen – neu aufgelegt

So ist es kaum verwunderlich, dass sich die transnationale neomalthusianische Wissenselite, die seit Jahrzehnten fest in den Think Tanks, Institutionen und Netzwerken des *population establishment* verankert ist, seit einigen Jahren wieder in der Klimadebatte zu Wort meldet (vgl. Sasser 2018). »Die Bevölkerungsbombe ist zurück, diesmal mit Bezug auf die Erderwärmung«, so warnten die Feministinnen Betsy Hartmann und Elizabeth Barajas-Román bereits im Vorfeld der Klimakonferenz von Kopenhagen 2009 (Hartmann/Barajas-Román 2009: 70). Paul Ehrlich, der Autor der »Bevölkerungsbombe« als eines der meistzitierten kolonial-rassistischen Werke des bevölkerungspolitischen Establishments der 1960er Jahre, hatte sich gemeinsam mit Anne

Ehrlich in diesem Zusammenhang erneut geäußert.⁶ Hartmann und Barajas-Román verwiesen unter anderem auf eine Studie der Oregon State University, die 2009 weit verbreitet wurde und typisch für neomalthusianische klimapolitische Narrative ist: Die Studie berechnete als »Kohlenstoffvermächtnis« die Menge an CO₂-Emissionen, die eine Frau bei der Geburt eines Kindes zu verantworten habe und rechnete dies nicht nur für das Kind selbst, sondern auch noch für die Enkelkinder hoch (ebd.: 71). Gleichermaßen typisch verwiesen sie auf eine weitere Studie, die damals vom Optimum Population Trust gefördert wurde. Darin wurde Familienplanung als kosteneffektivste Investition gegen den Klimawandel mathematisch mit den Kosten alternativer Umwelttechnologien verglichen und für kostengünstiger befunden (vgl. WIRE 2009). Seitdem hat sich die These vom Bevölkerungswachstum als zentraler »Faktor« der Klimakrise international verfestigt. So erklärten 2017 mehr als 15 000 Wissenschaftler*innen in einer »Warnung an die Menschheit« das »kontinuierliche rasante Bevölkerungswachstum als Hauptfaktor für viele ökologische und gesellschaftlichen Bedrohungen« (Ripple u.a. 2017: 1026). Gleichermaßen charakterisierte auch der Weltklimarat 2014 »das weltweite Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum« zum »wichtigsten Treiber für den Anstieg der CO₂-Emissionen« (IPCC 2014: 5). Etwas verhaltener agierte dagegen der UN-Weltbevölkerungsfonds, der für die Umsetzung von Bevölkerungsprogrammen auf UN-Ebene zuständig ist. Dies kann als Zeichen gewertet werden, dass ein zu simples neomalthusianisches Narrativ zur Klimakrise trotz vieler Platitüden und einfacher Formeln immer noch umstritten ist. Auch der UN-Fonds bringt allerdings seine antinatalistischen Programme im Globalen Süden mit der Klimakrise in Verbindung, tut dies aber anders und indirekter: Die ebenfalls fragwürdige pauschale These ist hier, dass der Zugang zu Familienplanung zu niedrigeren Geburtenraten führe, was wiederum die Resilienz jener sozialen Gruppen stärke, die von der Klimakrise besonders betroffen seien (vgl. UNFPA 2016).

Am Beispiel der öffentlichen Wissenschaftskommunikation in Deutschland lässt sich zeigen, dass neomalthusianische Narrative tief in den Wissensarchiven eines konservativen und technokratischen umweltpolitischen Mainstreams verankert sind und leicht wiederbelebt werden können. Verwiesen sei etwa auf die auch in Deutschland vielgelesenen »Grenzen des

6 Vgl. Ehrlich 1968; Ehrlich/Ehrlich 2009. Es schien für sie kein Problem darzustellen, dass sich ihre apokalyptischen Vorhersagen in dem Buch »Die Bevölkerungsbombe« nicht bewahrheitet hatten (vgl. Hartmann/Barajas-Roman 2009: 71).

Wachstums« des Club of Rome mit alarmistischen Aussagen zum Bevölkerungswachstum (Meadows u.a. 1972). Der ökologische Katastrophismus, der das Bevölkerungswachstum im Globalen Süden immer wieder mit ›Krebszellen« oder ›Überschwemmungen« bebilderte, war noch bis zur UN-Weltbevölkerungskonferenz von Kairo 1994 virulent, verlor aber danach angesichts eher post-katastrophistischer multikausaler Modelle und einer liberal-feministischen Agenda an Bedeutung (vgl. Schultz 2006). Das Bild der Weltbevölkerung als unkontrolliert wachsende »Krebszellen« tauchte jedoch 2014 wieder in der Einleitung zu einer Publikation auf, die von den renommierten Öko-Instituten Wuppertal Institut und Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung unterstützt wurde (Gesang 2014: 13).⁷ Auch ein Artikel von 2018 in der konservativen Frankfurter Allgemeinen Zeitung belebte den neomalthusianischen Katastrophismus neu. Der Autor rief dazu auf, ein »Tabu zu brechen«, und erklärte, das »schnelle Bevölkerungswachstum« sei »einer der großen Antriebe für den Klimawandel« (Müller-Jung 2018). Er bezog sich auf eine Studie u.a. von John Bongaarts, einer der grauen Eminenzen des *population establishment*, die neue Berechnungen zur klimapolitischen Kosteneffizienz von Familienplanung vorlegte (Bongaarts/O'Neill 2018).

Ein neomalthusianischer Durchmarsch durch die deutschen Mainstream-Medien lässt sich allerdings nicht beobachten: Das Terrain bleibt umkämpft, und ab und an gibt es Widerreden gegen zu platte Thesen. Der Berliner Tagespiegel etwa verwies zum Thema »Klimawandel und Bevölkerungswachstum« auf die weltweite Ungleichheit in Bezug auf den durchschnittlichen nationalen CO₂-Ausstoß: »Ein US-Amerikaner verursacht so viel CO₂ wie 581 Burundier.« (Ehlerding 2019)⁸ Das Wochenmagazin Spiegel, bekannt dafür, eher den neomalthusianischen Katastrophismus zu bedienen, erinnerte daran, dass aktuelle UN-Prognosen nicht mehr von einem kontinuierlichen, geschweige denn exponentiellen Weltbevölkerungswachstum ausgehen, sondern davon, dass die Kurve zunehmend abflachen wird (Stöcker 2019).

Insgesamt bewirken solche Gegenstatistiken aber nicht viel: Die neomalthusianischen Gewissheiten sind im wissenschaftlichen und alltäglichen Denken tief verankert. In der Entwicklungspolitik ist die neueste Variante

7 Im März 2022 ermöglichte die Tageszeitung taz Bernward Gesang, sich in einem Debattenbeitrag zu Klimapolitik für eine »Bevölkerungspolitik durch Anreize und Sanktionen« einzusetzen (Gesang 2022).

8 Der Autor verweist auf einen Bericht von Christian Aid über die weltweit ungleiche Verteilung von CO₂-Emissionen (vgl. Ware/Kramer 2019).

etwa das Konzept einer ›demografischen Dividende‹, das auf der Grundlage eines höchst simplen Ökonomismus einen Zusammenhang zwischen nationalem Wirtschaftswachstum und der Bevölkerungsentwicklung herstellt (vgl. Hendrixson/Hartmann 2019; Text »Antinatalismus und Big Pharma« in diesem Band). Zu anderen Gelegenheiten verbinden entwicklungspolitische Narrative weiterhin die nationale Bevölkerungsgröße mit Arbeitslosigkeit, mangelnder Gesundheitsversorgung, ›instabilen‹ politischen Verhältnissen oder Migration. In einem solchen Klima der Wiederbelebung endloser statistischer Assoziationen mit der Variable ›Bevölkerung‹ kann der Faktor Klimawandel einfach zur Liste hinzugefügt werden. In den letzten Jahren konzentriert sich der neomalthusianische Diskurs der ›Überbevölkerung‹ dabei vor allem auf den afrikanischen Kontinent. In traditionell kolonial-rassistischer Manier beziehen sich diverse mediale und politische Akteur*innen undifferenziert und pauschal auf den gesamten Kontinent. Dies reicht von den rassistischen Vorstellungen einer entwicklungspolitischen Sprecherin der Partei Die Linke (vgl. Schultz 2019a) über ein Pamphlet zur afrikanischen »Bevölkerungsexplosion«, das auch in linksliberalen Kreisen auf Interesse stieß (Smith 2018; vgl. Brachet 2020) bis zu Expertisen des Think Tank Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung (BIBE 2020).⁹

Ein willkommener Bezugspunkt für die Biopolitik der Rechten

Für die erstarkende extreme Rechte in Deutschland, die größtenteils die Klimakrise leugnet, stehen bisher noch die klassischen Referenzthemen Migration und Sicherheit im Zentrum bevölkerungspolitischer Beschwörungen. Das rechte Magazin Cicero schlug etwa »Weniger Geburten für weniger Radikalisierung« als »nachhaltigste Lösung« gegen Terroranschläge vor (Marguier 2016). Und das Parteiprogramm der rechtsgerichteten Partei Alternative für Deutschland erklärte eine »Völkerwanderung historischen Ausmaßes« mit einer »Bevölkerungsexplosion« insbesondere in Afrika (AfD 2016: 59). Aber es

9 Im November 2018 lud die Tageszeitung taz zu einer öffentlichen Veranstaltung über Smiths neomalthusianische Thesen. Generell werden Diskurse über ein ›überbevölkertes Afrika‹ in der deutschen Öffentlichkeit kaum angefochten. Eine Ausnahme war, als Clemens Tönnies, Aufsichtsratsvorsitzender des Fußballvereins Schalke, 2019 vorschlug, wegen der Klimakrise Kraftwerke in Afrika zu finanzieren, damit die Menschen dort aufhören, »wenn's dunkel ist, Kinder zu produzieren«, und Medien dies daraufhin als Rassismus kritisierten (vgl. Zeit 2019).

gibt Anzeichen dafür, dass manche Rechte gerade wegen neomalthusianischer Verlockungen das Leugnen der Klimakatastrophe aufgeben könnten. Eine solche Haltung legte Alan Posener schon aus pragmatischen Gründen in der konservativen Tageszeitung *Die Welt* nahe (vgl. Posener 2019). Er behauptete, der »menschengemachte Klimawandel« werde »von der Überbevölkerung vor allem in Afrika angetrieben« und fragte: »Warum lässt die AfD dieses Thema liegen?« Schließlich sei es »doch kompatibel mit ihrer Fremdenfeindlichkeit«. Ein Anzeichen dafür war der Aufruf der Berliner AfD-Jugend 2019, das Klimawandelleugnen aufzugeben und stattdessen eine globale Ein-Kind-Politik in Schwellenländern durchzusetzen (vgl. Fiedler/Kieser 2019). In der Rechten gibt es aber nicht nur pragmatische Überlegungen, inwiefern es sich für sie lohnen könnte, das Klimaleugnen aufzugeben, etwa um in Zeiten des Klimaaktivismus Stimmen zu gewinnen. Immerhin ist der Bevölkerungsdiskurs der zentrale narrative Anker der extremen Rechten, der es ermöglicht, völkisches Denken, Antifeminismus und Rassismus durch Tropen wie »Umvolkung«, »Volkstod« oder »Bevölkerungsaustausch« in einen engen Zusammenhang zu bringen (vgl. Botsch/Kopke 2018). Der »Bevölkerungsaustausch« oder »große Austausch«, wie er vom intellektuellen Unterstützer des französischen Front National Reneaud Camus eingeführt wurde, wurde zu einem europäischen Referenzsystem der extremen Rechten und Markenzeichen der identitären Bewegung (vgl. Kellershohn 2017). Wie gefährlich eine bevölkerungspolitisch motivierte Klimapolitik der Rechten ist, wird angesichts öko-faschistischer Terroraktivitäten deutlich, in denen das neomalthusianische Narrativ zur Klimakrise mit einer einwanderungsfeindlichen, militaristischen und rassistischen Weltanschauung einhergeht. So erklärte etwa der Mörder von El Paso/USA, der 2019 in einem Walmart-Laden 22 Menschen tötete und mehr als 20 verletzte, er kämpfe gegen die »hispanische Invasion«. Es mache »unsere Lebensweise« »nachhaltiger«, »wenn wir genug Leute loswerden«. Er verwies auf den Mörder von Christchurch/Neuseeland, der sich selbst als »Ökofaschist« bezeichnet und erklärt hatte, dass es »keinen Nationalismus ohne Umweltschutz« gebe (Darby 2019). Die Autorin Naomi Klein kommentierte treffend: »Das einzige, was noch besorgniserregender ist als eine extrem rechte, rassistische Bewegung, die die Klimakrise leugnet, ist eine, die dies nicht tut.« (Klein 2019a)

Aufrufe zu einem feministischen klimaaktivistischen Gebärstreik

Derzeit gibt es jedoch auch in einem politisch diametral entgegengesetzt verteilten feministischen und klimaaktivistischen Milieu Stimmen, die an die neomalthusianische Erzählung anknüpfen.¹⁰ Hier steht nicht der Globale Süden im Zentrum; vielmehr wird die Position vertreten, selbst im Globalen Norden auf das Kinderkriegen verzichten zu wollen oder zu sollen, um etwas gegen die Klimakrise zu tun. In Gesprächen mit einigen Klimaaktivist*innen in Deutschland wird allerdings deutlich, dass sich im Unbehagen zum Kinderkriegen sehr verschiedene Anliegen miteinander vermischen; d.h., längst nicht alle Bezüge zum Gebärstreik sind als neomalthusianisch zu bewerten.¹¹ Mal geht es um die Unsicherheit, ob es Kinder überhaupt zuzumuten ist, in eine bedrohliche Zukunft hineingeboren zu werden. Oder feministische Positionen wenden sich gegen einen Pronatalismus, der gerade für *weiße* deutsche Mittelschichtsangehörige allgegenwärtig ist. Manche Aktivist*innen stellen Kinderkriegen aber auch in den Kontext eines umweltschädlichen individuellen Konsums: Sie fragen sich dann auch, ob das Kinderkriegen nicht für zukünftige CO₂-Emissionen verantwortlich zu machen sei.

Dieses Unbehagen wurde auch von der feministischen britischen Sängerin Blythe Pepino mit ihrer Kampagne BirthStrike artikuliert (vgl. Hunt 2019). Pepino erklärte, sie wolle kein Kind bekommen, um das Weltklima zu schützen und organisierte ein Netzwerk mit gleichgesinnten Menschen. Die Kampagne erhielt enorme internationale Medienaufmerksamkeit (vgl. ebd.; Haas 2019). Auch in Deutschland rief zeitgleich die feministische Autorin Verena Brunschweiler in ihrem Buch »Kinderfrei statt kinderlos« zum Gebärstreik auf (vgl. Brunschweiler 2019). Beide bezogen sich auf eine Studie, welche die

10 Die folgenden Beispiele nehmen Vertreter*innen in den Blick, die sich für eine radikale transformative Politik einsetzen. In einem liberalen feministischen Mainstream gibt es eine lange Geschichte der Zustimmung zu neomalthusianischen Ideen, oft im Namen von Frauenrechten (vgl. Schultz 2010). So tritt etwa Frances Kissling, ehemalige Direktorin von Catholics for Choice, zusammen mit dem utilitaristischen Bioethiker Peter Singer und dem Mitglied des Population Council Jotham Musinguzi für eine neomalthusianische Klimapolitik ein – unter dem Motto: »Über Überbevölkerung zu sprechen ist ein Tabu. Das muss sich ändern.« (Kissling u.a. 2018)

11 Eindrücke sammelte ich 2019 bei Gesprächen mit Aktivist*innen auf Klimacamps und öffentlichen Veranstaltungen. Dabei wurde die Idee eines Gebärstreiks eher von einer Minderheit der Aktivist*innen vertreten.

über Generationen hochgerechneten CO₂-Emissionen von Kindern und Enkelkindern mit den CO₂-Emissionen des Flugverkehrs verglich (vgl. Wynes/Nicholas 2017).¹² Neomalthusianische Lobby-Organisationen wie die in Großbritannien ansässige Population Matters feierten die BirthStrike-Kampagne von Pepino entsprechend als Durchbruch in eigener Sache (Population Matters 2019). Diese versuchte sich zwar von der Vereinnahmung zu distanzieren, musste aber bald eingestehen, dass ihre Kampagne genau deswegen auf internationaler Ebene erfolgreich wurde (vgl. Monbiot 2020):

»Nach einem sechsmonatigen Reflexionsprozess ist uns klargeworden, dass BirthStrike nicht länger als Tool für eine Kampagne gegen den Klimawandel vertretbar ist [...] Wir müssen zugeben, dass wir die Macht der ›Überbevölkerung‹ unterschätzt haben. Diese Art, den Zusammenbruch des Klimas zu leugnen, gewinnt an Bedeutung, und dies sogar unter anerkannten Wissenschaftler*innen und klimaaktivistischen Mitstreiter*innen.« (BirthStrike 2020)

Auch die feministische posthumanistische Theoretiker*in Donna Haraway stellte in ihren jüngsten Veröffentlichungen den Zusammenhang zwischen Weltbevölkerungszahl und Klimawandel her. Mit ihrem Aufruf »Make Kin not Babies« vermischte sie die unterstützenswerte feministische Forderung, Wahlverwandtschaften der bio-genetischen Familie vorzuziehen, mit der Forderung, globale Bevölkerungszahlen drastisch zu reduzieren (Haraway 2015: 161). Ihres Erachtens sollte die Zahl der derzeit sieben Milliarden auf der Erde lebenden Menschen auf zwei bis drei Milliarden reduziert werden; dies stelle eine dringende Alternative zu den zukünftigen elf Milliarden Menschen dar, die Haraway den UN-Bevölkerungsprognosen für das Jahr 2100 entnommen hatte (vgl. Haraway 2015, 2018: 74; Strathern u.a. 2019: 171).¹³ Ähnlich wie

12 Der Vergleich, den Seth Wynes und Kimberley Nicholas zwischen Fliegen und der Geburt eines Kindes ziehen, ist problematisch. Sie kommen auf 1,6 Tonnen CO₂-Äquivalent-Emissionsreduzierung beim Verzicht auf Fliegen und auf 58,6 Tonnen beim Verzicht auf ein Kind, indem sie erstens individuelle durchschnittliche CO₂-Emissionen pro Jahr und Kopf für die Industrieländer USA, Russland und Japan zur Grundlage nehmen und zweitens Emissionen zukünftiger Enkel und weiterer Generationen mit einbeziehen (basierend auf einer Studie von Murtaugh/Schlag 2009, vgl. Quarks 2019).

13 Haraway berücksichtigte nicht, dass solche sehr langfristigen Projektionen bis 2100 höchst spekulativ sind. Derzeit werden diese regelmäßig nach unten korrigiert (vgl.

BirthStrike distanzierte sich Haraway von kolonial-rassistischen Implikationen einer Geburtenkontrollpolitik im Globalen Süden und wandte sich mit der Aufforderung, auf Kinder zu verzichten, an ein (allerdings nicht eindeutig verortetes) feministisches ›Wir‹. In ihren spekulativen, fiktionalen Szenarien eines besseren Lebens ließ sie so auch einige bisher diskriminierte Bevölkerungsgruppen von ihrem nicht-natalistischen Projekt aus. Die Botschaft hat jedoch einen zweideutigen Unterton: Einerseits schlägt Haraway vor, dass Menschen aus denjenigen Gruppen, die einem Genozid ausgesetzt waren, das Recht haben sollten, (mehr) Kinder zu bekommen (vgl. Haraway 2018: 75). Haraway bezieht diese Zahlenspiele nicht nur auf Menschen, sondern auch auf eine »speziesübergreifende ökologische und reproduktive Gerechtigkeit« (Haraway 2018: 68f). Und sie beansprucht, in ihrer spekulativen Strategie der Wissensproduktion das Konzept ›Bevölkerung‹ zu untersuchen und zu überarbeiten, statt es zu vermeiden. Allerdings bietet sie kein überzeugendes Argument an, wie sie die hochaggregierte, nicht situierte und unverbundene, rein statistische Menge von Menschen, die durch ›Bevölkerung‹ konstituiert wird, in etwas anderes überführen könnte. Vielmehr rekurriert sie an der einen oder anderen Stelle selbst auf typisch neomalthusianische Sprachbilder, wenn sie etwa vom »Druck der menschlichen Zahl auf die Erde« spricht (Haraway 2016: 136). Insofern widersprechen diese statistischen demografischen Tropen grundsätzlich Haraways Projekt: Dieses setzt sich generell für eine situierte, kontingente und relationale Wissensproduktion ein, die von der Verschränkung spezifischer Produktions- und Reproduktionsbeziehungen in ihren historischen und räumlichen Konstellationen ausgeht (vgl. Hoppe 2022: 393). Ihre diffuse Forderung nach einer Demografie, »die nach Zahlen-in-Welten auf nicht-malthusianischen Grundlagen fragt«, erkennt, dass demografische Rationalitäten grundsätzlich darauf basieren, zu reduzieren und zu isolieren (Haraway in Strathern u. a. 2019: 170). Anders als Pepino hat Haraway nicht auf die vielen warnenden feministischen Stimmen reagiert, die sie aufforderten, dieses gefährliche Spiel mit den Weltbevölkerungszahlen zu beenden (vgl. z. B. Lewis 2017; Sasser und Murphy in Strathern u. a. 2019). Haraway beharrte vielmehr auf ihrer Mission, ein Tabu zu brechen und erklärte, ihre Kritiker*innen handelten »ähnlich wie tiefgläubige Christ*innen in den USA, die den Klimawandel leugnen« (Haraway 2018: 87; Haraway in Strathern u. a. 2019: 169f).

Stöcker 2019; Schultz 2019b; Vollset u. a. 2020). Sie legte zudem mit der Zahl von 19 Mrd. Menschen bis 2100 eine eigene alarmistische Berechnung vor (Haraway 2018: 74).

Der Geist der ›Bevölkerung‹: Drei aufeinander verweisende Dimensionen

Inwiefern ähneln sich die dargestellten politischen Narrative und wie unterscheiden sie sich? Letzteren klimaaktivistischen und feministischen Positionen kann keine explizite kolonial-rassistische oder sozialdarwinistische Agenda vorgeworfen werden. Dennoch ist die Anknüpfung an den Diskurs der ›Bevölkerung‹ als politische Variable nicht unschuldig. Vielmehr ist sie in vielerlei Hinsicht in entsprechende Rationalitäten und Narrative eingebettet. Diese werden auch dann bestärkt, wenn der Zusammenhang zwischen Weltbevölkerung und Klimawandel hergestellt wird, ohne zu antinatalistischen Programmen im Globalen Süden aufzurufen.

Michelle Murphy hat in ihren Forschungen zu Nationalökonomie und Bevölkerungsstatistik rekonstruiert, dass das Konzept Bevölkerung nicht von Rassismus getrennt werden könne, da *race* seine »Grammatik« und sein »Geist« sei (Murphy 2017: 135). Ähnlich argumentiere ich im Folgenden, dass Strategien der Demografisierung, die soziale Krisen und Konflikte in Fragen der ›Bevölkerung‹ übersetzen, in vielerlei Hinsicht unvereinbar sind mit emanzipatorischen Projekten gesellschaftlicher Transformation, welche sich gegen globale Herrschaftsverhältnisse, kapitalistische Ausbeutung und soziale Ungleichheit einsetzen (vgl. Heim/Schaz 1996; Hummel 2000; Schultz 2015; Wilson 2017; Sasser 2018; Bhatia u.a. 2020). Entscheidend ist, dass sich drei Dimensionen der neomalthusianischen Problematisierung, die ich nun näher erläutern werde, aufeinander beziehen: Die erste Dimension sind abstrakte Zahlenspiele, in denen ›Bevölkerung‹ als isolierbare quantitative Variable konstruiert und in eine statistische Beziehung zu Ressourcenverbrauch oder Klimawandel gesetzt wird – wie es alle vorher genannten politischen Positionen tun. Die zweite Dimension ist die Projektion des so berechneten gegenwärtigen oder zukünftigen ›Überschusses‹ der Bevölkerung auf die ›Anderen‹, was von den vorgestellten feministischen und klimaaktivistischen Positionen mehr oder weniger deutlich abgelehnt wird. Drittens gehören zum neomalthusianischen Projekt auch (allerdings wiederum unterschiedliche) sozialtechnologische Visionen der Machbarkeit einer globalen oder nationalen Bevölkerungskontrolle.

›Bevölkerung‹ als statistische Apologie des Status quo

Zu einer kritischen Reflexion statistischer Wissensproduktion gehören zunächst vorweg einschränkende und klarstellende Bemerkungen zu den unverzichtbaren und wertvollen Aspekten statistischer Wissensproduktion. Selbstverständlich kommen gesellschaftskritische sozialwissenschaftliche Analysen nicht ohne statistische Daten aus, um den gesellschaftlichen und sozialökologischen Status quo zu verstehen. Es ist jedoch wichtig, sowohl die Produktionsbedingungen statistischen Wissens als auch die Erklärungskraft von Daten zu reflektieren und auch zu hinterfragen, welche Verdinglichungseffekte sie mit sich bringen. Abgesehen von diesen großen Fragen ist mein Anliegen hier aber auch ein Spezifischeres: Es konzentriert sich auf die Frage, welche Rationalitäten und Agenden gefördert werden, wenn statistische Berechnungen so ›aufgelöst‹ werden, dass ›Bevölkerung‹ darin zur wichtigsten Variable und zum zu verändernden und zu regulierenden Faktor wird.

Von ›Bevölkerung‹ als Krisenfaktor kann im Prinzip nur dann gesprochen werden, wenn die statistische Wissensproduktion von gesellschaftlichen Beziehungen und Verhältnissen ebenso abstrahiert wie von situierten sozial-ökologischen Zusammenhängen. Denn ein wichtiger Effekt demografisierender Rationalitäten ist, nicht über komplexe und veränderbare Re/Produktions-, Konsumptions-, Verteilungs- und Naturverhältnisse zu sprechen, sondern über voneinander isolierbare statistische Größen, die nach ihrer Isolierung voneinander als Faktoren rechnerisch aufeinander bezogen werden können. ›Bevölkerung‹ wird so zu einer austauschbaren abstrakten Größe neben anderen Faktoren (wie Ressourcen, Arbeitsplätze oder CO₂-Emissionen) und zum politischen Ausgangspunkt, um diese anderen Faktoren in einer Gleichung beeinflussen zu können (vgl. Hynes 1993). Eine Grundbedingung demografischer Krisennarrative ist entsprechend, dass der Faktor ›Bevölkerung‹ nur dann berechnet werden kann, wenn die anderen Faktoren und somit die gesellschaftlichen Verhältnisse als stabil gesetzt bzw. als unveränderlich in die Zukunft projiziert werden – zum Beispiel, wenn eine bestimmte stabile zukünftige CO₂-Emission pro Kopf in die Berechnung einbezogen wird. Indem Krisenphänomene statistisch mit der Zahl der Menschen korreliert werden, ihnen sozusagen statistisch an den Leib geheftet werden, entsteht eine auch als Apologie des Status quo zu bezeichnende tautologische Rationalität (vgl. Harvey 2001). Diese gefährliche Tautologie wurde etwa im alten anti-malthusianischen Slogan kritisch auf den Punkt gebracht: Bevölkerungskontrolle setzt den Kampf gegen die Armut mit dem

Kampf gegen die Armen gleich. Unter diesen Voraussetzungen wird bereits deutlich, dass eine Demografisierung gesellschaftlicher Krisenerzählungen explizit rechten und konservativen Vorstellungen dienlich ist, auch ohne kolonialrassistische oder sozialdarwinistische Narrative direkt zu bedienen. Für die Klimawandeldebatte sind diese Übersetzungen gesellschaftlicher Verhältnisse in demografische Faktoren folgenreich: Erstens korrespondiert die Vorstellung von der Weltbevölkerung als isolierbare Krisenvariable mit dem Konzept des Anthropozäns (vgl. Ojeda u.a. 2020). Diana Ojeda u.a. haben gezeigt, dass das ›Anthropozän‹ aufgrund seiner ahistorischen, entpolitisierenden, technokratischen und undifferenzierten Perspektive zu hinterfragen ist. Im Grunde interpretiert das Konzept die Menschheit in ihrer Gänze als zerstörerischen Faktor. Der ›Mensch‹ wird damit außerhalb von ›Natur‹ und gesellschaftlichen Machtverhältnissen verortet und der ungleiche Zugang zu Ressourcen ignoriert. Inzwischen zirkulieren in der Debatte aufgrund dieser Kritik Gegenbegriffe wie der des *racial capitalocene* oder des *plantationocene*, die nicht eine abstrakte Menschheit, sondern die Geschichte des Kolonialismus, extraktivistischer Plantagenökonomie und des kapitalistischen Weltsystems in den Mittelpunkt der Krisenerzählungen stellen (vgl. ebd.). Interessanterweise hat Haraway ebenfalls zur Verbreitung dieser Konzepte beigetragen, was ihr Engagement für einen neomalthusianischen Tabubruch umso unverständlicher macht (vgl. Haraway 2015). Fragen nach der Geschichte der zerstörerischen, auf Gewalt und extremer Ungleichheit basierenden gesellschaftlichen Naturverhältnisse werfen grundlegend andere aktuelle politische Fragen auf als der Fokus auf eine zu reduzierende Anzahl von Menschen. Sozusagen entgegengesetzt verweisen diese Konzepte sogar auf die kontinuierliche Verbindung der Geschichte extraktivistischer ökologischer Zerstörung mit der Geschichte von Genozid, Landnahme, Vertreibung und Enteignung. Mit der Idee des Anthropozäns, Menschen an sich als zerstörerischen Faktor zu fassen, werden zudem Möglichkeiten und Utopien anderer, weniger zerstörerischer Naturverhältnisse und ökologischer Produktionsweisen ausgeblendet.

Darüber hinaus ist es zentral für diese statistische Rationalität, dass durch sie beliebig wird, ob politische Strategien gegen die Klimakrise an der (Nicht-)Existenz von Menschen ansetzen – oder an Konsummustern bzw. Produktionsweisen; schließlich sind diese Interventionsmöglichkeiten rechnerisch austauschbar. Im Grunde wird damit ein demokratisches Prinzip untergraben, nämlich nach Lösungen für alle zu suchen, die jetzt und hier auf diesem Planeten leben – ein Prinzip, das gegen die nekropolitischen Im-

pplikationen von Ansätzen steht, die die (zukünftige) Existenz von Menschen in Frage stellen.

Schließlich gibt es eine Kehrseite dieses statistischen Effekts der Totalisierung, also des Rekurses auf eine abstrakte Menschheit: nämlich den Effekt der statistischen Individualisierung von Problembeschreibungen. Letzterer kommt auch in statistischen Berechnungen zu den Auswirkungen von Konsum zum Ausdruck – wenn etwa der individuelle ökologische Fußabdruck oder CO₂-Ausstoß berechnet wird (vgl. Wynes/Nicholas 2017). Auch solche Berechnungen wirken entpolitisiert und enthistorisierend, wenn sie zum zentralen Ansatzpunkt werden und nicht in kritische Analysen der imperialen Lebensweise und in kollektive Suchbewegungen nach alternativen solidari-schen Lebensweisen eingebunden sind (vgl. Brand/Wissen 2017). Als isolierte Informationen sind sie nicht mehr als eine Verlängerung derjenigen statistischen Modelle, die aus Daten über den Status quo hervorgehen und in individualisierte Daten heruntergebrochen werden.

Rechnen mit der zu verhindernden zukünftigen Existenz der ›Anderen‹

Die zweite typische Operation des Neomalthusianismus ist die Zuschreibung des in der ersten Operation abstrakt berechneten quantitativen Bevölkerungsüberschusses an die ›Anderen‹. Im Folgenden werde ich argumentieren, dass diese Operation beides ist: Zum einen ist sie ein diskursiver Bruch, der allerdings unsichtbar wird, weil Neomalthusianer*innen nicht explizit argumentieren müssen, sondern sich auf tief verwurzelte Evidenzen aus den Archiven (post-)kolonialer rassistischer Vorstellungswelten beziehen können. Andererseits beruht diese Operation aber auch auf kohärenten statistischen Rationalitäten, die diese Externalisierung der ›Überbevölkerung‹ legitimieren.

Bis heute beschwört die Rede von einer problematischen Bevölkerungsdynamik sofort Bilder von nicht-weißen Menschenmassen im Globalen Süden hervor. Braune oder Schwarze Frauenkörper, die als nicht selbstbestimmt, nicht verantwortungsbewusst und als sich exzessiv vermehrend vorgestellt werden, bevölkern diese Imaginationen – und nicht Bilder von weißen männlichen Topmanagern oder Eliten, deren Sterilisation als sinnvolle ›Lösung‹ erschiene (selbstverständlich eine ebenso absurde Programmatik) (vgl. Wilson 2017; Hendrixson/Hartmann 2019). Dieses unhinterfragte kolonialrassistische und sexistische Otherring ist über Jahrzehnte in internationalen Bevölkerungsprogrammen gefestigt worden und tief in den Vorstellungswelten

von ›Entwicklungshilfe‹ verwurzelt. Die Imaginationen werden von entsprechenden Think Tanks unverblümt weiterverbreitet, etwa wenn sie von einem ›Jugendüberhang‹ sprechen (vgl. Angenendt/Popp 2013). Ganze Generationen junger Menschen, insbesondere junge Männer in afrikanischen Ländern, werden hier zur Bedrohung von Frieden und politischer Stabilität erklärt. Während dabei die ›anderen‹ jungen Männer das klassische rassistische Stigma der Kriminalisierung trifft, gilt für die ›anderen‹ jungen Frauen eher, dass sie als nicht selbstbestimmt und zu ihrem eigenen Wohl als schutzbedürftig dargestellt werden (vgl. Wilson 2017). Um diese neomalthusianischen Strategien des Othering nicht zu eindeutig als eine Politik mit zweierlei Maß erscheinen zu lassen, haben in den aktuellen multilateralen Bevölkerungsagenden nationale Altersstrukturen an Bedeutung gewonnen. Das Argument ist hier, dass ›alternde‹ oder ›schrumpfende‹ Nationen im Globalen Norden höhere Geburtenraten benötigen, um eine ausgeglichene Altersstruktur zu erreichen. Im Gegensatz dazu soll im Globalen Süden dafür gesorgt werden, dass die Geburtenraten sinken, um von der bereits erwähnten ›demografischen Dividende‹ zu profitieren. Anders ausgedrückt: Die jüngste Konzentration auf die Altersstruktur in den Bevölkerungsprogrammen dient dazu, ein ›neutrales‹ Kriterium einzuführen, um zu legitimieren, wer sich auf globaler Ebene reproduzieren sollte und wer nicht (vgl. Text Antinatalismus und Big Pharma in diesem Band).

Abgesehen von diesem spezifischen Rekurs auf Altersstrukturen ist die neomalthusianische Operation, gerade diejenigen zur ›Überbevölkerung‹ zu erklären, die am meisten vom Ressourcenverbrauch ausgeschlossen sind oder am wenigsten CO₂ verbrauchen, gleichzeitig auch durchaus im Sinne statistischer Rationalitäten kohärent.¹⁴ Eine klassische Argumentationslinie des *population establishment* lautet etwa: Während es im Globalen Norden Möglichkeiten gibt, die Klimakrise durch Konsumverzicht zu begrenzen, ist dies im Globalen Süden nicht möglich. Hier ist rein rechnerisch der entscheidende Hebel zur Erzielung quantitativer Effekte die Zahl der Menschen. Dieser statistische Effekt wird noch potenziert, wenn nicht nur aktuelle Daten wie der ökologische Fußabdruck, sondern auch die Ansprüche der Ausgeschlossenen auf Einbeziehung in den fossil-imperialen Lebensstil spekulativ berücksichtigt werden. Die gewaltsame Logik des Bevölkerungsdiskurses wird einmal mehr deutlich: Sobald zukünftig zu verhindernde Geburten zum ökolo-

14 Diese Operation gilt schon für die Entstehungsgeschichte, den Protest von Thomas R. Malthus gegen die Armenfürsorge im 18. Jahrhundert.

gischen oder ökonomischen Rechenfaktor werden und gefragt wird, wer (zukünftig) leben und wer nicht leben soll, kann es im Rahmen demografischer Rationalitäten durchaus als kohärent erscheinen, sich auf marginalisierte Bevölkerungsgruppen zu konzentrieren. Wie bereits gezeigt, unterstützen die genannten emanzipatorischen Ansätze, die heute an den Bevölkerungsdiskurs andocken, explizit nicht diese Projektionen der ›Überbevölkerung‹ auf die ›Anderen‹. Dennoch mobilisieren sie genau diese Brutalität und Gleichgültigkeit statistischer Operationen, wenn sie an der ersten Dimension eines Rekurses auf einen isolierten Faktor ›Bevölkerung‹ festhalten. Denn ›Bevölkerung‹ kann nicht von diesen sozialdarwinistischen und rassistischen Implikationen getrennt werden, selbst wenn die vergeschlechtlichten rassistischen Bildsprachen, die die Geschichte der Bevölkerungskontrolle ohnehin bestimmen, zurückgewiesen werden.

Sozialtechnologische Machbarkeitsvisionen: Langzeitverhütung und ›generatives Verhalten‹

Der Rückgriff auf die statistischen Operationen der ›Bevölkerung‹ ist auch aus einem dritten Grund nicht unschuldig. Die Vorstellung einer abstrakten ›Überbevölkerung‹ ist eng mit der Annahme verbunden, dass die projizierte ›bessere‹ Entwicklung der Bevölkerungszahlen weltweit einfach machbar sei. Im Folgenden wird zunächst kurz auf die Folgen dieser Annahme eingegangen, nämlich auf sozialtechnologische, normative bis gewaltförmige Praktiken der versuchten Steuerung von Geburtenraten im Globalen Süden. Das Hauptaugenmerk liegt dann aber auf der Konstruktion dieser Machbarkeit selbst. Das Ziel, das Bevölkerungswachstum einzudämmen, hat einen starken Einfluss darauf, wie die aktuellen Familienplanungs- oder reproduktiven Gesundheitsprogramme im Globalen Süden institutionalisiert sind. Es gibt einen antinatalistischen Bias in der Art und Weise, wie diese Programme organisiert und ausgerichtet sind. Dies betrifft sowohl die normativen Grundlagen, die sich auf eine spezifische ›verantwortungsvolle‹ Ausformulierung reproduktiver Gesundheit und Rechte beziehen. Bereits im Aktionsprogramm von Kairo 1994 wird Verantwortung mit einer langfristigen biographischen Planung der Zeitpunkte, der Anzahl und der Abstände zwischen Geburten gleichgesetzt und eine solche reproduktive Lebensplanung als Inbegriff von Empowerment und Selbstbestimmung von Frauen dargestellt (vgl. Schultz 2006). Das entwicklungspolitische Ziel, die Geburtenraten zu senken, schlägt sich in vielfältigen quantitativen Kriterien nieder, wie etwa der zu er-

höhenden *contraceptive prevalence rate* (also der Zahl der Nutzer*innen ›moderner‹ Verhütungsmethoden) oder der zu erhöhenden *couple years of protection* (also die Anzahl der Jahre, die Paare Verhütungsmittel nutzen). Solche quantitativen Zielvorgaben führen weiterhin zu verschiedenen Formen repressiver Praktiken. So zeigt Leigh Senderowicz in einer Studie zu Familienplanungsprogrammen in mehreren subsaharischen afrikanischen Ländern, dass hier der Druck auf Frauen enorm hoch ist, sich Langzeitverhütungsmittel wie Hormonimplantate einsetzen zu lassen und es zu vielfältigen Einschränkungen selbstbestimmter Entscheidungsprozesse kommt – bis zu direktem Zwang. Sie schlussfolgert daraus: »Solche Ansätze der Familienplanung sollten beendet werden, die die Reproduktionsfähigkeit von Frauen für bestimmte gesellschaftliche Ziele instrumentalisieren und die deswegen quantitative Zielvorgaben in Verhütungsprogrammen fördern.« (Senderowicz 2019: 8) Ein wichtiges aktuelles Element dieser Entwicklungen ist die Wiederbelebung isolierter Familienplanungsprogramme, die im Rahmen von Public Private Partnerships zwischen der Gates Foundation, öffentlichen staatlichen Programmen und der Pharma-Industrie seit 2012 entstanden sind. Im Rahmen dieser Programme werden hormonelle Langzeitverhütungsmittel wie insbesondere Hormonimplantate vor allem in ländlichen Regionen vieler afrikanischer Länder gefördert (vgl. Wilson 2017; Bendix u.a. 2020; Britton u.a. 2021; Text »Antinatalismus und Big Pharma« in diesem Band).

All diese entmündigenden bis repressiven Praktiken sind die Auswirkungen eines programmatischen Fokus auf ›Bevölkerung‹, der davon ausgeht, dass diese ›Variable‹ prinzipiell, einfach und unabhängig von komplexen gesellschaftlichen Reproduktionsverhältnissen durch sozialtechnologische Interventionen regiert werden kann. ›Bevölkerung‹ als Faktor zur Eindämmung der Klimakrise zu identifizieren, legt schließlich nahe und impliziert, Kinderkriegen als sozialtechnologisch isolierbar und steuerbar zu fassen. Dies wiederum verleitet dazu zu ignorieren, dass Kinderkriegen eine grundlegende Dimension des Sozialen ist, die in komplexe und situierte gesellschaftliche Verhältnisse und Beziehungen der Sexualität, der Körperlichkeit, der Gesundheit, der Sorgearbeit und in vielfältige Formen des Zusammenlebens weltweit eingelassen ist. Um das Kinderkriegen isoliert angehen zu können, braucht es demgegenüber individualisierende und quantifizierende Perspektiven auf ›Fertilität‹, ›Geburtenraten‹ bzw. ›Verhütungsmittelnutzer*innen‹ oder ›Paarschutzjahre‹. Die demografische Wissensproduktion bearbeitet dementsprechend einerseits technologische und logistische Fragen rund um die Entwicklung und Verbreitung von Verhütungs- oder Sterilisationsmethoden – und

andererseits behavioristische Ansätze zur Erklärung und Quantifizierung des individuellen ›reproduktiven‹ oder ›generativen Verhaltens‹ (vgl. Heitzmann 2017; McCann 2017). Auf der Grundlage sexistischer Zuschreibungen konzentrieren sich beide Forschungsschwerpunkte zudem in der Regel auf die als ›reproduktiv‹ gefassten Körper und Verhalten von Frauen, nicht von Männern.

Das Sprechen über ›Bevölkerung‹ ist also damit verbunden, das Kinderkriegen als ein individuelles Verhalten von Frauen (oder bestenfalls von Paaren) zu begreifen und auf dieser Grundlage nach Faktoren dieses Verhaltens zu suchen, um es sozialtechnologisch beeinflussen zu können. Die enorme Flut von Daten, die das *population establishment* in den Jahrzehnten seit dem Zweiten Weltkrieg vor allem im Globalen Süden erhoben hat, dient genau dieser Vision, auch wenn die identifizierten statistischen Einflussfaktoren für das Kinderkriegen sich seitdem ständig verändert haben (vgl. Schultz 2006; Murphy 2017). Alle drei untersuchten politischen Kräfte mobilisieren solche sozialtechnologischen Perspektiven und Experimente, wenn sie vom Faktor ›Bevölkerung‹ sprechen; denn nur so eröffnen sich Visionen der Machbarkeit. Sie übergehen damit auch explizit oder implizit das Wissen darüber, dass das Kinderkriegen tief in gesellschaftliche, ökonomische und politische Verhältnisse eingebettet ist und sich davon nicht trennen lässt – und übergehen dementsprechend auch wichtige Erkenntnisse aus einer dekolonialen, materialistischen und queer-feministischen Forschung zu global heterogenen Sorgebeziehungen, Geschlechterregimen und Körperpolitiken. Der sozialtechnologische Zugriff auf das Kinderkriegen als quantitative Frage von Geburtenraten hat vielfältige entmündigende, schädliche und sogar gewaltsame Folgen. Dies betrifft und trifft insbesondere diejenigen sozialen Gruppen, an die sich seit langer Zeit repressive Sterilisations- oder Langzeitverhütungsprogramme richten und deren Mutter- bzw. Elternschaft als ›unverantwortlich‹ stigmatisiert wurde und wird.

Reproduktive Gerechtigkeit und Klimapolitik

Aus all diesen Gründen lässt sich das ›Weltbevölkerungsproblem‹ nicht trennen von einer entpolitisierenden statistischen Wissensproduktion, von sozialdarwinistischen und kolonial-rassistischen Narrativen und Rationalitäten sowie von sozialtechnologischen Visionen der Machbarkeit. Diese Dimensionen eines ökologischen Neomalthusianismus gelten nicht nur für explizit rassistische Varianten eines rechten Ökofaschismus, sondern durchdringen

auch scheinbar unpolitische technokratische Umweltprogramme und betreffen auch solche klimaaktivistischen und feministischen Programme, die einen Gebärstreik in den Dienst der Klimapolitik stellen wollen. Die politische Variable ›Bevölkerung‹ ist somit untrennbar mit dem neomalthusianischen Reflex verbunden und wirft einen nekropolitischen Schatten auf ökologische Politiken.

Für eine intersektionale feministische klimapolitische Agenda ist es insofern unerlässlich, den Rekurs auf ›Bevölkerung‹ radikal zu kritisieren, statt an die neomalthusianische Agenden anzudocken und sie damit auf die eine oder andere Weise zu verstärken. Ansatzpunkte dafür gibt es viele. Zum einen lohnt es sich, an eine lange Geschichte anti-malthusianischer feministischer, antirassistischer und antieugenischer Kämpfe anzuknüpfen. Erinnert sei etwa an den Slogan »People are not Population!«, wie er auf einer transnationalen feministischen Konferenz 1993 in Bangladesch formuliert wurde (E.Coli-bri 1994). Ein Jahr vor der UN-Weltbevölkerungskonferenz von Kairo hatten die Teilnehmenden damit ausdrücklich nicht nur konkrete Erfahrungen von Menschenrechtsverletzungen, sondern auch das Konzept der ›Bevölkerung‹ in Frage gestellt. Ebenso gibt es weltweit vielfältige Erfahrungen im Protest gegen antinatalistische und eugenische Programme – verbunden mit Forderungen danach, Kinder bekommen und unter guten sozialen und ökologischen Bedingungen aufziehen zu können (vgl. Hartmann 1995; Schultz 2006; Kitchen Politics 2021a). All diese Bewegungen haben das Kinderkriegen aus einer intersektionalen Perspektive analysiert, schon lange bevor der Begriff der Intersektionalität akademisch etabliert wurde. In den letzten Jahren beziehen sich solche Bewegungen zunehmend auf das Konzept der reproduktiven Gerechtigkeit, wie es von Schwarzen Feminist*innen in den USA seit 1994 eingebracht wurde (vgl. Roberts 2015; Ross 2017; Kitchen Politics 2021a; siehe Text Epilog in diesem Band). Reproduktive Gerechtigkeit bietet sich als Rahmenkonzept an, um die selektiven und hierarchischen Konstellationen von pro- und antinatalistischer Politik auf globaler Ebene angehen zu können. Und es ermöglicht, über Fragen reproduktiver Gesundheitsversorgung hinaus einen Zusammenhang herzustellen zu weiteren wichtigen Dimensionen reproduktiver Politiken, wie Sozial-, Gesundheits-, Familien-, Migrations- und Staatsbürgerschaftspolitiken. Die Weiterentwicklung einer anti-malthusianischen Position ist für diesen Rahmen von zentraler Bedeutung. Ein Beispiel dafür ist etwa der transnationale »Erneute Aufruf zum feministischen Widerstand gegen Bevölkerungskontrolle« anlässlich der UN-Konferenz zu Kairo+25 2019 in Nairobi (Kitchen Politics 2021b). Andererseits

bieten Konzepte der Politisierung und Radikalisierung in den aktuellen Klimabewegungen selbst eine Vielzahl von Ansatzpunkten gegen neomalthusianische Bezüge und Vereinnahmungen. Auch hier ermöglicht es der Rekurs auf soziale Gerechtigkeit, wie er im Begriff der Klimagerechtigkeit verankert ist, technokratische statistische Problemformulierungen zu hinterfragen und zu unterlaufen (vgl. Klein 2019b). Die weit verbreitete Forderung »System Change not Climate Change!« legt es schließlich nahe, nach alternativen sozioökologischen Modellen des zukünftigen globalen Zusammenlebens zu suchen statt bei zu verhindernden Geburten anzusetzen. Zudem sind auch viele von Haraways spekulativen Visionen situierter sozioökologischer Verwandtschaftsbeziehungen mögliche Anknüpfungspunkte, die im Widerspruch zu ihren eigenen bevölkerungspolitischen Visionen stehen: »Vielmehr verstanden die Kompost-Gemeinschaften ihre Aufgabe darin, die Kunst des Lebens mit und für beschädigte Welten an Ort und Stelle zu kultivieren und zu erfinden, nicht als *Abstraktion* oder als *Typus*, sondern als diejenigen und für diejenigen, die an zerstörten Orten leben und sterben.« (Haraway 2016: 143; Hervorh. d. A.) Und nicht zuletzt mag die gestiegene Sensibilität für nekropolitische Dimensionen globaler Pandemiepolitiken zu den Fragen, wer geschützt, geimpft und versorgt wird und wer nicht, dazu beitragen, eine intersektionale feministische Opposition gegen jene Reproduktionspolitiken zu stärken, die auf ebenso einseitige Weise definieren, welche und wessen Geburten verhindert werden sollen, um den gegenwärtigen globalen Status quo zu erhalten.

Literatur

- AfD (Alternative für Deutschland) 2016: Programm für Deutschland. Grundsatzprogramm der Partei Alternative für Deutschland, 30.4./1.5.2016, <https://www.afd.de/> (Zugriff 11.4.2022).
- Angenendt, Steffen/Silvia Popp (Hg.) 2013: Jugendüberhang. Entwicklungspolitische Risiken, Chancen und Handlungsmöglichkeiten, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Bendix, Daniel/Ellen E. Foley/Anne Hendrixson/Susanne Schultz 2020: Targets and Technologies. Sayana Press and Jadelin in Contemporary Population Policies, in: Gender, Place & Culture 27(3): 351-369.
- Bhatia, Rajani/Jade S. Sasser/Diana Ojeda/Anne Hendrixson/Sarojini Nadimpally/Ellen E. Foley 2020: A Feminist Exploration of »Populationism«. En-

- gaging Contemporary Forms of Population Control, in: *Gender, Place & Culture* 27(3): 333-350.
- BIBE (Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung) 2020: Wachstum gut, alles gut? Warum Afrikas Wirtschaftswachstum seine demografische Herausforderung nicht löst, <http://www.berlin-institut.org/> (Zugriff: 19.2.2022).
- BirthStrike 2020: Public Announcement. Grieving Parenthood in the Climate Crisis, <http://www.birthstrikeforfuture.com/> (Zugriff: 3.9.2020).
- Bongaarts, John/Brian C. O'Neill 2018: Global Warming Policy. Is Population Left Out in the Cold?, in: *Science* 361(6403): 650-652.
- Botsch, Gideon/Christoph Kopke 2018: Der »Volkstod«. Zur Kontinuität einer extrem rechten Paranoia, in: Juliana Lang/Ulrich Peters (Hg.): *Antifeminismus in Bewegung*, Hamburg: Marta-Press, 63-90.
- Brachet, Julian 2020: Book Review of *The Scramble for Europe: Young Africa on Its Way to the Old Continent*, in: *The Black Scholar* 50(1): 73-76.
- Brand, Ulrich/Markus Wissen 2017: *Imperiale Lebensweise*, München: Oekom.
- Britton, Laura/Caitlin R. Williams/Dickens Onyango/Deborah Wambua/Katherine Tumlinson 2021: »When It Comes to Time of Removal, Nothing Is Straightforward«. A Qualitative Study of Experiences with Barriers to Removal of Long-Acting Reversible Contraception in Western Kenya, in: *Contraception*: X, 22.3.2021, <https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov> (Zugriff: 11.4.2022).
- Brunschweiler, Vera 2019: *Kinderfrei statt kinderlos. Ein Manifest*, Marburg: Büchner.
- Darby, Luke 2019: What Is Eco-Fascism, the Ideology Behind Attacks in El Paso and Christchurch?, in: *GQ*, 7.8.2019, <https://www.gq.com/> (Zugriff: 20.2.2022).
- E.Coli-bri 1994: Declaration of People's Perspectives on »Population« Symposium, 12.-15.12.1993 in Comilla/Bangladesh, dokumentiert in: E.Coli-bri – Materialien gegen Bevölkerungspolitik und Gentechnologie 1994(9/10): 13-16.
- Ehlerding, Susanne 2019: Klimawandel und Bevölkerungswachstum, in: *Tagesspiegel*, 7.8.2019, <https://www.tagesspiegel.de/> (Zugriff: 20.2.2022).
- Ehrlich, Paul R. 1968: *The Population Bomb*, New York: Ballantine Books.
- Ehrlich, Paul/Anne Ehrlich 2009: The Population Bomb Revisited, in: *The Electronic Journal of Sustainable Development* 1(3): 63-71.

- Fiedler, Maria/Robert Kieser 2019: AfD-Jugend entdeckt das Klima, in: Tagesspiegel, 28.5.2019, <https://www.tagesspiegel.de/> (Zugriff: 8.2.2021).
- Foucault, Michel 1991: Governmentality, in: Graham Burchell/Colin Gordon/Peter Miller (Hg.): *The Foucault Effect: Studies in Governmentality*, Hemel Hempstead: Harvester Wheatsheaf, 87-104.
- Gesang, Bernward 2014: Einleitung, in: ders. (Hg.): *Kann Demokratie Nachhaltig sein?* Wiesbaden: Springer VS, 13-15.
- Gesang, Bernward 2022: Gebärtstreik als Klimaschutz-Maßnahme, in: taz, 18.3.2022, <https://taz.de/> (Zugriff: 19.3.2022).
- Haas, Michaela 2019: Aussterben ist keine Lösung. Oder doch?, in: *Süddeutsche Zeitung*, 16.3.2019, <https://sz-magazin.sueddeutsche.de/> (Zugriff: 20.2.2022).
- Haraway, Donna 2015: Anthropocene, Capitalocene, Plantationocene, Chthulucene: Making Kin, in: *Environmental Humanities* 6(1): 159-165.
- Haraway, Donna 2016: *Staying with the Trouble. Making Kin in the Chthulucene*, Durham: Duke University Press.
- Haraway, Donna 2018: Making Kin in the Chthulucene: Reproducing Multi-species Justice, in: Adele Clarke/dies. (Hg.): *Making Kin, not Population*, Chicago: Prickly Paradigm, 67-100.
- Hartmann, Betsy 1995: *Reproductive Rights and Wrongs. The Global Politics of Population Control*, Boston: South End Press.
- Hartmann, Betsy/Elizabeth Barajas-Román 2009: The Population Bomb is Back – with a Global Warming Twist, in: *Women in Action* 2009(2): 70-78.
- Harvey, David 2001: *Population, Resources and the Ideology of Science*, in: ders.: *Spaces of Capital. Towards a Critical Geography*, Edinburgh: Edinburgh University Press, 38-67.
- Heim, Susanne/Ulrike Schaz 1996: *Berechnung und Beschwörung. Überbevölkerung: Kritik einer Debatte*, Berlin: Schwarze Risse.
- Heitzmann, Daniela 2017: *Fortpflanzung und Geschlecht. Zur Konstruktion und Kategorisierung der generativen Praxis*, Bielefeld: transcript.
- Hendrixson, Anne/Betsy Hartmann 2019: Threats and Burdens. Challenging Scarcity-Driven Narratives of ›Over-Population‹, in: *Geoforum* 101(1): 250-259.
- Hoppe, Katharina 2022: *Die Kraft der Revision. Epistemologie, Politik und Ethik bei Donna Haraway*, Frankfurt/M: Campus.
- Hummel, Diana 2000: *Der Bevölkerungsdiskurs. Demographisches Wissen und politische Macht*, Opladen: Leske & Budrich.

- Hunt, Elle 2019: BirthStrikers. Meet the Women Who Refuse to Have Children Until Climate Change Ends, in: *The Guardian*, 12.3.2019, <https://www.theguardian.com/> (Zugriff: 20.2.2022).
- Hynes, Patricia 1993: Taking Population Out of Equation, North Amherst, <http://www.readingfromtheleft.com/PDF/IPAT-Hynes.pdf> (Zugriff: 20.2.2022).
- IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) 2014: Climate Change Synthesis Report. Summary for Policy Makers, <https://www.ipcc.ch/> (Zugriff: 20.2.2022).
- Kellershohn, Helmut 2017: Die neue Rechte, in: Duisburger Institut für Sozial- und Sprachforschung, 17.7.2017, <http://www.diss-duisburg.de/> (Zugriff: 20.2.2022).
- Kissling, Frances/Jotham Musinguzi/Peter Singer 2018: Opinion: Talking about Overpopulation Is Taboo. That Has to Change, in: *Washington Post*, 18.6.2018, <https://www.washingtonpost.com/> (Zugriff: 20.2.2022).
- Kitchen Politics (Hg.) 2021a: Mehr als Selbstbestimmung! Kämpfe für reproduktive Gerechtigkeit, Münster: assemblage.
- Kitchen Politics 2021b: Ein erneuter feministischer Aufruf zum Widerstand gegen Bevölkerungskontrolle, in dies. (Hg.): Mehr als Selbstbestimmung! Kämpfe für reproduktive Gerechtigkeit, Münster: assemblage, 125-134.
- Klein, Naomi 2019a: Ecofascism. Naomi Klein Warns the Far Right's Embrace of White Supremacy Is Tied to Climate Crisis. Interview By Amy Goodman and Juan González, in: *DemocracyNow*, 17.9.2019, <https://www.democracynow.org/> (Zugriff: 20.2.2022).
- Klein, Naomi 2019b: On Fire. The (Burning) Case for a Green New Deal, New York: Simon & Schuster.
- Lewis, Sophie 2017: Chutlu Plays No Role for Me, in: *Viewpoint Magazine*, 8.5.2017, <https://viewpointmag.com/> (Zugriff: 20.2.2022).
- Lemke, Thomas 2007: An Indigestible Meal? Foucault, Governmentality, and State Theory, in: *Distinktion* 8(2): 43-64.
- Marguier, Alexander 2016: Fluchtursachen. Weniger Geburten für weniger Radikalisierung, in: *Cicero*, 27.12.2016, <https://www.cicero.de/> (Zugriff: 20.2.2022).
- Malthus, Thomas R. 1998: An Essay on the Principle of Population [1798], London: Electronic Scholarly Publishing Project.
- McCann, Carole R. 2017: Figuring the Population Bomb. Gender and Demography in the Mid-Twentieth Century, Seattle: University of Washington Press.

- Meadows, Donella/Dennis L. Meadows/Jorgen Randers/William W. Behrens 1972: *The Limits to Growth. A Report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind*. New York: Universe Books.
- Monbiot, George 2020: Population Panic Lets Rich People off the Hook for the Climate Crisis They are Fuelling in: *The Guardian*, 20.8.2020, <https://www.theguardian.com/> (Zugriff: 20.2.2022).
- Müller-Jung, Joachim 2018: Ein Tabu brechen. Bevölkerungswachstum begrenzen, in: *FAZ*, 16.9.2018, <https://www.faz.net> (Zugriff: 11.4.2022).
- Murphy, Michelle 2017: *The Economization of Life*, Durham: Duke University Press.
- Murtaugh, Paul A./Michael G. Schlax 2009: Reproduction and the Carbon Legacies of Individuals, in: *Global Environmental Change* 19(1): 14-20.
- Ojeda, Diana/Jade S. Sasser/Elizabeth Lunstrum 2020: Malthus's Specter and the Anthropocene, in: *Gender, Place & Culture* 27(3): 316-332.
- Population Matters 2019: Are We Getting Through?, 29.5.2019, <https://populationmatters.org/> (Zugriff: 20.2.2022).
- Posener, Alan 2019: Klimawandel. Warum lässt die AfD dieses Thema liegen?, in: *Die Welt*, 23.7.2019, <https://www.welt.de/> (Zugriff: 20.2.2022).
- Quarks 2019: Wie klimaschädlich sind Kinder wirklich?, <https://www.quarks.de/> (Zugriff: 19.3.2022).
- Rainer, Bettina 2005: *Bevölkerungswachstum als globale Katastrophe. Apokalypse und Unsterblichkeit*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Ripple, William J. u.a. 2017: Worlds Scientists' Warning to Humanity. A Second Notice, in: *Bioscience* 67(12): 1026-1028.
- Roberts, Dorothy 2015: Reproductive Justice, Not Just Rights, in: *Dissent* 2015 (Herbst), <http://www.dissentmagazine.org/> (Zugriff: 20.2.2022).
- Ross, Loretta J. 2017: Reproductive Justice as Intersectional Feminist Activism, in: *Souls* 19(3): 286-314.
- Sasser, Jade 2018: *On Infertile Ground. Population Control and Women's Rights in the Era of Climate Change*, New York: New York University Press.
- Schultz, Susanne 2006: Hegemonie, Gouvernementalität, Biomacht. Reproduktive Risiken und die Transformation Internationaler Bevölkerungspolitik, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Schultz, Susanne 2010: Redefining and Medicalizing. NGOs and Their Innovative Contributions to the Post-Cairo-Agenda, in: Mohan Rao/Sarah Sexton (Hg.): *Markets and Malthus. Population, Gender, and Health in Neo-Liberal Times*, Los Angeles: Sage, 173-215.

- Schultz, Susanne 2015: Reproducing the Nation: The New German Population Policy and the Concept of Demographization, in: *Distinktion* 16(3): 337-361.
- Schultz, Susanne 2019a: Bevölkerungspolitische Querfront, in: *Gen-ethischer Informationsdienst* 251: 36.
- Schultz, Susanne 2019b: Demographic Futurity. How Statistical Assumption Politics Shape Immigration Policy Rationales in Germany, in: *Environment and Development D. Society and Space* 37(4): 644-662.
- Senderowicz, Leigh 2019: ›I Was Obligated to Accept‹: A Qualitative Exploration of Contraceptive Coercion, in: *Social Science & Medicine*, Oktober 2019, <https://www.sciencedirect.com> (Zugriff: 11.4.2022).
- Smith, Stephen 2018: *Nach Europa! Das junge Afrika auf dem Weg zum alten Kontinent*, Berlin: fotoTAPETA.
- Stöcker, Christian 2019: Bevölkerungsexplosion fällt aus, in: *Spiegel*, 23. 6.2019, <https://www.spiegel.de/> (Zugriff: 20.2.2022).
- Strathern, Marilyn/Jade Sasser/Adele Clarke/Ruha Benjamin/Kim Tallbear/Michelle Murphy/Donna Haraway 2019: Forum on Making Kin Not Population. Reconceiving Generations, in: *Feminist Studies* 45(1): 159-172.
- UNFPA (United Nations Population Fund) 2016: *Climate Change* <https://www.unfpa.org/climate-change> (Zugriff: 20.2.2022).
- Vollset, Stein Emil/Emily Goren/Chun-Wei Yuan/Jackie Cao/Amanda E. Smith u.a. 2020: Fertility, Mortality, Migration, and Population Scenarios for 195 Countries and Territories from 2017 to 2100, in: *Lancet* 396(10258): 1285-1306.
- Ware, Joe/Katherine Kramer 2019: *Hunger Strike. The Climate and Food Vulnerability Index*, Christian Aid, <https://www.christianaid.org.uk/> (Zugriff: 20.2.2022).
- Wilson, Kalpana 2017: Re-centring ›Race‹ in Development. Population Policies and Global Capital Accumulation in the Era of the SDGs, in: *Globalizations* 14(3): 432-449.
- Wire, Thomas 2009: Fewer Emitters, Lower Emissions, Low Cost. Reducing Future Carbon Emissions by Investing in Family Planning, http://www.srrh-rhr-ask-us.org/wp-content/uploads/2017/06/Wire_2009_ReducingEmissionsbyFP-2.pdf (Zugriff: 20.2.2022).
- Wynes, Seth/Kimberley Nicholas 2017: The Climate Mitigation Gap. Education and Government Recommendations Miss the Most Effective Individual Actions, in: *Environmental Research Letters* 12(7): 1-10.

Zeit 2019: Schalke-Chef verstört mit rassistischer Äußerung, in: Zeit, 2.8.2019:
<https://www.zeit.de/> (Zugriff: 19.2.2022).

Antinatalismus und Big Pharma

Langzeitverhütung und das Rollback internationaler Entwicklungspolitik

Von Daniel Bendix und Susanne Schultz

Eine Erfolgsstory deutscher Entwicklungspolitik ging 2011 durch die Medien: In Ruanda habe die (nun abgeschlossene) ›Hilfe‹ im Gesundheitssektor dazu beigetragen, die Geburtenraten von 6 auf 4,5 Kinder pro Frau zu senken. Und: Die Rate der Nutzer*innen moderner Verhütungsmittel sei von 10 Prozent im Jahr 2005 auf 45 Prozent in 2010 gestiegen (vgl. Haefliger 2011). Ruanda sei insofern ein »Musterland« dafür, wie man das Problem »Afrikas Bevölkerung explodiert« und dessen Folgen »Hunger, Armut, Umweltzerstörung« angehen könne (Knaup 2011).¹ Zwar kamen die programmatischen Aussagen aus den zuständigen Abteilungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und deren ausführender Agentur, der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), nicht ganz so reißerisch daher. Aber auch ihre Darstellung von Ruanda als Erfolgsgeschichte beginnt mit dem Bericht eines GIZ-Experten, der in den 1980er Jahren u.a. auch eine »geringe Nachfrage nach Verhütungsmitteln« zum Problem erklärte (GIZ/KfW 2012: 17).² Der Bericht bewertete positiv, dass Ruanda 2003 Familienplanung zur »wirtschafts-, sicherheits- und gesundheitspolitischen Priorität« erklärt habe und begründete damit, dass die deutsche Entwicklungsbank Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ihren Schwerpunkt von HIV-Bekämpfung auf Familiengesundheit verlagert und »2011 in enger

1 Wir verwenden einfache Anführungszeichen, wenn wir typische Diskurselemente oder Tropen aus den Debatten zu Bevölkerung, Entwicklung und Verhütungsmittel markieren wollen, und doppelte Anführungszeichen, wenn wir direkt aus der genannten Textquelle zitieren.

2 Übersetzung dieser und weiterer englischer Zitate durch die Autor*innen.

Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium ein hormonelles Implantat auf den Markt« gebracht habe (ebd.: 20). In einem Interview, das wir mit einer GIZ-Mitarbeiter*in führten, lobte dieser den Erfolg des Programms in Ruanda als Sonderfall, da hier die ruandische Regierung strikter vorgegangen sei als andere afrikanische Regierungen.³ Dieses Beispiel zeigt: Bevölkerungspolitik wird hier wieder als wichtiger Aspekt der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) hervorgehoben, und zwar nicht mehr einfach nur als verstecktes Beiwerk unter dem Obertitel »Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte« (SRGR), wie nach der UN-Weltbevölkerungskonferenz von Kairo 1994 üblich, sondern als selbstverständliches und eigenständiges Handlungsfeld. Innerhalb dessen soll ›Bevölkerungsentwicklung‹ nun wieder als ursächlicher Faktor für fast alle Problemlagen, insbesondere als Erklärung für ökonomische Krisen, herhalten bzw. andersherum formuliert – wie im neoliberalen Sprech über Ressourcen statt Mangel üblich – als Bedingung für wirtschaftliche ›Chancen‹.

2013 erklärte das BMZ in einem Strategiepapier das Thema »Bevölkerungsdynamik« gar zu einem neuen »Querschnittsthema« seiner gesamten Politik und sich selbst gleich zum »europäischen Vorreiter« in dieser Angelegenheit (BMZ 2013: 3; vgl. GIZ 2018). Ein Jahr zuvor hatten sich internationale Organisationen, Regierungen, Privatwirtschaft und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in London zu einem ›Familienplanungsgipfel‹ getroffen. Ziel des daraus entstandenen Gremiums FP2020 war es, innerhalb von acht Jahren zusätzlichen 120 Mio. Menschen im Globalen Süden Zugang zu Verhütungsmitteln zu verschaffen.⁴ In der Öffentlichkeit wurde vor allem das Jadelle Access Program als großer Erfolg des Treffens präsentiert – eine Initiative der Bill & Melinda Gates Stiftung und des Pharmaunternehmens Bayer HealthCare in Koordination mit der internationalen EZ. 27 Mio. Stück des von Bayer vertriebenen Verhütungsimplantats Jadelle sollten von nun

3 Dieser Text basiert hauptsächlich auf Recherchen Mitte der 2010er Jahre. Quellen waren neben öffentlichen Dokumenten sowie Statistiken der EZ und Pharmafirmen auch Interviews und E-Mail-Kommunikation mit Vertreter*innen von BMZ, GIZ, KfW, Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW), Helm Medical und Bayer HealthCare im Dezember 2014 und Januar/Februar 2015. An einigen Stellen haben wir aktualisierende Informationen hinzugefügt, die die Kontinuität der analysierten Verschiebungen in den 2010er Jahren nach 2015 belegen. In der ursprünglichen Fassung wurde der Text hier veröffentlicht: Daniel Bendix/Susanne Schultz 2015.

4 Ausführlich dazu Hendrixson 2019; das Programm wurde inzwischen verlängert und nennt sich nun Family Planning 2030 (vgl. Family Planning 2020).

an über sechs Jahre hinweg für einen von 18 auf 8,50 US-Dollar reduzierten Preis pro Implantat über die EZ-Programme verbreitet werden. Das Hormonimplantat ist Nachfolgeprodukt des einmal von Frauengesundheitsbewegungen stark kritisierten Norplant I (vgl. UBINIG 1990; Roberts 1997; Bock von Wülfigen 2001). Nicht nur der Anspruch einer internationalen ›Bevölkerungspolitik‹, sondern auch die Idee, die entsprechenden Ziele mit von den Nutzer*innen wenig kontrollierbaren High-Tech-Methoden erreichen zu wollen, wurden somit wieder unverblümt als bisher Teil der Agenda. Zur Einordnung dieser Veränderungen: Die Geschichte des *population establishment*, d.h., des Netzwerks privater Think Tanks, nationaler Entwicklungsbürokratien und multilateraler Organisationen, das sich nach dem Zweiten Weltkrieg bis Ende der 1960er Jahre etablierte, ist bis heute im Wesentlichen eine der Kontinuitäten (vgl. Hartmann 1995). Zwar wandelten sich strategische Zugänge, und es gab eine Vielfalt legitimatorischer Begründungen. Aber auch nach der Kairo-Konferenz hielt dieses Netzwerk an fragwürdigen neomalthusianischen Krisenerklärungen und dem Grundziel einer Reduktion des Weltbevölkerungswachstums im Globalen Süden fest.⁵ Wir bauen unsere Untersuchungen auf Analysen auf, die die UN-Konferenz entsprechend nicht als Bruch mit der alten Politik interpretieren (vgl. Wilson 2015; Hendrixson 2019; Bhatia u.a. 2020). Vielmehr handelte es sich um eine Reform, die die neuen individuellen Konzepte ›reproduktive Gesundheit‹ und ›reproduktive Rechte‹ kompatibel mit antinatalistischen Zielen machte, also Zielen zur Reduzierung der Geburtenraten. Dies geschah, indem bestimmte Normen einer richtigen und erstrebenswerten reproduktiven Selbstverantwortung etabliert wurden. Im Sinne von Michel Foucaults Konzept der *Gouvernementalität* kann diese Kopplung individueller Selbstführung an die staatlichen biopolitischen Ziele als eine neoliberale »Führung der Führungen« verstanden werden (Foucault 1987: 255; vgl. Schultz 2011). Ein spätestens Ende der 1990er Jahre durchschlagender Effekt dieser individualrechtlichen und

5 Neomalthusianismus bezeichnet eine politische Programmatik, die mit Bezug auf das ›Bevölkerungsgesetz‹ von Thomas R. Malthus (Ende des 18. Jh.) davon ausgeht, dass die Produktion von Nahrungsmitteln und lebensnotwendigen Ressourcen grundsätzlich weniger zunimmt als die Zahl der Menschen und dass deswegen Geburtenkontrollmaßnahmen nötig sind, um Knappheit und Krisen zu verhindern. Der Neomalthusianismus als historische Bewegung seit Ende des 19. Jh. als auch in seiner aktuellen Form stellt dabei die Kontrolle der Fruchtbarkeit armer Bevölkerungsgruppen, deren Zugang zu Ressourcen beschränkt ist, ins Zentrum und vernachlässigt die Frage der Verteilung und der Produktions- und Konsumtionsverhältnisse.

gesundheitsspolitischen Rahmung war es zudem, dass soziale Bewegungen und entwicklungspolitikskritische Akteur*innen das Thema weitgehend ad acta legten, trotz repressiver Kontinuitäten in der Familienplanung und trotz der starken Verbindungslinien mit den Genealogien des Kolonialismus und Rassismus (vgl. Wilson 2015; Bendix 2016). Seitdem gibt es keine transnational sichtbare und wirkungsvolle kritische Gegenöffentlichkeit, weder zu den neomalthusianischen Erklärungsmustern noch den bevölkerungsstrategisch entwickelten und verbreiteten Verhütungsmethoden. Vereinzelte Ansätze dazu dokumentieren wir im Schlussteil.

In diesem Artikel zeigen wir, welche konzeptuellen und strategischen Verschiebungen in der deutschen Entwicklungspolitik – und in ihrer Kooperation mit Big Pharma – in den 2010er Jahren zu beobachten waren, die sich bis heute als weitgehend stabil erwiesen haben. Wir interpretieren diese als Rollback hin zu einerseits wieder expliziteren neomalthusianischen und insbesondere ökonomistischen Begründungsmustern und andererseits zu einem Fokus auf isolierte Familienplanungsprogramme, die besonders auf den Einsatz von Langzeitverhütung ausgerichtet sind.

Unsere Untersuchung konzentriert sich Mitte der 2010er auf zwei Schwerpunkte: Zum einen analysieren wir die Konzepte und Investitionen des BMZ und seiner Durchführungsorganisationen, der GIZ und der KfW, zu ›Bevölkerungsdynamik‹ vor dem Hintergrund eines globalen Trends zur Demografisierung des Politischen und zu einer zunehmend explizit gemachten nationalen Humankapitalverwaltung. Unter Demografisierung verstehen wir Strategien der »Umdeutung sozialer Probleme und Konflikte zu demographisch bedingten Problemen und Konflikten« (Barlösius 2007: 26). Die Frage der ›Humankapitalverwaltung‹ bezieht sich somit nicht nur auf Bildungspolitik, sondern auf bevölkerungspolitische Strategien, die explizit eine bestimmte Qualität einer Bevölkerungszusammensetzung anstreben. Zum anderen fragen wir, welche Vermarktungsstrategien der Pharmakonzerne, vor allem am Beispiel von Bayer HealthCare, sich in diese Trends der Bevölkerungsprogrammatisierung einschrieben und einmischten, und inwiefern die Unternehmen im Rahmen verschiedener Modelle von Public Private Partnerships sowie der rein kommerziellen Verbreitung davon profitierten und profitieren.

Bevölkerungsdynamik und Humankapital: EZ-Konzepte in Zeiten einer Demografisierung des Politischen

Wer einen Blick auf die Dokumente der deutschen EZ wirft und sich mit GIZ-, BMZ- und KfW-Vertreter*innen austauscht, trifft zunächst einmal auf viele altbekannte Floskeln der Post-Kairo-Agenda. Weiterhin gebe es in einigen Ländern, besonders afrikanischen, ein zu hohes Bevölkerungswachstum. Dieses sei zwar nicht alleinige Ursache von Entwicklungsproblemen, trage aber entscheidend dazu bei, dass es zu Ressourcenengpässen und einem nicht zu bewältigenden Ansteigen staatlicher Ausgaben komme, was die Entwicklung »hemme« oder »beeinträchtige« (BMZ 2013: 3f; BMZ 2008: 5; vgl. Seebens 2012). Und auch das, was Kritiker*innen schon früher eine ideologische Schizophrenie des *population establishment* nannten, bleibt beim Alten: Staatliche demografische Ziele einerseits und individuelle Selbstbestimmungsrechte andererseits werden nicht als Gegensatz oder zumindest als spannungsreich, sondern als eine *win-win*-Situation präsentiert. Es gehe selbstverständlich nicht darum, die Freiheit der Individuen mit diesen Programmen einzuschränken, sondern vor allem darum, einen noch nicht gedeckten Bedarf an Verhütungsmitteln anzugehen oder auch über Aufklärung freiwillige »Änderungen von Einstellungen und Verhaltensmustern« zu bewirken (BMZ 2008: 16) und die Programme in eine breite reproduktive Gesundheitsversorgung zu integrieren. So weit ist die Argumentation typisch für die Post-Kairo-Ära. Allerdings lassen sich seit Mitte der 2000er Jahre neue Trends ausmachen. Dabei folgten die BMZ-Positionen grundsätzlich dem seit damals gültigen Sprech des internationalen *population establishment*. Schon auf den ersten Blick ist der Schwenk vom Begriff des Bevölkerungswachstums zu dem der Bevölkerungsdynamik auffällig. Damit gelten Bevölkerungsentwicklungen im Globalen Süden nicht mehr als spezifisches Problem, sondern werden in den Kontext aller Arten demografischer Trends weltweit gestellt.

Die Altersproportion als universeller Ansatz

Der Begriff der Bevölkerungsdynamik ordnet sich in eine allgemeine Rehabilitierung der Demografie als zentrales Moment politischer Problemformulierungen und darauf zugeschnittener Regierungsstrategien ein. So gaben die jeweiligen Bundesregierungen spätestens seit der Jahrtausendwende die Haltung auf, in Deutschland gebe es nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus keine Bevölkerungspolitik mehr, und deklarierten seit 2002 eine »bevöl-

kerungsorientierte Familienpolitik sowie seit 2012 eine nationale Demografiestrategie (vgl. Text »Nation und Kinderwunsch« in diesem Band). Der Bezug auf einen universellen Geltungsbereich machte es so möglich, der Kritik zu entgehen, mit zweierlei Maß zu messen: Statt eines wie bisher eher binär organisierten postkolonialen Feldes – hier die Industrieländer, deren Bevölkerungsdichte oder -zusammensetzung niemanden in den globalen Agenden etwas angehen, und dort die zu schnell wachsenden Bevölkerungen des Südens – erscheint »Bevölkerungsdynamik« nun als ebenso wichtiger wie selbstverständlicher Aspekt jeden nationalstaatlichen Alltagsgeschäfts.

Ein entscheidendes Moment, um diese globale Bedeutsamkeit und Vergleichbarkeit von Bevölkerungsdynamik zu behaupten, ist der Übergang von der Betrachtung nationaler Bevölkerungsgrößen, wie es bei den Strategien gegen das Bevölkerungswachstum üblich war, zu dem Hauptkriterium einer Untersuchung der Bevölkerungszusammensetzung nach Altersgruppen: Wie wir es im deutschen Demografiediskurs des »demografischen Wandels« seit Jahren einüben, erscheint es auch für die internationale bevölkerungspolitische Intervention als selbstverständlich, dass Gesellschaften vorrangig entlang der Proportion ihrer Altersgruppen und den diesen zugeschriebenen Eigenschaften – als entweder produktive, erwerbsfähige Erwachsene oder unproduktive, bedürftige und kostspielige Minderjährige und Alte – differenziert und sinnhaft analysiert werden können. Welche enormen sozialen, ökonomischen und sonstigen Unterschiede und Machtverhältnisse es innerhalb dieser als homogen analysierten Generationen geben mag, gilt als nachrangig, ganz zu schweigen davon, dass ausgeblendet wird, wie globale kapitalistische Verhältnisse Zugang zu Einkommen und Ressourcen bestimmen und ökonomische Konjunkturen und Krisen prägen.

Unterschieden wird beim BMZ ebenso wie international dementsprechend zwischen unterschiedlichen Kategorien von Ländern mit entsprechend darauf abgestimmten strategischen Ansätzen (vgl. BMZ 2013; GIZ 2018). Erstens gibt es die Länder, insbesondere in Afrika, bei denen die Geburtenrate immer noch als zu hoch definiert wird, weil sie der Norm einer *replacement fertility* von 2,1 Kindern pro Frau entgegenstehe. Für sie bleibt auch weiterhin, wenn auch nicht durchgehend, ein katastrophistischer Tenor vorbehalten. Weiterhin gibt es die Übergangsländer, bei denen ein Rückgang der Fruchtbarkeitsraten festgestellt, aber aufgrund großer Jugendgenerationen immer noch von großen Bevölkerungszuwächsen ausgegangen wird, und deren alte Bevölkerungen noch nicht als Problem gelten: Sie werden als Länder mit einem »demografischen Bonus« bezeichnet, weil der An-

teil der Erwerbsfähigen, sprich Erwachsenen, hoch sei und deswegen ein »günstiges Abhängigkeitsverhältnis« bestehe (BMZ 2013: 12). Schließlich gibt es dann noch die »alternden« Gesellschaften, in denen die Zahl der Menschen im Rentenalter in Proportion zu den Erwerbsfähigen in den Fokus gerückt wird. Die Altersproportion als Hauptbezugsrahmen aller Analysen und Erklärungen ermöglicht somit nicht nur die Behauptung eines für den Globalen Norden und Süden gleichermaßen gültigen Maßstabes, sondern auch, den Geltungsanspruch der Aktivitäten des *population establishment* für die vielen Länder des Globalen Südens zu erhalten, in denen die Geburtenraten in den letzten Jahrzehnten stark gesunken sind. Prinzipiell gilt somit nicht mehr zweierlei Maß, sondern ein universaler Maßstab: Die nationale Altersproportion entscheidet weltweit darüber, an welchen Schrauben Regierungsstrategien drehen sollen, um entweder mehr oder weniger Geburten zu bewirken. So erklärte etwa Anne-Birgitte Albrechtsen, Vize-Geschäftsführerin des United Nations Population Fund (UNFPA), in einer Rede zu Nachhaltigkeit 2013, dass sich der UNFPA für pronatalistische Ziele in »low fertility countries« engagiere, beispielsweise durch eine »bessere work-life balance« oder »familienunterstützende Steuer- und Sozialpolitik«, während sie für »high fertility countries« weiterhin die üblichen Maßnahmen wie reproduktive Gesundheit, Familienplanung, umfangreiche Sexualbildung und eine Verringerung von Schwangerschaften von Jugendlichen als Maßnahmen herausstellte (UNFPA 2013c). Geradezu grotesk ist dabei, wie sich hier das, was wir bevölkerungspolitische Gouvernamentalität nennen, je nach antinatalistischen oder pronatalistischen Zielen spiegelbildlich gegenübersteht. Je nach demografischen Zielen werden Konzepte von Rechten, Wünschen und Selbstbestimmung von Frauen (denn um deren Körper und reproduktives Verhalten geht es weiterhin vorrangig), die Regierungen wahrnehmen, fördern und stärken sollen, völlig unterschiedlich gefasst. Und es werden unterschiedliche reproduktive Technologien in den Fokus gerückt, um »Einstellungs- und Verhaltensänderungen« zu erreichen. Ob Frauen vor »ungewollter Kinderlosigkeit« oder vor »ungewollten Schwangerschaften« bzw. einem »ungedeckten Bedarf« an Verhütungsmitteln geschützt werden sollen, ob reproduktive Rechte als Zugang zu Reproduktionsmedizin oder zu Verhütungsmitteln diskutiert werden – und ob Medien in individuellen Biografien »Kinderwunschbehandlung« oder Hormonimplantate als Licht am Ende des Tunnels präsentieren – erscheint somit nicht als eine Frage des Rassismus, sondern als eine entsprechend der nationalen Altersproportionen unternommene »bevölkerungsdynamische Feinabstimmung«. Diese

Anrufungen funktionieren zudem nicht für alle Frauen innerhalb eines nationalstaatlichen Rahmens gleichermaßen. In Deutschland haben wir es bei der pronatalistischen ›bevölkerungsorientierten‹ Familienpolitik de facto mit einer Umverteilung staatlicher Transferleistungen zugunsten Besserverdienender zu tun. Diese sollen zum Gebären ermuntert werden sollen, während es mit dem Elterngeld – welches für Hartz-IV-Empfänger*innen 2011 de facto abgeschafft wurde – zu einer extremen Kürzung der Transferleistungen für ärmere Bevölkerungsgruppen kam (vgl. Text »Humanvermögen und Zeitpolitik« in diesem Band). Die antinatalistische Kehrseite dieser Politik bleibt aber weitgehend de-thematisiert. Umgekehrt stehen etwa im Rahmen des Jodelle Access Program, bestimmte, ärmere, in ländlichen Regionen lebende Frauen in den ›entwicklungspolitischen Zielländern‹ im Zentrum antinatalistischer Programme.

Die demografische Dividende: Rückkehr zu einer offenen Ökonomisierung

Der Fokus auf nationale Altersproportionen geht mit einem Revival nationalökonomischer Konzepte in der Bevölkerungsdebatte einher. Ein modernisierungstheoretischer Simplizismus greift hier wieder um sich, von dem einflussreiche Vertreter*innen des *population establishment* während der UN-Konferenz von Kairo eher Abstand genommen hatten. Damals war eine von der Weltbank und der Rockefeller-Stiftung beauftragte Studie des Ökonomen Robert Cassen einflussreich, in der dieser zu dem Schluss kam, ein Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Bevölkerungswachstum sei weder positiv noch negativ zu belegen (vgl. Cassen 1994: 9f; Parnreiter 2011: 201). Der Mainstream des *population establishment* verabschiedete sich damit sowohl von der bevölkerungswissenschaftlichen ›Orthodoxie‹, die in den 1950er und 1960er Jahren Bevölkerungswachstum monokausal als ›Entwicklungshemmnis‹ gefasst hatte, als auch von einem *developmentalism* der 1970er Jahre, der soziale Reformen und Bevölkerungsentwicklung zwar als wechselseitig voneinander bedingt ansah, die These des Entwicklungshemmnisses aber nicht grundsätzlich in Frage gestellt hatte (vgl. Demeny 1988; Schultz 2006: 92-95). In Kairo machten eher Fragen der Umweltzerstörung die neomalthusianische Hintergrundmusik aus, während die Mikroebene im Vordergrund stand, nämlich dass antinatalistische Ziele sowieso im Einklang mit individuellem Empowerment, Gesundheit und Rechten von Frauen des Globalen Südens stünden. Diese Enthaltensam-

keit von einem bevölkerungspolitischen Ökonomismus war spätestens seit 2003 vorbei, als die ›demografische Dividende‹ begann, in aller Munde zu sein – ein auch für die BMZ-Strategie zentrales Konzept (vgl. BMZ 2013; GIZ 2018). Diese These beruht auf einer von der RAND-Corporation veröffentlichten und vom Weltbevölkerungsfonds sowie der Hewlett-Packard- und Rockefeller-Stiftung finanzierten Studie eines Teams um den Harvard-Ökonomen David Bloom. Die Ökonom*innen behaupten darin, dass es in den ›Übergangsländern‹ möglich sei, durch gezielte Investitionen in Ausbildung und Beschäftigung von Jugendlichen sowie neoliberale Arbeitsmarktpolitik diesen ›Chancenvorteil‹ des ›demografischen Bonus‹ in eine ›demografische Dividende‹, d.h., eine dynamische volkswirtschaftliche Entwicklung, umzumünzen (vgl. Bloom u.a. 2003). Sie untermauern dies mit den Beispielen der ›asiatischen Tigerstaaten‹, für die diese Bevölkerungskonstellation zutraf. Lateinamerika mit einer ähnlichen demografischen Konstellation habe allerdings die demografische Dividende nicht nutzen können, wegen »einer schwachen Regierungsführung und einer mangelnden Marktöffnung« (ebd.: 56). Kritiker*innen wenden ein, dass das Konzept der demografischen Dividende höchst unterkomplex sei, da es innerhalb der als homogen verstandenen Altersgruppen gar nicht mehr zwischen verschiedenen sozialen Gruppen differenziere (vgl. Hendrixson 2007: 3). Das BMZ, ebenso wie das internationale *population establishment*, insbesondere der UNFPA, übernehmen das Konzept der demografischen Dividende dennoch als Hauptargument: Länder mit hohen Geburtenraten müssen möglichst schnell zum ›Übergang‹ gebracht werden, um die demografische Dividende abschöpfen zu können. In den ›Übergangsländern‹ wiederum gelten Investitionen in Jugendbildung und Jugendbeschäftigung als adäquates Mittel einer Politik, die die Bevölkerungsdynamik berücksichtige (vgl. BMZ 2013: 12). Auch der Umkehrschluss ist entsprechend banal: Ohne Übergang zum demografischen Bonus-Land keine ökonomische Entwicklung. Ebenso bleibt die Zuschreibung an Jugendliche in den Ländern, die als ›Übergangsländer‹ kategorisiert werden, weiter ambivalent. Wenn ihr ›Humankapital‹ nicht ausreichend gefördert und bewirtschaftet werde, bedrohten sie – hier stehen dann ausnahmsweise die männlichen Jugendlichen im Fokus – als ›Jugendüberhang‹ die politische Stabilität eines Landes. ›Bevölkerungsdynamik‹ hält hier somit auch wieder als Erklärung für Kriminalität, Aufstände oder eine Gefährdung des »sozialen Friedens« her (ebd.: 11).

Prinzipiell ordnet sich der Schwerpunkt Bevölkerungsdynamik somit in eine nationale Humankapitalbewirtschaftung in allen Phasen des Leben

ein – mit dem Effekt, dass die kapitalistische Krisenhaftigkeit, die weltweiten Kämpfe um Ressourcen, Weltmarktabhängigkeit, Prekarisierungstendenzen und soziale Ungleichheit ausgeblendet werden (vgl. Bernhold 2014; Bhatia u.a. 2020). Neben Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen und Alten kennt die Bevölkerungsdynamik-Perspektive nur noch eine Gruppe, nämlich die Migrant*innen: Ähnlich wie in der innenpolitischen deutschen Demografie-debatte bildet das ökonomische Potenzial der Migrant*innen auch in den EZ-Konzepten das additive Element zusätzlich zur altersproportionierten Nationalbevölkerung (vgl. Text »Migrationspolitik als Bevölkerungssteuerung?« in diesem Band). Zwar spekulierte an der einen oder anderen Stelle etwa UNICEF darüber, ob nicht die Migration von Jugendlichen zum Ausgleich nationaler Altersproportionen beitragen könne (vgl. UNICEF 2013). Insgesamt liegt das Augenmerk aber nicht auf der abstrakten Menge der Migrant*innen, sondern auf der Frage des nationalen Bedarfs an qualifizierten Arbeitskräften. Typisch dafür sind Modelle wie »triple win«, um der Kritik eines »brain drain« im Globalen Süden bei der Anwerbung von Fachkräften entgegenzutreten und hier für Herkunft- und Zielländer sowie für die Individuen selbst eine win-win-win-Situation »zirkulärer Migration«, d.h., einer flexiblen Ein- und Ausfuhr von Arbeitskräften, zu behaupten (vgl. Schwenken 2013). Kriterien der Menschenrechte und der Nützlichkeit werden also auch hier als nicht-konfliktiv behauptet und erstere letzterer zu- und untergeordnet (vgl. GIZ 2013, 2022; UNFPA 2013c).

Deutsche EZ-Investitionen in die neue Querschnittsaufgabe

Inwiefern spiegelte sich der Bezug des BMZ auf Bevölkerungsdynamik als Querschnittsaufgabe und ein expliziterer Bezug auf demografische Ziele nun in den Investitionen der deutschen EZ wider? Laut BMZ-Positionspapier sollten neben den klassischen Schwerpunkten der SRGR nun auch Programme für Jugendbildung und -beschäftigung sowie Investitionen in den Aufbau von Melderegistern, Bevölkerungsstatistik und Datenerfassung an Bedeutung gewinnen (BMZ 2013: 10). In den Zahlen der OECD über die deutschen EZ-Investitionen lassen sich solche Ankündigungen allerdings kaum überprüfen: Jugendbeschäftigungs- und -bildungsprogramme fallen in den

EZ-Budgets nicht unter ›Bevölkerungspolitik‹.⁶ Bevölkerungserfassung und -statistik wiederum gehören zwar hinzu, schlugen sich aber zum Zeitpunkt der Untersuchung noch nicht finanziell nieder, weil sie sich laut BMZ noch in der Pilotphase befanden.⁷

Zu den klassischen Budgets der Bevölkerungspolitik und zur Frage, ob wieder verstärkt auf isolierte Familienplanungsprogramme gesetzt wurde, ergab sich Mitte der 2010er ein gemischtes Bild. Die explizit der ›Familienplanung‹ zugeordneten Gelder machten in der deutschen EZ im Vergleich zu ›reproduktiver Gesundheit‹ und HIV/AIDS-Programmen immer noch den kleineren Teil aus. Hier muss allerdings berücksichtigt werden, dass ›Familienplanung‹ auch ein wichtiger Teil von Programmen der reproduktiven Gesundheit ist und statistisch sozusagen darin verschwindet (vgl. Schultz 2006: 231-240).⁸ Reproduktive Gesundheitsprogramme wurden tatsächlich von 52 Mio. Euro (in 2009) auf 76 Mio. Euro (in 2013) deutlich aufgestockt. Auch gab es laut OECD eine Zunahme der expliziten Familienplanungsgelder von 7,8 Mio. Euro (2011) auf 14,2 Mio. Euro (2013) und weiter auf über 18 Mio. Euro im Jahr 2019. Hinsichtlich der direkten Käufe von Verhütungsmitteln erreichten die Ausgaben der KfW 2013 einen neuen Höchststand von 29 Mio. US-Dollar (gegenüber 15 Mio. US-Dollar in 2012) (vgl. UNFPA 2014: 25). Grundsätzlich blieb es bei der Problematik, dass Basisgesundheitsbudgets und Bevölkerungsprogramme getrennt funktionieren und die deutsche EZ beispielsweise 2012 mit 169 Mio. Euro für Bevölkerungsprogramme insgesamt mehr Geld ausgab als für die gesamten Programme der Basisgesundheitsversorgung (147 Mio. Euro). Finanziell wurde die deutsche EZ also weniger deutlich als in ihren programmatischen Erklärungen ein Vorreiter der neuen Trends. Wesentlich ein-

6 Auf der Internetseite QWIDS (Query Wizard for International Development Statistics) können die Budgets regelmäßig hinsichtlich verschiedener Kategorien abgerufen werden: stats.oecd.org/qwids/.

7 Mitte der 2010er investierte das BMZ in den Nationalen Bevölkerungsrat in Ägypten und die statistischen Behörden von Pakistan, außerdem unterstützte das BMZ gemeinsam mit dem UNFPA nach Aussagen einer dort angestellten Person den höchst konfliktreichen Zensus von 2014 in Myanmar (vgl. DW 2014).

8 So führte das BMZ diese Ausgaben in Burundi 2012 etwa unter der Rubrik ›Reproduktive Gesundheit‹ und nicht unter ›Familienplanung‹ auf: ›Ziel des Projekts ist die Veränderung von Verhaltensmustern im Hinblick auf Familienplanung und HIV-Prävention.« Oder 2012 in Kenia: ›Finanzielle Zuwendungen sollen helfen, den Zugang zu Gütern und Dienstleistungen im Hinblick auf Familienplanung zu verbessern.« (vgl. QWIDS stats.oecd.org/qwids/)

deutiger war das Vorpreschen vom UNFPA (der von Deutschland mit jährlich über 20 Mio. US-Dollar finanziert wurde) und der US Agency for International Development (USAID), die ihre Ausgaben für Verhütungsmittel zwischen 2006 und 2012 jeweils fast verdoppelten – der UNFPA von 74 auf 128 Mio. und die USAID von 63 auf 105 Mio. US-Dollar (vgl. UNFPA 2013a: 41). 2020 setzte sich dieser Trend beim UNFPA fort, mit auf 190 Mio. US-Dollar gesteigerten Ausgaben für Verhütungsmittel (vgl. UNFPA 2021). Laut UNFPA spiegelte sich dieser Trend auch in den Programmen der Empfänger*innenländer wider: »Familienplanung ist zunehmend wieder eine Priorität auf der höchsten Ebene nationaler Politik, nationaler Pläne und Programme geworden. Und immer mehr Regierungen von Entwicklungsländern investieren ihre eigenen Ressourcen in Verhütungsmittel.« (UNFPA 2013d: vi) Als allgemeiner Trend ist also festzuhalten, dass die zunehmend engere Rückbindung der SRGR an bevölkerungspolitische Makroziele dazu beitrug, dass die Verbreitung von Verhütungsmitteln von den zentralen Akteur*innen des internationalen *population establishment* wieder stärker ins Zentrum internationaler EZ-Maßnahmen rückte – ein Trend, der von der deutschen EZ zumindest programmatisch mitgetragen wurde. Verhütungsmittel sind der technologische Hebel, um insbesondere in vielen afrikanischen Ländern die nunmehr nationalökonomisch begründete Priorität einer Senkung der Geburtenraten umzusetzen. Trotz aller Bekenntnisse zu integrierten gesundheitspolitischen Ansätzen schien sich damit die Schieflage zwischen Basisgesundheitsversorgung und den spezifischen Diensten der Familienplanung insgesamt zu verstärken.

Ein Vehikel, über das bis heute die Verbreitung möglichst vieler moderner Verhütungsmittel als Selbstzweck in die deutschen EZ-Programme eingeschrieben ist, bleiben quantitative Indikatoren wie die *contraceptive prevalence rate* (CPR) oder die *couple years of protection* (CYP), also die gesetzten Ziele, eine möglichst hohe Rate von Nutzer*innen moderner Verhütungsmethoden oder möglichst viele Paarverhütungsjahre zu erreichen. Diese Ziele haben seit Kairo die nun delegitimierten Zielquoten in nationalen Programmen ersetzt und wurden bisher meist mit statistischen Erhebungen über einen »ungedeckten Bedarf« an Verhütungsmitteln untermauert. Die Nutzungsrate moderner Verhütungsmethoden fungierte, so in BMZ-Präsentationen, weiter als selbsterklärende Messlatte für bevölkerungspolitische Erfolge (vgl. BMZ 2012: 18; Peters/Pilon 2020). Dass es in der bevölkerungspolitischen Umorientierung der 2010er Jahre weniger um die Anerkennung von Rechten, sondern eher um eine politische Durchsetzung von Verhaltensänderungen ging, wurde auch in einer Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik deutlich (Angenendt/

Popp 2014).⁹ Hier wurde sogar offensiv vertreten, dass nicht ein ungedeckter Bedarf an Verhütungsmitteln, sondern ein zu hoher Kinderwunsch quer durch alle sozialen Schichten in vielen afrikanischen Ländern das Problem sei. Differenzierte Familienplanungsprogramme und »politische Wertschätzung« für kleinere Familien seien zentral, und es sei »ratsam, die Regierungen der Partnerländer energischer in ihrem Bestreben um eine ausgewogene Bevölkerungsentwicklung zu unterstützen« (ebd.: 27).

Der Einflussgewinn der Lobbyist*innen

In unseren Gesprächen mit BMZ- und GIZ-Vertreter*innen wurde zudem deutlich, dass diejenigen Lobbygruppen, die sich schon lange für einen Fokus auf Familienplanung als Mittel zur Umsetzung bevölkerungspolitischer Ziele eingesetzt haben, im Zuge des Revival einer explizit neomalthusianischen Agenda innerhalb der deutschen EZ an Bedeutung gewannen. Ein wichtiger Katalysator für den Schwerpunkt Bevölkerungsdynamik war den Referent*innen zufolge das Spektakel rund um das Erreichen der ›Sieben-Milliarden-Marke‹ im Jahr 2011. BMZ und GIZ organisierten anlässlich des vom UNFPA ausgerufenen ›Tages der Sieben Milliarden‹ am 31. Oktober 2011 eine öffentliche Kampagne in Zusammenarbeit mit der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung (DSW). Die DSW wurde ebenso wie das eher als Think Tank fungierende Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung von Industrieländern gegründet, wird von Unternehmen (u. a. Bayer HealthCare) finanziert und steht im engen Austausch mit dem internationalen *population establishment* (vgl. DSW 2015a: 17). Eine BMZ-Vertreter*in wies beiden Organisationen eine wesentliche Rolle daran zu, wie das Paradigma der demografischen Dividende in die BMZ-Programmatik aufgenommen wurde und welche Studien und Daten heute rezipiert werden. Sowohl die GIZ als auch das BMZ gaben die DSW zudem fast immer ausschließlich oder an erster Stelle an, wenn es um die Kooperation mit der Zivilgesellschaft ging (vgl. z. B. BMZ 2008: 7). Die DSW, die 2014 in Hannover ausgerechnet am Eingang zum Zoo dem alten neomalthusianischen Katastrophismus treu eine ›Weltbevölkerungsuhr‹ einweihte, wurde sogar auf der höchsten Ebene internationaler Politik von der Bundesregierung eingebunden: Die ehemalige DSW-Vorsitzende Renate

9 Einer der Autor*innen, Steffen Angenendt, arbeitete von 2011 bis 2013 als Berater für das BMZ.

Bähr vertrat Deutschland in der ›High Level TaskForce‹ der UN für den Revisionsprozess 20 Jahre nach Kairo. Selbsterklärtes Hauptziel der DSW ist es, Familienplanung und Sexualaufklärung für Jugendliche in den EZ-Agenden fest zu verankern. Die internationale Gemengelage zu SRGR ist komplex, und die Frage, welche widersprüchlichen (genderpolitischen, gesundheitspolitischen, rechtspolitischen, neomalthusianischen etc.) Implikationen es hat, wenn die SRGR auf multilateraler Ebene integriert oder gestärkt werden, kann hier nicht abschließend bewertet werden. Fest steht aber, dass die DSW keine Repräsentantin einer sozialen Bewegung mit emanzipatorischen, queer-feministischen Zielen ist, sondern anhaltend auf neomalthusianischen Katastrophismus setzt, auf Familienplanung fokussiert und mit Privatfirmen wie Bayer HealthCare kooperiert, um ihre Ziele voranzutreiben. Diese Nähe zu den Verhütungsmittelproduzent*innen nahmen nun auch das BMZ und die GIZ zunehmend ein, als sie etwa im April 2013 einen Parlamentarischen Abend zur Werbung für das Jadelle Access Program gemeinsam mit der DSW und Bayer HealthCare gestalteten oder mit denselben beiden Akteur*innen den alljährlichen ›International Dialogue on Population and Sustainable Development‹ in Berlin veranstalteten (vgl. BMZ 2015). Da ist es nur konsequent, wenn die deutschen EZ-Vertreter*innen die eingangs angesprochene FP2020-Initiative insgesamt ausdrücklich politisch begrüßten und sich in diesem Rahmen auch finanziell verpflichteten, bestimmte Gelder für Familienplanung vorzusehen – und dies, obwohl sie selbst in unseren Interviews problematisierten, dass hier öffentlich-private Parallelstrukturen zu den staatlichen und multilateralen EZ-Strukturen entstanden seien, und es klar sei, dass der Trend dadurch eindeutig zurück zu einem isolierten gesundheitspolitischen Fokus auf (Langzeit-)Verhütungsmittel gehe.

Bevölkerungsprogramme als Türöffner für kontrazeptive Märkte im Globalen Süden

Welche kommerziellen Interessen sind nun mit dem Bedeutungsgewinn einer bevölkerungspolitischen Programmatik verknüpft? Zunächst einmal ist der Verhütungsmittelmarkt auch in Krisen ein globaler Wachstumsmarkt, der über die EZ-Programme auf verschiedene Weise ausgeweitet werden kann. Das Unternehmen Zizhu Pharmaceutical schätzte den Umsatz für Verhütungsmittel im Jahr 2009 auf 11,2 Mrd. US-Dollar und sagte einen Anstieg bis 2016 auf 14,5 Mrd. US-Dollar voraus (vgl. Zizhu Pharmaceutical 2011). Tatsäch-

lich wuchs der globale Verhütungsmittelmarkt nach Global Market Insights auf 21,8 Mrd. US-Dollar im Jahr 2020 an und es wurden weiter hohe jährliche Wachstumsraten von 8,2 Prozent vorausgesagt (vgl. Global Market Insights 2020). Nach Global Industry Analysts sei die Verlangsamung ökonomischen Wachstums angesichts der Wirtschaftskrise der 2000er Jahre ein »Glück im Unglück« für den globalen Kontrazeptivamarkt gewesen, denn öffentliche Gesundheitsbudgets für Geburtenkontrolle seien nicht gekürzt worden (PRWeb 2010). Eher sei sogar der Trend zu beobachten, dass Maßnahmen zur Geburtenkontrolle aufgrund der Furcht vor den Kosten von ungeplanten Schwangerschaften in »Krisenzeiten« zugenommen hätten (ebd.). Marktführende für Kontrazeptiva waren 2011 Bayer (Jahresumsatz von 3 Mrd. US-Dollar) sowie Tevat und Merck & Co (jeweils ca. 1 Mrd. US-Dollar) (vgl. Spectra Intelligence 2011).¹⁰

Der Markt für Kontrazeptiva im Globalen Süden lässt sich in vier verschiedene Segmente unterteilen, wobei die ersten drei Segmente direkt von der internationalen EZ unterstützt werden: a) kostenlos in staatlichen Gesundheitseinrichtungen erhältliche Verhütungsmittel, die von den nationalen Gesundheitsministerien eingekauft werden und zum Großteil von internationalen »Gebern« wie USAID oder UNFPA finanziert werden; b) für einen relativ geringen Preis erhältliche Verhütungsmittel, die ebenfalls von so genannten Hilfsorganisationen zur Verfügung gestellt, aber von *social marketing*-NGOs wie Population Services International (PSI) oder DKT International als Markenprodukte über marktübliche Handelsstrukturen (z.B. Apotheken) zu subventionierten Preisen unter Verwendung kommerzieller Vermarktungsmethoden vertrieben werden; c) Produkte für den privaten Markt, die durch Public Private Partnerships vergünstigt verkauft werden; und d) zuletzt der rein private Markt. Der Markt in so genannten Entwicklungsländern wuchs im Kontext des bevölkerungspolitischen Revivals enorm: 2014 stellte die NGO Reproductive Health Supplies Coalition fest, dass in fünf Jahren alleine die internationalen EZ-Mittel für Kontrazeptiva um 50 Prozent auf 275 Mio. US-Dollar gestiegen waren (vgl. DGDA/RHSC 2014: 6). Dies wurde vor allem durch erhöhte Investitionen in Implantate (68 Prozent des Finanzierungsanstiegs) erreicht. In Bezug auf das »Hilfsgeschäft« mit Verhütungsmitteln sind UNFPA und USAID die größten Käufer*innen. Sie deckten Anfang der 2010er ca. drei

10 Zumindest was den entwicklungspolitischen Markt anging, blieb es dabei: Nach UNFPA's Einkaufsstatistik blieb Bayer 2020 weiter die Nummer eins mit einem Anteil von 11,1 Prozent (vgl. UNFPA 2021).

Viertel des Marktes ab (vgl. UNFPA 2013a: 41). Wer die beiden großen ›Geber‹ beliefern will, dessen Produkt muss allerdings von der WHO ›präqualifiziert‹ sein, also so etwas wie ein Gütesiegel in Bezug auf Sicherheit und Wirksamkeit des Produktes vorweisen. Zwei deutsche Firmen – Bayer und HELM Medical – gehören zu den großen Beliefernden vom UNFPA. 2013 konnte Bayer den UNFPA-Marktanteil noch einmal deutlich steigern und lag nun bei ca. 59 Mio. US-Dollar oder 16 Prozent der gesamten UNFPA-Einkäufe (vgl. UNFPA 2013b). Vor allem der entwicklungspolitische Markt für Implantate war in den vorhergehenden Jahren geradezu explodiert. Investierten die acht größten ›Geber‹ 2006 lediglich knapp über 7 Mio. US-Dollar in Implantate, waren es 2012 mehr als zehnmal so viel (vgl. UNFPA 2013a: 41). Bis 2020 wurden die Ausgaben für Implantate nach UNFPA weiter auf 91 Mio. US-Dollar erhöht. Die Ausgaben der ›Geber‹ für Implantate machten damit 48 Prozent aller Verhütungsmittelausgaben aus (vgl. UNFPA 2021). Der neomalthusianische Rollback und die erneute Konzentration auf einen Ansatz, der für die 1960er Jahre schon einmal als ›kontrazeptive Überschwemmung‹ kritisiert wurde, scheinen hier Hand in Hand zu gehen mit den Vermarktungsinteressen der Pharmakonzerne (vgl. Warwick 1982).

Implantate für die Armen

Doch was hat es nun mit dem Implantat auf sich, das so im Fokus der Vermarktung steht und in der konzertierten Aktion von Bayer HealthCare, der Bill & Melinda Gates Foundation und diversen nationalen ›Gebern‹ unter dem Namen Jadelle verbreitet wird? Jadelle, auch bekannt unter dem klinischen Namen Norplant II, wurde vom bevölkerungspolitischen Think Tank in den USA, dem Population Council, entwickelt und ermöglicht einen Empfängnisverhütungsschutz von bis zu fünf Jahren. Der Wirkstoff, das Hormon Levonorgestrel, ist identisch zu dem Vorgängerprodukt Norplant I, das bereits in den 1980er Jahren getestet und in der Folge über die EZ verbreitet wurde (vgl. Bock von Wülfinen 2001). Der einzige Unterschied: Statt sechs werden bei Jadelle nur zwei mit dem Hormon gefüllte Silikonröhrchen mittels chirurgischen Eingriffs unter die Haut der inneren Seite des Oberarms eingeführt. Jadelle wird deswegen als einfacher einzuführen und zu entfernen, aber als genauso effektiv wie Norplant I angepriesen. Allerdings führte der Population Council selbst an, dass es in Studien bei 7,5 Prozent der Nutzerinnen zu Problemen bei der Entfernung kam, da sich das Gewebe um die Silikonstäbchen

vernarbte oder sie im Körper wanderten (vgl. Sivin u.a. 2002: 15).¹¹ Auch ist die Abbruchquote hoch, was mit beträchtlichen Nebenwirkungen in Verbindung steht: Hauseigene Studien des Population Council zeigten, dass sich innerhalb von drei Jahren knapp 30 Prozent der Nutzerinnen aufgrund unregelmäßiger (also zu starker und häufiger oder ausbleibender) Blutungen, Kopfschmerzen, Depressionen, Gewichtszunahme, Haarausfall, Akne u.a. das Implantat entfernen ließen (vgl. Population Council 2013). Während Norplant I im Rahmen einer international vernetzten Frauengesundheitsbewegung beobachtet wurde und es weltweit zu Protestkampagnen kam, die Norplant als Inbegriff eines technischen Machbarkeitswahns der Bevölkerungsprogramme ablehnten, geschah die Durchsetzung der neuen Methode heute im Stillen. Vergessen schien auch zu sein, dass Ende der 1990er Jahre etwa 36 000 Klägerinnen in den USA von der damaligen Lizenzinhaberin von Norplant, dem Pharmaunternehmen Wyeth Ayerst, mit über 50 Mio. US-Dollar entschädigt wurden (vgl. Bendix/Schultz 2013).

Die interviewte GIZ-Vertreter*in beschrieb das Implantat dennoch als »nebenwirkungsarm«. Hohe Abbruchquoten wurden in den Interviews nur insofern problematisiert, als sie das Präparat zu teuer machten und ein Hinweis darauf seien, dass Implantate als kostenlos angebotene Methode nicht adäquat für langfristige Zwecke verwendet würden. Dass die Nebenwirkungen heruntergespielt werden müssen, wird auch in den Hauptargumenten für den entwicklungspolitischen Einsatz der Implantate deutlich. Sie gelten unseren Interviewpartner*innen zufolge gerade für ländliche und vom Gesundheitssystem nicht erreichte Gegenden für angemessen, da sie den Empfänger*innen einen regelmäßigen Kontakt zu Gesundheitsposten ersparten. Wie gerade diese Nutzer*innen allerdings jederzeit Zugang zu einer Operation für die Entfernung der Silikon-Stäbchen bekommen sollen, wird weniger problematisiert. Auf dem deutschen Markt ist Jadelle demgegenüber nicht erhältlich und auch nicht zugelassen.

Wie lief das Jadelle Access Program nun organisatorisch an? »Geber«-Organisationen wie UNFPA, USAID oder die KfW, aber auch nationale

11 Die Logistik des Herausoperierens wurde auch von der für die Implantatkampagne verantwortlichen Expertin der Gates Foundation für problematisch erklärt. Maryjane Lacoste gab an, dass es in den Fokusbändern der FP2020-Kampagne bis 2018 mehr als doppelt so viele medizinische Dienste zum Herausoperieren brauchen würde, als 2015 zur Verfügung standen (vgl. Christofield/Lacoste 2016: 366).

Gesundheitsministerien und NGOs können Jadelle seit Beginn der FP2020-Initiative und dann auch in der FP2030-Initiative zu einem stark gesenkten Preis (zu Beginn von 8,50 US-Dollar pro Implantat) erwerben.¹² Die Jadelle-Initiative ist so auch im Kontext eines Preiskampfes zu verstehen. Die Einführung und globale Vermarktung eines Konkurrenzproduktes, Sino-Implant (II) von Shanghai Dahua Pharmaceuticals, hatte den Implantatmarkt der zweiten Generation geändert. Sino-Implant war auf vier Jahre Empfängnisverhütung ausgerichtet und kostete nur 8 US-Dollar. Mit der Preisreduzierung von Jadelle zogen Bayer HealthCare nun nach und machten ihr Produkt auf der Grundlage der umfangreichen Abnahmegarantien wettbewerbsfähig. Die Jadelle Access Initiative finanziert zudem Trainingsmaterialien und die Schulung von Mitarbeiter*innen des Gesundheitssystems oder auch von schnell angelernten Hilfskräften. Im Interview erklärte Bayer HealthCare, mobile Kliniken würden eingesetzt, um die Kapazitäten, Implantate anzubieten, deutlich zu erhöhen. 2013, im ersten Jahr des Programms, konnte Bayer HealthCare somit 3 Mio. Implantate zur Verfügung stellen (vgl. Bayer AG 2014: 63) und verdoppelte dafür seine Produktionskapazitäten (vgl. Bayer HealthCare o.D.: 16). Inzwischen erklärte Bayer, die Zielmarke sei nun auf 100 Mio. Implantatnutzer*innen bis 2030 erhöht worden (vgl. Bayer AG 2022). Schon vor Anlaufen des Jadelle Access Program bekam Bayer Unterstützung von der deutschen EZ: Die KfW finanzierte in Äthiopien zwischen 2003 und 2007 den Ankauf von 45 000 Jadelle-Implantaten für das Gesundheitsministerium (vgl. KfW 2012). In Kenia unterstützte die KfW die ›testweise‹ Verbreitung von 25 000 ›Familienplanungs-Gutscheinen‹, die nur gegen langfristige Methoden, nämlich Jadelle-Implantate, die Spirale oder Sterilisationen, eingelöst werden konnten (vgl. Ndungu 2011). Und in einem Handbuch für Jugendaufklärung in Simbabwe nannte die GIZ auch nur Jadelle als Beispiel für Implantate (vgl. GIZ 2012).

Pillen für die Mittelschichtsmärkte

Die EZ beteiligt sich nicht nur am Aufbau von Verhütungsmittelmärkten und der Förderung bestimmter Pharmakonzerne über die direkte Verbreitung kostenloser Verhütungsmittel, sondern auch über *social marketing* sowie den

12 Bayer verlängerte diese Preisreduktion 2016 auf die Zeit bis 2023 (vgl. Bayer Healthcare 2016).

Aufbau von leicht subventionierten Märkten für die Mittelschichten. In Kooperation mit der USAID hat Bayer HealthCare 2009 eine weitere öffentlich-private Zusammenarbeit, die Contraceptive Security Initiative (CSI), ins Leben gerufen, um orale Kontrazeptiva in elf afrikanischen Ländern für die »sich in diesen Ländern bildende Mittelschicht« (Bayer AG 2012: 15) im privaten Markt zu etablieren. So ist etwa die Pille Microgynon Fe als vergünstigtes Originalpräparat seit 2010 in Äthiopien und mittlerweile auch in anderen Ländern zu haben.

Die CSI stellt nach Bayer HealthCare »einen neuen strategischen Ansatz und einen innovativen Weg zur Erschließung der Märkte in Entwicklungsländern dar« (Bayer HealthCare 2011). Es handele sich um eine »unterstützte Marktintervention, um Kunden auf der Wertschöpfungskette nach oben zu befördern« (Brill/von Gilardi 2011: 5). 2011 stellte das Unternehmen 119 Mio. Zyklen vergünstigter oraler Kontrazeptiva zur Verfügung, mit denen 10 Mio. Frauen ein Jahr lang verhüten können (vgl. BUKO-Pharma-Kampagne 2014: 40). 2013 waren es schon 130 Mio. Packungen (vgl. Bayer AG 2014: 63). In Äthiopien läuft die CSI für Bayer besonders gut: Vor der Initiative hat das Unternehmen jährlich 4 000 Packungen Microgynon verkauft; inzwischen sind es zu einem billigeren Preis Bayer zufolge 100 000 Packungen. In den anderen Ländern ist der Sprung nicht ganz so dramatisch, aber dennoch nach Aussage von Bayer signifikant. Der CSI gehe es explizit darum, nicht nur eine Versorgungslücke zu schließen, sondern »Kundinnen, die für ihre reproduktiven Gesundheitsdienstleistungen mehr zahlen können, dazu zu bringen auf diese Produkte umzusteigen« (Brill/von Gilardi 2011: 4). Die BUKO-Pharma-Kampagne wertet die CSI entsprechend auch als »Marketinginstrument, um Bayers Position als Weltmarktführer für orale Kontrazeptiva und auch die Marktstellung im Bereich Frauengesundheit zu verteidigen« (BUKO-Pharma-Kampagne 2014: 40). Die CSI ist ein weiterer Schritt in Bayers Anstrengungen, sich kontrazeptive Zukunftsmärkte im Globalen Süden zu sichern. Der letzte Schritt ist es dann, Kundinnen an die Spitze der Wertschöpfungskette zu bringen, wo sie Produkte des »1st Tier« erwerben. Hier wurden zum Zeitpunkt unserer Untersuchung vor allem drospirenonhaltige Pillen, so genannte »Verhütungsmittel der dritten Generation« vermarktet, die bei gleicher Wirksamkeit profitabler für Bayer, aber gesundheitlich bedenklicher sind als die älteren Mittel der zweiten Generation. In Brasilien waren so die oralen Kontrazeptiva Aida, Yaz, Yasmin, Yasminelle, Diane 35 von Bayer auf dem Markt zu finden (vgl. BUKO-Pharma-Kampagne 2012). Diese wurden teilweise auch feilgeboten mit Verweis auf ihre angeblichen Wirkungen auf das

Aussehen der Nutzer*innen: »Frauen werden durch Schönheitstipps im Internet und kostenlose Handy-Apps mit der Marke Bayer vertraut gemacht« (BUKO-Pharma-Kampagne 2012: 45). In Indien bewarb Bayer besonders in privaten Kliniken die Pillen Yasmin und Diane 35. Letztere durfte zu diesem Zeitpunkt bereits fast zwei Jahrzehnten lang in Deutschland nicht mehr vertrieben werden, weil der Verdacht auf die Verursachung von Lebertumoren bestand. Zudem wird – wie bei der Verwendung von Yasmin – vor einem erhöhten Thromboserisiko gewarnt (vgl. BUKO-Pharma-Kampagne 2012: 22).

... und weitere Konkurrenzen um Kontrazeptivamärkte

Neben Implantaten und oralen Kontrazeptiva waren deutsche Unternehmen zum Zeitpunkt unserer Untersuchung im ›Hilfsgeschäft‹ noch mit Einmonatsspritzen (Norigynon von Bayer), mit Kupferspiralen (Helm Medical), mit Kondomen (Helm Medical) und mit der in vielen Ländern besonders verbreiteten Dreimonatsspritze vertreten. In letzterem Markt ist das Pharmaunternehmen Pfizer mit seinem Produkt Depo-Provera deutlich führend. Bayer HealthCare bot das Konkurrenzprodukt Noristerat Familienplanungsprogrammen an (im Jahr 2013 9,2 Mio. Injektionen) (vgl. Bayer AG 2014: 63). Eine Mitarbeiter*in von Helm Medical berichtete, dass die beiden deutschen Unternehmen Fresenius und Helm Medical fünf Jahre vorher mit ihrem Generikum, der Dreimonatsspritze Fresenius-Petogen, fast so einen großen Marktanteil wie Pfizer besaßen. Allerdings änderte sich dies schlagartig, als eine WHO-Präqualifikation Bedingung für die Belieferung an den UNFPA und Fresenius-Petogen von der Lieferliste gestrichen wurde (vgl. UNFPA 2012, 2013b). Gleichzeitig stieg das Volumen der beiden anderen Lieferant*innen Pfizer und Bayer deutlich an. Helm Medical zufolge hatten die Produzent*innen der Originalprodukte Lobbyarbeit betrieben, um die WHO-Qualifikation verbindlich zu machen und Generika-Hersteller*innen aus dem Markt zu drängen, da sie durch kostspielige Studien hätten nachweisen müssen, dass ihre Produkte genau die gleiche Wirkung hatten. Bayer HealthCare zählte zudem auch auf die Kooperation mit der DSW, um die Öffentlichkeit für Verhütungsmittelangebote zu begeistern, so etwa beim jährlichen ›Weltverhütungstag‹, bei dem die DSW und weitere NGOs sich mit wissenschaftlichen und medizinischen Organisationen austauschten – von Bayer HealthCare finanziell und organisatorisch gefördert (vgl. BUKO-Pharma-Kampagne 2014: 40). Beispielhaft war ein Gemeinschaftsprojekt von Bayer und der DSW, in dem Jugendliche in Kenia und Uganda über

Sexualität, reproduktive Gesundheit und Verhütung informiert wurden (vgl. DSW 2015b). Im Young Adolescents Project (YAP) fuhren Mitarbeiter*innen mit einem ›Youth Truck‹ durchs Land, der das Logo von Bayer trug. Auch so können zukünftige Käufer*innen an eine Marke gebunden werden. Die KfW, deren Vorstandsvorsitzender Norbert Cloppenburg lächelnd die Webseite von Bayer schmückt (vgl. Bayer HealthCare 2015a, 2015b), plante zum Zeitpunkt unserer Interviews, direkter in eine solche Projektkooperation mit Bayer und der DSW in Kenia einzusteigen.

Neomalthusianismus und Pharmamärkte: Interessenkoalition ohne Gegenwind

Das BMZ machte 2013 also mit Bevölkerungsdynamik als Querschnittsthema explizit, was sich seit einigen Jahren auch auf internationaler Ebene bereits angedeutet hatte: 20 Jahre nach der UN-Konferenz von Kairo war es nicht mehr nötig, nur verhalten über willkommene bevölkerungspolitische Synergieeffekte von Maßnahmen im Bereich reproduktiver Rechte und Gesundheit zu sprechen. Entwicklungspolitik konnte von nun an wieder offen krusche nationalökonomische Modernisierungskonzepte propagieren, wirtschaftliche Konjunkturen aus Alterszusammensetzungen erklären und damit an eine Kontinuität neomalthusianischen Denkens anknüpfen, die sich im Kern dadurch auszeichnet, globale kapitalistische Ungleichheitsverhältnisse systematisch zu de/thematisieren. Hintergrund dieser neuen Unverfrorenheit war auch eine Demografisierung des Politischen, innerhalb derer die Verwaltung des nationalen Humankapitals sowieso wieder zur selbstverständlichen Aufgabe jeden Nationalstaates erklärt wurde. Die Konzepte der Bevölkerungsdynamik und demografischen Dividende erlauben es nun, nicht nur zwischen zu viel oder zu wenig, sondern explizit auch zwischen erwünschten und unerwünschten Bevölkerungsgruppen zu unterscheiden, nicht nur in Bezug auf die als produktiv oder unproduktiv interpretierten Generationen, sondern auch völlig selbstverständlich in Bezug auf erwünschte und unerwünschte Migrant*innen. Im Kontext dieses Rollbacks gilt auch Verhütung, insbesondere für afrikanische Länder, wieder als technologische Lösung ökonomischer Probleme. Unterm Strich bleibt es damit bei einem rassistischen Blick auf diejenigen, deren Kinder als überflüssig erachtet werden und deren reproduktive Rechte immer einseitig nur in Richtung eines Rechts auf Verhütung ausformuliert werden, nicht aber in Richtung eines Rechts, sich

für Kinder entscheiden zu können. Dass es heute gerade die Hormonimplantate mit ihren beträchtlichen Nebenwirkungen und geringer Kontrolle durch die Nutzer*innen sind, deren Vertrieb in bestimmten afrikanischen Ländern innerhalb weniger Jahre vervielfacht wurde, ist unseres Erachtens bemerkenswert.¹³ Erfolgskriterien der EZ-Programme sind ganz offensichtlich möglichst viele ›Paar-Verhütungsjahre‹ oder möglichst viele Nutzer*innen moderner Kontrazeptiva, und nicht eine Achtung spezifischer Bedürfnisse, Gesundheitsbelange und Verhütungskulturen. Die Art der Verbreitung von Implantaten deutet zudem auf ein mit Vermarktungsstrategien gepaartes Interesse an bevölkerungspolitischer Effektivität hin. Das bevölkerungspolitische Rollback bereitet Pharmaunternehmen ein günstiges Klima, um Kontrazeptivmärkte auch dort ausweiten zu können, wo sie bisher als unrentabel galten. Die Budgets der Bevölkerungsprogramme fließen sowohl in langfristige Abkaufgarantien als auch in diversifizierte Strategien der Markteroberung von Subventionierung über Marketing bis Schulungen. Ausgebaut und verfeinert werden die Kooperationen im Rahmen verschiedener Modelle der Public Private Partnerships, die auf einer zunehmend engeren Kooperation zwischen philanthrokapitalistischen Stiftungen, NGOs, Firmen und EZ-Institutionen beruhen.¹⁴ Die Bundesregierung ist im internationalen Vergleich zwar im quantitativen Sinne kein Big Player der Verhütungsmittelverbreitung und hält sich in mancher Hinsicht (etwa indem sie am Konzept integrierter reproduktiver Gesundheit festhält) mehr zurück als etwa die britische oder die US-Regierung. Konzeptuell zeugte aber die Ansage des BMZ, europäischer Vorreiter in Sachen Bevölkerungsdynamik zu sein, sowie die Nähe zu Think Tanks wie der DSW und Unternehmen wie Bayer HealthCare, dass sie diese Entwicklungen mit vorangetrieben hat (vgl. z.B. Deutscher Bundestag 2015).

Mit zu dieser Gemengelage trug das Ausbleiben kritischer Debatten bei – ganz im Unterschied zu den 1980er und 1990er Jahren, während derer sich international vernetzte Frauengesundheits- und Menschenrechtsbewegungen mit der Beobachtung antinatalistischer Programme befassten und auch die Verhütungsmittelforschung und -verbreitung in den Blick nahmen (vgl. Schultz 2006). Bis heute fehlt eine kritische Forschung dazu, welche

13 Vgl. zu Malawi, Tansania, Äthiopien und Ruanda Jacobstein/Stanley 2013.

14 Vgl. zum Einfluss philanthrokapitalistischer Entwicklungen auf globale Gesundheitspolitik Birn/Richter 2018; und zur Gates-Foundation im Kontext der Covid-19-Pandemie Wulf 2020.

Ungleichgewichte sich in der EZ zwischen Investitionen in Familienplanung und davon abgekoppelter Basisgesundheitsversorgung entwickeln und wie sich die Etats zu reproduktiver Gesundheit ausgestalten. Im Unterschied zu anderen sozialwissenschaftlich und journalistisch wesentlich stärker bearbeiteten Themen rund um moderne Reproduktions- und Biotechnologien bleiben brisanten Fragen rund um Verhütungs- und Sterilisationstechnologien weitgehend unbearbeitet. Seit Mitte der 2010er Jahre gibt es allerdings eine Reihe politischer Initiativen, die sich mit den problematischen Auswirkungen des Fokus auf Langzeitverhütung kritisch befassen. Schon 2013 gab es Proteste gegen die Gesundheitsrisiken durch Jadelle in Neuseeland, wo viele Frauen sich über erhebliche Komplikationen beschwerten und eine intensive medizinische Versorgung einforderten (vgl. McKee/Lawrence 2013). In den USA begannen das SisterSong Women of Color Reproductive Justice Collective und das National Women's Health Network 2016 damit, die Langzeitverhütungsprogramme zu monitoren (vgl. SisterSong/NWHN 2016). In Südafrika deckten Aktivist*innen Probleme mit dem Merck-Implantat Implanon auf (vgl. Skosana 2015). In Indien wandte sich 2015 eine breite Koalition von Gruppen gegen die Einführung von Depo-Provera im nationalen Familienplanungsprogramm (vgl. Abhiyan u.a. 2015). In Brasilien protestierte 2021 ein Bündnis von feministischen Gruppen gegen die Anordnung Portaria 13/2021 des Gesundheitsministeriums, Implantate u.a. bei obdachlosen Frauen, HIV/AIDS- und Tuberkulosepatient*innen, Frauen in Gefängnissen und Sexarbeiter*innen« anzuwenden (vgl. Coletivo Margarida Alves 2021). Zudem gibt es eine Reihe von journalistischen Recherchen und wissenschaftlichen Arbeiten, die inzwischen dokumentiert haben, welche repressiven Strategien und Einschränkungen ihrer reproduktiven Selbstbestimmung Frauen in denjenigen subsaharischen afrikanischen Ländern durchmachen müssen, die im Fokus der Implantat-Kampagnen stehen. Deutlich wird in diesen Recherchen, dass die Möglichkeiten, sich das Implantat auf Wunsch wieder entfernen zu lassen, oftmals nicht gegeben sind, und dass die quantitativen Zielsetzungen meistens Vorrang haben vor der Gesundheit und reproduktiven Selbstbestimmung der Betroffenen (vgl. Senderowicz 2019; Peters/Pilon 2020; Britton u.a. 2021).

Literatur

- Abhiyan, Jan Swasthya/Sama (Sama Resource Group for Women and Health)/Action India/Saheli u.a. 2015: A Statement Protesting the Approval to Introduce Injectable Contraceptives in the National Family Planning Programme, 22.9.2015, <https://kafila.online/> (Zugriff: 10.3.2022).
- Angenendt, Steffen/Silvia Popp 2014: Bevölkerungswachstum, Fertilität und Kinderwunsch. Herausforderungen für die Entwicklungszusammenarbeit am Beispiel Subsahara-Afrikas, in: SWP-Studie, 20/2014, Berlin: SWP.
- Barlösius, Eva 2007: Die Demographisierung des Gesellschaftlichen. Zur Bedeutung der Repräsentationspraxis, in: dies./Daniela Schiek (Hg.): Demographisierung des Gesellschaftlichen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 9-32.
- Bhatia, Rajani/Jade S. Sasser/Diana Ojeda/Anne Hendrixson/Sarojini Nadimpally/Ellen E. Foley 2020: A Feminist Exploration of »Populationism«. Engaging Contemporary Forms of Population Control, in: Gender, Place & Culture 27(3): 333-350.
- Bayer AG 2012: Nachhaltigkeit bei Bayer. Auf einen Blick, Leverkusen: Bayer.
- Bayer AG 2014: Annual Report 2013 – Augmented Version, Leverkusen: Bayer.
- Bayer AG 2022: Improving Livelihoods Through Family Planning. Empowering Women, Globally, Leverkusen: Bayer.
- Bayer HealthCare 2011: Wir kooperieren mit USAID, um einen nachhaltigen Markt für Verhütungsmittel in Afrika zu schaffen, http://www.bayerhealthcarepharmaceuticals.com/de/presse/im_fokus/contraceptive_security_initiative.php (Zugriff: 18.2.2015).
- Bayer HealthCare 2015a: Societal Dialog, <http://www.bayerpharma.com> (Zugriff: 25.1.2015).
- Bayer HealthCare 2015b: Familienplanung für eine nachhaltige Entwicklung, <http://www.bayerpharma.com> (Zugriff: 25.1.2015).
- Bayer HealthCare 2016: Bayer Halves the Price of its Contraceptive Implant Jadelle for Women in Developing Countries, Pressemitteilung, 8.1.2016, <https://www.pharmacytimes.com/> (Zugriff: 11.4.2022).
- Bayer HealthCare (o.D.): Helping Effectively, Together with Strong Partners, https://www.bayer.com/sites/default/files/Screen_Bayer_CSR_broschuere_EN.pdf (Zugriff: 10.3.2022).
- Bendix, Daniel 2016: From Fighting Underpopulation to Curbing Population Growth: Tracing Colonial Power in German Development Interventions in Tanzania, in: Postcolonial Studies 18(4): 53-70.

- Bendix, Daniel/Susanne Schultz 2013: Implantierte Verhütung, in: Gen-ethischer Informationsdienst 2013(217): 17-19.
- Bendix, Daniel/Susanne Schultz 2015: Bevölkerungspolitik reloaded. Zwischen BMZ und Bayer, in: Peripherie 35(140): 447-468.
- Bernhold, Christin 2014: Die ›neue‹ Afrika-Politik der BRD. ›Chancenkontinent‹ deutscher Wirtschafts- und Machtpolitik, in: Informationsstelle Militarisierung, 2014(3), 9-14.
- Birn, Anne-Emmanuelle/Judith Richter 2018: US Philanthrocapitalism and the Global Health Agenda: The Rockefeller and Gates Foundations, Past and Present, in: Howard Waitzkin/Working Group for Health Beyond Capitalism (Hg.): Health Care under the Knife: Moving Beyond Capitalism for our Health, New York: Monthly Review Press, 155-174.
- Bloom, David/David Canning/Jaypee Sevilla 2003: The Demographic Dividend: A New Perspective on the Economic Consequences of Population Change, Santa Monica: RAND Corporation.
- BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) 2008: Sexuelle und Reproduktive Gesundheit und Rechte, Bevölkerungsdynamik, BMZ-Spezial 148, Bonn: BMZ.
- BMZ 2012: Building a Healthy Rwanda. 35 Years of Rwandan-German Cooperation in Health, Bonn: BMZ.
- BMZ 2013: Bevölkerungsdynamik in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. BMZ-Strategiepapier, Bonn: BMZ.
- BMZ 2015: 13th International Dialogue on Population and Sustainable Development, <https://health.bmz.de/events/13th-international-dialogue-on-population-and-sustainable-development/> (Zugriff: 10.3.2022).
- Bock von Wülfigen, Bettina 2001: Verhüten – überflüssig. Medizin und Fortpflanzungskontrolle am Beispiel Norplant, Mössingen-Talheim: Talheimer.
- Brill, Klaus/Ulrike von Gilardi 2011: 2nd Tier Marketing Project: Ethiopia (Bayer-USAID Contraceptive Security Initiative). Präsentation beim Annual Membership Meeting Reproductive Health Supplies Coalition, Addis Abeba, 24.6.2011, <https://www.rhsupplies.org/> (Zugriff: 10.3.2022).
- Britton, Laura/Caitlin R. Williams/Dickens Onyango/Deborah Wambua/Katherine Tumlinson 2021: ›When It Comes to Time of Removal, Nothing Is Straightforward‹. A Qualitative Study of Experiences with Barriers to Removal of Long-Acting Reversible Contraception in Western Kenya, in: Contraception: X, 22.3.2021, <https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov> (Zugriff: 11.4.2022).

- BUKO-Pharma-Kampagne 2012: Auf Kosten der Armen? Untersuchung des Geschäftsverhaltens von Boehringer Ingelheim, Bayer und Baxter in Brasilien, *Pharma-Brief Spezial* 3/2012.
- BUKO-Pharma-Kampagne 2014: Arm und Vergessen. Untersuchung des Geschäftsverhaltens von Boehringer Ingelheim, Bayer und Baxter in Uganda, *Pharma-Brief Spezial* 1/2014.
- Cassen, Robert 1994: Population and Development: Old Debates New Conclusions, in: ders. (Hg.): *Population and Development. Old Debates, New Conclusions*. Washington D.C.: Transaction Publishers, 1-26.
- Christofield, Megan/Maryjane Lacoste 2016: Accessible Contraceptive Implant Removal Services. An Essential Element of Quality Service Delivery and Scale-Up, in: *Global Health: Science and Practice* 4(3): 366-72.
- Coletivo Margarida Alves 2021: Feministische Protesterklärung zur Portaria 13/2021 des Gesundheitsministeriums, <https://coletivomargaridaalves.org/wp-content/uploads/2021/06/NOTA-Implante-PL-e-Nascituro-Assina-da.pdf> (Zugriff: 10.3.2022).
- Demeny, Paul 1988: Social Science and Population Policy, in: *Population and Development Review* 14(3): 451-479.
- Deutscher Bundestag 2015: Antwort des parlamentarischen Staatssekretärs des BMZ auf Frage von Bündnis 90/Grüne, <https://dserver.bundestag.de/btd/18/051/1805161.pdf> (Zugriff: 10.3.2022).
- DGDA (Dalberg Global Development Advisors)/RHSC (Reproductive Health Supplies Coalition) 2014: *Market Shaping for Family Planning. An Analysis of Current Activities and Future Opportunities to Improve the Effectiveness of Family Planning Markets*, Brüssel: RHSC.
- DSW (Deutsche Stiftung Weltbevölkerung) 2015a: Jahresbericht 2014/2015, <http://www.weltbevoelkerung.de/> (Zugriff: 6.6.2016).
- DSW 2015b: Young Adolescents Project Kenya, <http://www.weltbevoelkerung.de> (Zugriff: 25.1.2015).
- DW (Deutsche Welle) 2014: Start der umstrittenen Volkszählung in Myanmar, Meldung vom 30.3.2014, <https://www.dw.com/de/start-der-umstrittenen-volkszählung-in-myanmar/a-17530865> (Zugriff: 13.3.2022).
- Family Planning 2020: Germany. Family Planning 2030, fp2030.org/germany (Zugriff: 13.3.2022).
- Foucault, Michel 1987: Das Subjekt und die Macht, in: Hubert Dreyfus/Paul Rabinow (Hg.): *Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*, Frankfurt/M: Athenäum, 243-261.

- GIZ (Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit) 2012: Join in Circuit Facilitator Manual Zimbabwe. GIZ Office Harare für das BMZ, Harare: GIZ.
- GIZ 2013: Triple Win. Verantwortliche Fachkräftesicherung, Bonn: GIZ.
- GIZ 2018: Bevölkerungsdynamik in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Handbuch, Bonn: GIZ.
- GIZ 2022: Nachhaltig ausgerichtete Gewinnung von Pflegekräften (Triple Win), Projektkurzbeschreibung, <https://www.giz.de/de/weltweit/41533.html> (Zugriff: 7.3.2022).
- GIZ/KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) 2012: Building a Healthy Rwanda. 35 Years of Rwandan-German Cooperation in Health, Bonn: GIZ.
- Global Market Insights 2020: Contraceptives Market Report 2020, <https://www.gminsights.com/industry-analysis/contraceptives-market-report> (Zugriff: 21.3.2022).
- Haefliger, Markus M. 2011: Zukunftsglauben als zuverlässigstes Verhütungsmittel, in: Neue Zürcher Zeitung, 30.12.2011, <https://www.nzz.ch> (Zugriff: 10.3.2022).
- Hartmann, Betsy 1995: Reproductive Rights and Wrongs: The Global Politics of Population Control, Boston: South End Press.
- Hendrixson, Anne 2007: What's Wrong with the 'Demographic Dividend' Concept?, in: PopDiv Different Takes Paper Series, 44(Spring 2007), Hampshire College, Amherst: PopDev.
- Hendrixson, Anne 2019: Population Control in the in the Troubled Present: The '120 by 20' Target and Implant Access Program, in: Development and Change 50(3): 786-804.
- Jacobstein, Roy/Harriet Stanley 2013: Contraceptive Implants. Providing Better Choice to Meet Growing Family Planning Demand, in: Global Health Science and Practice, 1(1): 11-17.
- KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) 2012: Ex Post-Evaluierung: Kurzbericht Äthiopien: Familienplanung und HIV-Prävention I und II, <https://www.kfw-entwicklungsbank.de> (Zugriff: 10.3.2022).
- Knaup, Horand 2011: Milliarden-Kontinent Afrika: Musterland Ruanda bekämpft die Überbevölkerung, in: Spiegel 31.10.2011, <https://www.spiegel.de/> (Zugriff: 10.3.2022).
- McKee, Hannah/Kirsty Lawrence 2013: Device's Side Effects Are Users' Health Nightmare, in: The New Zealand Herald, 22.9.2013, <https://www.nzherald.co.nz/> (Zugriff: 10.3.2022).

- Ndungu, Nancy 2011: Gezahlt wird später, in: E+Z. Entwicklung und Zusammenarbeit 5(210), <https://www.dandc.eu/> (Zugriff: 10.3.2022).
- Parnreiter, Christof 2011: Bevölkerungswachstum und wirtschaftliche Entwicklung. Ein kausales Verhältnis?, in: Karl Husa/ders./Helmut Wohlschlägl (Hg.): Weltbevölkerung. Zu viele, zu wenige, schlecht verteilt? Wien: Promedia, 191-201.
- Peters, Lisa/Marlies Pilon 2020: Reportage zu Familienplanung in Uganda in zwei Teilen, in: De Correspondent 6.3.2020 und 9.3.2020, [decorrespondent.nl](https://repro-gerechtigkeit.de/wp-content/uploads/2020/04/PetersPilon2020-Reportage-FP2020.pdf), ins Deutsche übersetzt: <https://repro-gerechtigkeit.de/wp-content/uploads/2020/04/PetersPilon2020-Reportage-FP2020.pdf> (Zugriff: 19.4.2022).
- Population Council 2013: Jaddle, <https://www.popcouncil.org> (Zugriff: 15.12.2013).
- PRWeb 2010: Global Contraceptives Market Is Projected to Reach US\$ 17.2 Billion by 2015, <https://www.globenewswire.com/news-release/2016/05/19/841462/0/en/Contraceptives-Market-size-to-exceed-33-Billion-by-2023-Global-Market-Insights-Inc.html> (Zugriff: 25.1.2015).
- Roberts, Dorothy 1997: Killing the Black Body. Race, Reproduction, and the Meaning of Liberty, New York: Vintage.
- Schultz, Susanne 2006: Hegemonie, Gouvernamentalität, Biomacht. Reproduktive Risiken und die Transformation internationaler Bevölkerungspolitik, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Schultz, Susanne 2011: Antinatalismus postkolonial. Zur flexiblen Kontinuität internationaler Bevölkerungsprogramme, in: Karl Husa/Christof Parnreiter/Helmut Wohlschlägl (Hg.): Weltbevölkerung. Zu viele, zu wenige, schlecht verteilt? Wien: Promedia, 228-245.
- Schwenken, Helen 2013: Die Herstellung von Illegalität – Das Scheitern von Migrationskontrollen ist kein Zufall, <https://heimatkunde.boell.de> (Zugriff: 10.3.2022).
- Seebens, Holger 2012: Wird sich das Beschäftigungsproblem in Entwicklungsländern weiter verschärfen?, in: KfW Development Research, 6, 25. Oktober 2012, Publikationsarchiv, PDF: https://www.kfw-entwicklungsbank.de/Download-Center/PDF-Dokumente-Development-Research/2011_04_FE_Seebens-Quoda_D.pdf (Zugriff: 10.3.2022).
- Senderowicz, Leigh 2019: ›I Was Obligated to Accept‹: A Qualitative Exploration of Contraceptive Coercion, in: Social Science & Medicine, Oktober 2019, <https://www.sciencedirect.com> (Zugriff: 11.4.2022).

- SisterSong (SisterSong Women of Color Reproductive Justice Collective)/NWHN (National Women's Health Network) 2016: Long-Acting Reversible Contraception: Statement of Principles, <https://nwhn.org/wp-content/uploads/2017/02/LARCStatementofPrinciples.pdf> (Zugriff: 10.3.2022).
- Sivin, Irving/Harold Nash/Sandra Waldman 2002: Jadelle Levonorgestrel Rod Implants: A Summary of Scientific Data and Lessons Learned from Programmatic Experience, New York: Population Council.
- Skosana, Ina 2015: Birth Control Implant Needs a Shot in the Arm. Poor Training of Nurses May Have Led to Severe Reactions to a New Contraceptive Device, in: Mail & Guardian, 21.5.2015, <https://mg.co.za/> (Zugriff: 10.3.2022).
- Spectra Intelligence 2011: Global Market for Hormonal Contraceptives and Infertility Drugs, 2011-2018. Future Therapies for Birth Control and Reproductive Health, https://www.researchandmarkets.com/research/3f86f3/global_market_for (Zugriff: 25.1.2015).
- UBINIG 1990: Norplant: The Five Year Needle. An Investigation of the Norplant Trial in Bangladesh from the User's Perspective, in: Reproductive and Genetic Engineering: Journal of International Feminist Analysis 3(3): 1-21.
- UNFPA (United Nations Population Fund) 2012: Procurement Statistics, New York: UNFPA.
- UNFPA 2013a: Contraceptives and Condoms for Family Planning and STI/HIV Prevention. External Procurement Support Report 2012, New York: UNFPA.
- UNFPA 2013b: Procurement Statistics, New York: UNFPA.
- UNFPA 2013c: Sustainable Development and Population Dynamics: Placing People at the Centre, Statement by Anne Birgitte Albrechtsen, Deputy Executive Director at the Open Working Group on Sustainable Development Goals, 19. 6. 2013. New York: UNFPA.
- UNFPA 2013d: Global Programme to Enhance Reproductive Health Commodity Security. Annual Report 2013, New York: UNFPA.
- UNFPA 2014: Contraceptives and Condoms for Family Planning and STI/HIV Prevention: External Procurement Support Report 2013, New York: UNFPA.
- UNFPA 2021: Procurement Statistics 2020, New York: UNFPA.
- UNICEF 2013: Population Dynamics. International Migration, Children and Adolescents, UNICEF Migration, New York: UNICEF.

- Warwick, Donald P. 1982: *Bitter Pills. Population Policies and their Implementation in eight Developing Countries*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Wilson, Kalpana 2015: Towards a Radical Re-appropriation: Gender, Development and Neoliberal Feminism, in: *Development and Change* 46(4): 803-32.
- Wulf, Andreas 2020: Bill Gates und die WHO, nur ein Symptom, 20.6.2020, <https://www.medico.de/blog/nur-ein-symptom-17786> (Zugriff: 10.3.2022).
- Zizhu Pharmaceutical 2011: Contraceptive Market to 2016, http://www.zizhu-pharm.com/shownews.asp?news_id=8 (Zugriff: 10.3.2022).

Epilog

»It is a radical act to nurture the lives of those who are not supposed to exist.«

Ross 2016: xviii¹

Recherche, Reflexion und Kritik der Politik des Kinderkriegens führen in viele Richtungen – das hat die Arbeit an diesem Band deutlich gemacht. Denn die gesellschaftlichen Dimensionen des Kinderkriegens lassen sich nicht auf Fragen individueller Selbstbestimmung reduzieren und betreffen auch nicht nur vergeschlechtlichte reproduktive Körper. Die Analyse einer malthusianischen Matrix hat sich als hilfreich erwiesen, um zu verstehen, inwiefern es beim Kinderkriegen auch um die Regierung der ›Bevölkerung‹ geht. Schließlich sind die machtvollen Strategien, das Kinderkriegen zu interpretieren, zu regulieren, zu fördern oder zu kontrollieren, vielfach mit der expliziten oder impliziten Auf- und Abwertung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen verbunden. Diese Strategien gehen einher mit rassistischen und nationalistischen Ein- und Ausschlüssen, mit klassenhierarchischen Zuschreibungen und auch neuen reproduktionsmedizinischen Ausbeutungsverhältnissen. Sie gehen einher mit hartnäckigen Vorstellungen von ›Gesundheit‹ und ›Krankheit‹, von genetischer Genealogie und Differenz. Und sie lassen sich auch in der ganzen Gewalt der Zuschreibungen wertvollen und weniger wertvollen Lebens nicht trennen von den repressiven nekropolitischen Dimensionen der Polizeigewalt, der Tode im Mittelmeer, der mehr oder weniger beachteten weltweiten Kriege und des Hungers. Schließlich verhindern auch diese Gewaltverhältnisse, Kinder unter guten Bedingungen aufziehen zu können bzw. überhaupt sicher sein zu können, dass sie weiterleben.

1 Zitat aus dem Vorwort von Loretta J. Ross für das Buch: Alexis Pauline Gumbs/China Martens/Mai'a Williams (Hg.) 2016: *Revolutionary Mothering: Love on the Front Lines*, Oakland: PM Press, xiii-xviii.

All diese Dimensionen der strukturellen Verhältnisse stratifizierter Reproduktion bleiben aber oft unsichtbar. Denn die Politik des Kinderkriegens bleibt eingebunden in individualisierende und entpolitisierte Narrative der Mutter- bzw. Elternschaft. Diese Narrative basieren auf der Vorstellung von Familie als universelles und unhinterfragbares Phänomen. Vergessen bleibt, wie jung die privatisierende Form der Kernfamilie ist, die im globalisierten Kapitalismus allmählich etabliert wurde, um das Kinderkriegen und die Reproduktionsarbeit auf spezifische Weise zu organisieren. Und vergessen bleibt auch, inwiefern diese Form der Familie von vielfältigen Ausschlüssen ebenso wie von bürgerlichen und eurozentrischen Normen geprägt ist – und wie unabgeschlossen und umkämpft der Prozess ihrer (post-)kolonialen Durchsetzung weiterhin ist. Die Politik des Kinderkriegens ist zudem nicht zu trennen von den demografischen Wissensregimen, die die Strategien der Bevölkerungsverwaltung unterfüttern. Statistische Reduktionismen und Positivismen machen es überhaupt erst möglich, die Zahl der aktuell lebenden Menschen ebenso wie die Zahl der zukünftig erwarteten oder zu verhindernden Geburten ins Zentrum des Politischen zu stellen. Nur auf der Grundlage dieser Kalkulationen können demografische Krisennarrative die Politik des Kinderkriegens gedanklich und strategisch unmittelbar mit Migrations-, Arbeitskraft-, Klima- oder Ressourcenpolitik verknüpfen. Indem diese Kalkulationen die abstrakte Menge der Menschen – und als typisch malthusianischer Kurzschluss unmittelbar daran anschließend die Menge bestimmter Menschen – zum Hauptproblem erklären, werden Phantasien gesellschaftlicher Transformation blockiert. Unhinterfragt bleibt in der demografischen Apologie des Status quo, wie Verhältnisse sozialer Ungleichheit, der Verteilung von Ressourcen, der Sozialökologie, der Organisation von Sorge, Produktion und Konsum verändert werden könnten.

All dies erscheint als eine sehr große Klammer, um die Politik des Kinderkriegens analysieren und kritisieren zu können. Für einen derzeit transnational an Kraft gewinnenden gegenhegemonialen Feminismus sind diese Perspektiven aber wichtig, um zentrale Dimensionen globaler Machtverhältnisse auf- und angreifen zu können. Im Folgenden möchte ich einen kleinen Streifzug durch wichtige Erkenntnisse der in diesem Band versammelten Forschungen unternehmen, auf neue demografiekritische Herausforderungen in Zeiten von Pandemie und Krieg eingehen und schließlich auf das Konzept der reproduktiven Gerechtigkeit als wichtigen Deutungsrahmen für anti-malthusianische Bündnisse und Widerstand eingehen.

Verbindende Motive: Anmerkungen zu den Forschungsergebnissen

Ein Forschungsergebnis aus diesem Band ist sicherlich, dass Konjunkturen der Demografisierung von einem Auf und Ab geprägt sind. Es gibt historische Kontexte und Phasen, in denen die Problematisierung und der Zugriff auf ›Bevölkerung‹ besonders wichtig wird. Und es gibt andere Phasen, in denen zum Thema ›Bevölkerung‹ zumindest auf der oberflächlichen Ebene explizit formulierter Regierungsstrategien weniger Aufwand betrieben wird. In Deutschland wurde so in den 2000ern Jahren auf der Basis einer als zu gering skandalisierten nationalen Geburtenrate eine selektiv-pronatalistische Familienpolitik entworfen. Einmal etabliert, bedurften deren klassenhierarchische und ausschließende Instrumente wie das einkommensabhängige Elterngeld sowie weiter wirksame Vorstellungen von ›Humanvermögen‹ allerdings kaum noch einer offen bevölkerungspolitischen Begründung. Auch hatte die staatliche Politik zur ›Verwirklichung von Kinderwünschen‹ Auswirkungen auf die Entwicklungen der Reproduktionsmedizin. Zu den selektiven und ausbeuterischen Dimensionen reproduktionstechnologischer Neuerungen haben allerdings neben demografiepolitischen Strategien vielfältige weitere – familialistische, ableistische, biokapitalistische – Dynamiken beigetragen.

In der deutschen Debatte um Migration und Demografie haben demografiepolitische Strategien entweder ganz explizit rechte rassistische Ideen eines zu schützenden nationalen ›Volkskörpers‹ untermauert. Oder sie richteten sich auf ein utilitaristisches Finetuning einer ›qualitativen‹ Zuwanderungspolitik aus, die diese auf Fachkräfteanwerbung und -mobilisierung reduzierte. Zudem wurde in diesem Kontext die gefährliche rassistische Trope einer segregiert erfassten ›migrantischen Geburtenrate‹ auf unterschiedliche Weise (wieder) ins Spiel gebracht. Die demografische Expertise zur Frage der Migration befasste sich insofern insbesondere im Kontext des ›Sommers der Migration‹ von 2015 vor allem damit, die von ihr selbst heraufbeschworenen quantitativen Rationalitäten wieder einzudämmen: Schließlich galt es, die simple und offensichtliche Schlussfolgerung zu entkräften und zurückzuweisen, eine offene Migrationspolitik könnte der ›Schrumpfung‹ und ›Alterung‹ Deutschlands entgegenwirken. Dies ist sicherlich auch der Grund dafür, warum Migration nur kurz im Zentrum des regierungsnahen Demografiediskurses stand.

Übergreifend haben es die demografischen Narrative in der nationalen Familien- und Migrationspolitik ermöglicht, unterschiedliche politische Kräfte bzw. Hegemonieprojekte auf gemeinsame nationalistische, klassen-

hierarchische und rassistische Grundprinzipien auszurichten. Die Konjunktur der Demografisierung zeichnete sich durch einen gemeinsamen Fokus auf eine wenn auch unterschiedlich interpretierte ›Zukunft der Nation‹ aus, nämlich auf die Frage danach, wieviel und welche ›Bevölkerung‹ ein nationales ›Wir‹ langfristig braucht. Familien- und Migrationspolitik sind so über die Frage der ›Bevölkerung‹ in einen systematischen national-utilitaristischen Zusammenhang staatlicher Planungsphantasien gebracht worden, während menschenrechtliche, humanitäre oder gar gegen soziale Ungleichheit ausgerichtete Rationalitäten geschwächt wurden. Ein wichtiges Ergebnis aus der Beforschung des deutschen Demografiediskurses ist es insofern, dass auch scheinbar sachliche, unpolitische Demografieexpertisen zum Aufwind explizit rechter und nationalistischer Bevölkerungsdiskurse beigetragen haben.

Im Unterschied zu der bis Anfang 2022 eher abflauenden Konjunktur der Demografisierung in Deutschland weisen die in diesem Band versammelten Forschungsarbeiten auf einen Aufwind globaler Bevölkerungsdiskurse und -programme hin. Antinatalistische Agenden zur Eindämmung der ›Weltbevölkerung‹ sind durch einen neomalthusianischen Reflex in der Klimadebatte wiederbelebt worden, der bei sehr heterogenen politischen Kräften zu beobachten ist. Zudem haben ein zunehmender philanthropkapitalistischer Einfluss und Public Private Partnerships mit Big Pharma dazu beigetragen, dass es in der internationalen Bevölkerungspolitik zu einem Rollback in Richtung isolierter Familienplanung und einem Fokus auf Langzeitverhütung kam.

Sowohl in diesen globalen Bevölkerungsprogrammen als auch im deutschen Kontext hat sich gezeigt, dass die demografische Expertise in den letzten Jahrzehnten das Kriterium einer nationalen Altersstruktur zum Nonplus-ultra erklärt hat. Dieses scheinbar ausdifferenzierende Epistem abstrahiert allerdings genauso von sozialen Machtverhältnissen, wie es die älteren Kriterien der reinen Bevölkerungszahl oder -wachstumsraten taten. Die aktuelle Hegemonie der Wissensproduktion über ›günstigere‹ oder ›ungünstigere‹ nationale Altersstrukturen hat zudem scheinbar allgemeingültige neutrale Kriterien etabliert. Ob in Ländern des Globalen Südens Geburtenraten eingedämmt und antinatalistische Programme entworfen werden oder im Globalen Norden der Kinderwunsch staatlich verwirklicht werden soll, ist so nicht mehr Ausdruck (post-)kolonialer Ungleichheit und rassistischer Projektionen, sondern erscheint als neutrale, nationalökonomisch begründete Reaktion auf unterschiedliche ›Bevölkerungsdynamiken‹. Sowieso verlaufen die Grenzen zwischen pro- und antinatalistischen Strategien nicht nur zwischen dem Glo-

balen Norden und Globalen Süden, sondern im Rahmen ökonomistischer Kalküle auch expliziter als bisher zwischen auf- und abgewertetem ›Humankapital‹. Dies wird etwa deutlich, wenn die Politiken der ›Vereinbarkeit‹ von Erwerbs- und Sorgearbeit weltweit junge Frauen zunehmend nicht nur in ihrer Rolle als ›gefährliche‹ oder zu fördernde Gebärende adressieren, sondern stärker als bisher auch ihre zukünftige Arbeitskraft einkalkulieren.

Zwei weitere allgemeine Anmerkungen seien noch zu den Forschungsergebnissen gemacht. Eine betrifft die Analyse dis/reproduktiver Technologien, also der Technologien assistierter Reproduktion, selektiver genetischer Diagnostik und Verhütung bzw. Sterilisation. Ein übergreifender Vorschlag dieses Bandes ist es, die Expansion spezifischer reproduktionsmedizinischer Verfahren in einen Zusammenhang mit demografischen Regierungsstrategien zu stellen (neben weiteren globalen Machtverhältnissen, die diese Dynamiken prägen). Dies verstehe ich auch als Beitrag zu einer intersektionalen feministischen Technologiekritik, die sich nicht auf falsche Dichotomien zwischen Natürlichkeit und Künstlichkeit bezieht – und die immer auch mitdenkt, welche Technologien unter welchen Bedingungen auf eine gute Weise angeeignet werden können. Eine solche Technologiekritik zielt darauf ab, die Machtverhältnisse aufzuspüren, die in den dis/reproduktiven Technologien als *black box* oft unsichtbar sind bzw. verdinglicht werden. Sie ist mit komplexen Anforderungen verbunden: Zum einen erfordert dieser Zugang, die Angebotsdynamiken in den Blick zu nehmen und deren kapitalistische, bioökonomische ebenso wie staatliche, demografiepolitische Hintergründe zu untersuchen. Weiterhin sind aber auch damit verbundene, aber nicht davon ableitbare Dimensionen der Subjektivierung zu berücksichtigen – sei es im Kontext eines zunehmend aufgeladenen Wunsches nach genetisch ›eigenen‹ und ›gesunden‹ Kindern, sei es in den antinatalistischen Anrufungen der ›Familienplanung‹, wenn individuelles Empowerment mit einem Verzicht auf (weitere) Kinder gleichgesetzt wird. Schließlich gehört zur Analyse auch, im Kontext von Eizelltransfers und Leihgebären neue Dimensionen reproduktiver Ausbeutung einzubeziehen, und die damit einhergehenden spezifischen Arbeitsverhältnisse, Formen biomedizinischer Instrumentalisierung und neue genetisierte Sorgerechtsregime zusammenzudenken.

Eine letzte allgemeine Anmerkung zu den Forschungsergebnissen betrifft die verschiedenen Abstraktionsebenen der Analyse: Während ich zwischen verschiedenen Konjunkturen der Demografisierung als spezifische Phasen von Hegemoniebildung unterscheide, beziehe ich mich auf einer allgemeineren Ebene der Politik des Kinderkriegens auf kontinuierliche Grundstruktu-

ren eines kapitalistischen (post-)kolonialen Weltsystems. Die intersektionale Perspektive der malthusianischen Matrix macht deutlich, dass in diesen Grundstrukturen die beiden biopolitischen ›Pole‹ zusammenwirken und sich überlagern: der Pol rassistischer und klassenhierarchischer Bevölkerungsverwaltung und der Pol des Zugriffs auf vergeschlechtlichte reproduktive Körper und Verhalten. Aus diesem Zugang ergibt sich auch, dass es keine simplen Ableitungslogiken und Determinismen in der Politik des Kinderkriegens gibt. Die staatlichen Rationalitäten demografiepolitischer Planung, die bioökonomischen Logiken der reproduktionstechnologischen Vermarktung oder der Inwertsetzung von Körpern, die intersektional vergeschlechtlichten und gleichzeitig privatisierenden Dimensionen von Familie, Mutter- und Elternschaft gehen nicht einfach ineinander auf. Vielmehr ergeben sich daraus Reibungen oder Dimensionen einer relativen Autonomie der Politik des Kinderkriegens, wie es neomarxistisch formuliert werden könnte. Nicht zuletzt schlagen sich in diesen Reibungen die kokonstitutiv entstandenen Grundstrukturen und -formen globaler kapitalistischer Vergesellschaftung nieder, zu der die Konstitution der Familienform als Paradox eines verstaatlichten Privaten ebenso gehört wie die Gleichzeitigkeit von Nationform und (post-)kolonialem Weltsystem.

Ausblick: Konjunkturen der Demografisierung in Zeiten von Pandemie und Krieg

Das wissenschaftliche Arbeiten ist oft ein langfristiges Unterfangen und viele Forschungsergebnisse in diesem Band kreisen trotz einiger Aktualisierungen um Entwicklungen der 2000er und 2010er Jahre. Sie hinken den Ereignissen insofern auch hinterher. Die Covid-19-Pandemie seit 2020 und der russische Kriegseinsatz in der Ukraine, der seit Ende 2022 eine neue Phase von Krieg, Militarisierung und imperialer Blockbildung eingeläutet hat, werfen auch neue Fragen zu demografischem Wissen und Bevölkerungspolitik auf.

Die Art und Weise, wie die Pandemie erforscht und reguliert wurde, hat in vieler Hinsicht ein statistisches, epidemiologisches Wissen über ›Bevölkerung‹ wieder ins Zentrum des Politischen gestellt, das der Reflexion bedarf. Klar ist, dass wir viele und ausdifferenzierte Daten brauchen, um die Entwicklung der Pandemie einschätzen zu können. Dennoch korrespondierten einige Effekte der epidemiologischen Wissensproduktionen zu Covid-19 mit den in diesem Band bearbeiteten Problematiken demografischer Rationali-

täten. Offensichtlich wurde eine malthusianische Politik in Situationen des *laissez-faire*, wenn Regierungen zugunsten nationalökonomischer Ziele bereit waren, das Sterbenlassen bestimmter sozialer Gruppen in Kauf zu nehmen. Aber auch eine rigide Politik des Lockdowns bewirkte, – gerade wenn es an sozialpolitischer Abfederung mangelte – dass zugunsten der Verbesserung ›allgemeiner‹ Gesundheitsdaten ökonomische Deprivation, Prekarisierung und damit die Gefährdung des Lebens bestimmter Bevölkerungsgruppen in Kauf genommen wurde.

Ein weiterer Effekt der demografischen Wissensproduktion in Zeiten der Pandemie ist, dass ›Bevölkerung‹ entlang staatlicher Administrationen immer national konstruiert wurde und wird und epidemiologische Daten einen methodologischen Nationalismus befördern. Im Kontext der Pandemie haben wir viel über den Grad der Ansteckung innerhalb nationaler Bevölkerungen gelernt. Es entstanden damit Vorstellungen von mehr oder weniger ›ansteckenden Bevölkerungen‹, die mit der Stärkung von epidemiologisch meist unsinnigen Grenzregimen einhergingen. Zudem entstanden entlang klassenhierarchischer und rassistischer Abwertungen auch Praktiken der kollektiven Isolation von Menschen in Lagern, Gefängnissen oder stigmatisierten Wohnvierteln, die nicht deren Schutz sondern dem Schutz vor ihnen galt.² Prinzipiell ermöglicht ein skeptischer Blick auf die Konstruktion ›ansteckender Bevölkerungen‹ also zu rekonstruieren, wann die statistische Wissensproduktion darauf ausgerichtet ist, bestimmte Gruppen als gefährlich zu stigmatisieren und auszugrenzen. Zum anderen ermöglicht er auch zu hinterfragen, inwiefern die Konstruktion ›ansteckender Bevölkerungen‹ dazu geführt hat, Fragen nach ansteckenden Lebens- und Arbeitsbedingungen gerade nicht zu stellen. In Deutschland gab es so gut wie keine mediale Aufmerksamkeit oder gar Forschung dazu, inwiefern das Pandemiegeschehen, das Ausmaß von Krankheiten und Todesfällen, sozial ungleich verlief. Es gab ein großes Desinteresse dazu, welche Rolle klassenhierarchisch und rassistisch organisierte prekäre Lebensbedingungen und Ausbeutungsbeziehungen spielten, ebenso wie die damit verschränkten geschlechtsspezifischen Dimensionen ›personenbezogener‹ Care- und Dienstleistungsarbeit.

Schließlich haben die pandemiepolitischen Strategien auch eine individualisierende und normierende Verhaltenspolitik etabliert, die die spezifi-

2 Zum Weiterlesen: Mike Laufenberg/Susanne Schultz 2021: The Pandemic State of Care. Care Familialism and Care Nationalism in the COVID-19-Crisis: The Case of Germany, in: *Historical Social Research* 46(4): 72-99.

schen Lebensbedingungen verschiedener Bevölkerungsgruppen ebenso unberücksichtigt ließen. Gerade die Fokussierung auf den Privathaushalt, der als gegeben, als individueller Schutzraum und Ort autonomen Handelns vorausgesetzt wurde, hat dazu geführt, dass die Pandemiepolitiken in vielerlei Hinsicht an den tatsächlichen Wohn- und Lebensbedingungen sehr vieler Menschen vorbeigegangen sind. Auf ein sozial losgelöstes, als universell normierbar gedachtes ›individuelles Verhalten‹ zu setzen, hat als eine weitere Dimension des Bevölkerungsdenkens insofern ebenso dazu beigetragen, von konkreten, sozial ungleichen ansteckenden Lebens- und Arbeitsbedingungen abzulenken.

Inwiefern werden demografiepolitische Strategien auch in einer neuen Konjunktur imperialer Kriege eine Rolle spielen? Welche Bevölkerungsgruppen werden längerfristig in Deutschland oder der Europäischen Union als erwünscht oder unerwünscht gelten? Vieles ist heute, im März 2022, nicht absehbar. Wichtig ist aber aufmerksam dafür zu sein, welche Ein- und Ausschlüsse die aktuelle Willkommenskultur für Kriegsgeflüchtete produziert und auch inwiefern sich hier bald – ähnlich wie nach dem ›Sommer der Migration‹ 2015 – eine neue Debatte über deren nationale (Un-)Nützlichkeit anschließen könnte. Sicherlich ist es zu begrüßen, dass zum ersten Mal seit ihrer Einführung 2001 die Massenzustrom-Richtlinie der EU in Kraft tritt und zumindest vorübergehend für viele Geflüchtete einen weitaus besseren Rechtsstatus vorsieht als bisher. Aber schon jetzt gibt es rassistische Ein- und Ausschlüsse für diejenigen, die keinen ukrainischen Pass oder langfristigen Aufenthaltsstatus vorweisen können, wie etwa Romn*ja oder ausländische Studierende. Und es bleibt eklatant, wie unterschiedlich die ukrainischen geflüchteten Staatsbürger*innen im Vergleich etwa zu syrischen, irakischen oder afghanischen Geflüchteten behandelt werden. Für eine intersektionale feministische Analyse gilt es, die komplexe Gemengelage der Zuschreibungen zu untersuchen, zwischen den als weiß und (ost-)europäisch markierten ukrainischen Frauen und Kindern im Unterschied zu den mehrheitlich männlichen jungen Geflüchteten, die die gefährlichen Fluchtrouten über das Meer, über die Balkanroute usw. überlebt haben. Eingebettet ist die aktuelle Willkommenskultur zudem in eine überbordende Kriegsrhetorik, in imperialistische Blockbildung und eine Militarisierung der deutschen Regierungspolitik. Zu befürchten ist unter den Umständen eines zu erwartenden sozialpolitischen Abbaus und weiter wachsender sozialer Ungleichheit in Deutschland, dass auch die ukrainischen Geflüchteten bald nach ihrer ›Integrationsfähigkeit‹ und arbeitsmarktpolitischen Nützlichkeit

bewertet werden. Es wird also möglicherweise zu einer neuen Konjunktur der Demografisierung deutscher Migrationspolitik kommen. Auch hier werden demografiepolitische Expertisen genauso wenig davor gefeit sein wie diejenigen von 2015/2016, auf rassistische Archive und Denkmuster zurückzugreifen. Eine demografiekritische Analyse wird auch hier wachsam dafür sein müssen, inwiefern der in der brutalen deutschen Geschichte verankerte antislawische Rassismus – dessen Spuren von Genozid und Zwangsarbeit bis zur Ausbeutung billiger Arbeitskräfte in Ernte, Bau, Altenpflege oder Leihgebären reichen – schnell an Bedeutung gewinnen kann.

Widerstand: Reproduktive Gerechtigkeit als anti-malthusianische Intervention

In Rückbezug auf die Politik des Kinderkriegens folgen hier nun noch einige Anmerkungen zu feministischen Perspektiven des Widerstandes: Wie kann eine anti-malthusianische feministische Intervention aussehen, die die Politik der reproduktiven Körper und der ›Bevölkerung‹ zusammendenkt und über all die verschiedenen Dimensionen und Erfahrungen Bündnisse entwickelt? Das Konzept der *reproductive justice*, zu deutsch reproduktive Gerechtigkeit, wie es von Schwarzen US-Feminist*innen seit den 1990er Jahren eingefordert und verbreitet wird, ist hierfür eine wichtige Referenz.³ Denn es schafft einen Rahmen für Analysen und Bündnisse, innerhalb derer rund um die Themen Schwangerschaftsabbruch, Verhütung und Sterilisation, Geburt und Kinderkriegen sowie Mutter- bzw. Elternschaft strukturelle Macht- und Gewaltverhältnisse sichtbar gemacht werden können. Das Konzept verbindet die Forderung nach dem Recht, sich gegen Kinder entscheiden zu können, mit zwei weiteren als zentral formulierten Rechten, nämlich sich für Kinder entscheiden zu können und Kinder unter guten sozialen und ökologischen Bedingungen und frei von persönlicher oder institutioneller Gewalt aufziehen zu können. Weiterhin befasst sich eine vierte Forderung mit dem Recht auf sexuelle Autonomie. Reproduktive Gerechtigkeit etabliert so einen konzeptuellen Rahmen für diejenigen Feminismen, die über eine universalisierende Perspektive auf individuelle Entscheidungsfreiheit hinausgehen: die

3 Zum Weiterlesen: Grundlagentext von Loretta J. Ross und weitere Texte in Kitchen Politics (Hg.) 2021: Mehr als Selbstbestimmung! Kämpfe für reproduktive Gerechtigkeit, Münster: assemblage.

vielfältigen antirassistischen, antieugenischen, antikapitalistischen, antikolonialen und queeren Feminismen, die schon seit langem eine hierarchisch angeordnete Politik des Kinderkriegens skandalisieren. Das Konzept lässt den vielfältigen Geschichten diskriminierter, abgewerteter oder sogar unmöglich gemachter Mutter- bzw. Elternschaft eine zentrale Bedeutung zukommen. Und es macht aufmerksam dafür, wie unterschiedlich soziale Gruppen gesellschaftlich adressiert werden, wenn es darum geht, ob ihr Kinderkriegen gesellschaftlich erwünscht ist – oder als unerwünscht, unnormale oder sogar gefährlich stigmatisiert wird. Die Kämpfe für reproduktive Gerechtigkeit legen somit ganz unmittelbar nahe, sich auch kritisch mit den Wahrheitsproduktionen zu ›Bevölkerung‹ zu befassen, die diese Praktiken begründen und legitimieren. Denn der Skandal antinatalistischer Politik ist es ja gerade, dass diese nicht nur die Einschränkung individueller reproduktiver Handlungsspielräume bewirkt, sondern letztendlich auch die Existenzberechtigung derjenigen in Frage stellt, deren ›Reproduktion‹ verhindert werden soll. Für einen gegenhegemonialen Feminismus gehen vielfältige Herausforderungen mit der Perspektive der reproduktiven Gerechtigkeit einher. So fordert sie ganz grundsätzlich eine feministische Kritik der Familie und des Kinderkriegens heraus, wenn diese sich in ihrer geschichtlichen Rekonstruktion nur auf die Genealogie der Hausfrau und der Mutter ausrichtet. Die Genealogien der Ausschlüsse aus Familie und aus Mutter- bzw. Elternschaft ernst zu nehmen, heißt jedoch, die Geschichte der Ammen, Dienstmägde und Hausangestellten als genauso zentral für die Geschichte der Familie zu rekonstruieren, ebenso wie vieles mehr: die Geschichte des Kindesentzugs im Kontext von Versklavung, Kolonialismus und Heimerziehung, die Geschichte von Sterilisationspolitik und eugenischen Programmen, die Geschichte veränderter ›Familienzusammenführung‹, die Geschichte der Kriminalisierung und Stigmatisierung queerer Beziehungen, Familien und Elternschaften. All dies sind wichtige Herausforderungen dafür, um eine weiterhin für feministische Politik essentielle Kritik des Familialismus so entwickeln zu können, dass sie all diese Geschichten mitdenkt und einbezieht.

In den letzten Monaten habe ich einige Gespräche mit brasilianischen Feminist*innen dazu geführt, inwiefern reproduktive Gerechtigkeit als ›*conceito potência*‹ politisch genutzt und mit Leben gefüllt werden könnte.⁴ Sie haben mir aus einem Schwarzen und basisbewegten Feminismus heraus einige

4 Vgl. Podcast-Reihe von Criola (Criola POD!), criola.org.br und Susanne Schultz (im Erscheinen) 2022: Feminist Convivialities: The Intersectional Concept of Repro-

Einsichten nahegelegt. Ganz selbstverständlich und ohne Umschweife verbanden sie das Konzept mit den nekropolitischen Dimensionen von Polizeigewalt, mangelnder Gesundheitsversorgung und Existenzsicherung. Denn auch sie betonten damit das Recht, überhaupt Eltern von den Kindern bleiben zu können, die bereits geboren sind. Zudem haben sie sich dafür eingesetzt, dass feministische Netzwerke in Brasilien sowohl für einen allgemeinen Zugang zu Abtreibungsmöglichkeiten kämpfen als auch ihre Aufmerksamkeit auf antinatalistische Agenden lenken. So protestierte 2021 ein feministisches Bündnis gegen die Vorgabe des brasilianischen Gesundheitsministeriums, Verhütungs-Hormonimplantate bei diskriminierten Gruppen zum Einsatz zu bringen, also u.a. bei Obdachlosen, Sexarbeitenden und Gefängnisinsass*innen. Eine weitere Einsicht aus diesen Gesprächen betrifft die Art und Weise, wie soziale Ungleichheit im Kontext reproduktiver Gerechtigkeit analysiert werden sollte. Es reiche nicht aus, so eine Aktivistin, nur auf statistische Differenzen hinzuweisen und zum Beispiel die wesentlich höher als durchschnittliche Sterblichkeit Schwarzer Frauen im Zusammenhang mit Schwangerschaft und Geburt einfach nur festzustellen. Es brauche vielmehr Analysen des Warum struktureller Hierarchien, um die Grundstrukturen eines institutionellen Rassismus im brasilianischen Gesundheitssystem wirklich zu verstehen. Ein wichtiger Anfang, wenn auch nicht die einzige Strategie, um solche Analysen voranzubringen, seien Strategien des Storytelling, also des Austauschs und des Erzählens über gelebte Erfahrungen reproduktiver Ungerechtigkeit. Storytelling ist ein weiteres Kernelement von reproduktiver Gerechtigkeit als Rahmenkonzept für intersektionale Bündnisse. Denn die vielen Herausforderungen des Kampfes für reproduktive Gerechtigkeit brauchen situierte Analysen, vielstimmige Erzählungen und offene Allianzen, um Bezüge zwischen heterogenen Problemlagen und Auseinandersetzungen herstellen zu können. Eine solche Bündnispolitik ist nicht beliebig, sondern baut auf den genannten Kriterien dieses Rahmenkonzeptes auf. Gegen die abstrahierenden, deterministischen, funktionalistischen und reduktionistischen Großerzählungen der Demografie helfen aber keine entsprechend universellen kritischen Gegenerzählungen. Vielmehr braucht es zum einen Strategien, die diese herrschaftsförmigen Großerzählungen in der Politik des Kinderkriegens kritisch auseinandernehmen und entlarven. Dazu hoffe ich, in

ductive Justice as »Conceito Potencia« (Arbeitstitel), Mecila Working Paper, mecila.net/en/working-papers.

diesem Band einen Beitrag geleistet zu haben. Darüber hinaus ist aber mindestens genauso wichtig, eine situierte Forschung und eine politische Praxis an vielen verschiedenen Orten zu entwickeln, um den vielfältigen Dimensionen der Politik des Kinderkriegens in sehr unterschiedlichen Alltagssituationen und sozialen Kontexten nachgehen und entgegenzutreten zu können. Denn nur so ist es möglich, konkrete und gleichzeitig solidarisch vernetzte Widerstandsstrategien auszuprobieren und umzusetzen.

Susanne Schultz

Autor*innenverzeichnis

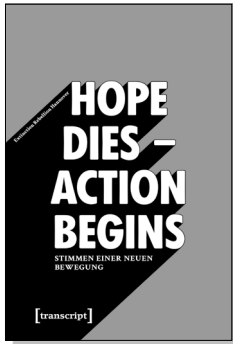
Daniel Bendix, geb. 1980, (PhD in Development Policy and Management, University of Manchester), ist Professor for Global Development an der Theologischen Hochschule Friedensau. Politisch aktiv ist er bei Afrique-Europe-Interact, einem transnationalen Netzwerk für Bewegungsfreiheit und selbstbestimmte Entwicklung. Er ist Autor von »Global Development and Colonial Power. German Development Policy at Home and Abroad« (Rowman & Littlefield International 2018), Mitherausgeber von »Beyond the Master's Tools? Decolonizing Knowledge Orders, Research Methods and Teaching« (Rowman & Littlefield 2020) und Redaktionsmitglied der Zeitschrift *Peripherie. Politik, Ökonomie, Kultur*.

Anthea Kyere, geb. 1991, studiert Soziokulturelle Studien in Frankfurt/Oder. Sie beschäftigt sich sowohl wissenschaftlich als auch aktivistisch mit reproduktiven Unterdrückungspraxen in Deutschland und ist im Netzwerk Reproduktive Gerechtigkeit Berlin aktiv. Sie ist Autorin des Artikels »Kämpfe verbinden. *Reproductive Justice* auf deutsche Verhältnisse übertragen«, der im 4. Band der Reihe Kitchen Politics (»Mehr als Selbstbestimmung! Kämpfe für reproduktive Gerechtigkeit«, edition assemblage 2021) erschienen ist. Außerdem ist sie Ko-Autorin des Buches »Reproduktionstechnologien. Queere Perspektiven und reproduktive Gerechtigkeit« (Hirschfeld Lectures, Band 15, Wallstein 2021).

Susanne Schultz, geb. 1964, ist Privatdozentin an der Goethe Universität Frankfurt a.M. und forscht zu Macht- und Herrschaftsverhältnissen rund um Reproduktion, Humangenetik, Rassismus und Bevölkerung. Sie promovierte an der FU Berlin in Politikwissenschaft zu internationaler Bevölkerungspolitik und Frauengesundheitsbewegungen. 2014 bis 2019 arbeitete sie im Rahmen eines DFG-Projektes zu »Demografisierung des Politischen

in der deutschen Familien- und Migrationspolitik«. Sie habilitierte an der Goethe-Universität Frankfurt a.M. und arbeitete dort von 2019 bis 2021 als Vertretungsprofessorin. Zudem lehrte sie Politikwissenschaft, Soziologie und Gender Studies an Universitäten in Berlin, Wien und Graz und war 2021 Senior Fellow des Programms Mecila zu (Maria Sibylla Merian Centre Conviviality-Inequality in Latin America). Sie ist Beirätin des Gen-ethischen Netzwerks e.V., Mitglied des Herausgeber*innenkollektivs Kitchen Politics, aktiv im Netzwerk Reproduktive Gerechtigkeit Berlin und in fem*ini. Feministische Initiative gegen reproduktive Ausbeutung. Sie lebt in Berlin.

Politikwissenschaft



Extinction Rebellion Hannover

»Hope dies – Action begins«: Stimmen einer neuen Bewegung

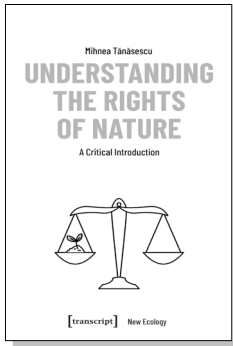
2019, 96 S., kart.

7,99 € (DE), 978-3-8376-5070-9

E-Book: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation

PDF: ISBN 978-3-8394-5070-3

EPUB: ISBN 978-3-7328-5070-9



Mihnea Tanasescu

Understanding the Rights of Nature A Critical Introduction

February 2022, 168 p., pb.

40,00 € (DE), 978-3-8376-5431-8

E-Book: available as free open access publication

PDF: ISBN 978-3-8394-5431-2



Gregor Ritschel

Freie Zeit Eine politische Idee von der Antike bis zur Digitalisierung

2021, 274 S., kart.

28,00 € (DE), 978-3-8376-5572-8

E-Book: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation

PDF: ISBN 978-3-8394-5572-2

EPUB: ISBN 978-3-7328-5572-8

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

Politikwissenschaft



Martijn Konings
Kapital und Zeit
Für eine neue Kritik der neoliberalen Vernunft

2021, 206 S., kart.
25,00 € (DE), 978-3-8376-5038-9
E-Book:
PDF: 21,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5038-3



Onur Suzan Nobrega, Matthias Quent, Jonas Zipf (Hg.)
Rassismus. Macht. Vergessen.
Von München über den NSU bis Hanau:
Symbolische und materielle Kämpfe
entlang rechten Terrors

2021, 432 S., Klappbroschur, 11 SW-Abbildungen
19,90 € (DE), 978-3-8376-5863-7
E-Book: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation
PDF: ISBN 978-3-8394-5863-1
EPUB: ISBN 978-3-7328-5863-7



Chris Piallat (Hg.)
Der Wert der Digitalisierung
Gemeinwohl in der digitalen Welt

2021, 440 S., kart., 5 SW-Abbildungen, 3 Farbabbildungen
29,50 € (DE), 978-3-8376-5659-6
E-Book: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation
PDF: ISBN 978-3-8394-5659-0
EPUB: ISBN 978-3-7328-5659-6

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**